BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 4 **Köln, 25. April 1959** **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Hermann Etzel, „Easy doing — alles für Entspannung"* S. 261
- ****, „Bundespräsident" Adenauer* S. 265
- *Dr. Archim von Borries, „Bilanz des Vorspiels"* S. 270
- *Arno Behrisch, MdB, „Herzstück: Der soziale Status"* S. 280
- *Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, „Pessimismus und Optimismus"* S. 288
- *E. S. Sachs, „Totaler Friede oder totaler Krieg?"* S. 300
- *Prof. Dr. Aloys Wenzl, „Ein grundsätzlicher Dialog"* S. 307
- *Dr. Helmut Dörr, „Mit neuen Konzeptionen nach Genf!"* S. 309
- *Dr. Werner Gerth, „Militärische Entspannung — Lösung des magischen Kreises"* S. 315
- *Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz, „Zehn Jahre Nato — zehn Jahre Unsicherheit"* S. 318
- *Rudolf Pikola, „Deutsches Gespräch — eine Forderung des Tages"* S. 325
- *Ob.-Ing. Erich Ritter, „Atomwaffen und Bundesluftschutz"* S. 329
- *Dr. Ernst Schwarz, „Die Theologen und die Atombombe"* S. 336
- *Tian Olli, „Skandinavien vor dem Besuch Chrustschows"* S. 343
- *Werner Hansen, „Protestdemonstration gegen deutsche Offiziere in Oslo"* S. 345
- *Dr. Hans Heinz Holz, „Ideologischer Schein und politische Verführung"* S. 346
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 355

Dr. Hermann Etzel

Easy doing — alles für Entspannung

Die amerikanische Politik rühmt sich, nach den Grundsätzen der leichten Hand zu verfahren, nach der Methode sorgfältiger, realistischer Analysen, behutsamen, schrittweisen Vorgehens, das auch Umwege nicht scheut, und vorsichtiger Formulierungen, unter Verzicht auf massive Frontalpraxis, unter Ablehnung vorgefaßter, starrsinniger Beharrung auf unzumutbaren Forderungen in der Sache wie in der Prozedur und unter Bevorzugung der Operation von den Flügeln her, vor allem aber die Beschränkung und Konzentration auf zunächst begrenzte Punkte und Ziele, die am wenigsten verwickelt und umstritten, vielleicht auch am

weitesten herangereift sind, von deren erfolgreicher Regelung aber günstige Wirkungen auf anstehende schwierigere Probleme ausgehen. Auch eine wohlwollende Beurteilung der außenpolitischen Pragmatik Amerikas nach dem zweiten Weltkrieg dürfte kaum zu dem Schluß gelangen, daß seine Selbstzensur begründet ist. Tatsächlich ist der amerikanische Interventionismus immer wieder und weitgehend von jenen proklamierten Verfahrensgrundsätzen abgewichen, in der internationalen, der Europa- und Deutschlandpolitik — zu seinem eigenen Schaden, denn jedesmal, wenn er dem Leitsatz des easy doing entgegenhandelte, mußte er im weiteren Verlaufe Schritt für Schritt zurückweichen und Standpunkte und Stellungen aufgeben. Die Fehlschläge werden sich wiederholen und verstärken, wenn die Vereinigten Staaten nicht zur Politik der leichten Hand zurückfinden. Bonn sollte aus solcher Einsicht und Erfahrung die Lehre ziehen.

Auch das sogenannte Paketverfahren, das Vorbringen eines ganzen Bündels durch Junktims bedingungsweise untereinander verbundener Tagesordnungspunkte für Konferenzen, ist ein Verstoß wider den Geist des easy doing. Es führt in der Regel zum Mißerfolg oder zur Blockierung von Verhandlungen; vielfach ist es dazu bestimmt. Eine Zeitlang schien es, als sollte ein solches Schauspiel auch auf den anstehenden internationalen Konferenzen wieder aufgeführt werden. Bei den Beratungen der Außenminister in Washington hatten Bonner Gegenwirkungen noch einmal die Bekanntgabe des endgültigen Durchbruchs der neuen britischen und der ihr in einiger Entfernung nachfolgenden amerikanischen Politik zu verhindern vermocht. Der Triumph der Unnachgiebigkeit schien vollständig. Es war ein Scheinsieg nach außen. Im Inneren aber war die neue Phase der angelsächsischen Haltung offenbar beschlossen. Die jetzt von Washington für die Beratungen der Viermächte-Arbeitsgruppe in London vorbereiteten vier Punkte (Berlin, verdünnte militärische Zone in Europa, Erhöhung der technischen Kontakte zwischen der BRD und der DDR, Grundzüge des Friedensvertrags) lassen ersehen, daß sich unter dem Druck der rasch fortschreitenden Wirklichkeit auch in Amerika die Auffassungen einer biegsameren Politik durchgesetzt haben. Bonn hat sich beeilt, nachzufolgen; nur hinsichtlich der Grundzüge eines Friedensvertrags macht es noch Vorbehalte. Es ist zu hoffen, daß der Beschleuniger der Entwicklung der westlichen Politik, England, das Montgomery und später Gaitskell und Bevan nach Moskau, Winston Churchill nach Washington entsendet, bei den Beratungen der Vierer-Arbeitsgruppe die Möglichkeit erhält, seine fortschrittlicheren Ansichten auch gegen Widerstände der Achse Bonn-Paris zur Geltung und die amerikanische Politik zum Anschluß zu bringen und daß die vier westlichen Außenminister sowie der Atlantikrat bei der endgültigen Auswertung der Arbeitsergebnisse der Vierer-Gruppe Ende April in Paris die Zeichen der Zeit verstehen und den Erfordernissen der internationalen Lage Rechnung tragen.

Die neuen Bonner Richtlinien zeigen, wie fragwürdig die Ankündigung war, die westdeutsche Außenpolitik werde sich nicht ändern. Wie das Ausscheiden des amerikanischen Außenministers bedeutet die Präsidentschaftskanditur des Bundeskanzlers eine Wende, jedenfalls einen tiefen Einschnitt. Die Entscheidung der Kanzlerpartei war die Folge eines Fazits, ein Gericht, bei dem unsichtbare auswärtige Einflüsse maßgeblich mitgewirkt haben. Bemühungen, das Gesicht zu wahren, und Rückzugsgefechte sind naheliegend und verständlich. Sie können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Amt des Bundespräsidenten wesentlich juristischer, nicht politischer Natur ist. Auch die Ausschöpfung einiger im Grundgesetz enthaltenen, von Professor Heuß aber wohlbedacht nicht scharf konturierten Möglichkeiten dieses Amts ändert nichts daran. Eine Änderung des Grundgesetzes zugunsten der Stellung des Präsidenten verhindert die Sperrmino-

rität der parlamentarischen Opposition. Der Versuch, das Schaumburgpalais politisch, vor allem außenpolitisch, von der Hammerschmidtvilla her auszuhöhlen, die parlamentarische Demokratie auf kaltem Wege allmählich in eine präsidiale überzuführen, würde zu politischen Verwicklungen und Verfassungskonflikten führen, die sich die Bundesrepublik nicht leisten kann.

Es ist an der Zeit, daß sich die künftige westdeutsche Politik als realistisch und verständigungsbereit bewährt und nach den Verfahrensnormen der leichten Hand vorgeht. Sie muß sich ihrer europäischen, nicht kleineuropäischen Verantwortung bewußt sein und hat auch einiges gutzumachen. Seit Jahrhunderten haben sich europäische Staaten in ihrem Hegemonialstreben zerfleischt, hat Europa gegen sich selbst gewütet. In unserem Jahrhundert hat Deutschland, dessen Bismarck- und Hitler reich nicht Schöpfungen einer nationalen Bewegung, sondern Werke einer militärischen Autokratie waren, bei seinem zweimaligen gescheiterten Hegemonialversuch Europa in einen Scherbenhaufen verwandelt und sich selbst vernichtet. Nichteuropäische und halbeuropäische Mächte sind über ihn hinweggeschritten und zusammengetroffen. Auf deutschem Territorium stehen sie sich gegenüber. Es sollte erstes Anliegen der Deutschen sein, daß nicht aus der Naht der okkupatorischen Gegenwart von Ost und West der Weltbrand herausschießt. Darum stehen das Problem Berlin und die militärisch entspannte Zone in Zentraleuropa in der ersten Dringlichkeitsstufe der amerikanischen vier Punkte, deren Reihenfolge eine Rangordnung ist. Eine unabhängige Beurteilung der Lage kommt zu dem Schluß, daß die Schaffung der militärisch verdünnten Zone die Kardinalfrage schlechthin ist. Sie muß Vorrang vor den anderen Punkten haben, weil von ihrer zweckmäßigen Lösung die wohltätigsten und nachhaltigsten Wirkungen auf die übrigen großen Probleme, auch auf die Berlin-Frage, ausstrahlen würden. Alle Bemühungen sollten daher zunächst ausschließlich auf ihre Realisierung konzentriert werden.

Um was geht es denn? Eisenhower hat sich im Fernsehen demonstrativ einer Karte bedient, die die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze zeigte. Herzbruder de Gaulle erklärte, daß eine deutsche Wiedervereinigung nur innerhalb des gegenwärtigen Territoriums, also mit dieser Ostgrenze, in Betracht kommen könne. Wozu also eine massive westdeutsche Aufrüstung? Die Bundesrepublik, die übrigens wiederholt ihre friedlichen Absichten beteuert hat, kann an einen Waffengang gegen den Osten nicht einmal denken. Die Nato stünde nicht auf ihrer Seite. Daß der Osten militärisch angreifen, eine kriegerische Aktion vom Zaune brechen will, ist unbeweisbar und im höchsten Grade unwahrscheinlich. Der Bundeskanzler selbst hat wiederholt und bestimmt erklärt, er rechne nicht damit. Übrigens besteht doch eine Natogarantie. Hat man kein Vertrauen zu ihr? Ist man dadurch beunruhigt, daß nunmehr nach der von Norstad im National Press Club dargelegten westlichen Strategie bei einem militärischen Konflikt in Europa die Einschaltung einer Atem- und Besinnungspause zwischen der „Schild"- und der nuklearen „Schwert"-Phase für notwendig erachtet wird? Bonn und Paris — dieses, weil es die Bundesrepublik vor sich her halten und die Wiedervereinigung verhindern möchte — suchten sich zunächst der Einrichtung einer Entspannungszone in Mitteleuropa durch die Maximalforderung einer Abrüstungszone zwischen Atlantik und Ural entgegenzustellen. Jetzt ist Bonn bereit, nur „einen geographisch beschränkten Raum in Betracht zu ziehen und die Frage nicht unbedingt schon mit politischen Schritten für eine Wiedervereinigung zu koppeln". Vermutlich hat es erkannt, daß es durch eine Fortsetzung seiner Intransigenz bei den Verbündeten wie bei den Deutschen in eine unhaltbare Lage kommen und das deutsche Interesse auf das ernsteste gefährden würde.

Bei der Entwicklung ihrer weiteren Politik kann die Bundesrepublik die Lage der Nato und ihre eigene Stellung innerhalb derselben nicht außer acht lassen. Von dem einstmals so glanzvollen, in der Welt tonangebenden Europa ist nur ein Rest übrig geblieben. Der Versuch, ihn in der Nato zusammenzufassen, war nicht erfolgreich. Die zentrifugalen Tendenzen und Kräfte mehren und verstärken sich. Das Heraufkommen Westdeutschlands hat verborgene Gegensätze und aus der Vergangenheit herüberwirkende, nicht bewältigte Empfindungen des Grolls, Hasses, Neides und Argwohns auf den Plan gerufen. Die teileuropäischen Konstruktionen der sechs Messinamächte, der Montanunion und des Gemeinsamen Marktes, die Bekämpfung einer europäischen Freihandelszone durch Frankreich mit Bonn im Schlepptau und die Bildung der gegen England gerichteten Exklusivachse Bonn-Paris waren Spaltpilze in der Nato. Das Verhältnis zwischen Westdeutschland und England ist trotz gegenteiliger amtlicher Schönfärberei tiefgreifend gestört. Die britische Öffentlichkeit hat Adenauers Vorwurf der deutschfeindlichen Drahtzieherei und Verschwörung entschieden und sarkastisch zurückgewiesen. „Es ist gar keine Verschwörung notwendig, da deutschfeindliche Gefühle bestehen, auch ohne daß sie künstlich konspiriert werden", versicherte das führende konservative Blatt, der Daily Telegraph. Aber auch von einer Entente cordiale, die Königin Elisabeth noch bei ihrem Besuch in Paris angerufen hatte, ist nicht mehr die Rede. England will seine Truppen vom Kontinent zurückziehen und die Wehrpflicht abschaffen. Die Konservative Regierung braucht diese Maßnahmen oder jedenfalls ihre überzeugende Ankündigung für die spätestens 1960 fälligen Parlamentswahlen, wie die Republikanische Partei Eisenhowers für die Präsidentschaftswahlen im gleichen Jahr einen eindrucksvollen internationalen Entspannungserfolg benötigt. Auch des Tauziehens um die Stationierungskosten ist die britische Politik überdrüssig.

Frankreich will in der Nato eine selbständigere nationale Position, mehr Zusammenarbeit als Integration. Es versagt dem atlantischen Oberkommando seine Mittelmeerflotte, wenn es nicht ein eigenes Kommando in der Nato für das westliche Mittelmeer erhält, lehnt die Beteiligung an einer integrierten europäischen Luftverteidigung ab, wodurch die deutsche Bundesluftwaffe in eine höchst heikle Lage kommt, verweigert aus sehr verständlichen Gründen die Errichtung von Rampen für amerikanische Mittelstreckenraketen auf französischem Gebiet und sperrt sich gegen amerikanische Atomwaffendepots.

Und die Bundesrepublik? Die Bundeswehr wird nicht atomar ausgerüstet; auch die atomaren und nuklearen Sprengköpfe ihrer Kurzstreckenraketen bleiben unter US-Verschluß. Sie erhält keine Mittelstreckenraketen, und die „kostspielige Ausbildung deutscher Einheiten an strategischen Fernlenkwaffen" (Norstad) wird voraussichtlich eingestellt. Auch amerikanische Abschußbasen für Mittelstreckenraketen werden auf westdeutschem Boden nicht eingerichtet. Der US-Senator Humphrey, General Norstad, der amerikanische Unterstaatssekretär Irwin und der westdeutsche Verteidigungsminister haben alles das klargemacht. Und nun muß die Bundeswehr die Masse ihres Munitions- und sonstigen Nachschubs gegen Bezahlung in Munitionsdepots auf französischem und belgischem Boden unter Kontrolle französischer und belgischer Soldaten lagern. Nur ihr unmittelbarer Bedarf für kurzfristige Inanspruchnahme darf in der Bundesrepublik gelagert sein. Die wirklichen Gründe sind leicht zu erkennen, sie sind vielsagend und aufschlußreich.

Was also ist? Die kontinentaleuropäischen Mitglieder der Nato sind kleine Fische, nur zweitrangige Hilfsvölker. Die schweren strategischen Abschreckungswaffen sind nicht in ihrer Hand und außerhalb des Verfügungsbereichs des atlantischen Oberkommandos. Warum ziehen die kontinentalen Natopartner nicht die

Folgerung aus dieser ihrer entsagungsvollen, unwürdigen und gefährlichen Lage? Sie wissen überdies, daß sich ihre Stellung als Verbündete in dem Augenblick von Grund auf ändert, wo sich Amerika im Besitz einer ausreichenden Menge schlagkräftiger, den Wert der Mittelstreckenraketen und die ganze Infrastruktur mindernder Interraketen befindet. Die Bundesrepublik vor allem ist, wie dargelegt, bis zu einem gewissen Grad militärisch verdünnt. Sie möge nicht zögern, sondern aus eigenem, weisem Entschluß ihren Schritt tun zu einem wirksamen, politisch entspannenden Disengagement, dem britischen Trip-wire-Plan. Nur so kommt sie aus dem Dilemma der verknoteten Lage heraus, in der sie sich befindet. Diese Lösung muß ihr Morgen- und ihr Abendgebet, ihr Ceterum censeo sein. Es ist ein klassischer Anwendungsfall und Beweis staatsmännischen Easy doing.

* * *

„Bundespräsident" Adenauer

„Adenauer wird Bundespräsident!" So kündigten die meisten Zeitungen den Entschluß des Bundeskanzlers an, für das höchste Staatsamt zu kandidieren. Die Vorgänge um diese Kandidatur Adenauer sind bemerkenswert, die besonderen Akzente beachtlich, weil sehr bezeichnend. Es scheint sich in dem Konklave einflußreicher CDU-Politiker weniger darum gehandelt zu haben, einen „Kandidaten" zu suchen und ihm dann die Kandidatur anzutragen; vielmehr mußte anscheinend der Bundeskanzler durch dringende Vorstellungen und Bitten dazu bewogen werden, souverän, wie es seine Art ist, von sich aus das Amt entgegenzunehmen. Er hat sich für dieses Amt entschieden. Die demokratischen Mehrheitsverhältnisse erlauben es der größten staatstragenden Partei, solche Entscheidungen ihrem einen führenden Mann schlicht anheim zu stellen. So sehr hängt alles an dieser einen Person.

Aus dem in einem gesunden staatspolitischen Sinne zwar nicht unpolitischen, aber parteimäßig überpolitischen Amt des Bundespräsidenten wird das hochpolitische Instrument zur möglichst bruchlosen Fortsetzung einer bestimmten Politik, der Politik der Majorität des Bundestages und der von dieser Mehrheit getragenen Regierung: Adenauers Politik. Wird der Bundespräsident Adenauer bei einem solchen, sogleich in einer Rundfunkansprache bemerkenswert deutlich und hart ausgesprochenen Selbstverständnis seines Amtes der Vertreter der Mehrheit und Minderheit, der Regierungspartei und der Opposition sein wollen und überhaupt können? — Wie wird der künftige Bundespräsident zur Opposition sich einstellen können, wenn er und seine Partei die Fortsetzung seiner Politik als Kanzler vom Präsidentenstuhl aus als entscheidende Aufgabe ansehen und, wenn nicht alles täuscht, auch durchzuführen entschlossen sind. Bezeichnenderweise ist von solchen ausschöpfbaren, gewichtigen und mitentscheidenden politischen Möglichkeiten des Präsidentenamtes während seiner zehnjährigen Kanzlerschaft kaum die Rede gewesen. Das ist gelinde ausgedrückt. Der Bundeskanzler hat es bei den wenigen, bezeichnenden Anlässen, bei denen Bundespräsident Heuss versucht hat, dem hochpolitischen Einschlag gewisser von ihm verfassungsmäßig zu vollziehenden Entscheidungen auch nur durch die Anforderung

eines Gutachtens des Bundesverfassungsgerichtes gerecht zu werden, immer wieder fertig gebracht, die politische Substanz des Präsidentenamtes so knapp und kurz wie möglich zu halten. Die Richtlinien der Politik aber hat er mit um so souveräner, ausschließlicher Selbständigkeit und unter maximaler Ausschöpfung der sowieso sehr großen verfassungsmäßigen Möglichkeiten des Kanzleramtes bestimmt. Die konsequente Fortsetzung dieser von ihm bestimmten Politik will er vom neuen Sessel garantieren. Hier begegnen sich sein eigener entschiedener und bis jetzt immer entscheidender Wille mit den Vorstellungen seiner Partei. In diesem Sinne soll das Präsidentenamt so viel wie möglich hergeben.

Nicht zu Unrecht konnte schon vor Jahren der bekannte Staatsrechtler E s c h e n b u r g von einer Entwicklung unserer Verfassungswirklichkeit zur strengen „Kanzler-Demokratie" sprechen. Das soll jetzt nach dem klaren, deutlich ausgesprochenen Willen des Präsidenten und seiner Partei anders werden. Das entschiedene Wort des künftigen Bundespräsidenten selbst und die Kommentare, die seine Partei dazu gab, können nur so gedeutet werden. Wir wiederholen: wenn die Bundespräsidentenschaft Adenauers als das wirksamste Mittel angesehen wird, seine zehnjährige Politik wirkungsvoll und ohne Unterbrechung fortzusetzen, so kann das nur bedeuten, daß versucht wird, die verfassungsmäßigen Gewichte anders als bisher zu verteilen.

Aus den durchaus gesetzmäßigen Möglichkeiten einer absoluten Parlamentsmehrheit, ihre Politik als Regierung und im Bundestag seit zehn Jahren durchzusetzen, kündigt sich jetzt die Entwicklung an, dies alles für lange Zeit als festes Regime zu betonieren. Es muß bedenklich und sorgenvoll stimmen, daß wieder einmal weniger staatspolitisch darauf geachtet wird, eine verfassungsmäßige Institution und ein wichtiges Staatsamt als solches zu stärken, sondern stattdessen alles auf den einen Mann, seinen Stil, seine Form des Regierens, den integralen Inhalt seiner Politik, immer wieder bestätigt durch die Zustimmung der Mehrheitspartei, abzustellen. Was Adenauer bisher auch immer angefaßt hat, hat sofort seine besondere Farbe, seine Prägung, seine einmalige Art angenommen. So wird es möglicher Weise auch mit dem Amt des Bundespräsidenten sein. Und wenn er einmal nicht mehr sein wird? Wir fürchten, die beiden hohen Ämter des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten werden den künftigen Politikern geschwächt und im Zwielicht stehend hinterlassen. „Große Männer" sind für eine Demokratie fast immer ein doppeldeutiges Geschenk. Zu groß ist die Gefahr, daß sie den wichtigsten Institutionen Kraft entziehen. Und zwar genau in dem Maße, als sie ihre eigene Macht aufbauen und ausüben. Nach ihrem endgültigen Ausscheiden lassen sie die demokratisch-parlamentarischen Institutionen, einschließlich der eigenen Partei, schwach und nicht an kräftige Eigenbewegung gewöhnt, das Volk selbst unmündig zurück. Die Staatsgeschäfte sind dann nur unter Schwierigkeiten und Erschütterungen weiter zu führen.

Das sind nur einige Aspekte einer möglichen Entwicklung unserer Verfassungswirklichkeit und der Politik im allgemeinen.

Der weitere Gedanke liegt nahe, ob die Kandidatur Adenauers für das Präsidentenamt nicht die Flucht in eine Auffangposition zur Weiterführung seiner Politik bedeutet, den Versuch, so viel von ihr zu „retten", wie möglich ist. Adenauers Grundsatz während der vergangenen zehn Jahre seiner Kanzlerschaft lautete: Alles oder nichts! Dadurch ist sein gesamter politischer Stil bis in die taktischen Mittel und Züge bestimmt. Seine Härte und Unduldsamkeit sind von daher zu erklären, aber auch die Mythologisierung seiner Person, sein Ansehen als großer Häuptling. So hat er sich bisher auch selbst gesehen im Hinblick auf die Bundestagswahl von 1961, die er munter und wirkungsvoll wie bisher zu beeinflussen gedachte. Er selbst und seine Partei haben zu bedenken, ob sie einer

solchen Figur unter dem Druck außenpolitischer Entwicklungen in der Welt und dadurch notwendig werdender Umstellungen auch nur die geringste Schwenkung, geringe „Konzessionen", echtes Umdenken und ungewohntes Handeln vielleicht sogar in wesentlichen Punkten zumuten können! Ob er das leisten könnte? Es ist nicht auszuschließen, daß besorgte CDU-Konklavisten diese Frage mit Nein beantwortet haben. Man braucht nicht unbedingt hart und scharf zu formulieren: er selbst und seine Partei hätten sich im letzten Augenblick eine „Niederlage", das Eingeständnis einer mehr oder weniger großen ihnen abgezwungenen Umstellung, den allzu deutlichen, sichtbaren Abschied zumindest von Teilstücken seiner und ihrer Politik dadurch ersparen wollen, daß sie für ihn neue, bisher nur in einem einzigen Grundgesetz-Kommentar angedeutete politische Möglichkeiten des Präsidentenamtes aufzugreifen und bis aufs äußerste zu nutzen sich entschlossen haben.

Prüfen wir ein wenig die politische Situation und ihre Gefahren für eine Fortsetzung der Adenauer'schen Politik und ihre bisherigen integralen Zielsetzungen. Spätestens seit Anfang des Jahres 1958 ist die Weltpolitik durch eine strategisch wohl überlegte und nicht unwirksame Initiative Sowjet-Rußlands in Bewegung gekommen. Politische Fragen ersten Ranges kommen seitdem immer deutlicher und mit dem Zwang zu Antwort und Entscheidung direkt frontal auf uns zu. Wir sind gezwungen, Ausschau zu halten nach jedem Quadratmeter politischen Geländes, auf dem wir der Sowjetmacht auch nur mit geringer, leider ungewohnter Manöverierfähigkeit begegnen können. Wir müssen aus dem Grabenkrieg des Abwartens und aus den Schützenlöchern der Unbeweglichkeit heraussteigen. Wir müssen uns stellen. Wir müssen uns in einem solchen Maße stellen, daß der Bundeskanzler, in größter Sorge vor schwierigsten, um nicht zu sagen erschreckenden Details, Anweisung gegeben hat und auch unsere westlichen Verbündeten in diesem Sinne nachdrücklichst zu beeinflussen versucht, nur keine solchen Details, etwa in der Form eines Gegenvorschlags zum russischen Friedensvertragsentwurf, vorzulegen. Gleichzeitig erhebt sich die weitere damit zusammenhängende nicht weniger schwierige Frage, ob es richtig war, fast alle wichtigen weltpolitischen Probleme mit Spekulation auf Zeitgewinn und Verstärkung der westlichen Positionen bis zur „vollen Stärke" vor sich her zu schieben. Die Umstellung auf eine dringendst notwendige, wenigstens schrittweise Liquidierung des Kalten Krieges, auf eine militärische und politische Entzerrung, auf ein militärisch-politisches Auseinanderrücken der großen Blöcke, auf eine einschneidende Veränderung des Status der Partner der Nato und des Warschauer Paktes ist heute nicht mehr von der Hand zu weisen. Bei fortschreitender Entwicklung in der nächsten Zeit würde der heutige Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten gezwungen sein, sich höchstwahrscheinlich auf eine ihm ungewohnte Weise damit auseinanderzusetzen, wenn die Bundesrepublik wirksam im Spiel bleiben will und wenn ein all zu tiefer Rückfall in die Subjektrolle, eine leider zu befürchtende politische Abwertung, verhindert werden soll. Mac-Millans Besuch in Moskau und Bonn hat diese Nötigung deutlich gemacht. Sie führte sofort zu großen Schwierigkeiten, zu einem gefährlichen, sehr undurchsichtigen, aber unbestreitbaren Hin und Her zwischen London und Bonn. Die Berichte und erst recht die Interpretation der behaupteten sogenannten „Übereinstimmung" waren so vieldeutig, daß sich die offiziellen Äußerungen Adenauers und MacMillans nicht nur in peinlicher Weise inhaltlich widersprachen, sondern zum Teil auszuschließen schienen. F. v. Eckardt z. B. war nicht mehr imstande, mit seiner ungewöhnlich lange bewährten Methode des Schnitzelkräuselns darüber hinwegzuspielen. Die Entwicklung ist zu weit fortgeschritten und hat ein solches Tempo angenommen, daß Bonn mit den bisherigen Mitteln und

Auskünften nicht mehr mithalten kann. Der bekannte aufsehenerregende Times-Artikel hat das mit deutlicher, leider sehr süffisanter Zuspitzung auf den Bundeskanzler schlagartig sichtbar gemacht. Man brauchte diesem Artikel keine besondere Bedeutung beizumessen, wenn das Zusammenspiel zwischen Downing-Street und Times nicht allzu bekannt wäre; auch wenn man nicht von „bestellter Arbeit" oder „Einvernehmen" sprechen will, so sind doch Zeitpunkt und Tenor um so ernster zu nehmen.

Der Besuch Adenauers bei de Gaulle kommt hinzu: Eine vielleicht etwas zu herzliche Umarmung, welche die Vorstellung einer Achse Paris-Bonn mit dem fast unvermeidlichen, vorausschaubaren Argwohn eines Überspielens der Briten heraufbeschworen hat. Man hörte, daß in allen wesentlichen Fragen ein ungewöhnlich guter Akkord zwischen den beiden Staatsmännern zustande gekommen sei. Und dann kam die um so erstaunlichere Erklärung des aufrichtigen Interesses Frankreichs an der deutschen Wiedervereinigung — innerhalb der heutigen (Oder-Neisse-)Grenzen. Zwei Fragen sind hier nicht zu unterdrücken. Die Antwort auf beide ist in jedem Falle unangenehm. Hat der Bundeskanzler mit de Gaulle über die Wiedervereinigung einen Akkord erzielt, unter Anerkennung von de Gaulle nach Adenauers Besuch ausgesprochenen einschränkenden Bedingung? Das ist kaum anzunehmen. Wir möchten es sogar mit Sicherheit aussprechen. Das ließe Adenauers Verhandlungen und den abgeschlossenen Akkord — vor möglichen großen, entscheidenden Konferenzen — in einem für die deutsche Außenpolitik wie für die deutsche Innenpolitik gleich gefährlichen Zwielicht erscheinen. Eine unmögliche Situation für den führenden Staatsmann! Die zweite Frage lautet: Hat de Gaulle ohne Verabredung, ohne daß vielleicht überhaupt über das Oder-Neisse-Problem gesprochen worden ist, etwas ausgesprochen, was die Politik des Bundeskanzlers jedenfalls in große Schwierigkeiten bringen mußte? Bei dem behaupteten herzlichen Akkord durften gewiß zumindest Schweigen, Takt und Zurückhaltung von dem französischen Verbündeten erwartet werden. Es ist äußerst unangenehm, gerade von einem Verbündeten sozusagen aus dem Augenblick heraus — und aus welchem Augenblick! — vor ein Problem gestellt zu werden, das man selbst ganz allgemein mit der Formel angesprochen hat, man unterzeichne keinen Diktatfrieden.

Ein drittes Ereignis dürfte die Politik des künftigen Bundespräsidenten mit großen Schwierigkeiten konfrontiert haben: Die Washingtoner Konferenz der westlichen Außenminister. Nach allem, was davon bekannt geworden ist, dürfte Brentano mit sehr strengen und starren Instruktionen des Kanzlers zu dieser Konferenz geschickt worden sein. Er hatte einen schwierigen Stand. Fast alle Erwägungen und Vorschläge anderer westlicher Politiker waren detaillierter und beweglicher als die Haltung der Bundesrepublik. Die Bonner Außenpolitik sah sich der Frage gegenübergestellt, was sie nun wolle, was sie vorzuschlagen habe, wie ihr Beitrag zu einer als notwendig erkannten und auf den kommenden Konferenzen zu verhandelnden Entspannung aussehe. Die beschwichtigende Formel von der notwendigen und wieder bestätigten Einheit des Westens kann nicht darüber hinweg täuschen, daß unsere Außenpolitik in der nächsten Zeit zu einer stärkeren, für uns ungewohnten Differenzierung kommen muß, daß sie Details zu behandeln gezwungen wird, mit denen sich abzugeben der Bundeskanzler bisher einfach für gefährlich, wenn nicht für falsch, gehalten hat. Was sollte sonst sein entschiedener Satz bedeuten, daß alle Vorschläge zu einem Disengagement nur das eine Gefährliche gemeinsam hätten, nämlich die westliche Welt zu schwächen und einem politischen Vordringen des Ostens die Tür zu öffnen? Alle Beschwichtigungsversuche unserer Bündnispartner bezüglich ihrer Pläne und der Stellung und Rolle, die der Bundesrepublik innerhalb dieser Pläne zugedacht sind, können

nicht darüber täuschen, daß dem Bundeskanzler ein solche absolute Formel wohl kaum mehr abgenommen wird. Kann man ihm aber zumuten, in den nächsten Monaten diese Formel auch nur zum Teil selbst widerrufen zu müssen? Kann seine Partei wünschen oder zulassen, daß ihr großer Mann auch nur einen solchen teilweisen Widerruf vor dem Bundestag, besonders vor der Opposition, auszusprechen und zu vertreten gezwungen wird? Es wären Fragen und Auseinandersetzungen zu erwarten, die seine bisherige Politik in einem solchen Maße nicht nur zur Diskussion, sondern in Frage stellen würden, daß selbst eine entschiedene und unbeugsame Entschließung der CDU-Mehrheit im Parlament kein Auskunftmittel mehr sein würde.

Es spricht vieles dafür, daß Gedankengänge dieser Art den Bundeskanzler zumindest mitbewogen haben, auf dem Stuhl des Bundespräsidenten Platz zu nehmen. Was ihm damit vom Konklave der CDU zugemutet wurde, war sauber und anständig verpackt in die wohlformulierte Äußerung, von diesem Platz aus könne er seiner und der Politik der Mehrheit die dringend erwünschte, wirkungsvolle Fortsetzung am besten sichern. Auf das verfassungspolitische Risiko solcher Absichten, es von diesem Platze aus zu tun, kann nicht ernst genug hingewiesen werden.

Selbst für einen Mann wie Adenauer aber, der aus großen Gefahren, aus eingetretenen und zu erwartenden Rückschlägen und Niederlagen auf eine taktisch einzigartige Weise das Beste zu machen versteht, muß diese Kandidatur einen politischen und menschlichen Stachel in sich tragen. Sie mutet ihm zu, aus der ersten Linie der Politik zurückzutreten und auf die bisher von ihm unmittelbar und souverän gehandhabte Bestimmung der Richtlinien der Politik zu verzichten. Die CDU kann es also verkraften, sie hält es vielleicht sogar für notwendig, auf ihn in dieser Position zu verzichten. Adenauers Art angemessen, scheint es mehr als wahrscheinlich, daß er selbst dem stürmischen Drängen seiner Parteifreunde nicht nachgegeben hätte, ohne sofort an Kompensationsmöglichkeiten auf dem Präsidentenstuhl zu denken. Die Entschiedenheit und Ausschließlichkeit seiner politischen Vorstellungen, mit denen er den Untergang oder die Existenz Deutschlands, zumindest der Bundesrepublik, verbindet und die Härte seines politischen Wollens lassen nicht zu, seine Kandidatur als einen Rückzug aufs Altenteil anzusehen.

Es ist diplomatisch ungewöhnlich, aber für den Kanzlerstil bezeichnend, daß z. B. der sowjet-russischen Regierung mitgeteilt wurde, auch bei der Kandidatur Adenauers zum Bundespräsidenten und bei Übernahme dieses Amtes würde sich politisch nichts ändern. Er läßt das mitteilen schon für die Zeit, in der er verfassungsmäßig keinen bestimmenden Einfluß mehr auf die Politik nehmen kann und in der ein anderer Mann, zweifellos ein Politiker seiner sehr entschiedenen und entscheidenden Wahl, diese Richtlinien zu bestimmen hat. Ein solcher Stil gibt nicht nur billigen Anlaß zu Vermutungen und Spekulationen vager Art. Er bringt schon heute Diskussionen über unser Verfassungsrecht, über die Entwicklung unserer Verfassungswirklichkeit und der gesamten Politik der nächsten Zukunft in Gang, die fast wie Voraussagen künftiger Komplikationen klingen.

Dr. Achim von Borries

Bilanz des Vorspiels

Ringen um das Neue

Wenige Wochen vor dem Beginn der Konferenz der Außenminister der vier Großmächte in Genf, die der Vorbereitung eines „Gipfeltreffens" dienen soll und an der, in beratender Funktion, auch die Vertreter der beiden deutschen Staaten teilnehmen werden, bietet „der Westen" ein Bild innerer Zerrissenheit, das allen offiziellen Beteuerungen „grundsätzlicher Einigkeit" spottet. Die seit Monaten schwelende Mißstimmung zwischen Bonn und London ist in einen offenen Konflikt zwischen der auf eine langfristige militärpolitische Entspannung entschlossen hinarbeitenden Regierung Macmillan und der noch immer an ihrer absolut intransigenten Politik des „Kalten Krieges" festhaltenden Bundesregierung übergegangen. Man weiß, mit welcher Schärfe und Offenherzigkeit nahezu die gesamte britische Presse seit Wochen ihrem Unmut über die Obstruktions-Politik Dr. Adenauers innerhalb des westlichen Lagers Luft macht. Aber die westlichen Vorbereitungen auf Genf stehen nicht allein im Zeichen dieser tiefgreifenden Differenzen zwischen Bonn und London. Es ist das Neue und Entscheidende der heutigen Situation, daß nunmehr auch die USA, wenigstens das State Departement und die entscheidenden Parlamentarier, nicht mehr bereit sind, nicht mehr bereit sein können, ihre gesamte außenpolitische Konzeption so einseitig wie bisher an Bonn zu binden, wenn dieses Bonn, wie jetzt, nur noch als eigensinnig-negativer, rein destruktiver Partner auftritt, der sich der unumgänglich gewordenen Koexistenz der beiden Weltmächte immer wieder in den Weg stellt. Das Ausscheiden des Staatssekretärs Dulles ist in diesem Zusammenhang, wenn auch durch schwere Krankheit verursacht, weltpolitisch sinnfällig. Schon Dulles hatte im Januar Bonn durch Anzeichen einer gerade ihm kaum zugetrauten relativen Flexibilität in der deutschen Frage unangenehm überrascht. Sein inzwischen offiziell bestätigter Amtsnachfolger Christian Herter aber war es, der auf der Außenministerkonferenz der Westmächte in Washington Anfang April Herrn von Brentano in sehr unmißverständlicher Weise zu verstehen gab, daß das State Departement sich nicht länger mehr die Bonner Obstruktions-Taktik werde oktroyieren lassen, als deren Initiator einmal mehr der Bundeskanzler selbst aktiv geworden war. Der heftige Zusammenstoß Herter—Brentano zeigt den Wandel der Dinge. Die Selbstisolierung der Bundesregierung, vor Monaten an dieser Stelle vorausgesagt, schreitet rapide fort. Alle die zahlreichen Disengagement-, Deutschland- und Berlin-Pläne namhafter politischer Persönlichkeiten aus allen westlichen Ländern, die seit Wochen diskutiert werden, sind, ganz unabhängig von ihrem Wert oder Unwert im einzelnen, als Symptom von großer Bedeutung. Konnten wir im Januar feststellen, daß das große, längst zeitgemäße und allein zukunftsreiche weltpolitische Umdenken im Westen endlich begonnen habe, so dürfen wir heute sagen: dies Umdenken beginnt die ersten Früchte zu tragen.

Freilich, das Bild, das der Westen wenige Wochen vor der Genfer Konferenz bietet, erscheint auf den ersten Blick eher verwirrend und entmutigend. Denn längst zwar ist der alte, starre Kurs der Dulles und Adenauer durch die Entwicklung der letzten Monate endgültig ad absurdum geführt worden (indem er sich als absolut unfähig erwiesen hat, irgendeines der großen Ost-West-Probleme friedlich und konstruktiv zu lösen, vielmehr solche Lösungen immer mehr erschwerte und an den Rand eines Weltkrieges führen mußte) — aber diese Atomwaffen-Politik antikommunistischer terribles implificateurs ist noch nicht durch

eine klare und von allen westlichen Regierungen akzeptierte Entspannungs-Konzeption abgelöst worden. Beinahe überall tobt noch der Kampf gerade um die Formulierung dieser Konzeption (außer in London, wo Regierung, Opposition und öffentliche Meinung im wesentlichen einig und zu einer eindeutigen Disengagement-Politik bereit sind). Nicht allein zwischen Bonn und London, London und Paris, Washington und London, Bonn und Washington ist es zu Spannungen und Differenzen gekommen, sondern auch in Bonn und in Washington selbst ist die Scheidung der Geister noch immer im Gange. Sie hatte ihre Vorgeschichte, aber abgeschlossen ist sie noch nicht. Und das Schwanken der USA zwischen dem Londoner Entspannungs- und dem Bonner Kurs des unverminderten Kalten Krieges ist nicht zuletzt zurückzuführen auf den offenen Gegensatz zwischen dem State Departement, das eine militärpolitische Entspannung mit relativen politischen Zwischenlösungen anstrebt, um zunächst einmal den Ost-West-Konflikt selbst zu entschärfen, und dem in militärpolitischer Monomanie verharrenden Pentagon. Die US-Militärs verteidigen heute mit letzter Anstrengung den in der Dulles-Aera die amerikanische Politik bestimmenden Primat des reinen Rüstungs-Denkens. Nicht geringer sind die Spannungen in Bonn, wo sich eine ständig wachsende Zahl von Abgeordneten der Regierungspartei, unter Führung von D. Gerstenmaier, gegen die ungehemmte Fortsetzung der alten Bonner Politik der Maximalforderungen und Drohungen zur Wehr setzt. Anläßlich der Washingtoner Konferenz traten überdies schwerwiegende Differenzen zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister einerseits, dem mit gewissen konkreten Alternativ-Vorschlägen in der „Deutschlandfrage" hervorgetretenen Auswärtigen Amt zutage. Das Regierungslager in Bonn ist heute längst nicht mehr ein „monolithischer Block": auch in der Bundeshauptstadt bedeutet „grundsätzliche Einigung" nur noch — platonische Einigkeit im Allerallgemeinsten bei zunehmender Uneinigkeit in allem Konkreten.

Diese Gegensätze in und zwischen den Hauptstädten des Westens haben die alte starre Einheitsfront der Politik des „Kalten Krieges" aufgelöst. Es verwundert nicht, daß die Exponenten der Dulles- und Adenauer-Politik diesen Prozeß als „fortschreitende Aufweichung" beklagen und als „Kapitulation in Raten" denunzieren, daß sie einmal mehr den „Kommunistenschreck" in Aktion treten lassen. Im Sinne einer europäischen Friedens- und deutschen Wiedervereinigungs-Politik aber darf man in dieser Entwicklung der letzten Monate eine durchaus heilsame Desillusionierung und Desintegration sehen, die beide die Voraussetzungen sind für eine konstruktive Politik der Sicherheit durch Koexistenz. Ob und in welchem Maße es zu der Formulierung eines solchen klaren Programms kommt, das hängt freilich mehr denn je von der Zusammenarbeit, der Besonnenheit, dem Ideenreichtum und der Tatkraft all derer ab, die heute schon von der Einsicht geleitet werden, daß an die Stelle des ungehemmten militärpolitischen Wettlaufs zwischen Ost und West politische Koexistenz und wirtschaftlicher Wettbewerb treten müssen, wenn das Risiko einer Menschheitskatastrophe durch Atomkrieg endgültig ausgeschaltet werden soll. Die Front der Vernunft und ihr Zusammengehörigkeitsbewußtsein sind in diesen Wochen immer stärker geworden. Die Namen Humphrey, Fulbright, Lippman sagen genug über die Entwicklung in den USA. Die britische öffentliche Meinung steht nicht nur geschlossen hinter Macmillan, sondern sie ist sogar die eigentlich treibende Kraft, deren Druck zugunsten eines Disengagements der um seinen Wahlerfolg besorgte Premier nicht mehr ausweichen kann. Die Reisen des Marschalls Montgomery nach Moskau und (die angekündigte) von Sir Winston Churchill zu Präsident Eisenhower zeigen, wie ernst es auch nicht mehr unmittelbar politisch aktiven Persönlichkeiten damit ist, ihren großen Na-

men und Einfluß zugunsten der Entspannung einzusetzen. Das Treffen zwischen Bevan, Nenni und Mendés-France vor wenigen Wochen diente der Koordination der Oppositionsparteien bei ihrem Kampf gegen die ausschließliche Nato-Politik der Rechtsregierungen in London, Paris und Rom. Pierre Mendés-France selbst hielt Anfang April in Paris eine weithin beachtete Pressekonferenz ab, auf der er eine eigene Disengagement-Konzeption entwickelte. Wenig später besprach sich Erich Ollenhauer mit dem führenden Kopf der demokratischen Opposition gegen de Gaulle in Frankfurt. Das alles sind Ansätze eines Neuen. Es betrifft die Lage Europas im Augenblick des Übergangs vom Kalten Kriege zur Koexistenz, und es berührt unmittelbar die heutige und die künftige Stellung Deutschlands in diesem Europa. Die Opposition gegen die einseitige Nato- und Atomwaffen-Politik tritt heute überall aus der nationalen Isolierung heraus und wird zu einem Europa, das dem Pseudo-Europa der Fanatiker des Kalten Krieges, die zugleich die Anhänger der amerikanischen Omnipotenz auf dem Kontinent sind, selbstbewußt entgegentritt. Diese „Europäisierung" der Opposition, wie sehr sie noch der Intensivierung bedarf, gehört zu den hoffnungsvollsten Zeichen der letzten Monate. Die Europa-Parole ist damit endlich all denen entrissen, die sie usurpiert und als fadenscheinigen historischen Rechtstitel für ein klerikal-autoritäres Klein-Europa mißbraucht hatten, das doch nichts anderes sein sollte als ein Nato-Brückenkopf, in dem noch einmal mittelalterliche Ideologien die spätkapitalistische Wirklichkeit mit all ihren Problemen verschleierten.

Noch einmal: viel, beinahe alles wird davon abhängen, mit welchem Einsatz diese neue Front künftig kämpfen wird. Der Gegner scheut die äußersten Anstrengungen nicht, den alten Kurs immer wieder neu zu etablieren. Noch müssen zahlreiche Widerstände überwunden, weite Schichten der Völker aktiviert werden, ehe die Front der Vernunft auf nationaler, auf europäischer und auf atlantischer Ebene mächtig genug ist, jenen nicht nur physisch „Alten" das Steuer endgültig zu entreißen, die vermessen genug lieber den Atomkrieg heraufzubeschwören gedenken, als daß sie sich zu konstruktiven politischen Kompromißlösungen bereit finden. In Genf wird die Front der Vernunft als moralisch-politische Kraft bereits gegenwärtig sein und den Regierungsvertretern einen Rückfall in den alten Kurs unmöglich machen, sie auf den Weg nach vorn zwingen.

Die deutsche Verantwortung

Die Genfer Konferenz wird in vieler Hinsicht eine wichtige Vor-Entscheidung über die Erörterung der weltpolitischen Probleme auf der späteren Gipfelkonferenz bringen. Und vom Ausgang dieser Vorentscheidung wird für lange Zeit auch das deutsche Schicksal abhängen. So ist nichts wichtiger, als daß gerade in diesem Augenblick (wo der Prozeß des Umdenkens zwar schon im Gange, eine Entscheidung über die neue westliche Politik aber noch nicht getroffen ist) die Bundesrepublik im Kreise ihrer nach neuen Lösungen suchenden Verbündeten in einem positiven, konstruktiven Sinn als entschlossener Anwalt der deutschen Sache auftritt, die nur die Sache der Entspannung und der Sicherung des Friedens sein kann. Gerade weil der Westen vorläufig noch gespalten ist, und zwar über der deutschen Frage, wird der Stimme der Bundesrepublik in Zukunft erhöhtes Gewicht zukommen — wenn es die Stimme der Vernunft ist. Zwar ist es sicher, daß sich Washington künftig seine Deutschland-Politik nicht mehr so ausschließlich wie in der Aera Dulles-Adenauer von den Anhängern des Kalten Krieges in Bonn wird bestimmen lassen, um die (vielleicht letzten) Chancen einer weltpolitischen Entspannung um des blinden Mutwillens engstirniger Bonner Parteipolitiker willen leichtfertig zu verspielen. Daß der Westen ein

neues Deutschland-Programm (und zwar nunmehr untergeordnet einem Sicherheits-Programm) suchen wird, ist gewiß. Aber w i e diese Deutschland-Konzeption aussehen wird, auf die er sich heute schon vorbereiten m u ß, das heißt, in welchem Maße er in n e u e r Weise das a l l g e m e i n e Sicherheits- und Entspannungsinteresse mit dem besonderen d e u t s c h e n Wiedervereinigungs-Interesse verbindet: darüber wird nicht zuletzt das Auftreten der Repräsentanten Bonns im Kreise der Verbündeten und auch auf der Genfer Konferenz entscheiden. W a s nun aus der „heilsamen Desintegration" der Front des Kalten Krieges wird — es liegt an uns selbst. Es k a n n durchaus ein weltpolitischer Kompromiß auf unsere Kosten sein, der die faktische Zwei-Staatlichkeit der Deutschen besiegelt. Dann nämlich, wenn die b e i d e n d e u t s c h e n S t a a t e n nicht von sich aus die I n i t i a t i v e ergreifen, das drohende absolute Nebeneinander in ein relatives Miteinander zu verwandeln und dieses Miteinander mit der Entspannungspolitik der Weltmächte zu koordinieren. So hat gerade heute die westdeutsche Politik Chancen und Aufgaben genug. Aber sie kann sie nur erfüllen i n n e r h a l b jener westlichen Front der Vernunft, nicht außerhalb ihrer, nicht gegen sie. Gerade diese so vermessene wie unwürdige Rolle des der Sache des Friedens u n d der deutschen Sache zugleich schädlichen weltpolitischen Störenfrieds aber spielt das Bonn Dr. Adenauers. Bereits heute zeigt man mit Fingern auf uns — und schlimmerweise hat man recht.

Eine Sinnesänderung Bonns, das heißt ein durchschlagender Erfolg all der Kräfte, die für konstruktive Überlegungen über einen Friedensvertrag, ein Disengagement, Kontakte mit der DDR eintreten, ist aber nur zu erwarten, wenn die Exponenten des bisherigen Kurses so sehr unter dem Druck der westdeutschen öffentlichen Meinung, über alle internen Partei-Differenzen hinweg, stehen, daß sie gar nicht mehr anders können, wollen sie nicht das Odium der offenen Volks-Feindlichkeit auf sich nehmen. Ein solcher Druck, eine solche öffentliche Meinung (wie sie beispielsweise in Großbritannien, aber auch in den USA entscheidend auf die Politik der Regierungen einwirken), existieren aber vorerst in der Bundesrepublik noch sehr ungenügend. Und nicht ohne Bestürzung muß man einmal mehr feststellen: in der ganzen Welt, im Westen, im Osten und in den neutralen Ländern wird in der Öffentlichkeit der heutige Stand der „Deutschland-Frage" mit schonungsloser Offenheit diskutiert. Ausnahmslos wird konstatiert: das Ende der alten Deutschland-Politik der Westmächte und Bonns ist gekommen, diese Politik ist an ihren eigenen Zielsetzungen gescheitert. Niemand außerhalb der deutschen Grenzen, der publizistisch ernst genommen werden will, verhehlt diesen Fehlschlag zumal der Politik des westdeutschen Bundeskanzlers, der die Nato-Funktion des westdeutschen Teilstaates (angeblich) als Mittel zum Zwecke einer deutschen Wiedervereinigung angesehen hatte, die Gesamtdeutschland nicht allein politisch, sondern auch militärpolitisch in das Lager des antisowjetischen Bündnisses führen sollte. Wer wagt es noch zu verschweigen, daß gerade die M i t t e l, derer diese Politik sich bediente, die Z i e l e, die sie proklamierte, vollends unerreichbar gemacht haben? So wird denn das F a k t u m der deutschen Z w e i-Staatlichkeit als die R e a l i t ä t von 1959 überall als Gegebenheit hingenommen, die allein der Ausgangspunkt neuer Überlegungen über eine Lösung des Deutschland-Problems sein kann. Die Wiedervereinigungs-Beteuerungen der Westmächte, auf die Bonn doch seit Jahr und Tag angeblich alle seine Hoffnungen gesetzt hatte, erweisen sich heute als Chimären, als bloße Versprechungen, an die Washington und London selbst sich immer weniger gern erinnern lassen. Man wird den USA und Großbritannien dieses Recht zum Realismus nicht absprechen können, und es wäre ein gefährlicher Irrtum, wollte man übersehen, daß ihre heute zunächst auf die weltpolitische Entspannung gerichtete

Politik der Sache der deutschen Wiedervereinigung auf lange Sicht weit größere Dienste tut als Bonns starres Festhalten an seinem längst irreal gewordenen, auch im Westen heute als irreal erkannten Maximal-Programm.

Dies alles wird außerhalb der deutschen Grenzen mit Freimut erörtert*). Einzig in der Bundesrepublik selbst, um deren Lebensfragen es dabei geht, ist von einem solchen Mut zur Besinnung und zum Realismus noch immer nicht allzuviel zu spüren. Denn man wird das mutige und in die Zukunft weisende Wirken einzelner und das fortschreitende politische Erwachen vieler noch nicht mit einer aktiven, einheitlichen Frontbildung verwechseln dürfen. Freilich bedeutet die Veröffentlichung des Deutschland-Planes der SPD einen Meilenstein: denn die deutsche Opposition hat hier, mit dem Mut zu vorübergehender Unpopularität, zum ersten Male offen mit vielen der Tabus und der Zweideutigkeiten gebrochen, die sie bisher bei der Entwicklung einer realistischen Deutschland-Konzeption immer wieder gehemmt hatten. Dieser SPD-Plan ist heute da und er wird je länger desto mehr Boden gewinnen, denn er ist eine erste reale und positive Diskussionsbasis. Mögen ihn die Propagandisten Bonns heute in einer nur für sie selbst blamablen Weise schmähen — gerade das zeigt, wie sehr sie diese Diskussion fürchten. Aber dieselbe Partei, die diesen wichtigen Durchbruch zur konstruktiven Opposition endlich gewagt hat, hat wenig später einmal mehr einen jener unbegreiflichen Rückzieher getan, den man nicht anders denn als Ausdruck entweder einer großen inneren Unsicherheit oder eines staatspolitisch fahrlässigen taktischen Unvermögens werten kann, und mit dem sie faktisch die Fortsetzung jener alten, verhängnisvollen Regierungspolitik unterstützt, mit der ihr Plan sich so scharf auseinandersetzt. Wir sprechen von dem Verzicht auf eine außenpolitische Debatte, zu dem sich, auf Wunsch der CDU-Fraktion, Anfang April eine (wenn auch sehr knappe) Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion bereit fand. Und dies vier Wochen vor der vor-entscheidenden Genfer Konferenz. Diese Nachgiebigkeit der Opposition in dem Augenblick, da gerade ihr alles an einer öffentlichen Klärung des künftigen Kurses der deutschen Politik liegen muß, beleuchtet jenen merkwürdigen Bonner „politischen Stil", der in den großen Demokratien des Westens kaum seinesgleichen haben dürfte. In jeder von ihnen sind leidenschaftliche außenpolitische Debatten gerade in entscheidenden Augenblicken selbstverständlich und ein bestimmender Faktor des politischen Lebens. In der Bundesrepublik aber, die heute am Grabe all der Hoffnungen steht, die die Adenauersche Nato-Politik immer wieder propagandistisch erweckte, in der Bundesrepublik, die sich heute als mittelmäßiger Teilstaat entdeckt und deren Regierung gleichwohl unverändert an ihrem alten Kurs festhält, in diesem heute am Scheideweg angelangten ganz und gar relativen nationalpolitischen Provisorium — findet eine solche Debatte nicht statt**).

---

*) Wir erinnern an die Berichte Walter Lippmans in der New York Harald Tribune über seine Europa-Reise in den letzten Wochen, ferner an die Äußerungen der Times, des Manchester Guardian und anderer großer englischer Blätter. Die Züricher „Tat" brachte am 31. März einen umfassenden Artikel über „Das Ende der Deutschland-Tabus" und der Züricher „Tagesanzeiger" berichtete am selben Tage aus Washington unter dem Titel „Die Wiedervereinigung ein Zukunftstraum".

**) Die Tat, Zürich, schrieb am 8. April bezeichnenderweise zu diesem Thema: „... in einem parlamentarischen System, wie es nun einmal (mindestens theoretisch und nach dem Grundgesetz) in der Bundesrepublik besteht, macht die Volksvertretung eine schlechte Figur, wenn sie in einer Situation wie der heutigen einfach das Maul hält und sich auf ihre legislative Routine zurückzieht. Seit mehr als einem Jahr ist die Außenpolitik im Bundestag nicht mehr zur Sprache gekommen — und was ist in diesem Jahr alles geschehen!"

Sie wird vertagt, vertagt bis n a c h Genf, das heißt bis auf einen Zeitpunkt, an dem in Genf bereits wichtigste Vorentscheidungen auch in der deutschen Frage gefallen sein werden. Eine solche anderswo selbstverständliche Debatte wäre gerade für die Opposition die beste Möglichkeit gewesen, die Regierung zu einer Stellungnahme über i h r heutiges Deutschland-Programm, über i h r e Pläne für Genf etc. zu zwingen, gleichzeitig aber sie des totalen S c h e i t e r n s ihrer bisherigen Politik u n d des Fehlens jeglicher Sinneswandlung in bezug auf die künftige zu überführen. Und eine solche freimütige Debatte hätte endlich den Prozeß der nationalpolitischen Meinungs- und Willensbildung in dem heute unerläßlichen Maße aus den stillen Kämmerlein der Bonner Konventikel in das Forum der V o l k s v e r t r e t u n g getragen, mit der Aussicht, daß er von da aus endlich auch breite Schichten des Volkes selbst hätte erfassen können. Niemals war die Blosstellung der Regierung Adenauer einfacher als heute, niemals aber auch das „Halt" ihren Absichten gegenüber notwendiger. Außenpolitische Debatten in einem demokratischen Staatswesen sind ihrem Sinn nach kein bloß dekoratives, sondern ein staatspolitisch konstitutives Element: nirgends aber sind sie derart zur bloßen Kulisse herabgewürdigt wie in der Bundesrepublik. Die Exponenten der Regierungspolitik haben allen Grund, sich auf diesem Terrain der Volksvertretung nicht zu stellen. Noch heute mögen sie nur mit Schaudern an die denkwürdige Debatte im Januar 1958 denken, als Dr. D e h l e r und Dr. H e i n e m a n n ihnen die schwerste aller parlamentarischen Niederlagen seit 1949 zufügten, politisch und moralisch gleichermaßen vernichtend. Aber dieses Ausweichen, dieser Verzicht der Bundestagsmehrheit auf eine offene parlamentarische Behandlung der deutschen Lebensfragen zeigt auch, wie ernst diese Mehrheit die von ihr so oft beschworene „Demokratie" in der Bundesrepublik nimmt. Auch darauf hätte die SPD hinweisen müssen. Welche Fernwirkungen auch immer ihr Deutschland-Plan haben mag: das Einschwenken einer SPD-Mehrheit in diese Linie des Schweigens der Volksvertretung und vor dem Volke selbst ist unverzeihlich. Die Bundesregierung behauptet einmal wieder, sie könne ihre „geheimen Pläne" für Genf doch nicht der Öffentlichkeit vorzeitig preisgeben — und gleichzeitig lassen ihre Mitglieder auf Wahlversammlungen bereits die Katze aus dem Sack und gehen mit den alten Maximalforderungen als „Genfer Programm" hausieren, so daß jedermann weiß, was er von der „Aktivität" der Delegation des Herrn von Brentano auf der Konferenz zu erwarten hat*). Kann nicht einmal d i e s e Selbstentblößung der Regierung die Opposition veranlassen, doch noch eine Debatte im Parlament zu fordern? Eine Debatte, die nur das eine Thema haben kann: „R e c h e n s c h a f t u n d A u s b l i c k", in einem Augenblick, da gerade von der d e u t s c h e n Haltung innerhalb des westlichen Lagers für die d e u t s c h e Sache mehr denn je abhängt. Es ist doch wohl beispiellos, daß eine Regierung jahrelang eine derartige außenpolitische Fehlspekulation auf Kosten der Interessen des eigenen Volkes und auf Kosten der Sicherheit der Nachbarn dieses Volkes betreiben u n d dann noch ganz unverhohlen die Fortsetzung dieser Politik proklamieren kann, in einem Augenblick, da das Verhängnisvolle dieser Fortsetzung weltbekannt ist — daß eine Regierung in einer Demokratie all dies tun kann, o h n e von der Volksvertretung, zumindest der Opposition zu einer Rechenschaft über Vergangenheit und Zukunft gezwungen zu werden. Denn jene Vergangenheit darf nicht vergessen, die Verantwor-

*) Laut dpa erklärte von Brentano am 16. April in Bitburg, die Forderungen Bonns für Genf lauteten: Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands, Aufrechterhaltung des Berlin-Status, Ablehnung einer Anerkennung der DDR und ein Friedensvertrag mit einem aus freien Wahlen hervorgegangenen Gesamtdeutschland.

tung nicht verschleiert oder vertuscht werden: und die Zukunft eben dieser Regierung zu überlassen, ohne daß sie klare Auskunft über ihre Vorstellungen und Pläne gegeben hat, ist eine staatspolitische Fahrlässigkeit, für die das deutsche Volk zu zahlen haben wird.

Die Selbstbehauptung der Teilstaat-Politiker

Offensichtlich versucht eine kleine Gruppe von Bonner Politikern, die noch immer das Heft in der Hand hält, jede außenpolitische Kursänderung zu verhindern oder doch soweit wie möglich zu erschweren. Diese Gruppe, die durch die Namen Adenauer, Brentano, Strauss und Schröder charakterisiert werden kann, hat sich dabei heute nicht mehr nur der SPD, sondern auch einer zunehmenden Opposition aus den Reihen der CDU zu erwehren und scheut darum vor keinerlei fragwürdigen Manipulationen zurück. Nur in solchem Zusammenhang kann der unerwartete Entschluß Dr. Adenauers, als Kandidat der CDU die Bundespräsidentschaft zu übernehmen, verstanden werden. Welches auch die (gewiß sehr verschiedenartigen) Motive derer gewesen sein mögen, die dem Kanzler diesen „einsamen Entschluß" nahelegten: er ist weder ein bloßer Rücktritt in verschleierter Form noch einfach eine Machtusurpation des bisherigen Kanzlers. Alle einseitigen Interpretationen des Vorganges gehen am Wesentlichen vorbei. Zwar stand und steht der Kanzler gerade seit dem Washingtoner Debakel seines Außenministers unter zunehmendem Druck nahezu aller seiner bisherigen politischen Freunde, in Washington wie in Bonn selbst. Und gewiß werden nicht wenige mit dieser „Beförderung" des Kanzlers zum Präsidenten die Hoffnung auf eine gewisse Modifikation des starren Kanzler-Kurses in der Außenpolitik verbinden. Aber gleichzeitig hat Dr. Adenauer selbst seinen Entschluß in einer der Form wie der Sache nach so unmißverständlichen Weise interpretiert, derart prononciert „programmatisch" erläutert, daß es über seine Absicht keinen Zweifel geben kann, jenen alten starren Kurs um jeden Preis fortzusetzen. Dr. Adenauer ist nicht der Mann, der aus bloßer Einsicht vom Kampfplatz abtritt, auch wenn er besiegt ist. Und heute ist dieser Kanzler zwar international wie national gesehen ein schwer angeschlagener, noch nicht aber ein geschlagener Mann. Er möchte in der Bundespräsidentschaft ein neues Instrument sehen, an seiner Politik festzuhalten: nicht umsonst hat er selbst betont, wie wichtig es ihm sei, auf diese Weise seinen Nachfolger als Kanzler bestimmen zu können.

So ist denn eine gewisse Befriedigung darüber, daß dieser Kanzler noch im Laufe dieses Jahres seinen bisherigen Platz räumt und damit neue Entwicklungen zumindest möglich macht, die er selber gewiß nicht wünscht, durchaus am Platze. Unberechtigt aber dürfte aller vorschneller Jubel sein, der die Entschlossenheit der Machtbehauptung der Adenauer-Gruppe in Bonn weit unterschätzt. Man nehme Dr. Adenauer bei seinem eigenen Wort, man halte die schier unglaublichen, allen bisherigen staatspolitischen Opportunismus dieses „christlichen Staatsmannes" in den Schatten stellenden Sätze über die bisher keineswegs realisierten politischen Möglichkeiten des Präsidentenamtes, über den absoluten Willen zur „Kontinuität", über die „Unveränderlichkeit" des außenpolitischen Kurses zusammen — man halte all das fest und unterschätze den ungebrochenen Machtwillen, der daraus spricht, so wenig, wie man heute noch Grund hat, den Nimbus des Kanzlers in den Reihen seiner eigenen Partei zu überschätzen. Denn sein ganz persönlicher Selbstbehauptungswille ist noch immer verbündet mit dem politisch-militärpolitischen Machtwillen der Gruppe Schröder-Strauss-Brentano. Dieser Kanzler wankt, aber er weicht noch nicht, er weicht nur aus. Erst wenn man ihn mit letzter Kraft stößt — wird er fallen. Und erst wenn

sich in den Reihen der CDU selbst die Einsicht durchsetzt, wie verhängnisvoll es ist, wenn die westdeutsche Politik weiterhin dem Machthunger dieser kleinen Gruppe ausgeliefert bleibt, wird deren Entmachtung näherrücken. Solange aber die CDU trotz vereinzelter Opposition hinter den Kulissen sowohl Dr. Adenauer wie Herrn von Brentano und Herrn Strauss deckt, identifiziert sie sich mit deren Politik und übernimmt weiterhin die volle Verantwortung für ihren Ausgang.

Das Ende der Schein-Probleme

Es ist die Taktik jener Bonner Politiker, die an ihrem alten Kurs unbedingt festhalten wollen, daß sie das Scheitern dieses Kurses in den letzten Jahren durch eine psychologische Offensive zu vertuschen und damit auch die Erörterung jeder konstruktiven Alternative zu verhindern versuchen. Sie bemühen sich, immer wieder die alten Schein-Probleme in die Diskussion einzuführen. Und gleichzeitig streuen sie das Gift nationalpolitischer Resignation aus, um von ihrem Mißerfolg und ihrer Verantwortung abzulenken. Die USA haben sich endlich — und das liegt ganz im deutschen Interesse — von dem irrealen Junktim Entspannung—Wiedervereinigung (unter Nato-Vorzeichen) emanzipiert. Das bedeutet aber doch nicht weniger, als daß das Kernstück der Bonner Nato-Politik heute aus der amerikanischen weltpolitischen Konzeption ausgeschieden worden ist: der sogenannte „gesamtdeutsche Anspruch" Bonns beziehungsweise der Bundesrepublik ist heute nur noch ein politisch bedeutungsloser Anachronismus. Irreal war, für den Einsichtigen, dieser Anspruch freilich schon lange. Aber zum Gemeingut und zur politischen Maxime ist diese Einsicht doch erst in den letzten Monaten geworden. Von der erhofften und geplanten „Befreiung", von der „Liquidation" und „Integration", also dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik können nur noch Fanatiker und Narren träumen — deren es allerdings in Bonn noch immer etliche auch in hohen Stellungen gibt. Die Bundesrepublik steht heute der DDR gegenüber, Teilstaat diese wie jene. Gleichzeitig haben London und Paris der Bundesregierung in den letzten Wochen sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß sie nicht daran denken, eine Lösung des Deutschland-Problems an dem Problem der Oder-Neiße-Linie scheitern zu lassen. Auch dieser Revisions-Traum ist ausgeträumt. Das Erwachen in der nüchternen Teilstaat-Wirklichkeit aber soll nunmehr nach dem Willen Bonns in nationalpolitische Resignation umgefälscht werden. Man hat aus dem Munde von Herrn von Brentano nicht nur erfahren, was er als „Berater" in Genf zu „fordern" gedenkt, sondern auch vernommen, daß er „wenig Hoffnungen" für diese Konferenz habe. Maximalforderungen und Zweck-Pessimismus — das verrät Methode. Die Bundesregierung unternimmt offensichtlich alle Anstrengungen, die Konferenz scheitern zu lassen — um dann „freie Bahn" für ihre Atomwaffen-Teilstaat-Politik zu haben. Man paßt sich zwar im Westen hier und da taktisch etwas an, gibt sich den Anschein einer gewissen Konzilianz, aber in der Sache beharrt man nach wie vor auf dem alten Programm. Der Tenor der Bonner Äußerungen vor Genf ist: es gibt „keinen dritten Weg", es gibt nur die Alternative „Politik der Stärke" oder „Kapitulation". Wiederum muß man sagen, daß derartige Simplifikations-Versuche verantwortlicher Minister heute wohl nur noch in einem Westdeutschland möglich sind, dessen öffentliche Meinung sich allzuviel bieten läßt. Begleitet wird diese „psychologische" Vorbereitung auf das erhoffte Scheitern der Konferenz von einer verstärkten rüstungspolitischen Aktivität des Bundesverteidigungsministers, der gewiß nicht zufällig gerade in diesen Wochen in Washington im Pentagon weilt. Die Allianz Bundeswehr-Führung, Nato-Hauptquartier, Pentagon steht heute hinter allen Bestrebungen zur Aufrechterhaltung des jedem Disengagement abgeneigten „harten Kurses". Das heißt: ein Teil der Bonner

Verantwortlichen macht heute nicht deutsche Friedenspolitik, sondern Nato-Militärpolitik wider das deutsche Friedens- und Wiedervereinigungsinteresse. Die völlig überflüssigen „Stärkedemonstrationen" der amerikanischen Militärflugzeuge auf ihren Flügen nach Berlin, gegen die sich die britische Öffentlichkeit bereits verwahrt hat, lassen erkennen, in welchem Maße diese Kreise noch immer die Entspannungs-Bemühungen der Politiker zu torpedieren versuchen.

Bonn „fordert" also für Genf nach wie vor all das, was es seit Jahr und Tag vergeblich „gefordert" hat. Der W e s t e n wird sich an dieses irreale Deutschland-Programm kaum halten. Aber es besteht die Gefahr, daß er mangels einer deutschen Initiative vorerst überhaupt kein klares Deutschland-Programm entwickelt und vertritt. Die Westmächte werden sich dann realpolitisch einstellen auf das F a k t u m der beiden deutschen Staaten, das die Sowjetunion ihrerseits längst zum Ausgangspunkt ihrer eigenen Deutschland-Politik gemacht hat. Auf der Basis dieser Zweiteilung wird es dann auch zu einer militärpolitischen Entspannung kommen, ob mit dem Willen oder gegen den Willen Bonns. Das Problem für die Deutschen ist, aus der selbstverschuldeten (auch gerade seit 1950 verschuldeten) Not der staatlichen Zweiteilung heute endlich soweit wie möglich eine Tugend zu machen. Ohne Illusionen, nicht in einem nationalen Alleingang, aber mit nationaler Entschlossenheit. Keine Drohungen und keine Beschwörungen Bonns schaffen heute die DDR aus der Welt. Es gibt k e i n e n P r e i s mehr, für den die Sowjetunion sie der Bundesrepublik ausliefern würde. Bis 1956 war es sinnvoll, über einen solchen Preis zu diskutieren: die Bundesregierung hat es versäumt, jemals die sowjetische Bereitschaft zu erproben. So trägt s i e heute eine entscheidende Mitverantwortung daran, daß h e u t e jede Preis-Diskussion überflüssig ist. Die Wiedervereinigung war bis vor nicht zu langer Zeit auch für die Sowjetunion p r i m ä r ein m i l i t ä r p o l i t i s c h e s Problem; heute aber ist sie ebenso ein p o l i t i s c h e s Problem. Das heißt: es bedarf auch heute gewisser m i l i t ä r i s c h e r V o r a u s s e t z u n g e n , ehe eine p o l i t i s c h e Lösung des Wiedervereinigungsproblems überhaupt m ö g l i c h ist. Eine Bereitschaft der Bundesrepublik zu einer D i s e n g a g e m e n t - P o l i t i k im Sinne etwa des Rapacki-Planes, das heißt also der V e r z i c h t auf die Atombewaffnung der Bundeswehr, ist heute nicht mehr ein Äquivalent für eine sowjetische Bereitschaft, der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik zuzustimmen; aber sie allein würde die M ö g l i c h k e i t gewisser Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten selbst schaffen. Bonn erklärt heute unumwunden: die Wiedervereinigung ist „zunächst" unmöglich. Damit soll die Zementierung des Teilstaates Bundesrepublik und die Fortsetzung seiner Nato-Atomwaffen-Politik gerechtfertigt werden. In Wahrheit ist nicht „die" Wiedervereinigung unmöglich — sondern die schon immer utopische Wiedervereinigung nach Bonner Rezept, nach den Bonner Maximalforderungen, über die die Sowjetunion eh und je zur Tagesordnung übergegangen ist, weil sie sie mit Recht (von ihrem Standpunkt aus) als eine Zumutung empfunden hat. Die Maximal-Forderungen, die den Eindruck erwecken sollen, die Bundesregierung sei ernstlich an der Wiedervereinigung interessiert, sind in Wahrheit nur taktische Mittel, sie dienen den Obstruktionsversuchen der Bonner Nato-Politiker gegenüber den westlichen Disengagement-Plänen. So wie sich die internationale Lage entwickelt hat, sind die Sowjetunion u n d die Westmächte heute, und das heißt auch in Genf, in e r s t e r Linie an dem Problem der Sicherheit und der Entspannung interessiert, und die „deutsche Frage" gehört für sie zunächst in d i e s e n Zusammenhang. Entspannung und allgemeine Sicherheit aber sind jene erwähnten V o r a u s s e t z u n g e n für eine deutsche Wiedervereinigung, die ohnehin nur als ein P r o z e ß mit verschiedenen Stadien vorgestellt werden kann. Jene Voraussetzungen dürfen aber

auch von deutscher Seite nicht mehr wie bisher mit „Bedingungen" in der Wiedervereinigungsfrage verknüpft werden, weil damit Entspannung u n d Wiedervereinigung weiterhin unmöglich bleiben und die weltpolitische Lage eine neue gefährliche Zuspitzung erfahren würde.

So müssen die internationalen militärpolitischen Voraussetzungen einer nationalen politischen Lösung des Deutschland-Problems mit Hilfe der beiden deutschen Regierungen in Genf beraten werden. Mehr als e r m ö g l i c h e n können sie eine solche Lösung nicht. Die politische Lösung aber kann weniger denn je unter Ausschluß der beiden deutschen Staaten zustandekommen. Die erwähnten Bonner Maximen allerdings zeigen, in welch fadenscheiniger Weise die Bundesregierung „über die Wiedervereinigung" verhandeln will — nämlich um die militärpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung zu verhindern ... Von dieser selbst ist zu sagen: so wenig sie eine Sache „nur" der Deutschen ist, so sehr ist sie doch unter den heutigen weltpolitischen und nationalpolitischen Umständen i n e r s t e r L i n i e Sache der Deutschen. Ohne gründliche Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten ist sie schlechterdings unmöglich. Und daran wird sich nichts ändern. Die DDR ist weder von der Sowjetunion preisgegeben worden noch ist sie zusammengebrochen. Ihre internationale Geltung wächst ständig, ihre wirtschaftliche Entwicklung geht rapide bergauf. In dem Maße aber, als Bonn weiter jegliche Kontakte mit der Regierung in Ostberlin über gemeinsame deutsche Probleme ablehnt, muß die Entfremdung zwischen den Menschen und den Gesellschaftssystemen in den beiden deutschen Teilstaaten fortschreiten. So geht es heute nicht mehr um „die Wiedervereinigung" als solche, im einseitig westdeutschen Sinne, sondern um den M o d u s einer Wiedervereinigung in Etappen. Und sie ist untrennbar verbunden mit dem w e l t p o l i t i s c h vordringlichen Problem der E n t s p a n n u n g durch D i s e n g a g e m e n t.

Das Ende der Schein-Probleme in der deutschen Frage ist gekommen, auch wenn gewisse Bonner Nato-Politiker immer noch versuchen, diese Schein-Probleme für die realen auszugeben. Weltpolitisch lautet die Alternative heute eindeutig: Verständigung über Entspannung als Grundlage politischer Lösungen in dem Konflikt zwischen Ost und West o d e r Fortsetzung und Verschärfung des lebensgefährlichen Rüstungswettlaufs. Nationalpolitisch geht es für die Deutschen heute um die Vorbereitung einer Annäherung der beiden deutschen Staaten. N u r eine solche d e u t s c h e Aktivität kann verhindern, daß diese faktische Zweiteilung alsbald auch w e l t p o l i t i s c h besiegelt wird.

Innerhalb der Bundesrepublik aber stellt sich dringender denn je die Frage, in welchem Maße es einer Einheitsfront aller Demokraten gelingt, der Entspannungs- und Verständigungspolitik zum Erfolg zu verhelfen. Ist die Stimme Herrn von Brentanos in Genf die Stimme Deutschlands? Oder ist es nur die Stimme jener kleinen Gruppe machtbessener Nato-Politiker, die allen Grund haben, eine außenpolitische Debatte zu scheuen? Die autoritären Tendenzen in Bonn haben nicht nachgelassen, auch sie sind ein Ausdruck der Selbstbehauptung jener Gruppe Adenauer, Strauss, Schröder. Nach wie vor bereitet der Minister Schröder sein „Notstandsgesetz" und die der Meinungs-Lenkung dienende „Neuordnung" des Rundfunks vor. Noch immer arbeitet der Minister Schäffer an seinem fragwürdigen Presse-Gesetz („Ehrenschutz"). Von Kreisen, die der Bundesregierung nahe stehen, wird weiterhin eifrig für die Todesstrafe geworben. Und der Rheinische Merkur, das offiziöse Kanzler-Blatt, plädierte jüngst dafür, Herbert W e h n e r auf Grund des Deutschland-Planes der SPD strafrechtlich zu verfolgen. ... Dasselbe Blatt forderte Mitte April das schärfste gerichtliche Vorgehen gegen a l l e Bürger der Bundesrepublik, die um der Verständigung und des Friedens

willen zu Gesprächen mit und in der DDR bereit sind. Man weiß, was Herr Strauss plant. Und man hat schließlich von Dr. Adenauer anläßlich seiner Annahme der Präsidentschafts-Kandidatur ein so unverhohlenes Bekenntnis zu einer autoritären Interpretation seiner neuen Amtsstellung vernommen, daß man weiß, was man zu erwarten hat. Dr. Adenauer ist kein deutscher de Gaulle. Schlimmer: er ist Dr. Adenauer. Und wenn eine allzu offene Veränderung der Verfassung schon darum kaum denkbar erscheint, weil die SPD eine solche immer blockieren könnte, so muß doch gesagt werden, daß es bei der heutigen Verfassungs w i r k l i c h k e i t und dem unverkennbaren grenzenlosen Opportunismus weiter politischer Kreise in Bonn einer solchen Verfassungsänderung nicht einmal bedarf, um die Vorherrschaft der autoritären Elemente, die auch die Vorkämpfer der Politik des Kalten Krieges sind, zu befestigen. Das muß nicht kommen, aber es kann kommen. Ebenso wie eine internationale Bestätigung der deutschen Teilung. Nur eine geschlossene und starke deutsche öffentliche Meinung, die das Mögliche erkennt und will, sich aller Illusionen entschlägt, aber auch nicht dem von Bonn geförderten, auf irrealen Voraussetzungen beruhenden Zweck-Pessimismus verfällt, nur sie kann vor und nach der Genfer Konferenz die Bonner Stärke-Politiker auf den Weg der Vernunft zwingen. Das Jahr 1959 wird in der deutschen Frage wichtige Entscheidungen bringen. Es liegt an uns, ob diese Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg oder mit unserer Mitwirkung gefällt werden. Als Problem der Sicherheit und der Entspannung ist das deutsche Problem heute ein Problem des Ostens und des Westens und ein europäisches Problem. N u r ü b e r e i n e k o n f ö d e r a t i v e A n n ä h e r u n g d e r b e i d e n d e u t s c h e n S t a a t e n, ü b e r i h r e m i l i t ä r p o l i t i s c h e N e u t r a l i s i e r u n g i m R a h m e n e i n e s g e s a m t e u r o p ä i s c h e n S i c h e r h e i t s - S y s t e m s, n u r ü b e r d e n F r i e d e n s v e r t r a g e i n e r d e u t s c h e n K o n f ö d e r a t i o n m i t d e n G r o ß m ä c h t e n f ü h r t d e r W e g z u e i n e r S i c h e r h e i t, E i n h e i t u n d F r e i h e i t d e s d e u t s c h e n V o l k e s, d i e s i c h m i t d e n L e b e n s i n t e r e s s e n d e r G r o ß m ä c h t e v e r b i n d e n l ä ß t. In Genf werden die Weichen gestellt. Und es liegt alles daran, w e l c h e deutsche Stimme dort zu Worte kommt.

A r n o B e h r i s c h, MdB

Herzstück: Der soziale Status

Demnächst wird in Genf das Tauziehen um Deutschland neu beginnen. Den Anstoß gaben die Sowjets mit ihren Vorstößen in der Berlin- und Deutschlandfrage. Die aus diesem Tatbestand mancherorts gezogene Folgerung, die Russen seien die Ruhestörer, läßt sich allerdings mit einer Äußerung des Generals Nathan F. T w i n i n g in einem Geheimbericht vor dem Parlament nicht in Einklang bringen, wonach es Amerika gelungen sei, „Rußland einzukreisen". Eingekreiste, das lehren geschichtliche Erfahrungen, pflegen immer danach zu trachten, den Ring zu sprengen. Einkreisungspolitik war immer Kriegspolitik. In Deutschland sollte man das wissen.

Die Auseinandersetzung in Genf wird nicht dort weitergeführt werden, wo man sie bei der letzten Begegnung abgebrochen hatte. Die alles blockierende

Forderung „Freie Wahlen zuerst!" die nach der Ansicht Paul Sethes einer Aufforderung an die sowjetischen Staatsmänner zum vorsätzlichen Landesverrat gleichkommt, existiert allenfalls noch bei der Bundesregierung. Die übrigen Menschen auf dieser Welt teilen mehr oder weniger akzentuiert die Meinung Richard Crossmans, wonach es „keine Chance unter tausend gibt, daß wir je unser Versprechen einlösen können, Deutschland durch freie Wahlen wiederzuvereinigen".

Auch die andere Stolperformel von der „Bündnisfreiheit für das wiedervereinigte Deutschland" wird keine Rolle mehr spielen, sofern überhaupt ernsthaft verhandelt werden soll. War doch selbst ein so naher Gesinnungsfreund Adenauers wie Bundeskanzler Raab in einem Fernsehinterview am 22. Oktober 1958 zu dem Schluß gekommen, daß die Pläne Gaitskells und Rapackis „Ausgangspunkte für eine Diskussion sein" könnten, die ein europäisches Sicherheitssystem zum Ziele habe. Übrigens bemerkte Raab zugleich: „Wir haben bis jetzt mit unserer militärischen Neutralität gute Erfahrungen gemacht. Es wurde von der Sowjetunion seit Abschluß des Staatsvertrages auch kein Versuch gemacht, auf innen- oder außenpolitischem Gebiet irgendwelchen Einfluß auszuüben." Der Artikel 5 des sowjetischen Vorschlags dürfte also kein Hindernis sein, sofern wir uns nur selbst aus dem Gefängnis der eigenen Zwangsvorstellungen und der Knechtschaft der Worte zu befreien vermögen.

Die Gegensätze in der Deutschlandfrage werden sich voraussichtlich weniger an den genannten beiden Problemen entzünden, die ja auch immer nur von der Bundesregierung her als Rauchvorhang gedient haben, als an der Kernfrage, der man bisher tunlichst ausgewichen ist, der man aber bei ernstgemeinten Gesprächen über die deutsche Einheit gar nicht ausweichen kann: der Frage der sozialen Struktur. Man wird darauf kommen, wenn es um die militärische Sicherheit geht. Eisenhower und Macmillan haben ja am 23. 3. 1959 verlauten lassen, daß sie den Russen umfassende Garantien gegen „ein Wiedererwachen des deutschen Militarismus" anbieten wollen. Dafür werden sich die Russen bedanken. Sie werden nämlich auf eine Erkenntnis hinweisen, die den Mächten, die gegen Hitlerdeutschland kämpften, einige Jahre gemein war. Nach entsetzlichen Leiden und Opfern hatte sich nämlich überall die Einsicht durchgesetzt, daß in der sozialen Struktur Deutschlands etwas nicht in Ordnung sein müsse. Diese Struktur zu verändern, war das erklärte Ziel der Alliierten von Churchill über Roosevelt bis Stalin und der Deutschen von Adenauer über Schumacher bis zu Pieck.

Es dürfte ratsam sein, an dieser Stelle einen kleinen Rückblick zu halten, weil sonst das Wichtigste in der Politik, der Ursachenzusammenhang, verloren geht. Wenn unser Land in einer Generation zwei Katastrophen unvorstellbaren Ausmaßes erlebte, dann war das nicht das Werk bolschewistischer Verschwörer, sondern die wahrhaft selbstmörderische Politik der herrschenden Schichten in Europa, wobei man zwei Sonderbeiträge der Deutschen erwähnen muß. Die Bolschewisierung Rußlands (Lenins Reise aus der Schweiz nach Petersburg) und die Bolschewisierung großer Teile Europas (Hitlers Pakt mit Rußland zur Versklavung Westeuropas durch das Dritte Reich) sind das unbestreitbare „Verdienst" der Deutschen. Genauer gesagt, des deutschen Großbürgertums, denn die Ära der nazistischen Wehrwirtschaftsführer begann mit dem niederträchtigen Verrat der Wirtschaftsführer an der deutschen Demokratie.

Charles W. Thayer, Verbindungsmann zwischen McCloy und Adenauer und Kenner Deutschlands aus jahrzehntelanger Erfahrung, schildert in einem seiner Bücher ein Gespräch mit dem Seifenmann Jost Henkel: „Ob wir heute anders sind, als wir 1933 waren? Ich glaube kaum, daß wir jemals so schlecht waren, wie Sie meinen. Ihr Alliierten habt die deutsche Großindustrie ganz

falsch beurteilt. Wir waren nicht für die Nazis, sondern gegen die Kommunisten. Von den Dutzenden von Parteien, die vor 1933 im Reichstag saßen, gab es nur eine hundertprozentig antikommunistische Partei, und das waren die Nazis. Als uns Hitler 1932 erklärte, daß er mit den Kommunisten aufräumen würde, entschlossen wir uns, ihn zu unterstützen. Wir stellten uns vor, daß wir danach dem kleinen Komödianten die Giftzähne ziehen könnten. Unglücklicherwise war er nicht ganz so komisch, wie wir gemeint hatten, und wir versagten dabei. Aber das war ein Irrtum in der politischen Beurteilung gewesen, kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

Man sieht aus dieser Äußerung, daß es unbelehrbare und unkorrigierbare Menschen gibt, denn es ist Herrn Henkel völlig entgangen, daß der „Irrtum" der Industrie zu Konzentrationslagern, zu Gaskammern, zum Weltkrieg führte. Und er vergißt, daß nicht die deutschen Industriellen, sondern die alliierten Armeen Europa von der Hitlerknechtschaft befreit haben. War es ein Wunder, wenn sich 1945 alle Männer mit Verstand darin einig waren, die Welt vor einem neuen „Irrtum" der deutschen Bourgeoisie zu bewahren? Ist es verwunderlich, wenn die Russen, die das Hauptleid und die Hauptopfer getragen haben, in einen Friedensvertragsentwurf einen Artikel 16, 17 und 18 formulieren? Die größte Barbareninvasion der Geschichte hat ihren Ausgangspunkt in Deutschland gehabt. Und die Deutschen haben ihre Nachbarn überfallen, nicht umgekehrt. Wer diese Grundtatsache verschweigt, lügt und bereitet ein neues Verbrechen vor!

Es kann in diesem Lande offenbar nicht oft genug wiederholt werden, welche Rolle Namen wie Fritz Thyssen, Hjalmar Schacht, Emil Kirdorf, Franz von Papen, Paul von Hindenburg, Friedrich Flick, Kurt Schröder, August Rosterberg, Gottfried Graf von Bismarck, Otto Steinbrink, Albert Vögler, Rudolf Bingel, Emil Helfferich, Emil Meyer, Friedrich Reinhardt, Heinrich Bütefisch, Hans Walz, Karl Lindemann, Kurt Schmitt, Ritter von Halt, Helmuth Röhnert u. a. m. bei der „Machtergreifung" oder später im „Freundeskreis des SS-Führers Himmler" gespielt haben. Wer führte denn Hitler am 27. 1. 1932 in den Industrieklub ein? Wer stellte sein Haus am 4. Januar 1933 für die Zusammenkunft Hitler-Papen zur Verfügung? Die gleichen Kreise, die heute „überzeugte Bewunderer des Bonner Systems" sind, obwohl sie allen Grund hätten, sehr vorsichtig zu sein. Denn Ernest Bevin sprach nicht nur für sein Land, als er am 21. März 1947 in Moskau erklärte: „Wir wünschen nicht ein Deutschland wiederzusehen, wo eine Partei oder Machtgruppe die gesamte Macht in derselben Weise an sich ziehen würde wie diejenige, die den letzten Krieg heraufbeschwor."

Nun, Charles Thayer muß in seinem Buche sehr traurige Feststellungen in dieser Richtung machen: „Noch eine Wiedergeburt (außer der der Beamtenhierarchie) hat es in Deutschland gegeben — die der Ruhrindustriellen . . . Düsseldorfer Geschäftsleute klagen darüber, daß heute mehr finanzielle Macht in wenigen Händen zusammengeballt ist als je zuvor in der deutschen Geschichte. So z. B. ist Hermann Abs, Deutschlands bekanntester Bankier, Vorsitzender im Aufsichtsrat so vieler Gesellschaften, daß der deutsche Who's Who sie gar nicht alle aufführen kann." Die gleichen Kräfte, die Hitler zur Macht brachten, sind die Bewunderer des derzeitigen Bonner Systems. Sie haben die CDU/CSU längst von ihrer Aufgabe, die Kräfte des Verharrens und des Fortschritts in ein Gleichgewicht zu bringen, entfernt und ihr das von Gustav Heinemann treffend charakterisierte Drei-Punkte-Programm angedreht: Viel verdienen — Soldaten, die es verteidigen — und Kirchen, die beides segnen! Längst sind sie dabei, die gesamte Macht einer Partei und einer Machtgruppe zuzuschanzen. Nichts ist geblieben vom Gelöbnis der CDU aus dem Jahre 1945, wo-

nach „die Volksvertretung die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen" sollte. Wer Demokrat ist, bestimmen Hehler und Mitläufer des Braunauers, und der Regierungschef manifestierte den Geist brüderlicher Zusammenarbeit in einer Rede am 5. Juni 1951 in Rosenheim, in der er die Gegner seiner Politik als „Dummköpfe ersten Ranges und Verräter" bezeichnete. Das deutsche Erbübel hat in Bonn den Thron bestiegen: Überheblichkeit und Unduldsamkeit.

Dabei muß man sich die zahllosen guten Erkenntnisse und Vorsätze vor Augen halten, die 1945 das Denken beherrschten, die nicht an Äußerlichkeiten hafteten, sondern an den Kern der Frage vorgedrungen waren: soziale Transformation! Namens der Sieger hatte Hauptankläger Jackson in Nürnberg klargestellt, daß man für alle Zeit die „unheilvollen Kräfte" ausschalten wolle, die sich in Deutschland gegen Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit verbündet hatten. Ein amerikanisches Gericht verurteilte Krupp wegen Plünderung französischer, holländischer und belgischer Fabriken zu 12 Jahren Gefängnis und Einziehung des gesamten Besitzes. Adenauer forderte am 6. 3. 1946 „die möglichst baldige Vergesellschaftung der Bergwerke". Ernst Lemmer sprach am 17. Juni 1946 für die meisten seiner Parteifreunde, als er sagte: „. . . noch größer aber ist die historische Schuld jener Männer, insbesondere an Rhein und Ruhr, die als die wirtschaftlich mächtigen Exponenten der Schwerindustrie vor 1933 methodisch an der Zerstörung der Weimarer Demokratie mitgewirkt haben. In ihnen fand Hitler seine Finanzierungsquelle, die es ihm gestattete, die Parteien der Demokratie materiell niederzukämpfen." Von dieser Erkenntnis zum Ahlener Programm der CDU führte eine logische und gerade Linie. Gesetze im Landtag von Nordrhein-Westfalen, eindeutige Artikel in der hessischen Verfassung dokumentierten, was Kurt Schumacher ohne Widerspruch der CDU so formulierte: „Denn auch politisch würde ein freier industrieller und agrarischer Großbesitz bedeuten, daß die Demokratie in Deutschland gerade so lange dauert wie die Besatzungszeit. Wir wollen aber von vornherein gleich in der strukturellen Anlage ein demokratisches Deutschland, das alle denkbaren Besatzungszeiten überdauert."

Wie sehr der Weg zur Hölle 1945 mit guten Vorsätzen gepflastert war, zeigte auch die erste Reichstagung der CDU im Dezember 1945 in Godesberg. Dort hielt man es für „unerläßlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtstellungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Gemeineigentum übergehen . . . So vertreten wir einen Sozialismus christlicher Verantwortung". Das war nicht unvereinbar mit Vorstellungen, die zu gleicher Zeit Ernst Reuter entwickelte: „Wir wollen darauf bestehen, daß nicht wieder durch eine Hintertür dieselben alten innerlich überlebt gewordenen Kreise aus der Versenkung auftauchen, die von der komischen Vorstellung besessen sind, als ob immer nur sie allein imstande wären, unser Land zu vertreten . . . Die nächsten Jahre schon müssen uns an der Arbeit sehen, den Übergang zu einer Gesellschafts- und Wirtschaftsorm zu schaffen, in der bei voller Aufrechterhaltung menschlicher, politischer, geistiger und kultureller Freiheiten . . . der Übergang zu einer von sozialistischen Tendenzen durchtränkten Wirtschaftsform gefunden wird." Und was ist geschehen? Die besorgte Frage, die Ex-Präsident Truman im März 1959 an einen Reporter der „Süddeutschen Zeitung" richtete, ob „nach Adenauer die Schwerindustrie ans Ruder kommt . . . die Krupps", war überflüssig. Sie sind an der Macht — und mit ihnen die Hybris!

Inzwischen hat die CDU in nicht zu überbietendem Zynismus erklärt, sie habe damals alles nur gesagt und geschrieben, um die Sozialisierung zu verhindern. Fritz Berg, Sprecher des Bundesverbandes der Industrie, die niemals wieder etwas mit Rüstung zu tun haben wollte, forderte am 10. April 1959

die Beteiligung der Bundesrepublik an der Aufrüstung des Westens. Sie wollen wahrscheinlich keinen Krieg, weil das zu gefährlich ist. Aber sie wollen die Spannung verewigen, weil daraus das große Rüstungsgeschäft entspringt. Die „Handlanger und Steigbügelhalter Hitlers", um mit den Herren Lemmer, Kaiser, Krone und Friedensburg aus dem Jahre 1945 zu reden, haben mit Hilfe der CDU/CSU das Volk wieder übertölpelt. Und jetzt möchten sie den Coup, der ihnen innenpolitisch gelang, im internationalen Ausmaß wiederholen. Das war wohl der Sinn der Erklärung Adenauers vom 8. April 1959, als er sagte: „In einer solchen Situation lege ich größten Wert darauf, daß die Erinnerung an die Kriegsjahre endlich begraben werde und die aus verschiedenen Quellen gespeiste Abneigung gegen Deutschland endlich aufhören sollte."

Hier liegt der Denkfehler der Manager des Bonner Systems. Man mag im Ausland bereit sein, den Deutschen zu vergeben; was man so qualvoll durchlitten hat, zu vergessen, nur weil es Adenauer in den Streifen paßt, ist man nicht geneigt. Der schnöde Wortbruch der CDU mag den deutschen Wirtschaftswunderkindern nicht mehr ins Bewußtsein kommen, im Ausland notiert man die permanenten Beispiele der Diskrepanz zwischen Wort und Tat und das schlechte Verhältnis, das die Bonner Herren zur Wahrheit haben. Sehr aufschlußreich sagt Charles Thayer über Adenauer: „Seit langem haben seine Kollegen gelernt, seine Versprechungen und Beteuerungen mit dem Vorbehalt hinzunehmen, daß sie ohne weiteres auswechselbar sind."

Von den zahllosen Fällen des unpfleglichen Umgangs mit der Wahrheit, dessen sich die Bundesregierung laufend schuldig macht, sei hier ein Beispiel gebracht, das Bände spricht. Während Adenauers Besuch in Moskau sagte Ministerpräsident Bulganin: „In Westdeutschland werden mitunter Reden gehalten, wonach man mit der Sowjetunion von einer Position der Stärke aus sprechen müsse . . . Wir Partner der gegenwärtigen Verhandlungen könnten, wie mir scheint, uns darin einig sein, daß, wenn irgendjemand von uns jetzt eine derartige Stellung bezöge, die Verhandlungen, die in Moskau begonnen haben, keinerlei Sinn haben würden." Adenauer erwiderte: „Sie haben davon gesprochen, daß in Deutschland von der ‚Position der Stärke' geredet werde. Ich glaube, daß da ein sehr großes Mißverständnis vorliegt. Kein Mensch in Deutschland bildet sich ein, mit der Sowjetunion aus der Position der Stärke heraus verhandeln zu können." Und Brentano fügte hinzu: „Sie sprachen mit berechtigter Ablehnung von einer Politik der Stärke. Der Herr Bundeskanzler hat darauf schon geantwortet, und ich möchte mich darauf beschränken, auch zu sagen, es gibt niemanden bei uns, der so vermessen oder so töricht wäre, eine Politik der Stärke zu fördern oder gar zu führen." Beiden Herren war entgangen, daß der deutsche Bundeskanzler z. B. am 11. April 1955 erklärt hatte: „Es ist meine Überzeugung, daß alle Verhandlungen mit den Sowjets auf der Stärke beruhen müssen." Hier hätte Strauß wahren Grund, von „Schizophrenie" zu sprechen. Typischer Fall!

Die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen sagt leider aus, daß es immer nur Freundschaft oder Feindschaft gab. Es wäre ein unsterbliches Verdienst gewesen, wenn Adenauer sich um korrekte Nachbarschaft bemüht hätte. Seine Politik gegen Frankreich mag umstritten sein. Dennoch war es klug, einem Volke, das in einem Menschenalter dreimal von deutschen Heeren überzogen wurde, Vorleistungen anzubieten, um so den guten Willen zu unterstreichen. Was im Westen richtig war, wäre im Osten notwendig. Einmal, weil Rußland ein Stück deutschen Landes als Faustpfand besitzt und niemand in der Welt dieses Stück gegen den Willen der Sowjets zurückzuholen vermag, zum anderen, weil wir in Rußland und nicht die Russen in Deutschland eingefallen sind. So entschieden man die These von der Kollektivschuld der Deutschen zurückweisen

muß, aus der kollektiven Verantwortung für das, was Hitler im Namen Deutschlands getan hat, können wir nicht aussteigen.

Wer sich über diese Frage Klarheit verschaffen will, sollte die Mühe nicht scheuen, einen dicken Wälzer durchzulesen, den Alexander Dallin, Prof. für internationale Beziehungen am Rußlandinstitut der Columbia-Universität über „Deutsche Herrschaft in Rußland" geschrieben hat. Dort wird noch einmal lebendig, was die Nazis den Völkern im Osten zugedacht hatten. Lebensraum im Osten durch Liquidierung von 30 Millionen slawischer Untermenschen. Deportation von Millionen. Zerstückelung des Landes, weil dieses Volk, „geboren für das Joch . . . ein Gemisch niedriger und niedrigster Menschenwesen, wahre Untermenschen" darstellt. Und das alles „zur Sicherung Europas", „zur Rettung der westlichen Kultur", zur „Beseitigung der Bedrohung aus dem Osten vor der roten Flut, vor dem Mongolensturm, vor den bolschewistischen Verbrechern". Das alles muß man lesen und vergleichen mit den Bonner Aussagen über die „Bedrohung aus dem Osten", über „Todfeinde", „Hunnen" und „Barbaren" und der Notwendigkeit, das „Abendland zu retten". Dann wird deutlich, daß die Bonner Politik ein neuer Aufguß der braunen Suppe ist.

Man muß das eben Gesagte in Beziehung setzen zu einigen diesbezüglichen Äußerungen Charles Thayers aus „Die unruhigen Deutschen". Sehr zum Nachdenken für uns schreibt er: „Sehr viele Deutsche machen sich wohl heute noch kein Bild von den Realitäten von 1941—1945 — oder können es nicht: von dem totalen Haß, den sie selbst hervorriefen, als sie den totalen Krieg begannen, und von der Erbitterung, die ihre Grausamkeiten gegen die Juden und die Bevölkerung in den besetzten Gebieten erregte . . . Mit ihrem Talent, über ihre eigenen Schändlichkeiten großzügig hinwegzugehen, fragen sie nicht, wer den Krieg begann, und denken nicht an die Millionen von Juden, die in den Gaskammern starben."

Jede deutsche Politik hätte deshalb alles vermeiden müssen, was auch nur entfernt an jene Ostpolitik der braunen Schänder Deutschlands anklingt. Aber es scheinen zu viele von der Sorte, Handlanger, Mitwisser und Mitverbrecher, bei der Regierungspartei untergekrochen zu sein, weil anders es Charles Thayer erspart geblieben wäre, in seinem Buche also fortzufahren: „Viele Mitarbeiter Rosenbergs (!) haben den Krieg überlebt. Einige sind heute politisch nicht mehr tätig; andere, die ihren Gegensatz zu Hitler nachweisen konnten, sind rehabilitiert und stehen wieder aktiv im politischen Leben . . . Vielfach geht aus der Darstellung ihres Widerspruchs zu Hitlers Ostpolitik hervor, daß sie zwar seine brutalen Methoden ablehnten, weniger kritisch aber seinen letzten Zielen gegenüberstanden: der deutschen Hegemonie in allen Gebieten, die die deutschen Ostspezialisten als zum Westen gehörig bezeichnen . . . Jene Richtung, deren Programm sozusagen „Eroberung durch Güte" war, ist auch heute noch der Auffassung, daß die deutsche Armee das kommunistische Regime in Rußland erfolgreich bekämpft und vernichtet hätte, wenn man ihrem Programm gefolgt wäre . . . Schließlich gibt es in Deutschland weite Kreise, die auf Stalins Vergewaltigung Osteuropas und den daraus entstandenen Kalten Krieg verweisen. ‚Am Ende hat es sich doch herausgestellt, daß der Hauptfeind die Sowjetunion ist', meinen sie. Für einen Amerikaner hat es etwas Erstaunliches, wenn er oft von Deutschen — die auch hier großzügig darüber hinweggehen, daß zuvor Hitler ganz Westeuropa vergewaltigt hatte — den Vorwurf hören kann, Amerikas großer Fehler war, daß sie uns nicht erlaubt haben, mit dem Bolschewismuß und seiner Bedrohung der abendländischen Kultur ein für allemal Schluß zu machen." Der Amerikaner fühlt deutlich, wie sehr der Missionsglaube, der uns unter Wilhelm und Adolf zum Verhängnis wurde, auch im Halbreich Konrads wirksam ist.

Das deutsche Großbürgertum, durch einen Gnadenakt der Geschichte 1945 an der Macht geblieben, verwechselt in kindlicher Torheit ein zugefallenes Geschenk mit eigenem Verdienst. Der finstere Mut der von sich selbst Besessenen und der stinkende Stolz der Selbstgerechten diktiert seine Handlungen. Nichts von der Einsicht Jakob Burckhardts äußert sich in der deutschen Politik: „Das entscheidende Neue, was durch die französische Revolution in die Welt gekommen, ist das Ändern-dürfen und das Ändern-wollen mit dem Ziel des öffentlichen Wohls." Mit diesem deutschen Großbürgertum über öffentliches Wohl, soziale Demokratie, Toleranz und Christentum zu sprechen, hieße, sie nur zum Lachen reizen. Sie haben alles vergessen und nichts gelernt.

Das zeigt die Reaktion, die Herbert Wehners Bemerkung, Deutschland könne vielleicht doch noch ein sozialer Rechtsstaat werden, bei ihnen ausgelöst hat. In unübertroffener Borniertheit sehen sie im Deutschlandplan der SPD „Schleichwege zum Sozialismus", „Versuche zur Bolschewisierung ganz Deutschlands" und ähnliche Hirngespinste. Dabei ist doch völlig klar: Die Russen wünschen und brauchen im Westen Ruhe und Sicherheit. Wenn ein wiedervereinigtes Deutschland ihnen das durch seine Sozialstruktur nicht zu bieten vermag (ihr Botschafter in Bonn sagte absolut überzeugend, daß die Sowjets ein Deutschland auf der Basis des Ahlener Programms wünschen), sind sie entschlossen, das zu behalten, was sie mit dem Blut von 14 Millionen Rotarmisten erstritten haben. Ein wiedervereinigtes Deutschland ist nur denkbar als Brücke, als Land des Gefälles zwischen Ost und West auch in der Sozialstruktur. Denn „die Wiederherstellung der mächtigsten Nation Westeuropas würde sich politisch auf der ganzen Welt auswirken", wie Thayer richtig bemerkt.

Es wird ratsam sein, dem verlogenen Zweckgerede der Regierungspolitiker Gedanken entgegenzustellen, die sich der katholische Sozialwissenschaftler Prof. Oswald von Nell-Breuning S. J. über diese so entscheidende Frage gemacht hat. Er verlangt, daß wir den falschen Reformen in der DDR echte gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen in der Bundesrepublik entgegensetzen. Die notwendige strukturelle Änderung sei bei uns unter den Tisch gefallen. Die agrarsozialen Probleme und die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie seien ungelöst. Nell-Breuning sagt: „Realistisch ist deswegen nur eine Wiedervereinigung, bei der beide Teile des wieder zu vereinigenden deutschen Volkes aufeinander zukommen. Das bedeutet für uns: was drüben eingeführt ist, und was nicht schlechterdings an und für sich verwerflich ist, was auch nicht von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung drüben selber abgelehnt wird (was der Bericht des gesamtdeutschen Ministeriums vom Februar 1959 sehr eindringlich unterstreicht!), das müssen wir bereit sein, bestehen zu lassen, vielleicht sogar zu einem Teil es für uns zu übernehmen . . . Aufeinander-Zukommen der beiden heute getrennten Teile Deutschlands, wie ich es mir vorstelle, besagt: sich gemeinsam um eine Lösung bemühen, die zur Zeit weder im Osten noch bei uns im Westen bereits vorliegt. Wer allerdings der Meinung ist, wir hätten in in der Bundesrepublik die Lösung der sozialen Frage bereits gefunden und verwirklicht, der wird nur den Weg sehen, die heute noch von uns getrennten Deutschen davon zu überzeugen, daß sie sich gar nichts Besseres wünschen können, als das übernehmen zu dürfen, woraus wir bereits solche Selbstzufriedenheit schöpfen. — Ist die Streuung der Vermögen für die Sozialstruktur von Bedeutung und eine möglichst breite Streuung wünschenswert, so könnte ein solches Aufeinander-Zukommen von Ost und West, um nur dieses eine Beispiel zu nennen, darin bestehen, daß drüben die übermäßige Zusammenballung von Produktivvermögen in der öffentlichen Hand und bei uns die gleiche, im Zuge des Wiederaufbaus noch wesentlich verschärfte Zusammenballung in wenigen privaten Händen aufgelockert würde; von gegensätzlichen Ausgangspositionen

würde man sich auf ein gemeinsames Ziel hinbewegen, „aufeinander zukommen".

Die Konsequenzen aus solchen Überlegungen ergeben sich von selbst, und sie sind erfreulicherweise sowohl im Deutschlandplan der SPD als auch in den Vorschlägen der FDP enthalten. Der Beginn ist die militärische Entspannung, um zu ermöglichen, daß die Menschen in Deutschland und Mitteleuropa in Gedanken und Taten zu ihren Hauptaufgaben zurückfinden, die nicht im Kalten Kriege liegen. Entspannung macht die geistigen und finanziellen Kräfte frei, die nötig sind, um überhaupt wieder normal denken zu können. Rapacki, Gaitskell, Kennan und viele andere haben die Richtung angezeigt, in der Entspannung möglich ist.

Zu diesem Zusammenwirken der Mächte in Ost und West muß die Zusammenarbeit der Deutschen kommen. Das sagte Carlo Schmid bei seiner Rückkehr aus Moskau: „Der internationale Weg zur Wiedervereinigung ist verbaut. Nur der nationale Weg ist noch offen. Verhandlungen mit der DDR." Dazu rät auch Paul Struye, ein belgischer Gesinnungsfreund des Bundeskanzlers, der dem Kanzler voraussagt, vor der Geschichte als „der Totengräber" der deutschen Einheit dazustehen, wenn „man in einer negativen Politik verharrt und jeden Kontakt mit der DDR ablehnt". Sehr eindrucksvoll hat auch Senator Mansfield in einem Gespräch mit Herbert von Borch am 18. März 1959 in diese Richtung gedrängt: „Es muß sehr viele Gespräche zwischen Deutschen geben, die in der Bundesrepublik die Autorität haben, und denjenigen in der Ostzone, die beanspruchen, sie zu besitzen."

Ob man das bei uns begreift? Ein Gespräch, das Paul Sethe wiedergibt, macht keine allzu großen Hoffnungen über die Einschätzung, die unsere Regierungspolitiker in Rom genießen: „Vor einigen Jahren unterhielt ich mich", so schreibt Sethe, „mit einer hochgestellten Persönlichkeit des katholischen Lebens in Rom, die Deutschland sehr zugeneigt ist. Der Gesprächspartner legte plötzlich die Frage vor: ‚Und wann werdet Ihr mit Ostberlin verhandeln?' Ich zögerte einen Augenblick mit der Antwort, was der Leser gewiß verstehen wird. Darauf gab mir jene römische Persönlichkeit selbst die Antwort auf die eigene Frage: ‚Ich will Ihnen sagen, wann Ihr mit Ostberlin verhandeln werdet: wenn es zu spät sein wird'".

Das darf nicht sein! Die Ära Dulles ist vorbei. Die Bonner Eismänner müssen in das internationale Tauwetter gebracht werden. Man muß sie ihre eignen Worte und Versprechungen essen lassen. Die von ihnen ursprünglich propagierte, dann sabotierte und schließlich verratene soziale Transformation muß nachgeholt werden, weil sie die unerläßliche Voraussetzung jeder ernstgemeinten Wiedervereinigungspolitik ist. Das Erbe des „Dritten Reiches" lastet bleischwer auf unserem Lande. Freilich, mehr auf denen drüben als auf uns. Doch gilt noch, was Stresemann zur Zeit der Rheinlandbesetzung sagte: „Wenn ein Volk einen großen Krieg verloren hat, dann kann man nicht einen Teil seinem Schicksal überlassen, und wenn es dann Leiden gibt, dann muß das Volk gemeinsam leiden." Wir verdanken unsere mißliche Lage dem „größten Feldherrn aller Zeiten". Passen wir auf, daß sie durch die Politik des größten politischen Märchenerzählers aller Zeiten nicht noch schlechter wird.

Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning

Pessimismus und Optimismus

I.

Die Erkenntnis einer bedeutsamen Änderung der weltpolitischen Lage und einer dadurch unvermeidlich gewordenen Revision der bisherigen Politik hat sich in den Vereinigten Staaten durchgesetzt. Die Politik der „rigidity", der Starrheit, der Härte gegenüber den Sowjets sei ein für alle mal vorüber, erklärt ein Kommentator. Es müsse verhandelt werden. Eine Entspannung sei nur auf Grund der Anerkennung des status quo in Osteuropa möglich. Die Konzeption der „Rückdrängung" sei aufzugeben. Aber, daß diese Anerkennung einer seit Jahren sich anbahnenden Lage nur der Ausgangspunkt für Verhandlungen um ein gemeinsames politisches Sicherungssystem sein könne, nicht aber schon das tragfähige Fundament einer dauerhaften Entspannung, dieser Gedanke ist noch nicht aufgetaucht.

Die Erkenntnis, verhandeln zu müssen, um zu einer Entspannung zu gelangen und im Verlauf der Aussprache „etwas von bekanntem Wert hinzugeben", wie sich ein Kommentator ausdrückt, „für etwas von möglichem, aber unerprobtem Werte", besagt noch keineswegs, daß eine Entspannung als das einzige und eigentliche Ziel der künftigen Verhandlungen angesehen wird. Es haben sich in jüngster Zeit die Stimmen wieder gemehrt, die vielmehr einen dritten Weltkrieg für unvermeidbar halten, und zwar gerade — weil die „Rückdrängungspolitik" keinen Erfolg mehr verspricht und die einzige Alternative eines Krieges ein Ausgleich mit den sowjetischen Mächten auf dem Boden der Gleichberechtigung ist. Charakteristisch für die Kultivierung des Kriegsgedankens in Kreisen, in denen man auf Grund ihrer Lebensanschauung das Wirken für Friede und Entspannung voraussetzen müßte, ist etwa folgender Vorgang: Zwei Pastoren aus Formosa reisen in den USA herum und sprechen in den Ortsgruppen des American Council of Christian Churches. Das Volk des Freien Chinas, beteuern sie, „glaubt, daß ein dritter Weltkrieg sein wird". Es sind Pastoren der Chinesischen Baptistenkirche und der Presbyterianer. Man könnte über sie als Agitatoren des Tschiang-Kai-schek-Regimes die Achsel zucken, wenn nicht der amerikanische Baptistenpastor, der die Versammlung leitet, diese Propaganda mit den Worten unterstützt: „Ich denke, jedermann weiß, daß da ein anderer Weltkrieg sein wird." Man lese im Zusammenhang damit des früheren demokratischen Außenministers Dean Achesons Artikel in dem weit verbreiteten populären amerikanischen Familienblatt „Saturday Evening Post" und versuche, seine eigentliche allgemeine Absicht zu verstehen. Achesons Ausführungen, „daß bloße Wünsche Berlin nicht halten werden", empfehlen, eine Mobilisierung der Streitkräfte des Westens und unter Umständen wegen des derzeitigen Status in Berlin einen begrenzten Krieg (!) in der Hoffnung zu riskieren, daß er — wie in Korea — durch die Selbstdisziplin der Kriegführenden nicht den totalen Atomkrieg auslösen werde (!). Angesichts der militärischen Überlegenheit des Ostens an konventionellen Streitkräften müsse zwar unter Umständen mit einer Schlappe des Westens gerechnet werden. Aber eine solche, mit der unvermeidlichen Preisgabe Westberlins, könnte hingenommen werden, weil der allgemeine Schock zu einem engeren Zusammenarbeiten der europäischen Westmächte und zu einem opferbereiten Widerstandswillen führen würde. Einheit und Moral würden gestärkt. Die Westeuropäische Union könne folgerichtig durchgeführt, Westdeutschland, von der prekären Frage der Wiedervereinigung durch die endgültige Teilung befreit, kompromißlos aufgerüstet werden. Der Verlust der Berliner

Position würde kein dauernder Prestigeverlust des Westens bei seinen Verbündeten und den Neutralen sein, weil die Vereinigten Staaten zu ihrer Bündnisverpflichtung gestanden und große Mäßigung bewiesen hätten, indem sie sich nicht zum Einsatz ihrer atomaren Vergeltungsmacht hätten verleiten lassen. Dieser Gedankengang des ehemals leitenden Mannes der Außenpolitik unter Präsident Truman und Architekten der containment-Konzeption, der Einkreisung der Sowjetmächte, läßt kaum auf Bereitschaft zu einer Verständigung schließen und weist im Grunde auf die ganze Ratlosigkeit der amerikanischen Außenpolitik hin, der nichts anderes als bloße Palliative oder verzweifelte Aushilfsmittel einfallen, die letztlich eine Wiederholung der „Schocktherapie" von Pearl Harbour sind, die das amerikanische Volk kriegsreif machte.

Zwar hat der Präsident solche Ideen und Vorschläge, wie sie von Acheson vorgebracht wurden, scharf zurückgewiesen, und versichert, daß der erste Schuß nicht vom Westen abgegeben werden würde. Aber der Hinweis auf die Unentbehrlichkeit der Nato und Seato und der betonte Wille, die Einkreisung und Abriegelung des kommunistischen Orbit nicht aufzugeben, sie vielmehr erst recht zu verstärken, schränken den Verhandlungsraum für wirkliche wechselseitige Zugeständnisse der Großmächte von vornherein ein. Die Feier des zehnjährigen Bestehens der Nato, die in Washington mit betonter Würde vonstatten ging, hob die Notwendigkeit hervor, die geeinte Kraft der Westmächte weiter zu bewahren, und schloß jede Schwächung, und damit auch eine Entlassung der Bundesrepublik aus dem Verbündetenkreis, aus. Eisenhower unterstrich zwar die Bereitschaft zu Verhandlungen, die „konstruktive Ergebnisse" versprächen, knüpfte jedoch daran die Warnung, nicht Realität durch Illusionen ersetzen zu wollen. Ist auch vieles in der Sprachregelung auf die zwiespältige politische Willensbildung in den Vereinigten Staaten berechnet, in der Absicht, jeder der verschiedenen Meinungsgruppen etwas zu konzedieren, so ist doch gerade der Umstand, daß über die entscheidende Frage offenbar kein einheitlicher Wille besteht, Grund für eine pessimistische Beurteilung der kommenden Verhandlungen. Die Frage ist, ob es an der Zeit oder überhaupt tunlich sei, das Risiko eines integralen Entspannungsversuches mit Sowjetrußland einzugehen und eine folgerichtige Friedenspolitik zu versuchen, oder ob nicht vielmehr die militärische Einkreisung des kommunistischen Orbits weiterhin die Grundlage der Politik der Westmächte bleiben müsse. Noch ist die Entscheidung darüber nicht gefallen. Mit Recht sagt Joseph Alsop, daß die Zeit herangekommen sei, in der eine ernste Entscheidung notwendig wird, die nichts anderes sein kann, als eine solche über Krieg und Frieden. Vorläufig hat sich der Präsident einer Entscheidung darüber entzogen. Er wies vielmehr auf Jahre der Spannung und der Reibereien zwischen der freien Welt und dem kommunistischen Weltreich hin. Er erkannte nicht, daß sich weder für das eine noch das andere entscheiden, bedeutet, sich für den Krieg zu entscheiden.

II.

Der politische Wille der Vereinigten Staaten ist nicht mehr allein maßgebend in der großen Koalition der Westmächte. Die amerikanische Presse hat unwillig und mit der Absicht, es auf die Dauer nicht hinnehmen zu wollen, jüngst betont, daß Initiative und Führung der Westmächte an England übergegangen seien. Der Grund dafür ist nicht die Erkrankung des unermüdlichen politischen Reisenden John F. Dulles, sondern die Konzeptionslosigkeit der amerikanischen Politik, hinter der zwar rastlose Geschäftigkeit, aber kein abgeklärter Wille steht. In der Tat ist es England, das nicht nur durch MacMillans Moskaureise, sondern auch durch einige neue Lösungsbeiträge bekundet hat, nicht bei den alten Klischees stehen bleiben zu wollen, sondern nach einer neuen Konzeption zu suchen. Der Premierminister hat seine Absicht mit der Formel ausgedrückt: „Ehrenhafte

Verständigung zwischen Ost und West." Ist sie mehr als eine freundliche Phrase? Genau auf das käme es an: auf eine im beiderseitigen Aufgeben äußerster Positionen zustande kommende Einigung, die keinem einseitige Zugeständnisse zumutet. Eine Verständigung, die sich nicht darauf beschränkt, akute Streitfälle beizulegen, sondern diese dazu benutzt, um den eigentlichen Grund der Streitigkeiten auszuräumen, und die sich auf die ebenfalls vorhandene Gemeinsamkeit von Interessen gründet. Weitreichende politische Spekulationen wird man hinter der Initiative und Formel des nüchternen Engländers nicht suchen dürfen, obwohl nicht ausgeschlossen ist, daß man in Downing Street von der Notwendigkeit ganz neuer, gegenwärtig noch absurd erscheinender Gruppenbildung, um das Weltgleichgewicht zu wahren, überzeugt sein könnte. Um welch ein Problem es sich hier für das Britische Commonwealth handelt, deutet ein — ausgerechnet aus Polen berichtetes Bonmot an: „Gott sei Dank, daß es zwischen uns und China einen großen Pufferstaat gibt."

Wie dem auch sei, jedenfalls hat MacMillan bei seiner Erkundungsfahrt nach Moskau den Ernst seines Verständigungswillens selbstbeherrscht und ohne Empfindlichkeit bewiesen. Aber es ist die Frage, ob er die zögernden Bundesgenossen für seine Konzeption gewinnen kann. Was bis vor kurzem darüber bekannt wurde, betraf nur die taktische Richtigkeit der Verhandlungen selbst, nicht aber die Verhandlungsgegenstände oder gar die vorzuschlagenden Lösungen. Was aber die Aussprache des Präsidenten Eisenhower mit MacMillan anlangt, so ist das, was darüber in der Öffentlichkeit verlautet, nicht gerade ermutigend. Das enfant terrible der amerikanischen Kommentatoren, Drew Pearson, berichtet, Eisenhower und MacMillan hätten in fast allen Gesprächspunkten nicht miteinander übereingestimmt, mit Ausnahme des festen Standes in der Frage Westberlin. Die Engländer hätten Eisenhower lückenhaft unterrichtet, der Präsident aber den Engländer als nahezu „appeasement"-bereit wie Neville Chamberlain unseligen Angedenkens gefunden. Aus London läßt sich die führende Chicagoer Zeitung die fast an Verzweiflung grenzende Enttäuschung über den „Bankrott der amerikanischen Politik" berichten. „Müdes und konfuses Denken" herrsche vor, statt schöpferischer Initiative. Nur die alten Klischees würden wiederholt. Man habe eine Ausarbeitung darüber vermißt, was Dulles mit seiner früheren Bemerkung im Sinne gehabt habe, eine Wiedervereinigung Deutschlands ließe sich auch ohne Wahlen durchführen. Joseph Alsop faßte die Lage dahin zusammen, daß die beiden Staatsmänner zwar darin übereinstimmten, was zu tun sei, wenn Chrustschow „Westberlin aneigne", nicht aber darüber, was ihm angeboten werden solle, damit er nicht Westberlin annektiere.

Allein schon diese Summierung zeigt in ihrer für den amerikanischen Konsum berechneten Übervereinfachung, mit welch geringem Verständnis für den Kern der Sache Amerika in die Gespräche eintritt. Es steht daher mit der Einheit der Westmächte, über die in jüngster Zeit nachdrückliche Worte verlauteten, etwas problematisch. Gewiß, äußerlich besteht diese Einheit, und sie wird vorläufig nicht zu Bruch gehen. Aber diese äußere Einheit muß solange unfruchtbar bleiben und kann nur ein Minimalprogramm tragen, als nicht eine innere Übereinstimmung über die konkreten Maßnahmen für eine Verständigung erzielt wird; und eine solche ist wiederum solange unmöglich, als die USA in sich selbst noch nicht zu einer klaren politischen Willensbildung gefunden haben. Man kann daher zur Zeit vom Westen kaum mehr als Rohmaterialien einer neuen Politik erwarten; nicht aber mit einer wirklichen Konzeption rechnen.

III.

Bevor man an die Frage herantritt, was etwa vom Westen als Beitrag für eine Verständigung mit dem Osten — zunächst in der Frage Deutschland und Europa

— und zugleich als Antwort auf den sowjetischen Friedenvertragsentwurf erwartet werden müsse, wäre zu fragen, was denn überhaupt schon an solchen „Rohmaterialien" für eine Politik vorgewiesen ist. Das Kommuniqué der vier Westmächte USA, England, Frankreich und Bundesrepublik war auf die Note gestimmt, vorläufig keinen festen Gegenvorschlag dem sowjetischen Friedensentwurf gegenüberzustellen, sondern sich nach des Bundesaußenministers von Brentanos Vorschlag darauf zu beschränken, die Prinzipien einer Lösung zu deklarieren, mit einem gesamtdeutschen Friedensentwurf jedoch erst im weiteren Verlauf der Verhandlungen hervorzutreten. Solche Zurückhaltung brauchte an sich kein Mangel zu sein, sondern könnte den Vorteil einer elastischeren Haltung gewähren. Aber die von Brentano zugeschriebene Äußerung, „ein sehr vorsichtiges Pokerspiel" zu spielen und Rußland, das die Krise über Berlin hervorgerufen habe, den Vortritt in der Konzedierung von Zugeständnissen zu lassen, läßt vermuten, daß andere Beweggründe zu dieser vorläufigen Geheimhaltung der eigenen Absichten bestehen.

Im Vordergrund der Erwägungen des Westens steht eine Sterilisierung des Problems „Westberlin". Offenbar wäre es dem Westen am liebsten, dieses Problem als ein isoliertes zu regeln, und nur insofern, als dies nicht möglich ist, sieht sich der Westen gezwungen, auf das allgemeine deutsche Problem einzugehen. In der in Amerika beliebten Übervereinfachung läuft der Gegensatz zwischen Westen und Osten in der Berliner Frage darauf hinaus, daß die Sowjets die militärische Besatzung aus Westberlin heraushaben wollen, selbst wenn Deutschland geteilt bliebe, während der Westen Berlin nicht verlassen wolle, bevor nicht Deutschland wieder vereinigt sei. Dabei wurde zugleich auf das Recht, „kraft Eroberung" in Berlin als der Hauptstadt des eroberten Landes zu sein, gepocht; aber auch auf die humanitäre Aufgabe, nicht zweieinhalb Millionen Menschen im Stich lassen zu können, und auf den Prestigeverlust des Westens bei einer Preisgabe hingewiesen. Der bekannte Kommentator Walter Lippman macht darauf aufmerksam, es sei in der bisherigen Diskussion ein Fehler des Westens gewesen, jedes Abgehen von dem bisherigen Status in Berlin als eine Niederlage und Kapitulation des Westens zu diffamieren. Vielmehr hätte die richtige Antwort sein müssen, ein neues Statut für Westberlin vorzuschlagen, das dem Stadtteil eine gesicherte Zukunft verspräche, und zwar nicht nur unter dem Schutz westlicher Truppen, sondern auch unter internationaler Garantie. Denn militärisch sei Berlin ohnedies eine „Falle"; auch für den Westen sei die gegenwärtige Lage unbefriedigend.

Es zeigt sich, daß ein neues Statut, eine Charta für Westberlin, einer Verständigung über den Status Deutschlands zwischen den beiden Großmachtblöcken bedarf. Was ist darüber zur Zeit an die Öffentlichkeit gedrungen? Nur aus England sind bisher Andeutungen über konkretere Vorschläge zur Lösung des ganzen deutschen Problems laut geworden. Man hält hier so etwas wie einen „doppelläufigen" Plan in Bereitschaft, in dessen Mittelpunkt eine stufenweise Wiedervereinigung zu stehen scheint. Die Forderung freier Wahlen zu Beginn soll fallen gelassen werden. Mit solchen soll vielmehr der Prozeß der Einigung zum Abschluß gekrönt werden. Beginnen soll die Einigung durch die Bildung einer gemeinsamen Kommission der beiden deutschen Staatsgebilde unter Vorsitz der UNO. Dabei soll das Berlinproblem vorläufig bis zu konkreten Ergebnissen in den Vereinigungsbemühungen stillgehalten werden. Wird dieser Plan von Moskau abgelehnt, so wird als zweiter Plan eine Lösung in Bereitschaft gehalten, die auf eine Dreiteilung Deutschlands hinauslaufen würde. Unter Anerkennung der tatsächlichen Teilung Deutschlands und der Existenz zweier deutscher Staaten, die beide bereits eine neue Hauptstadt hätten, der eine in Bonn, der andere

in Pankow, soll Berlin unter Zuweisung von soviel Territorien, daß sein Machtbereich bis an die Bundesgrenze reiche, zu einem dritten deutschen Faktor gemacht werden, in dem zugleich eine militärische „Verdünnung" durchgeführt werden könnte.

Man wird zweifeln müssen, ob, wenn dies wirklich englische Pläne sein sollten, eine Aussicht besteht, daß diese von den übrigen Alliierten und den Sowjets angenommen werden könnten. Etwas sonderbare Überlegungen knüpften sich an den letzteren, die Erinnerung an einen alten Plan Eisenhowers angesichts der Zerstörung Berlins, das seiner Zeit nur rund 500 000 Einwohner beherbergte, nämlich eine neue Hauptstadt Deutschlands auf der Grenze Ost- und Westdeutschlands zu gründen. Der Bericht über diesen Plan weist darauf hin, daß auf diese Weise Berlin aus dem Bereich des „Eisernen Vorhanges" herausgelöst werden würde. Käme es zu dieser Bildung eines „dritten Deutschlands", so geht die Spekulation weiter, so könne die neutrale Zone in dem geteilten Deutschland allmählich Zug um Zug mit einer Rückverlegung der nichtdeutschen Truppen erweitert werden.

Eine stufenweise Wiedervereinigung ist kein unlösbares Problem. Es lassen sich eine Reihe von Lösungen denken, vorausgesetzt, daß die Formel Einheit in „Freiheit und Friede" mit all ihren hintergründigen Ansprüchen auf Einbeziehung des vereinigten Deutschland in den Orbit des Westens fallen gelassen wird und damit auch der Beginn der Wiedervereinigung mit „freien Wahlen". Die wirkliche, bisher unüberwindbare Schwierigkeit liegt nicht im modus procedendi, sondern in der Weigerung der Westmächte, „ihr" Deutschland aus dem militärischen Allianzsystem zu entlassen. Der Friedensvertragsentwurf der Sowjets weist Bedingungen vor, unter denen die Sowjets bereit sind, ihren Teil Deutschlands freizugeben. Bedingungen, die vor allem darauf hinauslaufen, die in ihrem Okkupationsgebiet durchgeführte Sozialordnung vor einer neuen Art „Gleichschaltung" durch die in der Bundesrepublik geltende zu sichern. Über eine Freigabe der Bundesrepublik aus dem Machtbereich des Westens und etwaige Bedingungen, unter denen die Westmächte einer solchen zustimmen würden, ist dagegen bisher nichts verlautet. Über diesen entscheidenden Punkt ist vielmehr von den Westmächten nicht eine einzige als positiv zu bewertende Andeutung, dagegen sehr viele negative Äußerungen bekannt geworden. Es ist daher notwendig, die wirkliche Sachlage, so wie sie vom Westen, besonders den USA, gesehen wird, zu analysieren und sich nicht darauf zu beschränken, aufzuzählen, was von den Westmächten in den kommenden Verhandlungen angeboten werden müßte. Andernfalls würde man die taktische Absicht und die Tragweite der Angebote mißverstehen und sich weiterhin Illusionen hingeben.

IV.

Das deutsche Volk steht aller Wahrscheinlichkeit nach im Begriff, die tragischste und bitterste Enttäuschung seiner Geschichte zu erleben, die Preisgabe seines natürlichen und unveräußerlichen Anspruches auf einen eigenen nationalen Staat und damit den gesunden Lebensrahmen für seine Zukunft. Diese Enttäuschung wird ihm, wenn nicht alles trügt, von denen zuteil werden, die es bisher für seine eigentlichen Freunde und Bundesgenossen gehalten hat, von den Westmächten. Mit dürren Worten gesagt: die Westmächte scheinen unter keinen Umständen gewillt zu sein, die Bundesrepublik aus ihren Bindungen mit dem Westen weder militärisch noch wirtschaftlich zu entlassen. Die künftigen Verhandlungen gehen nicht darum, einen mittleren Weg zwischen den Bedingungen, die die Sowjetunion für eine Wiedervereinigung gestellt hat, und etwaigen Bedingungen der Westmächte zu finden, wobei die beiderseitige Entlassung aus

den bisherigen Bindungen die Grundvoraussetzung ist. Sie sollen vielmehr nur darum gehen, die Entwicklung der letzten zehn Jahre zum logischen Ende zu führen, und eine gemeinsame Formel dafür zu finden. Statt einer neuen Konzeption sollen die alten Klischees auf neu hergerichtet werden.

Wenn man dem bekannten amerikanischen Kommentator Walter Lippman folgen darf, der soeben die Summe seiner Erfahrungen aus einer Europareise veröffentlicht hat, so ist die eigentliche große Frage für den Westen, vor allem für die USA, gar nicht mehr die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern ob die tatsächliche Lage, die Teilung Deutschlands, offen zugegeben und anerkannt oder weiter hinter einem bunten Vorhang von Illusionen, Vertröstungen und vagen Hoffnungen kaschiert werden soll. Lippman, der schon öfter das Zwielicht des politischen Spieles des Westens durch ein offenes Wort erhellt hat, weist auf die Tatsache hin, daß „die Politik des Westens in der deutschen Frage, wie sie während der letzten zehn Jahre offiziell vertreten wurde, nicht länger mehr die wirklichen Erwartungen und praktischen Hoffnungen der hauptsächlichen westeuropäischen Regierungen vertrete". Diese Tatsache sei, „daß die zwei Deutschlands nicht in Freiheit vereinigt werden können, das heißt, durch die Liquidation des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland ... Aber während jeder, der informiert ist, diese zentrale Tatsache weiß, ist niemand bereit, sie öffentlich auszusprechen". Denn es gäbe gewichtige politische Gründe, vor allem in Deutschland, warum die Staatsmänner vor der ausdrücklichen Anerkennung dieser Tatsache zurückschrecken. Denn, so fährt Lippman fort, wenn es durchsickere, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf unbestimmte Zeit vertagt würde und für alle praktischen Zwecke nicht mehr als ein unbestimmtes und fernes Ideal sei, so bestünde eine gute Chance, daß die CDU durch eine Koalition all der Gruppen besiegt werden könne, die die deutsche Einheit über alles andere stellen. Aber auch den eigentlichen Grund dafür, warum der Westen in keine andere Lösung des Wiedervereinigungsproblems einwilligen kann als in eine solche, die das ganze Deutschland in den westlichen Machtbereich integriert, verschweigt Lippman nicht. Die Alliierten könnten Westdeutschland nicht erlauben, in einer Art neutralisierten Konföderation zu leben, weil dies die Grundlage der Nato zerstören würde, „deren strategische Position auf Westdeutschland und den Verstärkungen durch die westdeutsche Wehrmacht beruht".

Daß es sich hier nicht um die subjektive Meinung Lippmans handelt, sondern um den grundlegenden Faktor, mit dem die Westmächte in die Verhandlungen gehen, erweisen zahlreiche Presseartikel der Associated Press und anderer Organe, die übereinstimmend die amerikanische Öffentlichkeit darauf vorbereiten: „German split expected to continue for years". Der Tenor dieser Artikel ist für den populären Konsum allerdings so gehalten, daß der Westen nur tut, was der Osten ebenfalls wünscht. Beide bedürfen „ihres" Deutschland; das östliche rangiert wirtschaftlich gleich hinter der Sowjetunion, das westliche gleich hinter den Vereinigten Staaten. Die Entscheidung geht nicht darum, ob es künftig zu einem geteilten oder vereinten Deutschland kommen solle, betont Lippman. Vielmehr stimmen alle darin überein, daß die tatsächlich bestehenden deutschen Staaten n i c h t vereint würden. Er nennt M a c m i l l a n , d e G a u l l e , A d e n a u e r und angeblich — C h r u s t s c h o w. Die Frage geht vielmehr darum, ob und wie diese Tatsache zum Fundament einer Art Verständigung mit den Sowjets und einer Beilegung der Berliner Krise gemacht werden solle. Beide Machtgruppen müßten das Risiko in Kauf nehmen, daß das deutsche Volk die definitive Teilung nicht hinnehmen werde. Lippman selbst bekennt, daß er statt dessen eine Lösung gewünscht hätte, in der mit einer Neutralisierung Deutschlands ein allmähliches Disengagement der nicht-deutschen Truppen und damit eine ordnungsmäßige und

zu kontrollierende Lösung der Wiedervereinigung hätte verbunden werden können. Statt dessen droht eine Explosion des vereitelten deutschen Patriotismus.

Trifft dies alles zu — und es ist kaum ein Zweifel möglich, daß dies in der Tat die eigentlichen Gedankengänge der westlichen Politiker sind —, so ist all das, was bisher aus London, Paris, Washington über Pläne laut wurde, nichts als taktische Bemühung, um eine möglichst wirksame „face saving"-Formel für die endgültige Bekräftigung des status quo in Deutschland zu finden und um das daraus etwa entstehende Unheil bei den Deutschen so gering als möglich werden zu lassen; wobei einige Mächte für größere Offenheit, andere, vor allem die Bundesrepublik, für Festhalten an der bisherigen Linie mit allen Illusionen und Hoffnungen des deutschen Volkes auf das „versprochene Ende" sind.

V.

Man kann eine Lösung des deutschen Problems im Interesse des Friedens ernsthaft „Schritt für Schritt" meinen; aber man kann auch eine stufenweise Lösung als Vertröstung auf eine unbestimmte ferne Zukunft, als eine captatio benevolentiae, benutzen. Die tatsächliche Lage, der sich das deutsche Volk am Vorabend der Verhandlungen über seinen Lebensrahmen gegenübersieht, ist unter der Mitverantwortung der deutschen Bundesregierung entstanden. Sie ist die Folge einer zehnjährigen Illusionspolitik, die von den verantwortlichen Politikern als „realistische" Politik vertreten wurde. Die Lage erweist, daß das Bemühen um eine wirkliche Bundesgenossenschaft der Westmächte vergeblich gewesen ist. Eine Wiedervereinigung Deutschlands kommt nicht zustande, nicht weil sie auf die eine oder andere Weise nicht möglich wäre, sondern weil die Westmächte nicht bereit sind, das entscheidende Zugeständnis mit der Entlassung aus den Militäralliancen der Nato zu machen. Deutscherseits wird es nicht ausbleiben, daß solche Weigerung patriotisch und moralisch ausgeputzt und mit plausiblen Sentenzen über die Sicherheit begründet werden wird. Der Bundeskanzler ist dabei jedoch offenbar in die Lage geraten, daß die Mehrzahl der Westmächte für ein gewisses Entgegenkommen gegenüber dem Standpunkt der Sowjets sind, vor allem in der mindestens de facto-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, während der Kanzler an seiner bisherigen Fiktion, daß sie als Staat nicht existent sei, festzuhalten entschlossen ist.

Nach Lippman ist dabei A d e n a u e r s Doktrin der Nichtanerkennung der DDR nicht aus seinem Bestreben um die Wiedervereinigung zu erklären. Lippman sieht vielmehr als Hauptmotiv des Kanzlers Sorge, einen Wall gegen den deutschen Nationalismus zu errichten. „Es ist kein Geheimnis", sagt Lippman, „daß dem alten Rheinländer sein Herz nicht für eine Union mit den Preußen und Sachsen des Ostens blutet." Was Adenauer beargwöhne und fürchte, sei der deutsche Nationalismus, der seine respektable Form von B i s m a r c k und seine niedrigste und bösartigste von H i t l e r herleitet. Folgerichtigerweise müßten die Alliierten der Adenauer'schen Doktrin folgen. Aber ihre Risiken seien größer als die der Macmillan'schen Doktrin, die ein gewisses Entgegenkommen gegenüber Moskau und durch die Anerkennung der DDR als Staat verlangt, um auf diese Weise eine Lösung für Berlin zu finden. Denn mit der Hinnahme der Existenz der zwei deutschen Staaten könne man zur Anerkennung der „besonderen Lage Westberlins" kommen und die Chancen für eine internationale Charta für Westberlin gewinnen.

Diese Sachlage erklärt denn auch den überraschenden Beschluß des Kanzlers, sich im September zum Bundespräsidenten wählen zu lassen, nicht etwa um zu resignieren, sondern um sich rechtzeitig eine Position zu sichern, die ihm erlaubt, seinen bisherigen Einfluß in der alten Linie geltend zu machen, auch wenn, ange-

sichts der zu erwartenden Enttäuschung des deutschen Volkes in den künftigen Wahlen, gemäß der Lippmanschen Diagnose eine Chance dafür besteht, daß eine Koalition die Regierung übernimmt, die die Einheit Deutschlands über alle anderen Ziele stellt. Die Spekulationen der Bundespresse, die vielfach an den Entschluß Adenauers geknüpft wurden, gehen somit völlig fehl. Denn gerade sein Hauptstreben in der Beibehaltung der alten Klischees und der Ablehnung jeder neuen Konzeption hebt sich zwangsläufig selbst auf. Statt einer Sicherung gegen das Wiedererwachen eines chauvinistischen Nationalismus, beschwört er durch seine Politik unweigerlich einen nationalen und sozialen Radikalismus herauf, gegen den auch keine noch so gewiegte geheime Polizei oder unterirdische Presselenkung schützen wird. Statt seine westlichen Verbündeten auf solche Gefahren hinzuweisen, die mit Naturnotwendigkeit aus der Enttäuschung des deutschen Volkes über das ihm zugedachte Schicksal entstehen müssen, gilt seine Sorge vor allem der Geheimhaltung der tatsächlichen Lage. Während die Westmächte sich anschicken, in einer, wenn auch die deutschen Hoffnungen schonenden Formel die tatsächliche Lage, daß es zwei, unter Umständen sogar drei deutsche Staaten geben werde, zuzugeben, ist der bundesdeutsche Standpunkt der alte, schon in der Berliner Konferenz 1953/54 eingenommene, sich abseits zu halten, Zugeständnisse zu verhindern und zu finassieren. Denn nach amerikanischer Quelle war es Adenauer, der die Westmächte zu bestimmen versuchte, den Plan einer losen Konföderation der beiden deutschen Staatsgebilde als Beginn einer, wenn auch noch so vagen Wiedervereinigung fallen zu lassen, und war es er, der auch eine schrittweise durchzuführende kontrollierte Verdünnung der Streitkräfte in Zentraleuropa zu blockieren wünschte.

Eine Konföderation der beiden deutschen Staatsgebilde oder eine andere „legale Bindung" beider, von der Lippman spricht, wäre ohne die Entlassung aus den bisherigen Militärallianzen ein Schlag ins Wasser, ein Potemkinsches Dorf. Denn bei einem Fortbestehen der bisherigen einseitigen Bindungen nach Westen und Osten, nach einer Gleichbegünstigung der Beziehungen nach beiden Seiten, ist weder eine Grundlage für eine gemeinsame Außenpolitik, noch für eine gemeinsame Militär- und Wirtschaftspolitik zu bilden. Mit anderen Worten, die derzeitige Lage der Doppelstaatlichkeit wird festgefroren, ein Fortschritt in der Richtung auf eine engere Zusammenarbeit wird unterbunden. Eine „legale Bindung" könnte höchstens Erleichterungen im Verkehr, im Kulturaustausch und ähnlichen Anliegen betreffen; und das ist denn auch der ausgesprochene Zweck solcher ins Auge gefaßten Arrangements, wenn man den Nachrichten folgen darf. Amerikanischen Quellen nach sollen indessen die Vereinigten Staaten noch einen Vorschlag in der Reserve haben. Das ist der bereits schon früher vorgebrachte Plan eines west-östlichen europäischen Sicherheitssystems, zu dem außer den USA jeder europäischen Nation der Beitritt offenstehen solle. Es soll jedem Mitglied einschließlich Sowjetrußland die Hilfe aller anderen Mitglieder im Fall des Angriffes durch eines der Paktmitglieder gewähren, im extremen Falle auch der Sowjetunion gegen einen Angriff des wiedervereinten Deutschland.

Die Sowjetunion hat bereits — wie uns scheint mit Recht — früher darauf hingewiesen, daß das Problem nicht die Zusage der Hilfe des Westens gegen ein aggressives Deutschland sei. Das wirkliche Problem ist vielmehr die Gefahr eines Angriffes der bisherigen Militärkoalition des Westens gegen den Osten, oder vice versa des Ostens gegen den Westen. Diese Möglichkeit wird indessen durch ein solches Paktsystem solange nicht verringert, als nicht ein effektiver Abbau der bisherigen gegnerischen Allianzen unternommen wird. So bestechend daher der Gedanke ist, die beiden militärischen Allianzen durch ein gemeinsames politisches Vertragssystem zu überspinnen, um es so allmählich gleichsam außer Be-

trieb zu setzen, der Plan bliebe solange bloß auf dem Papier, als nicht mit dem Abbau der militärischen Sicherungen selbst begonnen wird. Das kann aber nicht durch allgemeine Rüstungsbeschränkungen allein erreicht werden, weswegen vom Westen seinerzeit das „Junktim" zwischen der deutschen Wiedervereinigung und Rüstungsbeschränkungen zum Paradepferd der Genfer Außenministerkonferenz von 1955 gemacht wurde. Vielmehr ist die Entlassung der deutschen Teilgebiete aus ihren militärischen Bindungen der gegebene Beginn; nicht nur, um damit eine Wiedervereinigung im deutschen Interesse zu ermöglichen, sondern um endlich die gegenseitigen militärischen Sicherungen durch politische konkrete Regelungen im Zuge eines beiderseitigen „Absetzens" voneinander zu ersetzen.

Mit Bezug auf Westberlin hatte der scharfsichtige Walter Lippman die Diagnose gestellt, daß es eine strategische Falle sei. Das Problem könne nicht durch militärische Mittel allein gesichert werden. Zu der Einsicht, daß nicht nur ganz Deutschland, sondern Zentraleuropa für den Westen eine „strategische Falle" sei, ist die Politik der Westmächte noch nicht gelangt, und daher auch nicht zu der Schlußfolgerung, daß es im eigenen Interesse des Westens liegen könne, sich nicht mit militärischen Mitteln allein sichern zu wollen.

Für den Westen wird es sich, militärisch wie politisch, über kurz oder lang erweisen, wie kurzsichtig es für seine eigenen Interessen sein wird, eine wirkliche Wiedervereinigung Deutschlands, wenn auch „Schritt für Schritt", an der Weigerung der Entlassung der Bundesrepublik aus den bisherigen Bindungen scheitern zu lassen.

Damit aber kommen wir schließlich und endlich zu der Kernfrage: was nicht nur Deutschland, was vielmehr die ganze Welt im Interesse einer globalen Entspannung vom Westen in der Bereinigung der deutschen Frage und mit der endlichen Liquidation des Kriegszustandes erwartet. Eine Bereinigung, die nicht an den Symptomen der Spannung herumkuriert, sondern das Übel selbst zu beseitigen versucht.

VI.

Fangen wir mit Berlin selbst an, so ist mit keiner Lösung gedient, die nur von vorläufigem Wert ist und nur das Gesicht des Westens rettet. Mit Recht wies Lippman darauf hin, daß der Westberliner Bevölkerung nicht zugemutet werden könne, ihre Existenz für eine ganze Generation oder länger darauf zu gründen, was der Westen fähig und gewillt sei, mit seiner strategischen Luftwaffe in der Verteidigung der Unabhängigkeit West-Berlins zu tun. In einer solchen Lage müsse die hochkomplizierte Wirtschaft verwittern. Man könne nicht jeden Augenblick sozusagen mit dem 3. Weltkrieg drohen. Aber sein Kompromißvorschlag, durch ein neues Statut Westberlin der UN zu unterstellen mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß dieses Statut solange Geltung haben soll, bis die beiden deutschen Staaten übereingekommen sein würden, Berlin wieder zur Hauptstadt des vereinten Deutschland zu machen, ist ungenügend. Auch der Vergleich mit der Vatikanstadt innerhalb des säkularen Roms in der Republik Italien ist fehlgegriffen. Für eine Generation oder länger läßt sich ein so komplizierter und prekärer Zustand nicht aufrecht erhalten. Der Verfasser denkt dabei an das Schicksal seiner Heimatstadt Danzig, für die die großen Kundgebungen der zu 94% deutschen Bevölkerung den Vätern des Versailler Friedens in letzter Stunde die Konzession des Status einer Freien Stadt abgerungen hatten. Aber diese Konzession war, was das heutige Geschlecht bereits vergessen hat, im Sinne der Friedensmacher von damals nur als Erleichterung im evolutionären Prozeß der Integration Danzigs durch Polen gedacht, nicht als Dauerlösung und als Schutz des deutschen Gemeinwesens. Auch ein Statut Westberlins als Freie Stadt, ob unter der Protektion der UN oder nicht, kann auf nichts anderes hinaus-

laufen als auf eine im Ende unvermeidliche Reintegration in Großberlin und damit in die DDR. Soll das Ende vom Lied die definitive Teilung Deutschlands in zwei souveräne Staaten sein, dann wäre es für die Westberliner Bevölkerung barmherziger, diese Lösung lieber sofort zu beschließen, so hart sie den einzelnen treffen möge, als sie Jahrzehnte lang mit vagen Hoffnungen hinzuhalten und sich langsam zu Tode quälen zu lassen, nur um des „face saving" für den Westen willen und damit der Westen nicht den Prestigeverlust einer kampflosen Übergabe Berlins auf sich nehmen muß.

Eine zureichende und dauerhafte Lösung des Berliner Problems gibt es nur im Rahmen einer deutschen Gesamtlösung, im Rahmen eines von allen Siegermächten gezeichneten Friedensvertrages. Alles andere ist Spiegelfechterei. Deshalb muß vom Westen verlangt werden, seine Bedingungen für einen Frieden mit Deutschland zu nennen und so zum Gegenstand der Verhandlungen in Genf zu machen. Damit aber kommen wir sogleich wieder zu dem Kern eines deutschen Friedensvertrages zurück, um den die Westmächte wie die Katze um den heißen Brei herumschleichen. Es ist nicht, einen modus für die Wiedervereinigung zu finden. Es ist nicht die Anerkennung der Doppelstaatlichkeit Deutschlands, ob nur de facto oder auch de jure. Es ist vielmehr die Herauslösung Deutschlands aus den gegnerischen Verteidigungssystemen. Daher muß vom Westen verlangt werden — und zwar nicht nur vom Standpunkt der deutschen Lebensinteressen, sondern um eines dauerhaften Friedens willen — daß es „sein" Deutschland ebenso freigibt, wie dies die Sowjetunion in ihrem Vertragsentwurf angeboten hat. Ohne diese Freigabe ist kein einziges deutsches Problem zu lösen und ist eine wirkliche Entspannung der beiden Weltmachtblöcke nicht möglich. Wie immer sich der Westen mit einer Doppelstaatlichkeit Deutschlands und mit der Kontrolle der Bundesrepublik glaubt für die Zukunft häuslich niederlassen zu können, der krasse Gegensatz der beiden Weltlager, die hochbewaffnet an der Elbe zusammenstoßen, wird weiter schwären und die Beziehungen vergiften. Verweigert der Westen dieses Zugeständnis, dann ist e r es, der nicht nur die Verantwortung für die unabsehbare Fortdauer der Teilung Deutschlands und Europas trägt, sondern der damit auch sich für die Fortdauer des Kalten Krieges entscheidet. Denn er gibt durch diese Weigerung zu verstehen, daß sich seit 1949 und dem Koreakrieg nichts geändert habe und nichts ändern solle. Es reicht nicht aus, wie anläßlich der Zehnjahresfeier der Nato im Westen betont wurde, zu lobpreisen, daß es seit dem Bestehen dieser Organisation zu keiner weiteren Ausdehnung des bolschewistischen Orbits gekommen sei. Fruchtbarer wäre die Überlegung gewesen, ob der ausschließliche Verlaß auf sie als Friedensgarant auch für die Zukunft geboten oder ob es nicht an der Zeit sei, sie allmählich durch etwas Besseres und Haltbareres zu ersetzen. Man wird vielleicht nicht so weit gehen können, zu sagen, daß die Verweigerung der Freigabe der Bundesrepublik aus der Nato auf den Entschluß deutet, schließlich doch den dritten Weltkrieg durchkämpfen zu müssen; aber objektiv läuft es darauf hinaus.

Wir haben seit Jahren auf diesen entscheidenden Punkt als den eigentlichen Wendepunkt des Schicksals nicht nur des deutschen Volkes, sondern der Menschheit hingewiesen. Wir sind für die Freigabe — oder Bindungslosigkeit oder schließlich Neutralität Deutschlands eingetreten, nicht weil es die Forderung der Sowjets war, sondern weil allein damit die unerbittlich zum dritten Kriege führende Zweiteilung der Welt durch eine konkrete Maßnahme, und nicht nur durch papierne Nichtangriffspakte und ähnliches, aufgebrochen werden kann. Jeder Versuch einer militärischen „Verdünnung" bestimmter Zonen, jede Art von „disengagement", das mit Zustimmung von Dulles einer der Punkte des Moskauer Gespräches von MacMillan sein sollte, selbst die Annahme des vollen Rapacki-

Planes sind ebenso wie ein westöstliches Nichtangriffspaktsystem solange unzulängliche taktische Aushilfen, als sie nicht das Aufbrechen der Kriegsfront der zweigeteilten Welt zur Grundvoraussetzung haben. Sie kann nur in der Richtung auf eine tiefer gegliederte Gruppierung der Nationen erfolgen, einer Gruppierung, die zu einem universalen „System von Gegengewichten und Kontrollen" — system of checks and balances — führen muß. Das und nichts anderes wäre der große Beitrag, den die Vereinigten Staaten für einen globalen Frieden leisten könnten und der in der Linie ihrer besten und fruchtbarsten Tradition läge. Eine solche Entwicklung kann der Natur der Sache nach nur in Deutschland und mit einer Lösung über Deutschland beginnen, nicht um damit ein Ende, sondern um den Beginn einer globalen Entwicklung zu einer neuen Gruppierung zu setzen.

Die Freigabe der deutschen Gebiete aus den militärischen Bündnissen ist nicht eine Konzession an die Sowjets, als was der Westen eine solche Maßnahme auslegt. Sie ist vielmehr die conditio sine qua non einer wirklichen Entspannung und liegt somit im Interesse der Westmächte wie aller übrigen Nationen der Welt. Sie darf daher nicht einmal an dem Widerspruch deutscher Regierungen scheitern. Was sonst vom Westen erwartet werden muß, ist im Vergleich zu diesem Kardinalpunkt zweitrangig. Es entspricht der durch die Bündnislosigkeit gewiesenen Grundrichtung, daß das künftige Deutschland eine Begrenzung seiner Wehrmacht und Waffen wird auf sich nehmen müssen; nicht als eine Ausnahmebestimmung und Diskrimination, sondern als der konkrete Beginn einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung. Das Gerede von der Gefährlichkeit eines angeblichen Machtvacuums im Zentrum Europas ist angesichts der modernen Kampfmittel ohne Gewicht. Es versteht sich von selbst, daß vom Westen Vorschläge für eine schrittweise Wiedervereinigung der beiden deutschen Staatsgebilde erwartet werden müssen, Vorschläge, die nicht bloßer Seifenschaum sind, sondern Hand und Fuß haben und die schwierige Aufgabe der Unifizierung zweier in ihrer Sozialordnung gegensätzlichen Gebiete erleichtern und unausbleibliche Streitfälle durch ein Schiedsgericht schlichten könnten. Hierüber Vorschläge zu machen, wird Zeit genug sein, wenn es sich erwiesen hat, daß die Westmächte die Grundbedingung einer Wiedervereinigung wie einer Entspannung zugestanden haben. Bis dahin ist es müßig, sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Dasselbe ist zur Frage der Grenzziehung zu sagen. Man kann wohl zur Zeit die Erwartung aussprechen, daß der Westen, wenn auch Deutschland nicht in den Grenzen von 1937 restituieren kann, so sich doch zum Vertreter der Wünsche auf Beseitigung von einigen der Härten in der Grenzziehung machen sollte. Aber auch hier ist es verfrüht, diesen Punkt in den Vordergrund zu stellen, wie dies zweifellos von bundesdeutschen Elementen versucht werden wird, um die Gemüter durch patriotische Entrüstung zu verwirren. Denn, wenn das eigentliche Ergebnis, wie es nach der augenblicklichen Kenntnis offenbar in der Absicht der Westmächte liegt, die definitive Teilung in zwei Staaten ist, wobei die Wiedervereinigung nur ein ferner und ungewisser Wunschtraum bleibt, so erübrigt sich eine Erörterung der Grenzfrage, weil die Oder-Neiße-Linie als definitive Grenze bereits von der DDR anerkannt worden ist.

Was sonst noch vom Westen als Hilfe für die schwere Aufgabe, der sich Deutschland mit der unmittelbaren Konfrontation durch den großen ideologischen Gegensatz gegenübergestellt sieht, erwähnt werden müßte — der vertraglich zugesicherte Schutz einer innerpolitischen freien Entwicklung, verbunden mit einer neuen Art von Minoritätenschutzverträgen für soziale Ordnungen, die innerhalb eines geeinten Deutschlands regionale Minoritäten darstellen — ist ebenfalls spätere Sorge. Es versteht sich von selbst, daß das zu vereinende Deutschland in ein allgemeines nordamerikanisch-europäisches Sicherheitssystem integriert wer-

den muß, das sowohl Deutschland innerhalb seiner Grenzen als souveränen Staat international garantiert, wie auch allen Mitgliedernationen den Schutz vor etwaigen Angriffen durch Deutschland gewährt. Schließlich wäre noch zu erwarten, daß die Westmächte Deutschlands Zulassung zu den United Nations befürworten. Alles in allem: was man vom Westen erwarten muß, ist, statt der alten Klischees in neuer Aufmachung, die neue Konzeption eines universalen Friedens auf Grund eines organisierten Gleichgewichtes aller Mächte. Was wir aber vor allem erwarten, ist das, wovor sich bisher jeder Politiker des Westens in den letzten Jahren gescheut hat: O f f e n h e i t. Nicht ein „vorsichtiges Pokerspiel" gilt es zu spielen, sondern ein „fair play", ein solches auch der unglücklichen Nation der Deutschen gegenüber.

VII.

Damit bleiben zum Schluß noch zwei Gedanken zu äußern übrig. Der eine ist die Befürchtung, daß der Westen nicht zwischen dem Anlaß der gegenwärtigen Krise und ihrem eigentlichen Motiv unterscheidet und daher seine Zuflucht zu taktischen Aushilfen nimmt und eine vollzogene Entwicklung lediglich registriert und anerkennt, statt eine neue schöpferische zu gestalten. Im Grunde ist das eine Resignation und bestätigt das englische Urteil über die Müdigkeit des politischen Denkens in den USA. Berlin und Deutschland sind nur der Anlaß der kommenden Verhandlungen; das eigentliche Vorhaben, um das es geht, ist die Frage: können die militärischen Sicherungssysteme, die den latenten Kriegszustand wenn nicht verursacht, so doch verlängert und verschärft und die Politik zu Gunsten rein militärischen Denkens verdrängt haben und logisch über den Rüstungswettlauf zu dem Wettlauf um den geeigneten Absprung zu einer allein noch Erfolg verheißenden Präventivaktion führen müssen, allmählich durch ein politisches Ordnungssystem ersetzt werden. Es geht somit um die Frage Krieg oder Frieden. Versagt sich der Westen in der deutschen Frage durch Festhalten an der Unentbehrlichkeit der Bundesrepublik in seinem militärischen Sicherungsgürtel, so ist damit die Entscheidung für den Krieg präjudiziert.

Nur wenn Übereinstimmung über das eigentliche Verhandlungsobjekt zwischen den Gesprächspartnern bestünde, könnte mit Ergebnissen gerechnet werden, die Bestand haben; nicht aber, wenn die eine Seite nur finassiert oder resigniert. Denn die Anerkennung der definitiven Zweiteilung Deutschlands ohne eine reale Basis für eine durchführbare Wiedervereinigung ist, wie immer man sie äußerlich aufputzt, eine Resignation, eine Kapitulation des Westens.

Der zweite Schlußgedanke betrifft das deutsche Volk. Es hat die letzten Jahre von der Illusion gelebt, daß es durch einseitige Parteinahme im Weltkonflikt sich die schwersten Folgen des verlorenen Krieges, die verlorene Einheit und die verlorenen Gebiete, werde ersparen oder ohne große Opfer zurückgewinnen können. Diese Illusion ist endgültig verflogen. Die Frage bleibt, ob sich das deutsche Volk mit dem ihm statt dessen angebotenen Lebensrahmen, der eine Teil in einem fragwürdigen Kleineuropa, der andere in einer engen Symbiose mit der slawischen Völkerfamilie, beide aufs schärfste voneinander geschieden — „up ewig gedeelt" — abfinden will. So richtig es ist, daß der isolierte Nationalstaat nicht mehr die l e t z t e politische Gestalt ist und daß es umfassenderer Gemeinwesen bedarf, so gewiß ist es für lange Zeit die e r s t e Gestalt, der unterste Baustein einer Völkerordnung. Wer als Politiker dies nicht wahrhaben will, lebt in Illusionen. Das deutsche Volk kann jedoch nicht erwarten, daß die Großmächte ihm diese Gestalt als nationaler Staat zurückgeben, ohne die eigene Bereitwilligkeit, die schwere Bürde auf sich zu nehmen, die ihm durch sein eigenes Verschulden aufgeladen wurde, die Bürde, Brennpunkt im Ringen der beiden

politischen und sozialen Systeme um die Form einer friedlichen Kooperation — nicht nur einer äußerlichen Koexistenz — zu sein.

Die Illusionen der Völker rächen sich an ihnen selbst bis ins dritte und vierte Glied. Nach den Fleischtöpfen des Wirtschaftswunders beginnt für das deutsche Volk erst die eigentliche Wüstenwanderung, an deren Ende, wie wir hoffen, das neue „Gesetz" steht.

E. S. Sachs

Totaler Friede oder totaler Krieg?

Der Verfasser ist Kandidat der Labour Party für den Unterhauswahlkreis von Hallam, Sheffield. Als Gewerkschaftssekretär und entschiedener Gegner der Politik der Apartheid trat er in Südafrika für die Gleichheit der Rassen ein. Sein mutiges Eintreten für die Rechte der Farbigen brachte ihn für drei Jahre in südafrikanische Gefängnisse. Nach seiner Rückkehr nach England schrieb er zu diesem entwürdigenden Kapitel unserer Zeit die sehr beachteten Bücher „Rebels Daughters" und „The Choice Before South Africa."
Die Red.

Unter den unzähligen Opfern des Kalten Krieges befindet sich auch unsere Sprache. Durch die Jahrhunderte haben sich die Diplomaten und Staatsmänner stets eines Vokabulars bedient, das sich durch Unbestimmtheit, Zweideutigkeit und Unklarheit auszeichnete. In unserer heutigen Epoche, der kritischsten der Menschheitsgeschichte, scheinen Worte jede Bedeutung verloren zu haben. Jede Krise in den internationalen Beziehungen — und wir haben sie in den letzten Jahren in schneller Folge erlebt — löst einen endlosen Strom von Worten, Phrasen und Schlagworten aus. Je größer der Ausstoß an Worten ist, um so verwirrender wird die Frage für den einfachen Menschen. Je länger und zahlreicher die Erklärungen, die diplomatischen Noten und Kommuniqués werden, um so schwieriger wird es, zwischen Tatsachen und Erfindungen, zwischen der Wirklichkeit und den Produkten der Phantasie zu unterscheiden.

Unsere Staatsmänner haben uns wiederholt feierlich versichert, daß wir nicht zum Angriff rüsten, sondern vielmehr, um die „freie Welt" zu verteidigen, die Unabhängigkeit kleiner Nationen und unsere christliche Lebensart zu wahren. Das sind edle Prinzipien, für die es sich lohnt zu leben, zu kämpfen und notfalls zu sterben. Ein Blick auf diese unsere vielgepriesene „freie Welt" zeigt jedoch, daß wir bei uns zu Hause vieles tun könnten, bevor wir anderswo Wasserstoffbomben zum Schutze der Freiheit werfen. Wie viel Freiheit und nationale Unabhängigkeit gibt es z. B. für die Millionen Neger in Njassaland, in Nord- und Südrhodesien und in Kenia, wo das Wort „Freiheit" als Hochverrat gilt und die Gefängnisse voller Menschen sind, deren einziges Verbrechen es ist, Freiheit und Selbstbestimmung zu fordern? Wieviel Freiheit gibt es in der Union Südafrika für die 12 Millionen Neger, Mischlinge und Inder, die eine beständig wachsende Unterdrückung, Erniedrigung und Demütigung durch eine „christliche" Regierung erleiden müssen? Frankreich gab der Welt die Losung der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit. Heute foltern französische Soldaten in Algerien Menschen, die Freiheit und Gleichheit verlangen. Wenn Präsident Eisen-

h o w e r der Welt erklärt, die Freiheit und die christliche Lebensweise seien Amerikas einzige Anliegen, so sollte er sich näher zuhause umschauen. Er müßte dann vielleicht seine Erklärung durch die Ergänzung „Freiheit für die Weißen" einschränken.

Wie viel Freiheit gibt es im Korea S y n g m a n R h e e s , in der Türkei, im Iran, in Pakistan und in vielen anderen Ländern, die sich selbst zu Verteidigern der „freien Welt" ernannt haben? Die bestimmenden Prinzipien des Christentums sind brüderliche Liebe und Toleranz. Wollen unsere Staatsmänner diese Ideale wirklich durch eine in die Bergpredigt gehüllte Wasserstoffbombe verbreiten?

Mit der Verdrehung der Bedeutung einzelner Worte geht die Verdrehung der Geschichte Hand in Hand. Jeder ehrliche Mensch wird zugeben, daß der Pakt von München eine üble Judastat der extremen Reaktionäre Großbritanniens und Frankreichs war, um H i t l e r in seinem Drang nach Osten zu stärken, und daß sie den Weg zum Krieg ebnete. Dennoch wird heute jeder, der einen praktischen Vorschlag macht, um Frieden und Verständigung zwischen dem Osten und dem Westen herbeizuführen, von den Feinden des Friedens als ein „Versöhnler" und „Münchner" gebrandmarkt.

Heute sehen sich Westeuropa und die ganze Welt einer ernsten Krise gegenüber, die aus dem Berlinproblem entstanden ist. Man kann sehr wohl verstehen, daß es zwischen unseren führenden Staatsmännern Differenzen darüber gibt, wie dieses schwierige Problem zu behandeln ist. Aber wir haben zumindest das Recht zu erfahren, was diese Differenzen sind und warum sie entstanden sind. Statt dessen serviert man uns am Montag „Flexibilität" und am Dienstag „Festigkeit". Erst versichert man uns, daß völlige Einmütigkeit unter den Nato-Mächten bestehe, und dann stellen wir fest, daß Bonn Nein sagt, daß London (mit allerlei geheimen Vorbehalten) Ja sagt, daß Washington zwischen Ja und Nein hin und her schwankt und Paris Ja sagt und Nein meint!

Auch hinsichtlich der lebenswichtigen Frage der Anwendung der Wasserstoffbombe im Kriegsfalle präsentiert man uns eine Vielzahl von Versionen. Erst erzählt man uns, daß wir die Bombe niemals anwenden werden und daß sie nur als Abschreckungsmittel dient. Dann unterrichtet man uns, daß wir die Wasserstoffbombe nur einsetzen werden, falls man uns angreift (und man wird es vielleicht als einen Angriff auslegen, wenn die Chinesen versuchen sollten, ihre der Küste vorgelagerten Inseln in Besitz zu nehmen). Dazu haben wir noch schießwütige Generale in entscheidenden Positionen, die verkünden, daß es die beste Verteidigung sei, als erster anzugreifen. Man hat Bände über den Wert des Abschreckungsmittels gesprochen und geschrieben, jedoch ist bisher niemand „abgeschreckt" worden.

Während sich diese Wortfülle über die Bühne der Welt ergießt, wartet der Tod in den Kulissen, bereit, sich dienstbar zu erweisen und sogleich alle Probleme zu beseitigen, die von unseren Staatsmännern nicht gelöst werden.

Für diejenigen, die die Menschheit vor der nicht wieder gut zu machenden Katastrophe bewahren wollen, ist es die erste Pflicht, all die Phrasen und all das Geschwätz unserer Staatsmänner, Diplomaten und Soldaten mit Verachtung zurückzuweisen und die Tatsachen selbst zu betrachten und gleichzeitig alle tief verwurzelten Vorurteile zu ignorieren.

*

Vierzehn Jahre sind vergangen, seitdem der Zweite Weltkrieg durch die Niederlage Hitlers und seiner Alliierten beendet wurde. Die Menschen in allen Teilen der Welt, einschließlich der Männer und Frauen in den besiegten Ländern,

hofften aufrichtig, daß den zwei Weltkriegen eines halben Jahrhunderts ein dauerhafter Friede folgen würde. In der Zwischenzeit haben die Wissenschaft und die Technik so schnelle Fortschritte gemacht, daß der Mensch heute zum ersten Male seiner Geschichte wahrhaft sagen kann: „Ich bin nicht mehr gezwungen, mein Brot im Schweiße meines Angesichts zu verdienen, ich kann es durch einen Druck auf den Knopf tun". Die Produktionskräfte der Gesellschaft haben, potentiell betrachtet, derartige Fortschritte gemacht, daß sie, wenn sie richtig organisiert würden, nicht nur den Völkern des Westens den Überfluß bieten könnten, sondern daß auch die Armut, die als Fluch auf zwei tausend Millionen Menschen, vier Fünfteln der Menschheit, lastet, schließlich schrittweise überall in der Welt beseitigt werden könnte. Anstatt aber durch diesen schönen Ausblick auf Fülle und Wohlstand erfreut zu werden, wird die Menschheit von Angst und Verzweiflung erfüllt. Die Wasserstoffbombe hängt als Damoklesschwert über der ganzen Menschheit, und Tod und Zerstörung bedrohen Männer, Frauen und Kinder, Soldaten und Zivilisten, Weiler, Dörfer, Städte, Länder und ganze Kontinente. Was die Menschheit in Jahrtausenden geschaffen hat, unsere angehäuften Schätze, unsere Kultur und unsere Zivilisation, das alles kann in wenigen Tagen, vielleicht sogar binnen weniger Stunden zerstört werden.

Versuchen wir, unparteiisch die Faktoren zu betrachten, die diesen beklagenswerten Zustand geschaffen haben: Zwei Länder, die USA und die UdSSR, besitzen genügend nukleare Waffen, um sich gegenseitig — und zugleich die ganze Welt — zu zerstören. Der Erdball ist in zwei gigantische Lager geteilt, die als antikommunistischer Westen und als kommunistischer Osten bezeichnet werden (die geographische Bezeichnung ist irreführend, da die Trennungslinie in Wirklichkeit politisch ist). Wir wissen, wie zerstörend die Wirkung der nuklearen Waffen ist, aber wir haben noch keine praktische Erfahrung in der Kriegführung mit diesen Waffen, von den Verwüstungen abgesehen, die sie in Hiroshima und Nagasaki verursachten. Gewisse amerikanische Generäle haben uns kürzlich versichert, daß die USA genügend nukleare Kampfmittel besitzen, um der Sowjetunion binnen Tagen „das Rückgrat zu brechen". Ich verstehe sehr wenig von militärischer Strategie, aber ich weiß, daß sogar große militärische Führer oft geirrt haben, und die Generäle Norstad und Twining haben bis jetzt noch nicht ihren Anspruch auf einen Ehrenplatz in Walhalla durchgesetzt. In der Tat, sowjetische Marschälle und Chrustschow selbst — der nicht die Angewohnheit hat, leere Drohungen auszustoßen —, haben uns erklärt, daß die Rote Armee in der Lage sei, mit Wasserstoffsprengköpfen bestückte Geschosse genau gezielt auf jeden beliebigen Punkt der Erdkugel abzuschießen. Das wissen wir mit Sicherheit, auch wenn wir einen Augenblick die Prahlerei der Generäle und Marschälle ignorieren: Die Wahl, vor der wir stehen, ist zwischen dem totalen Krieg oder dem totalen Frieden. Diejenigen, die vom begrenzten Krieg sprechen, oder davon, in einem Krieg, in den die USA und die Sowjetunion verwickelt werden, nur „taktische Atomwaffen" anzuwenden, täuschen entweder sich selbst oder lügen ganz bewußt. Kriege sind nie nach den Regeln des Marquis von Queensbury geführt worden, die für die Boxkämpfe in Großbritannien gelten, und in zukünftigen Kriegen würde das Streben zu überleben alle Handlungen der kriegführenden Mächte bestimmen, nicht die christliche Ethik oder die Moral. Die prahlerischen Behauptungen amerikanischer Generäle mögen die kriegspielenden Soldaten befriedigen, wir aber haben das Recht, entschieden mehr Informationen von denjenigen zu verlangen, die uns in die Katastrophe stürzen würden. Zum Beispiel: Was soll aus uns, den dreihundert Millionen Menschen in West- und Mitteleuropa und den Hunderten von Millionen Menschen in Asien und Afrika werden, wenn der UdSSR „das Rückgrat gebrochen worden

ist"? Die kalten sibirischen Winde, die so oft über Europa wehen, sind zu allen Zeiten außerordentlich unangenehm gewesen. Werden sie aber nicht tödlich wirken, wenn sie Strontium 90 und andere radioaktive Substanzen durch die Atmosphäre zu uns tragen? Was soll geschehen, wenn die amerikanischen Generäle sich verrechnet haben oder sich ganz einfach als unfähig erweisen, wie das bereits oftmals bei Generälen der Fall war? Das aber wissen wir: die Sowjetunion erstreckt sich über ein Gebiet von achteinhalb Millionen Quadratmeilen; durch die Mongolei und China kommen noch weitere sechs Millionen Quadratmeilen hinzu. Rußland stützt sich auf einen mächtigen Block, der sich von der Oder bis an den Pazifik und von der persischen Grenze bis an den Nordpol ausdehnt. Westdeutschland, Frankreich, Großbritannien, Holland und Belgien hingegen besitzen zusammen nur ein Gebiet von weniger als vierhunderttausend Quadratmeilen, etwa ein Vierzigstel des Territoriums unseres potentiellen Gegners. Ein Dutzend Wasserstoffbomben, die auf beliebige Punkte zwischen dem Rhein und der Irischen See abgeworfen würden, könnten dieses weitgehend industrialisierte und dicht verflochtene Westeuropa zerstören und unbewohnbar machen. Es sieht daher so aus, als bliebe uns, falls wir den Ratschlägen der amerikanischen Generäle folgen, nur die Wahl, entweder durch russische Geschosse vernichtet oder durch unsere eigenen nuklearen Waffen ausgerottet zu werden. Man kann mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß wir von beiden Seiten unser Teil abbekommen würden. Im ersten Weltkrieg gaben die deutschen Soldaten in den Schützengräben die Losung aus: „Wir siegen uns zu Tode". Es scheint ziemlich sicher, daß nach jedem nuklearen Kriege, wer auch immer übrig bleiben würde, Westeuropa in einen riesigen Friedhof verwandelt wäre.

Niemand kann uns zwingen, uns selbst, unseren Kindern und zukünftigen Generationen gegenüber eine Politik des kriminellen Wahnsinns zu befolgen. Wer nicht geistig umnachtet ist, muß erkennen, daß unsere einzige Hoffnung darin liegt, auf die Politik des Krieges zu verzichten und unnachgiebig eine Politik des totalen Friedens zu befolgen. Dabei können wir Hoffnung aus der Gewißheit schöpfen, daß, mögen auch die Militaristen viel vom Kriege reden, die überwiegende Mehrheit eines jeden Volkes den Krieg unzweideutig ablehnt. Das gilt für alle, für Amerikaner, Russen, Briten, Deutsche, Italiener und alle anderen Völker. Für diejenigen, die den Frieden suchen, liegt das eigentliche Problem nicht im Säbelrasseln der Militaristen, sondern in der unter den breiten Massen vorherrschenden Apathie, Enttäuschung und Verwirrung.

Denjenigen, die die Menschheit vor der Katastrophe retten wollen, werden zwei dringende Aufgaben aufgebürdet. Die unmittelbare Aufgabe ist es, zu verhindern, daß ein Teil unserer so gern politisierenden und so selbstbewußten Generäle irgendwo in der Welt ihre Fähigkeiten demonstrieren können. Daneben besteht die weit mehr Arbeit erfordernde Aufgabe, Klarheit und Einsicht dort zu verbreiten, wo Verwirrung noch unumschränkt herrscht. In diesem Zusammenhang ist eine Analyse der westlichen Politik gegenüber Rußland im Verlauf der letzten vierzig Jahre höchst aufschlußreich.

Mit erbarmungsloser Unnachgiebigkeit stellte sich S t a l i n seinerzeit T r o t z k i entgegen und entwickelte die Politik des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land". Nach einem leidenschaftlichen und viele Jahre währenden Kampf siegte Stalin, und der Trotzkismus verschwand in der UdSSR als politische Bewegung. Es bedarf keines Rätselratens, um zu ergründen, was die sowjetische Politik unter C h r u s t s c h o w s Leitung ist. Der Siebenjahresplan soll nicht anderen Ländern den Kommunismus aufzwingen, sondern die Sowjetunion zu einem führenden Industrieland machen und der sowjetischen Bevölkerung einen hohen Lebensstandard sichern.

Es steht hier nicht zur Diskussion, ob der Kommunismus gut oder böse ist. Das kommunistische Rußland braucht den Frieden genauso, wenn nicht noch mehr als irgend ein anderes Land. Prüfen wir jedoch einmal das Ergebnis der antikommunistischen Kreuzzüge, die der Westen seit 1918 gegen Rußland geführt hat. Ich stelle die These auf, daß, genau wie die Revolution oft die Konterrevolution auslöst, die einander folgenden antikommunistischen Kreuzzüge dazu beigetragen haben, den Kommunismus in Rußland selbst und in Ländern außerhalb der UdSSR zu stärken und zu verbreiten. Unmittelbar nach der Oktoberrevolution organisierte der von Frankreich und Großbritannien geführte Westen die bewaffnete Einmischung in Rußland und unterstützte die Gegenrevolution. Es folgten der revolutionäre Terror, der Bürgerkrieg, die Verwüstung des Landes und der Tod von Millionen Menschen. Die Intervention und die Gegenrevolution aber erlebten ein Fiasko, ja, sie verhalfen den Bolschewisten sogar dazu, endgültig die Herren Rußlands zu werden. Dann kamen der cordon sanitaire und die Wirtschaftsblockade. Finnland, die baltischen Staaten und Polen, die gerade ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, wurden in antisowjetische Stützpunkte verwandelt und veranlaßt, den größten Teil ihres Volkseinkommens für Armeen, Polizeistreitkräfte und Gefängnisse zu verwenden, anstatt daß man ihnen gestattet hätte, ihr eigenes nationales Leben aufzubauen, und ihnen dabei geholfen hätte. Polen hätte damals zum Katalysator des Friedens zwischen Deutschland und Rußland werden und eine erstrangige Rolle bei der Erhaltung des Friedens spielen können. Die Politik der Entente führte stattdessen dazu, daß Polen zum Katalysator des Krieges wurde, was schließlich katastrophale Folgen für das Land wie auch für den Rest Europas hatte. Rapallo brachte dann das Ende der Wirtschaftsblockade, und die Sowjetunion wurde schrittweise in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommen.

In den dreißiger Jahren erkannten die weiterblickenden Köpfe unter den westlichen Staatsmännern die nazistische Gefahr und begannen, für eine Politik der Zusammenarbeit mit Rußland und für die kollektive Sicherheit zu wirken. Der zweite Weltkrieg mit seinen tragischen Resultaten für alle Beteiligten hätte mit genügend Energie und Anstrengung aller Beteiligten vermieden werden können, wenn die Westmächte und Rußland die Prinzipien der kollektiven Sicherheit aufrichtig angewandt hätten. Aber die mächtigen reaktionären Kräfte in Großbritannien und Frankreich hatten sich zu einem dritten Kreuzzug gegen den Kommunismus entschlossen. Der Vertrag von München folgte dem Verrat an der spanischen Demokratie. Es ist allgemein bekannt, wie der dritte Kreuzzug gegen den Kommunismus endete. Nicht zum ersten Mal legte die Geschichte diejenigen hinein, die glaubten, die Geschichte zu lenken. Im Jahre 1941 schlossen sich der Westen und Rußland zusammen, um eine beide bedrohende Gefahr abzuwenden.

Nach Jahren des Mordens und der Zerstörung hoffte man, daß die Welt zur Vernunft kommen und auf den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten verzichten würde. Das Echo der Siegesfeiern war kaum verklungen, als der amerikanische Außenminister Byrnes seine Stuttgarter Rede hielt, der Churchill mit seiner Ansprache in Fulton folgte: der vierte Kreuzzug gegen den Kommunismus war eröffnet.

Vor Roosevelts Tod bestanden begründete Hoffnungen, daß man den demokratischen Kräften in Deutschland helfen werde, dieses große Land von Militarismus und Nazismus zu befreien, und daß die Fähigkeiten des deutschen Volkes angewandt werden würden, um sein eigenes Land und das zerstörte Europa wieder aufzubauen. Ein vereinigtes und demokratisches Deutschland hätte ein Bollwerk des Friedens und des Wohlstandes in Europa sein können. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien hatten jede Möglichkeit, ihr

eigenes politisches und soziales System zu entwickeln, ohne daß ihnen von außen revolutionäre oder gegenrevolutionäre Regierungen aufgezwungen wurden. Der vierte antikommunistische Kreuzzug, der diesmal von den USA geführt wurde und den Kalten Krieg eröffnete, machte jedoch eine friedliche Entwicklung in Mitteleuropa unmöglich. Rußland seinerseits war entschlossen, einen zweiten cordon sanitaire mit amerikanischen Luftstützpunkten an seinen westlichen Grenzen nicht einfach hinzunehmen — viel zu viel Russen, weit mehr als in den anderen kriegführenden Ländern zusammen, waren in zwei Weltkriegen getötet worden.

So brachte der vierte antikommunistische Kreuzzug der „freien Welt" des Westens nicht nur den Verlust mehrerer Länder und von Dutzenden von Millionen Menschen an den Ostblock, er führte auch ein weit größeres Unheil herbei: In den Vereinigten Staaten macht man bekanntlich alles im Riesenmaßstab, und der größte aller Fehler in einem solchen Maßstab, den die USA je begangen haben, war ihre Politik gegenüber China mit seinen sechshundert Millionen Menschen, dessen Verwandlung in einen kommunistischen Staat sie durch ihre Haltung vorangetrieben haben. Seit Jahrzehnten bestanden enge Freundschaftsbande zwischen China und den USA. Ich wage anzudeuten (und ich mag irren), daß das chinesische Volk nach 1945 mit einer wahrhaft demokratischen Revolution zufrieden gewesen wäre. Aber die reaktionären Gruppen in den Vereinigten Staaten hatten sich in ihrem rasenden Antikommunismus dazu entschlossen, dem chinesischen Volk Tschiang-Kai-schek und seine korrupte Clique aufzuzwingen. So ging das zahlreichste Volk des Erdballs für die „freie Welt" verloren.

Ein großer deutscher Philosoph hat einmal gesagt: „Die Geschichte lehrt uns, daß die Geschichte uns nichts lehrt". Das bedarf einer gewissen Ausdeutung. Was er wirklich meinte, war, daß einige närrische Menschen sich weigerten, aus den bitteren Lehren der Geschichte zu lernen; aber sie können dem grausamen Urteil der Geschichte nicht entgehen. Trumans Weigerung, aus den Fehlern Lloyd Georges und Clemenceaus zu lernen, konnte das Rad der Geschichte nicht aufhalten. Schlecht bewaffnete, zerlumpte, barfüßige Russen, zumeist Analphabeten, besiegten vor vierzig Jahren die Interventionsarmeen. Fünfundzwanzig Jahre später schlugen sie die Panzerdivisionen Hitlers. Heute ist Rußland ein gewaltiger technischer und militärischer Riese. Ist es wahrscheinlich, daß der Westen in seinem neuen Kreuzzug dort Erfolg haben wird, wo er zuvor so elend scheiterte?

Wie lange noch werden die Männer und Frauen des Westens ihr Schicksal in den Händen seniler Staatsmänner, deren hervorragendes Merkmal eine maultierähnliche Störrigkeit ist, und unter dem „Schutz" atomstrategie-besessener Generale belassen?

Der nukleare Krieg bringt allen den Tod, ohne Rücksicht auf politische und religiöse Überzeugungen. Alle sind bedroht, der Bettler wie der Millionär, der Kapitalist wie der Arbeiter, der Handwerker wie der Freischaffende. Es ist daher für alle menschlichen Wesen, für die Sozialisten und die Antisozialisten, die Kommunisten und die Antikommunisten, die Christen, Muselmanen und Atheisten ein zwingendes Gebot, sich in dem großen Ringen um den Frieden zu vereinigen, das heute um das Leben der ganzen Menschheit ist. Ich bin kein Prophet, aber ich wage anzudeuten, daß der nächste antikommunistische Kreuzzug entweder mit der Errichtung des Weltkommunismus oder mit einem Massensterben enden wird.

Fanatischer Antikommunismus und die Gegenrevolution haben den Westen nicht vor dem Kommunismus bewahrt. Der Kommunismus wird dort seinen Einzug halten, wo Armut und Unterdrückung zu finden sind. Der Westen konnte die

Revolution nur durch einen höheren Lebensstandard und durch politische Freiheiten abwehren. Mögen Kommunismus und Kapitalismus doch friedlicher miteinander konkurrieren; unsere Kinder werden dann entscheiden, welches System das bessere ist. Unsere Kinder — falls man sie nicht dahinmordet — oder deren Kinder werden vielleicht bestimmen, was in beiden Systemen am besten ist, und daraus vielleicht ein gänzlich neues System schaffen.

Eines erscheint vor allem anderen notwendig: der Kampf für den Frieden muß mit nie versagender Energie, mit Kühnheit und mit Entschlossenheit geführt werden. Die Masse der Männer und Frauen im Westen ist heute enttäuscht, viele von ihnen sind sogar zynisch und mutlos. Die jungen Männer sind nicht zornig, weil es nichts gäbe, was ihre Gedanken beflügeln könnte, sondern nur, weil die politische Führung versagt. Die Bewohner Westeuropas, Hunderte von Millionen Menschen, sind, im ganzen gesehen, immer noch die kultiviertesten und technisch am weitesten fortgeschrittenen. Wir können aus einer mehr als zweitausendjährigen Zivilisation und Geschichte schöpfen. Was die chinesischen Bauern und die russischen Muschiks schaffen, können wir auch schaffen, vielleicht sogar besser. Es gibt keinen Grund, warum Westeuropa verfallen sollte. Mögen sich alle wahren Europäer vereinen, um den wahren Geist in ganz Europa zu wecken, der nur schlummert, aber keineswegs tot ist. In Deutschland und Frankreich suchen einige politische Führer ihre Inspirationen am Denkmal Karls des Großen. Mögen alle wahren Europäer Inspiration in den großen Werken Griechenlands und Roms, der Renaissance und der Reformation suchen, in der Kühnheit und dem Ruhm der französischen Revolution ebenso wie in der Geschichte unseres Jahrhunderts. Lassen wir uns nicht länger als Kulis für Fremde mißbrauchen. Lassen wir uns nicht länger von jenen verführen, die in Umkehrung eines alten englischen Sprichworts: „Where there is life, there is hope" die abschreckende Losung anbieten: „Haben wir die Macht zu töten, so bleibt uns Hoffnung". Wunderbare Ausblicke eröffnen sich uns, wenn wir uns von den Fanatikern und Anbetern der Wasserstoffbombe befreien können! Es ist eine Illusion zu glauben, Westeuropa habe seine Größe und seinen Reichtum durch Kriege und dank seiner Kolonialreiche geschaffen. Unser Reichtum entsprang den Fähigkeiten und der Arbeit unserer Völker, nicht den Kriegen und den Eroberungen in fremden Ländern. Europa hat nie die Revolution gefürchtet; akzeptieren wir, wenn nicht freudig so doch als historisch unvermeidlich, die russische Revolution und die nationalen Revolutionen, die im letzten Jahrzehnt durch Asien und den Nahen Osten gefegt sind und heute Afrika durchtoben. Wenn wir den Millionenmassen in Asien, Afrika und Südamerika helfen, ihre eigene Wirtschaft zu entwickeln, können wir unsere Fabriken für die nächsten fünfzig oder hundert Jahre mit Aufträgen eindecken. Und wieviel Geschäfte können wir mit den tausend Millionen Kommunisten machen!

Eine besondere Verantwortung ruht im bevorstehenden Zeitabschnitt auf dem deutschen Volk, dessen Handeln oder Passivität sein eigenes Schicksal und das Schicksal Europas entscheiden wird. Die Weltreaktion unternimmt einen unheilvollen Versuch, Westdeutschland die Führung der westeuropäischen Streitkräfte zuzuspielen und die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Dieser Weg muß unweigerlich zur Katastrophe führen. Wenn das deutsche Volk insgesamt den Militaristen ein klares Nein entgegenstellt, kann Deutschland eine führende Rolle spielen, um Europa und der Welt einen dauerhaften Frieden zu geben.

Europa wird neue Hoffnung und neue Inspiration schöpfen, sobald die alten störrischen Maulesel, die glauben, es genüge, sich den mottenzerfressenen Mantel des Grafen Metternich umzuhängen, und die die Welt unweigerlich zur Katastrophe führen, durch Männer abgelöst worden sind, die die realen Notwen-

digkeiten und die Sehnsucht und den Willen ihrer Völker nach Frieden zur Basis ihres Handelns machen. Mir scheint, daß wir in Mendés-France, Pietro Nenni und Aneurin Bevan einiger solcher Persönlichkeiten besitzen. Nur der Frieden und die wahrhafte Demokratie können ein wohlhabendes wiedervereinigtes Deutschland entstehen lassen. Eine reaktionäre militaristische Politik wird die Spaltung verewigen. Sollte der Krieg kommen, so würde es weder ein wiedervereinigtes noch ein geteiltes Deutschland geben, es würde überhaupt kein Deutschland mehr geben.

Prof. Dr. Aloys Wenzl

Ein grundsätzlicher Dialog

Immer noch und immer mehr wird die Welt beherrscht von der nicht mehr verdrängbaren und unterdrückbaren Angst vor einem Weltkrieg, der durch den Einsatz atomarer Waffen unvergleichbar und in seinen Folgen unübersehbar wäre. Es braucht kein Wort darüber verloren werden, daß auch und gerade unser Staat, die Bundesrepublik, natürlicherweise schon wegen ihrer geographischen Lage, durchzogen wird von der Spaltung in Befürworter und Gegner einer atomaren Aufrüstung. Die Spaltung durchzieht alle Schichten, auch die Vertreter gleicher Weltanschauung, auch die Kirchen. Übereinstimmung wenigstens der überwältigenden Mehrheit darf man wohl feststellen in bezug auf zwei Grundhaltungen: 1. Jeder Angriffskrieg wäre ein Verbrechen, auch ein solcher zur Berichtigung von als ungerecht empfundenen Grenzen, auch ein solcher mit dem Charakter eines Kreuzzuges gegen eine religionsfeindliche Macht. 2. Zu erstreben und zu fordern ist die beiderseitige kontrollierbare Abrüstung und eine Verminderung auch der sog. konventionellen Waffen.

Wer diese beiden Grundsätze nicht teilt, der möge sich zum Wort melden! Nun aber beginnt die Spaltung:

A: (Vertreter der „Politik der Stärke", der „Abschreckungstheorie"): „Gerade durch die Drohung mit atomaren Waffen wird der Frieden erhalten; der Westen wird ohnehin nicht angreifen, der Osten, der mit konventionellen Waffen überlegen wäre, wird abgeschreckt."

B: (Gegner der atomaren Waffen und der Teilnahme Deutschlands an der atomaren Rüstung): „Gerade ein fortgesetzter Rüstungswettlauf gefährdet den Frieden; einmal fühlt sich der eine Partner bedroht, aber im Augenblick überlegen, oder verliert auf der einen Seite ein Mann an maßgebender Stelle infolge einer Fehlnachricht die Nerven, dann springt der Funke in das Pulverfaß. Diese Waffen aber darf man nicht einsetzen — wir müssen verhandeln."

A: „Der Westen ist ja bereit zu verhandeln, aber unsere Chancen sind von unserer Stärke bedingt. Wir dürfen den Russen nicht trauen."

B: „Aber ein totales Mißtrauen führt zum totalen Krieg. Vorbedingung für Verhandlungen ist Entgiftung der Atmosphäre. Solange beide Partner einander ständig nur die Aggressionsabsicht unterstellen, obwohl ein Angriff von jedem die äußerste Unvernunft wäre, ist sie vergiftet."

A: „Aber wir können das Risiko nicht auf uns nehmen, überrollt zu werden durch konventionelle Waffen."
B: „Gerade darum müssen wir verhandeln, denn wir können nicht das Risiko auf uns nehmen, die Gefahr zu vergrößern durch Drohung mit Waffen, die einzusetzen uns einfach das Gewissen verbieten muß, weil sie unkontrollierbar Millionen von wehrlosen Menschen auf beiden und vielleicht auf neutralen Seiten vernichten, also Massenmord und Selbstmord bedeuten würden und die furchtbarsten Gefahren für alle nachfolgenden Geschlechter der noch Überlebenden in sich schlössen."
A: „Aber müßten wir sie nicht einsetzen, wenn es um die höchsten Güter, die Werte der Freiheit und des Heils der Seele ginge, die dem religiösen Menschen wichtiger sein muß als das Leben? Und wenn die Welt unterginge, wäre die Verantwortung von Gott den Menschen abgenommen, die ihrem Treuegelöbnis gegenüber Gott gemäß das Seelenheil um jeden Preis und mit allen Mitteln verteidigten." (Pater G u n d l a c h.)
B: „Ich glaube nicht, daß wir in diese Situation kämen, denn ein Krieg wäre auch gegen die wahren Interessen des „potentiellen" Angreifers; aber selbst wenn, dann wären die Güter der Freiheit und der Seele eher mit i n n e r e m Widerstand zu verteidigen und vom Christen der Glauben eher durch ein Bekenntnis mit Opfern als durch unkontrollierbare Mittel der Massenvernichtung und irreparable Verderbnis der göttlichen Schöpfung. Und wenn Gott es zuließe, die Verantwortung dafür trüge der Mensch. Die Zeit drängt, alles zu tun, um die Gefahr zu bannen."
A: „Gut, wir sind einverstanden, abzurüsten, wenn man sich einigt auf eine beiderseitige, unter Land- und Luftkontrolle stehende atomare Abrüstung und Verminderung auch der konventionellen Rüstung."
B: „Aber das wird nur schrittweise sich verwirklichen lassen. Der e r s t e Schritt, den der Bayerische Senat schon vor drei Jahren forderte, ist die Einstellung der Atomwaffenversuche, die schon jetzt eine Gefahr der radioaktiven Verseuchung bedeuten."
A: „Damit können wir in der Bundesrepublik jedenfalls einverstanden sein, denn daran beteiligen wir uns nicht."
B: „Der z w e i t e Schritt wäre die S c h a f f u n g e i n e r a t o m f r e i e n u n d r ü s t u n g s v e r d ü n n t e n Z o n e. Durch Raketenbasen wäre das deutsche Industriegebiet keinesfalls zu verteidigen, sondern würde nur erstes Ziel der totalen Vernichtung. Der R a p a c k i - P l a n müßte daher e n d l i c h e r n s t genommen werden, g e r a d e von der Bundesrepublik."
A: „Aber ich bin mißtrauisch, die DDR hat doch schon Raketenbasen."
B: „Ich weiß es nicht. Aber wenn, dann würden sie ja mit der Einigung auf eine atomfreie Zone ebenso verschwinden wie die in der Bundesrepublik in Händen der alliierten Mächte befindlichen, das wäre zweifellos kontrollierbar, während die Wirkungen der nuklearen Waffen, auch der sogenannten „sauberen", nicht kontrollierbar wären. Dieser z w e i t e Schritt einer atomfreien und rüstungsbeschränkten Zone, welche die beiden Teile Deutschlands, Polen, CSR, Ungarn umfassen würde, könnte V o r l ä u f e r e i n e s d r i t t e n Schrittes werden, einer atomwaffenfreien Zone, anscheinend im Sinne des französischen Präsidenten d e G a u l l e, die vom Atlantik bis zum Ural reichte. Und ihr müßte als v i e r t e r Schritt jene Rüstungsverminderung folgen, die zweifellos von der Mehrheit aller Völker ersehnt wird.

Zu dieser militärischen Abrüstung müßte aber eine m o r a l i s c h e Aufrüstung kommen, d. h. eine A b r ü s t u n g d e r i m m o r a l i s t i s c h e n P o l i t i k:

1. Eine neue internationale Magna Charta, welche die atomare Kriegsführung überhaupt ächtet und auch jede Überschreitung der bestehenden bzw. in einem Friedensvertrag endgültig zu bestimmenden Grenzen ächten würde. Wenn eine solche Ächtung von den Vertretern aller beteiligten Länder unterzeichnet, öffentlich deklariert, in die Verfassung aufgenommen, in allen Schulen gelehrt und Schulbüchern gedruckt würde, so wäre die öffentliche Meinung der Welt zweifellos eine Garantie für ihre Einhaltung, das Risiko wäre kleiner als das der Politik der Stärke.

2. Alle diejenigen, die die Gefahren einer nuklearen Aufrüstung und eines atomaren Krieges auszusprechen wagen und die den guten Willen, die Gefahr zu vermeiden, als Gewissenspflicht erklären, dürfen nicht diffamiert werden, als ob sie ihrem Land in den Rücken fallen wollten, während sie primär aus Gewissensgründen, aber auch in Deutschland gerade aus nationalen Motiven nicht schweigen können. Und die öffentliche Meinung wird nie mehr schweigen.

Wie sehr die innere Spaltung alle Bereiche der Bevölkerung unseres Landes durchzieht, hat sich im letzten Monat gezeigt:

1. Auf der Würzburger Tagung der Katholischen Akademie in Bayern, wo zwei Referenten, Professor Fleischmann und Dr. Clemens Münster, eindeutig den Einsatz von Atomwaffen auch im Verteidigungskrieg als unverantwortbar ablehnten, der Moraltheologe Professor Monzel sehr weitgehende Einschränkungen des Gutachtens der sieben katholischen Moraltheologen, das auch er unterzeichnet hatte, aussprach und der grundsätzliche Verteidiger einer atomaren Verteidigung Professor Gundlach in der Diskussion beachtlichen Widerspruch erfuhr; 2. darin, daß in Bezirken, in denen Atomraketenbasen errichtet werden sollten, auch die lokalen Vertreter der CDU sich dagegen wehrten, verständlicher- und erfreulicherweise, — aber das muß den Widerspruch gegen die Errichtung solcher Gefahrenzentren in der Bundesrepublik überhaupt bedeuten, wenn nicht der Standpunkt eines „Verschon mein Haus, zünd' andre an" eingenommen werden will.

Dr. Helmut Dörr

Mit neuen Konzeptionen nach Genf!

Dr. Konrad Adenauer hat sich während der zurückliegenden Jahre immer wieder darauf berufen, den politischen Willen des deutschen Volkes zu repräsentieren. Auch seine Sprecher bei der Außenministerkonferenz in Genf werden dies tun. In Wirklichkeit wird die deutsche Delegation nicht einmal mit Fug und Recht behaupten können, Sprecherin der Bundesregierung zu sein. Selbst in diesem höchsten politischen Gremium gibt es nämlich Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Kurs. Sie sind während der letzten Monate immer stärker geworden. Die politischen Maßnahmen des Bonner Staatsgebildes im Zusammenhang mit den sowjetischen Vorschlägen für die Regelung der Westberlin-Frage und den Abschluß eines Friedensvertrages sowie im Hinblick auf die Bera-

tungen der Viermächte-Arbeitsgruppe und die Verhandlungen der westlichen Außenminister in Washington gehen auf das Konto einer bestimmten Gruppe innerhalb der Bundesregierung. Es ist dies der Kreis um Dr. Adenauer, Franz-Josef Strauß und Gerhard Schröder. Dieser Kreis, der nicht einmal mehr im Namen der gesamten Bundesregierung sprechen kann, ist erst recht nicht befugt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Zwischen dem Willen dieses Kreises und dem der überwiegenden Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung liegt eine abgrundtiefe Kluft.

Da es in Genf um so entscheidende Fragen wie die Sicherung des Friedens in Europa und die Ausschaltung der diesen Frieden bedrohenden Kräfte geht, darf nichts unversucht bleiben, um den Vertretern der Großmächte die Wünsche und Forderungen des deutschen Volkes nahe zu bringen. Die offizielle Bonner Delegation wird dazu weder in der Lage noch daran interessiert sein. Aufgabe der oppositionellen Richtungen und Strömungen in der Bundesrepublik sollte es daher sein, Sprecher zu benennen, die in Genf als Repräsentanten des politischen Willens der deutschen Bevölkerung auftreten. Folgende Forderungen könnten als gemeinsame Plattform dienen:

Schaffung einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa,

Verzicht auf Atomrüstung,

Abschluß eines Friedensvertrages,

Verständigung mit der DDR.

Die Gruppe um den vorübergehend noch amtierenden Bundeskanzler Adenauer ist aber nicht nur in Widerspruch zu ihren eigenen Kabinettskollegen und den Wünschen des deutschen Volkes geraten. Mehr denn je ist während der letzten Wochen sichtbar geworden, daß ihre starre Haltung auch zu Spannungen mit den westlichen Verbündeten geführt hat. Am schärfsten sind sie zwischen der Adenauer-Gruppe und der britischen Regierung, deren Pläne für ein Einfrieren der Rüstungen in Mittel-Europa und die Schaffung einer militärisch verdünnten Zone bei den Freunden und engsten Vertrauten Adenauers auf völliges Unverständnis gestoßen sind. Scheinheilig erklären sie, England habe es bisher versäumt, seine Pläne zu präzisieren. In Wirklichkeit will man von diesen Plänen nichts wissen.

Welches Ausmaß die Meinungsverschiedenheiten zwischen London und dem amtlichen Bonn angenommen haben, kann an der Weigerung des britischen Premierministers Macmillan abgelesen werden, den Briefwechsel zwischen ihm und dem Bundeskanzler zu veröffentlichen.

Was das Verhältnis zu Washington angeht, so ist es seit Ende vergangenen Jahres ganz offenkundig getrübt. Ausgangspunkt der Spannungen war die vom zurückgetretenen Außenminister Dulles angedeutete Bereitschaft der amerikanischen Regierung, die Behörden der DDR gegebenenfalls als Verhandlungspartner im Zusammenhang mit jenen Fragen anzuerkennen, die sich aus der Übertragung sowjetischer Hoheitsrechte auf die DDR ergeben. Die Spannungen wurden noch verschärft, als Dulles den geheiligten Grundsatz des Primats freier Wahlen bei der Wiedervereinigung fallenließ.

Als der Vertreter des State Departement bei den Außenministerberatungen in Washington Konföderationspläne zur stufenweisen Lösung des Deutschlandproblems auf den Tisch legte, ließ Bundesaußenminister Heinrich von Brentano nichts unversucht, um die Konsequenzen dieser Pläne in den schwärzesten Farben auszumalen. Seine auf eine entsprechende Weisung des Kanzlers zurückgehende intransigente Haltung führte dazu, daß die Außenminister ohne Ergebnis auseinandergehen mußten.

Sein Unvermögen, aus den gegebenen politischen Realitäten die nötigen Schlüsse zu ziehen, gab Brentano kurze Zeit nach der Washingtoner Konferenz auf einer Tagung der Jungen Union Nordbadens in Mosbach aufs neue zu erkennen. Er erklärte, die Bundesregierung werde „keinem Disengagement und keiner Konföderation" zustimmen. Die deutsche Wiedervereinigung, so meinte er, könne „nur durch den Stimmzettel zustande kommen".

Hatte es noch bis kurz vor Ende März den Anschein, als könne der Kreis um Konrad Adenauer bei der Weiterverfolgung seines starren politischen Kurses auf die Unterstützung der französischen Regierung rechnen, so kam es durch die Äußerungen de Gaulles vom 26. März über die Oder-Neisse-Grenze auch zum Bruch mit Paris. Mit „tiefstem Unmut und offener Empörung" reagierte das offizielle Bonn auf die Erklärung des französischen Staatspräsidenten, die Wiedervereinigung Deutschlands lasse sich nur unter Beibehaltung der gegenwärtigen Grenzen vollziehen. Welches Doppelspiel hier getrieben wurde und wie zweigleisig die Bonner Politik bezüglich der Oder-Neisse-Grenze während der ganzen zurückliegenden Jahre gefahren ist, geht aus der Mitteilung des Bonner Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen" vom 27. März hervor: de Gaulle habe tatsächlich allerdings nicht mehr gesagt als das, was im Grunde die Auffassung sowohl breiter Kreise in der Bundesregierung als auch in der Opposition ist. Die mündliche Demarche des deutschen Geschäftsträgers in Paris bei der französischen Regierung vom 2. April konnte ihre Ursache demnach nur in dem Ärger der Revanchepolitiker am Rhein darüber gehabt haben, daß de Gaulle ihrer Propagandamühle das Wasser abgegraben hatte. Dieser Ärger wurde noch größer, als Eisenhower sich vor einer Landkarte fotografieren ließ, auf der die Gebiete jenseits der Oder und Neisse mit der Bezeichnung „Polen" deklariert waren.

Die Position des Adenauer-Clans sieht also so aus: Meinungsverschiedenheiten im Bundeskabinett, keine Übereinstimmung mit den Wünschen des deutschen Volkes, Krach mit England, Krach mit Amerika, Krach mit Frankreich.

Die Politik der eingebildeten Stärke Konrad Adenauers ist zusammengebrochen. Das ist die Ursache seines Rücktritts. Sonst nichts. Adenauer ist am Friedenswillen der Völker gescheitert.

*

Am 16. April hat die Regierung der DDR öffentlich mitgeteilt, welche Marschroute ihre von Außenminister Bolz geführte Delegation für die Außenministerkonferenz mit auf den Weg bekommt. Danach ist es das oberste Ziel der Regierung Grotewohl, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erreichen.

Die Bundesregierung hat sich gegen jede öffentliche Erörterung ihrer Pläne für Genf ausgesprochen. Sie lehnte eine außenpolitische Debatte ab. Unverständlicherweise gab die sozialdemokratische Bundestagsfraktion dafür ihr Placet. Das Stimmenverhältnis von 54 zu 47 zeigt, daß innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion starke Kräfte eine von der Meinung der Parteiführung abweichende Linie verfolgen.

Die von Regierungssprechern für die Ablehnung der Bundestagsdebatte ins Feld geführte Behauptung, man könne nicht unmittelbar vor der Genfer Konferenz die Karten auf den Tisch legen, läßt darauf schließen, daß die Vertreter der Adenauer-Gruppe in Genf offenbar keine ehrlichen Verhandlungen wünschen, sondern mit dem Gedanken an Roßtäuschertricks spielen. Zum anderen ist sie darauf zurückzuführen, daß die Befürworter der Atomrüstung in Bonn effektiv kein Verhandlungsprogramm besitzen. Sie sind einfach nicht in der Lage, in Dingen des Friedens vernünftige Vorschläge zu machen. Ihnen geht es um die For-

cierung der Rüstung und die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Fuhr zu diesem Zweck Bundesverteidigungsminister Strauß noch vor der Genfer Konferenz in die Vereinigten Staaten? Zu diesem Zweck wird eine Demontage der Westeuropäischen Union in Erwägung gezogen, deren Statuten der Bundesrepublik jede eigene Kernwaffenproduktion untersagen.

Während die Politiker um Dr. Adenauer auf diese Weise zu erkennen geben, daß sie weder willens noch fähig sind, Verhandlungsvorschläge zu konzipieren, die aus der Sackgasse der Politik der Stärke herausführen, sind aus den Reihen der Opposition heraus mehrere Vorschläge unterbreitet worden. Da ist der Deutschlandplan der Sozialdemokratischen Partei, der sowohl den Abschluß eines europäischen Sicherheitssystems als auch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland fordert. Zur Verständigung der beiden deutschen Staaten über eine allmähliche Annäherung regt der sozialdemokratische Plan die Bildung paritätisch besetzter gesamtdeutscher Organe an. Dieser Vorschlag hat der sozialdemokratischen Partei heftige Anfeindungen durch die Dogmatiker der Bundesregierung eingetragen. Er geht vom Bestehen zweier deutscher Staaten aus und wirft die Hallstein-Doktrin (Nichtanerkennung der DDR) über Bord.

Die Freie Demokratische Partei hat einen Plan ausgearbeitet, der sich ausführlich mit einem Friedensvertrag beschäftigt und „einen Vertrag über ein europäisches Sicherheitssystem" vorschlägt. In einer Vorbemerkung zu ihrem Plan erklärt die FDP, daß, „angeregt durch die Vorschläge des polnischen Außenministers R a p a c k i", dem Gedanken einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa „nähergetreten" werden sollte.

Die in acht Punkten zusammengefaßten Vorschläge der Freien Demokraten für einen Friedensvertrag nähern sich in vielen grundlegenden Auffassungen zu einzelnen Problemen dem sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 10. Januar. Besondere Beachtung verdient der Punkt sieben, in dem es heißt: „Deutschland verpflichtet sich, entsprechend seiner Lage in der Mitte Europas eine Politik des entspannenden Ausgleichs nach allen Seiten zu verfolgen und damit der Erhaltung des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker zu dienen. Es verzichtet auf jegliche Teilnahme an Militärbündnissen, die Bestandteil eines Systems von Blöcken und Gegenblöcken in Europa sind und deren geographische Stoßrichtung eine bündnispolitische Option entweder zu Gunsten des Westens oder des Ostens bedingt ... Nach Inkrafttreten des deutschen Friedensvertrages und des europäischen Sicherheitsvertrages entfallen die Rechte und Pflichten, die von deutscher Seite mit der Mitgliedschaft in den Organisationen des Nordatlantik-Paktes sowie der westeuropäischen Union und des Warschauer Vertrages übernommen wurden. Deutschland bekräftigt in diesem Friedensvertrag den Verzicht, den es in dem Vertrag über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone hinsichtlich des Besitzes, der Produktion, des Erwerbs und der Erprobung von Kernwaffen leistet. Deutschland verpflichtet sich ferner, auf den Besitz, die Produktion, den Erwerb und die Erprobung biologischer und chemischer Massenvernichtungsmittel zu verzichten ... Alle ausländischen Streitkräfte, die sich auf deutschem Boden befinden, müssen in einer festzulegenden Frist nach Inkrafttreten des Friedensvertrages in Etappen aus Deutschland abgezogen sein."

Außer den Plänen der sozialdemokratischen und der Freien Demokratischen Partei hat die Sozialistische Jugend einen Vorschlag unterbreitet, der weitgehendere Forderungen enthält als der Deutschlandplan der SPD.

Zur Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten erarbeitete der Senatspräsident am Bundesverwaltungsgericht, K ü l z , einen Vorschlag zur deutschen Konföderation. Nach diesem Vorschlag sollen sich die Bundesrepublik

Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik zu einer „vorläufigen Deutschen Union" zusammenschließen, „um alsbald für das gesamte Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen" und auch sonst in ihren auswärtigen Angelegenheiten „tunlichst nur noch gemeinsam aufzutreten und darüber hinaus die endgültige Wiedervereinigung ... vorzubereiten".

Für alle diese Pläne mag der im sozialdemokratischen Pressedienst vom 19. März enthaltene Satz gelten: „Manche Tabus, die bestanden, sind inzwischen aufgegeben worden."

In diesem Zusammenhang verdient es der besonderen Erwähnung, daß die Pläne für eine Konföderation beider deutscher Staaten nicht aus dem Osten stammen. „Die Anregung kam aus der Bonner Küche", erklärte der stellvertretende DDR-Ministerpräsident Walter Ulbricht am 18. Oktober 1958 auf einer Tagung des Nationalrates. Bald stellte sich heraus, daß der frühere Bundesfinanz- und jetzige Bundesjustizminister Schäffer 1956 in Ostberlin den Gedanken einer Konföderation erstmalig ausgesprochen hatte. Vor ihm hatte allerdings schon der Rechtsberater des Auswärtigen Amtes, Professor Kaufmann, Ideen geäußert, die als Vorläufer des Konföderationsgedankens bezeichnet werden können. 1953 schlug Kaufmann in einem Gutachten vor, neben einer gesamtdeutschen Regierung die Bundesregierung und die DDR-Regierung fortbestehen zu lassen.

Es ist ein politischer Skandal ersten Ranges, daß der nordrhein-westfälische Kultusminister Schütz, offenbar auf Betreiben bestimmter Kräfte, die zu erraten nicht allzu schwer fällt, gegen einen der markantesten Vertreter der Konföderationsidee wie überhaupt einer friedfertigen, verständigungsbereiten Politik ein Kesseltreiben organisiert. Das Disziplinarverfahren gegen Prof. Hagemann aus Münster wird aber das Gegenteil von dem erreichen, was sich die kalten Krieger erhoffen. Es wird die oppositionellen Kräfte noch enger miteinander verbinden. Dem Kreis um Adenauer sollte es zu denken geben, daß der ehemalige Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler die Verteidigung Hagemanns übernommen hat! Dies ist ein Ausdruck dafür, daß der Gedanke nach einer friedlichen Regelung aller strittigen Fragen bereits Gruppen erfaßt hat, die einst zu den Anhängern der Bonner Politik gehörten.

Schon vor längerem bezeichnete auch der Kieler Völkerrechtler Prof. Dr. Menzel in einem Vortrag in der Hamburger Universität die Konföderation als einen Weg zur Wiedervereinigung. „Es gibt offensichtlich keinen überzeugenden Grund", sagte er, „der eine Ablehnung von Vereinbarungen mit der DDR rechtfertigt, falls die Wiedervereinigung in greifbare Nähe rückt."

Im „Vorwärts" regte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Kalbitzer im Dezember 1958 Verhandlungen zwischen Bonn und der DDR über die Konföderation an. Als Verhandlungsthemen nannte er u. a. die „Begrenzung des innerdeutschen Wettrüstens".

Am 21. Dezember 1958 stellte die Bonner „Außenpolitische Korrespondenz", die häufig die Ansichten der SPD wiedergibt, die Frage: „Wäre es nicht im Interesse des Westens wie auch des wahren Friedens das Beste, wenn sich die Mächte darüber einigten, den beiden deutschen Staaten anzuempfehlen, daß sie miteinander in Verhandlungen über eine eventuelle Konkretisierung der Konföderationsidee eintreten?"

Am 8. Januar schaltete sich der ehemalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, in das Gespräch ein. Er erinnerte an lange zurückliegende Pläne (1947) zur Bildung eines gesamtdeutschen Konsultativrates und teilte mit, diese Pläne seien „nicht zuletzt an dem vergeblichen Versuch gescheitert, die Unterstützung der maßgeblichen Parteien der Bundesrepublik zu erreichen". Damit hatte erstmals ein Bundesminister offen von der historischen Schuld

rheinischer Politiker am Nichtzustandekommen eines einigen Deutschland gesprochen.

Die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Bundesregierung war es, die schon vor fünf Jahren den jetzigen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, L e m m e r, zu Gesprächen mit dem damaligen stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Otto N u s c h k e veranlaßte. Auch Bundesernährungsminister L ü b k e soll Gespräche mit Vertretern der DDR geführt haben.

Einen neuen Impuls erhielt das Ringen um eine Neuorientierung der Politik im Januar 1959 durch den Berliner Studentenkongreß gegen Atomrüstung, auf dem eine Entschließung gebilligt wurde, in der es hieß: „Das Ziel notwendiger Verhandlungen, die bisher stets von der Bundesregierung ungeprüft zurückgewiesen wurden, muß sein: 1. Die Umrisse eines Friedensvertrages zu entwikkeln; 2. die möglichen Formen einer interimistischen Konföderation zu prüfen."

Im Gegensatz zu dem überall spürbaren Drängen nach Vorschlägen für eine Friedensregelung mit Deutschland erklärte Bundeskanzler Adenauer am 13. Januar, daß „nur ein hartes eindeutiges Nein" gesprochen werden könne. Interessanterweise fügte Adenauer hinzu, diese Mahnung gelte „für die Abgeordneten a l l e r Fraktionen, auch für die Abgeordneten seiner eigenen Fraktion". Dieser Hinweis ließ erkennen, daß Adenauer damals schon von den Widerständen in der CDU wußte, die am 7. April mit dazu beitrugen, daß der starrköpfige Alte auf das Bundeskanzleramt Verzicht leisten mußte.

Am 26. Januar wurden deutliche Anzeichen für den durch den Schritt Adenauers offenkundig gewordenen Bankrott seiner Politik sichtbar. Bundespressechef E c k h a r d t lehnte „grundsätzlich" jede Stellungnahme zu der Frage ab, was die Bundesregierung zu den amerikanischen Konföderationsplänen zu sagen habe. Zwei Tage später ging auch dem adenauer-frommen Leiter des politischen Ressorts der „Frankfurter Allgemeinen", Jürgen T e r n, auf, daß es mit der Politik des Bundeskanzlers so nicht weitergehen könne. Bei einer Untersuchung der Hallstein-Doktrin (Nichtanerkennung der DDR) kam er zu der resignierenden Feststellung: „Auch hohenorts scheint man sich zu fragen, ob sich mit jener Doktrin lange mit Glück arbeiten lasse." Am gleichen Tag, am 28. Januar, kritisierten „zuständige Kreise" im amerikanischen Außenministerium die mangelnde Initiative der Bundesregierung in allen Berlin und die deutsche Wiedervereinigung betreffenden Fragen. Es sei wünschenswert, so meinten sie, daß diese Initiative „in erster Linie von der Bundesregierung als der Hauptbetroffenen ausgehen müsse". Gleichzeitig deutete man jedoch zum ersten Male an, „daß sich weder Außenminister Dulles noch seine Berater von dem Inhalt derartiger in Bonn ausgearbeiteter Vorschläge wesentlich Neues versprechen".

In dieser Situation zeigte sich wiederum, daß es im Volk Kräfte gibt, die besser als die Bundesregierung die Verantwortung für die Zukunft der Nation erkannten. 150 westdeutsche Geistesschaffende unterzeichneten eine Erklärung, in der es heißt: „Das lebensnotwendig Anliegen des deutschen Volkes, endlich einen Friedensvertrag und seine nationale Einheit zu erhalten, muß heraus aus der Sphäre des kalten Krieges, ehe es zu spät ist." Zur gleichen Zeit ungefähr, am 22. Februar, unkte Bundesaußenminister von Brentano auf einer Kundgebung in Ludwigshafen: „Wir sollten dem Drang widerstehen, jeden Tag einen neuen Plan zu entwerfen." Den Begriff der Konföderation nannte er einen „Spuk".

Am 16. März bekundete Adenauer noch einmal seine Entschlossenheit, jeder Neuorientierung der Politik zu widerstehen. In einem Interview mit der Bonner „Politisch-sozialen Korrespondenz" sprach er sich gegen einen Austritt der Bundesrepublik aus der Nato aus, gegen den sowjetischen Entwurf für einen deutschen Friedensvertrag und gegen die Pläne für eine Konföderation.

Wie weit die Unzufriedenheit mit dieser starren Haltung um sich gegriffen hat, zeigte am 24. März folgende Äußerung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BHE, G i l l e : „Ein Zusammenrücken der beiden Teile Deutschlands ist die mutmaßlich beste Form einer Wiedervereinigung. Man muß den Mut haben, unter Umständen auch das Risiko einer vorläufigen Konföderation einzugehen."

*

Die sogenannte Bonner Politik ist am Ende. Ihr verbleiben nur noch Atomraketen. Für diese findet sie zu jeder Stunde ein freudiges Ja. Die Zeit ist gekommen, dem Wechsel in der Führung der Bundesregierung einen Wechsel in der Politik folgen zu lassen. Dieser Wechsel ist notwendig, wenn unser Volk nicht abermals den Golgatha-Weg in die Katastrophe beschreiten soll. Nachdem die Männer um Adenauer weder in der Lage noch willens sind, eine Politik zu verfolgen, die sich auf militärische Entspannung in Mittel-Europa orientiert, auf Einstellung der Atomrüstung, auf einen Friedensvertrag und Verständigung mit der DDR, haben die Sprecher der oppositionellen Strömungen in der Bundesrepublik die Pflicht, den Außenministern in Genf klarzumachen, daß es den Wünschen des deutschen Volkes entspricht, eben dieser Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Dr. W e r n e r G e r t h

Militärische Entspannung — Lösung des magischen Kreises

Vor unseren Augen beginnt sich wieder einmal eine deutsche Tragödie anzubahnen, wenn es nicht gelingt, die erstarrten Fronten aufzuweichen, ins Gespräch zu kommen und darüber hinaus Teilergebnisse zu erzielen, mögen sie auch anfangs noch so gering erscheinen. In all den Monaten seit jener denkwürdigen sowjetischen Berlin-Note ist Bundeskanzler Dr. A d e n a u e r um kein Jota von seiner ablehnenden starren Haltung abgewichen. Damit enfernt sich Adenauer und seine Gruppe immer mehr von der wahren Volksmeinung, wenn ihm auch zugestanden werden muß, daß er auf Grund der Autoritätenhörigkeit des deutschen Volkes, das seit dem wilhelminischen Zeitalter seinen Untertanengeist teilweise noch mehr kultiviert, noch viele Mitläufer hat.

Als kurz nach der Veröffentlichung des Deutschlandplanes der SPD Stimmen laut wurden, die besagten, der SPD-Plan liege in wesentlichen Punkten auf der gleichen Linie wie ein früherer Geheimplan E i s e n h o w e r s , den auch die Bundesregierung kenne, beeilten sich Sprecher der Bundesregierung sofort, dies zu dementieren. Sie stellten nicht nur ein Wissen um diesen Geheimplan in Abrede, sondern erklärten, es gäbe diesen Geheimplan nicht. Selbst jene Deutschen, die bis dahin noch geglaubt hatten, der Bundeskanzler habe einen geheimen Plan, den er zu gegebener Zeit vorlegen werde, mußten jetzt hellhörig werden. Mit jenem Dementi wurde die „Planlosigkeit" des Kreises um Dr. Adenauer in Sachen Wiedervereinigung amtlich bestätigt. Denn die seit Jahren von Dr. Adenauer vertretenen Ansichten eines harten Kurses sind alles andere als ein „Plan".

In den Wochen seit dem Berlin-Ultimatum hat sich zwar auch in Bonn eine hektische Geschäftigkeit entwickelt. Dr. Adenauer aber hat es nicht verstanden,

die Initiative zu ergreifen in einer Sache, die in allererster Linie uns Deutsche angeht. Er überläßt die Verhandlungen mit Chrustschow ausländischen Staatsmännern wie Mac Millan und ist dann bitterböse, wenn sie eine andere Meinung von der Sache haben als er selbst. Auch das ist ein Teil unserer tragischen Rolle im Spiel der Nationen. Denn prompt reagierten die englischen Zeitungen auf die böse Miene Konrad Adenauers, der es abgelehnt habe, wie die Londoner „Daily Mail" schreibt, den Vorschlägen des britischen Premierministers zuzustimmen. Und die „Times" stellt fest, die Äußerungen Adenauers seien „alarmierend" gewesen und sollten „lieber nicht wiederholt" werden.

In den Gesprächen der übrigen westlichen Staatsmänner, den diplomatischen Vorbereitungsbesprechungen der Außenministerkonferenz, in den Deutschlandplänen der SPD und der FDP, in auswärtigen Pressestimmen gewinnt das Problem einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa eine immer größere Bedeutung. Im Rapackiplan wurde erstmals ernsthaft diese Frage erörtert. Sie stieß damals auf Ablehnung vieler Staatsmänner, die heute zumindest von der Möglichkeit sprechen, solche Pläne in Erwägung zu ziehen. Der stellvertretende Vorsitzende der demokratischen Fraktion im amerikanischen Senat, Mike Mansfield, hat einen revidierten Friedensplan vorgelegt, in dem er die Bereitschaft unterstreicht, über die Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland, die Rüstungskapazität im deutschen und mitteleuropäischen Raum zu verhandeln. Die deutsche Wiederaufrüstung sei nicht unantastbar und könne im Interesse der Sicherheit durchaus geändert werden. Auch andere Staatsmänner, wie Eden und Gaitskell, haben eine beweglichere Taktik eingeschlagen.

Deutscherseits geschah offiziell nichts, bis die SPD mit ihrem Deutschlandplan an die Öffentlichkeit trat, der präzise Vorschläge für eine militärische Entspannung und die stufenweise Wiedervereinigung enthält. Nach diesem Plan soll die Entspannungszone die beiden deutschen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassen. Innerhalb dieser Zone treten Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzungen der nationalen Truppen und der Fremdtruppen der Nato und des Warschauer Paktes in Kraft. Die nationalen Streitkräfte erhalten keine Atom- und Wasserstoffwaffen, die Fremdtruppen dürfen ihren Bestand nicht vergrößern. Die „militärische Verdünnung" soll nach Ansicht der SPD genau so wie die Wiedervereinigung stufenweise erfolgen.

Der Plan der FDP, der sich vornehmlich mit dem deutschen Friedensvertragswerk beschäftigt, sieht in Punkt 7 ebenfalls eine militärisch verdünnte Zone vor, die allerdings erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden soll. Es heißt da: „Deutschland verpflichtet sich, entsprechend seiner Lage in der Mitte Europas eine Politik des entspannenden Ausgleichs nach allen Seiten zu verfolgen und damit der Erhaltung des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker zu dienen." Ein Verzicht auf jegliche Teilnahme an Militärbündnissen wird vorgesehen.

Auch die FDP erkennt die Notwendigkeit einer atomwaffenfreien Zone an, worüber sie ein besonderes Vertragswerk vorschlägt. Im Friedensvertrag müsse sich Deutschland verpflichten, das Übereinkommen über die atomwaffenfreie Zone zu respektieren auch hinsichtlich des Besitzes, der Produktion, des Erwerbs und der Erprobung von Kernwaffen, sowie auf den Besitz, die Produktion, den Erwerb und die Erprobung biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen zu verzichten.

In beiden Plänen wird nicht von einer „Entmilitarisierung" gesprochen, sondern nur von einer „militärisch verdünnten" Zone. Beide Entwürfe gehen von der Voraussetzung aus, daß diese Zone auch noch andere mitteleuropäische Staaten umfassen müsse und die Verdünnung beiderseitig garantiert wird.

Der Plan der FDP hat in seiner Präambel allerdings eine anfechtbare Bemerkung, wenn er feststellt, daß sich das „deutsche Volk wieder einer gleichberechtigten Stellung inmitten anderer Völker" erfreue. Staatsrechtlich sind wir noch keineswegs „gleichberechtigt". Die Alliierten haben sich bestimmte Rechte vorbehalten, und mit ihnen begründet ja Adenauer seine Weigerung, etwa mit der DDR über eine deutsche Wiedervereinigung zu verhandeln. Das sei ausschließlich Sache der Alliierten. Der derzeitige Status der Bundesrepublik scheint ihm wichtiger zu sein als mögliche Wiedervereinigungsgespräche.

Mögen sich der Plan der SPD und der FDP in einigen wesentlichen Punkten unterscheiden, mögen ihre Ausgangspositionen verschieden sein, mögen sie die Realitäten ein wenig anders sehen und die Wege zu dem endlichen Ziel, beide sind gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik und für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone. Es sind graduelle, aber nicht grundsätzliche Unterschiede, wenn der Plan der SPD die militärische Entspannung als Vorbedingung für die weitere Annäherung der Standpunkte ansieht, während die FDP sie in einem Friedensvertrag verankert sehen möchte, in dem auch das Recht der beiden deutschen Staaten auf Wiedervereinigung bestätigt werden soll.

Zweifellos ist es nützlich, wenn solche Klauseln und Überlegungen auch Teile eines Friedensvertrags werden. Realer scheint mir der Plan der SPD, sofort mit der militärischen Verdünnung zu beginnen, weil dadurch die auf beiden Seiten bestehenden Zweifel in den ehrlichen Willen des Partners am ehesten behoben werden könnten. Nicht alles auf einmal, sondern nach und nach die Entspannung herbeiführen, das gibt jedem Gelegenheit, seinen guten Willen zu beweisen. Freilich erkennt auch die FDP die Notwendigkeit an, neben dem Friedensvertrag noch andere vertragliche Abmachungen zu treffen, wie etwa über eine atomwaffenfreie Zone. Sie spricht aber wiederholt von „gleichzeitigen" Verträgen für die europäische Sicherheit, will also alle Abmachungen in einem Zuge behandelt und abgeschlossen wissen.

Wichtig in dem FDP-Entwurf scheint die Feststellung, daß sich Deutschland verpflichten solle, „auf gleichberechtigter Grundlage Vertragspartner eines Bündnissystems zu werden, dessen Ziel die Festigung der gesamteuropäischen Sicherheit ist". Das ist ein Weg, dessen Möglichkeiten noch längst nicht ausgeschöpft sind, der sich nicht in den zur Zeit bestehenden westeuropäischen Bündnis- und Wirtschaftssystemen dokumentieren kann, sondern nur auf einer völlig neuen Basis unter Einschluß der östlich von Deutschland liegenden mitteleuropäischen Staaten. Auch hierfür gibt es noch kein fertiges Rezept. Es ist, wie alles bisher, ein Vorfühlen, Abwägen und Überlegen, das sich rechtfertigt aus dem Glauben, daß jeder wirklich den Frieden will.

Die Schweizerische Handelszeitung hat in ihrer Nummer vom 19. März eindringlich das Menetekel an die Wand gemalt, als sie schrieb: „Eingestandenermaßen haben sich die westlichen ‚Sieger' mit ihrer Berlin- sowie Deutschlandregelung von 1945 in eine vertrackte Klemme gesetzt. Man möchte sich an die Stirne schlagen, wenn man bedenkt, daß die Alliierten mithalfen, Deutschland ein drittes Mal seit Jahrhundertbeginn zum potentiellen Auslöser eines offenen Krieges herzurichten. Hier spürt man etwas vom erbarmungslosen Walten geschichtlichen Schicksals, von dem die Kommunisten glauben, es stände unweigerlich auf ihrer Seite, ein unter Umständen gefährlicher Irrtum. Da gibt es nichts anderes, als daß Menschen, die den Frieden wollen, den Verhängniskreis durchbrechen. Denn einzig sittliche Leistung kann das vollbringen".

Es ist ein „magischer" Kreis, den es zu durchbrechen gilt. Allzuviele Deutsche starren noch hypnotisiert auf den Bundeskanzler, hängen an seinen Lippen und warten auf das erlösende Wort, das aber nicht gesprochen wird. Vielleicht wird

die bundesdeutsche Außenpolitik etwas beweglicher unter einem anderen Kanzler, wenngleich Dr. Adenauer schon jetzt kein Hehl daraus macht, daß er gewillt ist, das Amt des Bundespräsidenten aktiver zu führen als Prof. Heuss.

Aber dennoch, eine kleine Hoffnung besteht. Und um dieser Hoffnung willen lohnt es sich, zuversichtlich zu sein und zu glauben, daß die deutsche Tragödie noch vor dem letzten Akt aufgehalten werden kann. Dazu gehört aber Verhandlungsbereitschaft und die Erkenntnis, daß uns nichts in den Schoß fallen wird, am allerwenigsten die deutsche Wiedervereinigung, wenn wir nicht bereit sind, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und alle Wege zu versuchen, die zu einer friedlichen Lösung führen können. Dazu gehört unabdingbar der Verzicht auf die deutsche Atombewaffnung, die Schaffung einer militärisch verdünnten Zone beiderseits des eisernen Vorhangs und ein Übereinkommen über Berlin, das, wie sein zukünftiger Status auch aussehen mag, weder ein militärisches Glacis des Westens noch eine neue Eroberung des Ostens werden darf. Die Verhandlungen dürfen nicht scheitern, weil man sich in der globalen Anwendung der Rüstungsbegrenzung oder der Atomkontrolle nicht einig wird. Darum geht es nicht. Es geht um die Deutschlandfrage und um mehr oder weniger große oder kleine Teillösungen, die, wenn man sie nur ernstlich anstrebt, ähnlich wie sich ein Mosaik zusammenfügt, schließlich doch zu einer weltweiten Entspannung führen können. Zunächst aber muß die Entspannung in Deutschland und Mitteleuropa gesucht und gefunden werden.

Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz

Zehn Jahre Nato — zehn Jahre Unsicherheit

Ein Rückblick auf die Entstehung der Nato ist nicht nur eine militärische, sondern hochpolitische Schau der Weltpolitik seit 1945. Die nachstehenden Ausführungen sollen zur Klärung der zurückliegenden Ereignisse beitragen und mit Geschichtsfälschungen aufräumen, die in unserer Zeit die Gehirne vernebeln, die Menschen immer wieder in Angst versetzen und die politische Atmosphäre vergiften.

Westliche Behauptungen

Die Politiker der Weststaaten, die westdeutsche Regierung und die Parteien des Bonner Bundestages behaupten, daß das dringende Sicherheitsbedürfnis des Westens angesichts der sowjetischen Aggressionspolitik und die notwendige Gemeinsamkeit zur Schaffung günstigerer Positionen für Verhandlungen mit dem Osten die Gründung der Nato erforderlich gemacht hätten. Die Nato wäre lediglich ein Zusammenschluß zur kollektiven Verteidigung des Westens gegen die Sowjetunion. Am 17. März haben demzufolge sich fünf Mächte — England, Frankreich und die drei Beneluxstaaten — im Brüsseler Vertrag, als Vorläufer der Nato, zusammengeschlossen, und am 4. April 1949 ist dann unter Hinzutritt von den USA, Kanada, Dänemark, Norwegen, Island, Italien und Portugal zu den Brüsseler Paktstaaten der Nordatlantikvertrag (Nato) durch diese 12 Nationen unterzeichnet worden. Am 18. Februar 1952 traten Griechenland und die Türkei

dem Vertrag bei, die schon am 12. März 1947 durch die Truman-Doktrin an den Westen gebunden waren, und am 9. Mai 1955 wurde als 15. Staat die Bundesrepublik als Mitglied in die Nato aufgenommen.

Es lohnt sich, diese Entwicklungsgeschichte einmal aufmerksam einer genauen Prüfung zu unterziehen und zu untersuchen, wer eigentlich die Schuld für die langjährigen weltpolitischen Spannungen, für das Wettrüsten, für die Spaltung der Welt in zwei Blöcke, für die Gefahr eines dritten Weltkrieges trägt.

Englisch-amerikanische Hegemonie als Ziel

Während Churchill noch am 28. April 1945, also kurz vor dem Ende des 2. Weltkrieges, scheinheilig nach Moskau telegrafierte, daß die weitere Zusammenarbeit der USA, Englands und der Sowjetunion eine gebieterische Notwendigkeit sei, „ungeachtet der unterschiedlichen Systeme, des Denkens und der Regierung", erließ er wenige Tage darauf, Anfang Mai, die Anordnung, alle Waffen der kapitulierenden deutschen Wehrmacht zu sammeln, damit gegebenenfalls die deutschen Armeen wieder mit ihnen ausgerüstet werden könnten, um mit den USA und England gegen die Sowjetunion zu marschieren. Zehn Monate später, am 5. März 1946, forderte Churchill im Beisein Trumans in Fulton ein englisch-amerikanisches Militärbündnis gegen die Sowjetunion, mit dem eindeutigen Verlangen, die Sowjetunion solle die Weltherrschaft der angelsächsischen Mächte anerkennen. Im Falle einer Weigerung drohte er mit Krieg. Das war der Anfang der Spaltung der Welt, das war die Erklärung zum kalten Krieg, das war der Beginn zu einem antisowjetischen Militärblock.

Der Westen behauptet, nach dem Kriege bis auf den letzten Hosenknopf abgerüstet zu haben, im Gegensatz zur Sowjetunion, und nur die sowjetische Aggressionspolitik habe zur Wiederaufrüstung des Westens geführt. Nach eigenen Angaben der USA belief sich deren Truppenstärke im Jahre 1946 auf 3,3 Millionen Mann. Eine ähnlich große Zahl hatte auch die Sowjetunion noch unter Waffen. Für den Westen kam aber noch ausschlaggebend hinzu, daß er das Atommonopol besaß. Schon von der ersten Nachkriegswoche an versuchten die angelsächsischen Mächte, eine englisch-amerikanische Hegemonie militärisch und politisch in der Welt zu errichten. So wurde beschlossen, einen globalen Antisowjetblock unter amerikanischer Führung zu bilden und rings um die Sowjetunion ein dichtes Netz von Militärstützpunkten zu errichten, von denen aus durch Druck auf einen Knopf im Pentagon Hunderte von Flugzeugen mit Atombomben gegen die Sowjetunion starten könnten. Im Jahre 1948 besaßen die USA bereits über 100 derartige Militärstützpunkte in vielen fremden Ländern der Erde.

Churchill schreibt nach Jahren rückschauend in seinem Buch über den 2. Weltkrieg, aus der Zeit, als die USA als einzige Macht der Erde Kernwaffen besaßen, folgende Ungeheuerlichkeit:

„Es kam mir sogar in den Sinn, daß eine vorher bekanntgegebene, doch friedliche Luftdemonstration über den wichtigsten sowjetischen Städten im Verein mit der Darlegung einiger unserer neuesten Erfindungen (gemeint ist die Atombombe. Der Verf.) den sowjetischen Führern gegenüber, diese zu einer freundschaftlicheren und nüchterneren Einstellung bewegen würde."

Mit einer solchen Demonstration pflegten die Kommandanten britischer Kanonenboote ein Ultimatum zu stellen, wenn sie an den Küsten von Kolonialländern aufkreuzten, um diese in die Knie zu zwingen.

Am 12. März 1947 erklärte Truman der Sowjetunion offiziell den kalten Krieg, indem die USA durch die sogenannte Truman-Doktrin die „Weltführung" beanspruchten. Jetzt begann die expansionistische USA-Politik in Westeuropa zu arbeiten. Unter dem Vorwand „Organisierung der Verteidigung gegen die So-

wjetunion" und mit dem alten Argument Hitlers von der angeblichen „Bedrohung" aus dem Osten zwangen die USA die westeuropäischen Staaten zur forcierten Aufrüstung und sicherten sich die Oberaufsicht über die Streitkräfte der Verbündeten. Als Folge dieser USA-Politik wurde dann am 4. April 1949 der Atlantikpakt unterzeichnet, drei Jahre nach der ersten dahinzielenden Anregung Churchills in Fulton. Doch mit dem nun zu erwartenden Atomultimatum an die Sowjetunion wurde es nichts. Im September 1949 explodierte die erste sowjetische Atombombe.

Warschauer Pakt eine Folge der Nato

Auffallend ist, daß der Atlantikblock ein Zusammenschluß aller Kolonialmächte ist, nämlich USA, England, Frankreich, Belgien, Holland, Portugal (Spanien ist ohne Mitgliedschaft militärisch verbunden), in dem gegenseitigen Bestreben, den Kolonialbesitz zu sichern. Zum anderen ist die Nato ein ausgesprochenes Kriegsbündnis gegen die Oststaaten, die den Kolonialismus bekämpfen. Als die Sowjetunion am 31. März 1954 um Aufnahme in die Nato nachsuchte, damit dadurch die Grundlagen eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa geschaffen werden könnten, erhielt die Sowjetregierung eine Absage. Damit war die Stoßrichtung der Nato in aller Weltöffentlichkeit klar. Erst ein Jahr später — und neun Jahre nach der ersten aggressiven Rede Churchills in Fulton — antwortete die Sowjetunion mit der Gründung des Warschauer Paktes im Jahre 1955 unter Einschluß der DDR.

Im gleichen Jahre war vorher die Bundesrepublik in die Nato aufgenommen worden. Damit wurde ein Plan Wirklichkeit, der schon lange bestand und ein Wunsch der Bundesregierung war, aber nur durch den bisherigen Einspruch Frankreichs und den Umweg über die durch Frankreich später zum Scheitern gebrachte EVG verzögert worden war. Lord Ismay, der damalige Generalsekretär der Nato, berichtet darüber: „Im Jahre 1950 waren bei der Herbsttagung des Rates sämtliche Mitglieder im Prinzip mit einer deutschen Beteiligung an der Nato einverstanden. Die einzigen Bedenken erhob der französische Außenminister Robert Schuman. ... Da die Möglichkeit einer Einigung nicht bestand, mußte sich der Ministerrat vertagen, um die Frage später erneut prüfen zu können."

Sind wir militärisch bedroht?

Die Bundesregierung begründet ihre Mitgliedschaft in der Nato damit, daß ein „sowjetischer Angriff" oder der Überfall eines „potentiellen Gegners" zu erwarten sei. Die Nato-Führung stellt die Sowjetunion als ein Land hin, das nur darauf lauert, die Westmächte zu überfallen, das durch Friedenserklärungen und Friedensaktionen die Weltöffentlichkeit einlullen möchte, um desto unauffälliger ihre Aggression gegen die Natostaaten vorbereiten zu können.

Die Sowjetunion nahm in ihrer Note vom 17. November 1956 zu dieser Frage Stellung: „Es kann direkt gesagt werden, daß sich gegenwärtig in Westeuropa eine solche strategische Lage herausgebildet hat, die für die Streitkräfte der Sowjetunion noch bei weitem günstiger ist, als es am Ende des 2. Weltkrieges der Fall war, wo die mobilisierte und bewaffnete Sowjetarmee sich in ganz Westeuropa hätte festsetzen können, wenn sich die Sowjetunion solche Ziele gestellt hätte."

Hinzu kommt, daß in der Sowjetunion durch den Krieg 1710 Städte und über 70 000 Dörfer, d. h. über 6 Millionen Gebäude, zerstört worden waren. Es gab 25 Millionen Obdachlose, und Tausende von Schulen, Theatern, Klubs und Fabriken lagen in Schutt und Asche. Zusammen mit den Kriegsunkosten und dem

zeitweiligen Verlust der Einkünfte aus Industrie und Landwirtschaft der durch deutsche Truppen besetzten Gebiete ist der Volkswirtschaft der Sowjetunion durch Hitlers Überfall ein Schaden entstanden, der 2569 Milliarden Rubel betrug. Der zusätzliche Verlust durch den Tod vieler Millionen Menschen ist bei dieser Betrachtung in Zahlen gar nicht auszudrücken. Es ist kaum denkbar, daß ein solches Land, welches diese unvorstellbaren Schäden und Verluste durch wirtschaftliche 7-Jahrespläne ausgleichen will und bereits enorm viel geschaffen hat, zu einem neuen Kriege bereit sein sollte. Ferner hat die Sowjetunion seit 1955 ihre Armee um 2 140 000 Mann vermindert, davon 53 000 Soldaten aus der DDR und 17 000 Besatzungstruppen aus Ungarn abgezogen zur Überführung in die Wirtschaft. Außerdem war es die Sowjetunion, die als erste freiwillig und ohne Gegenleistung der anderen Seite ihre Atombombenversuche eingestellt hat. Sie ist auch heute bereit, die DDR, Polen und die Tschechoslowakei in eine atomwaffenfreie Zone einzubeziehen, wenn der Westen mit der Bundesrepublik, ein sehr viel kleineres Gebiet, das gleiche tut.

Kosten und politische Folgen

Trotz dieser Angebote und Konzessionen seitens der Sowjetunion haben die Natostaaten weiter und weiter gerüstet, um durch ihre „Politik der Stärke" die Gegenseite militärisch in die Knie zu zwingen. 500 Milliarden Dollar (= 2 Billionen DM) sind bisher für die Aufrüstung im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert worden. Dazu haben die Mitgliedstaaten ihre Selbständigkeit aufgegeben, sich wirtschaftlich erschöpft und beginnen die Märkte und Handelsverbindungen in der Welt an den Osten abzutreten. Sie sind verpflichtet, einen Teil ihrer Armee und Flotte sowie Luftstreitkräfte dem amerikanischen Kommando zu unterstellen, das seinen Sitz, als ständiger Unterausschuß der Generalstäbe, in Washington hat. Der Oberbefehlshaber der Natostreitkräfte in Europa ist ein amerikanischer General, desgleichen werden die acht Nato-Marinen von einem amerikanischen Admiral befehligt. Das amerikanische Bomberkommando (SAC) ist die beherrschende Luftmacht des Westens. Die Natomitglieder sind verpflichtet, ihr Gebiet für militärische Anlagen zur Verfügung zu stellen. Diese Stützpunkte sind exterritoriales Gebiet. Laut Art. 5 des Natopaktes müssen alle Vertragspartner sich an jedem Kriege beteiligen, in den eines der Blockländer verwickelt wird. Wie schnell aber ein „Zwischenfall" inszeniert und eine eigene Aggression als Abwehr eines gegnerischen Überfalls dargestellt werden kann, haben wir erst in der jüngsten Geschichte mehrfach erlebt. Somit haben die westeuropäischen Natopartner ihre wichtigste außenpolitische Entscheidung über Krieg und Frieden selbst aus der Hand gegeben.

Atomwaffen

Hinzu kommt die Ausrüstung der Natopartner mit Atomwaffen, die laut Erklärung des Natoführungsstabes in Paris auf Grund der angeblich zahlenmäßigen Unterlegenheit der konventionellen Natotruppen — zunächst einmal als taktische Atomwaffen — auf jeden Fall eingesetzt werden. Dabei stützt man sich auf den Beschluß des Nato-Rates vom Dezember 1954 „Über den Plan der wirkungsvollsten Anwendung der militärischen Stärke der Nato, der die Anwendung atomarer Waffen voraussetzt" (White paper, February 1955, Statement of Defence, Cmd 9391).

So erhält jetzt auch die Bundeswehr 288 „Honest John"-Raketen, die mit Atomsprengköpfen verschossen werden können. Dazu werden vorerst 36 Abschußrampen gebaut. Diese Raketen sind in der Bundeswehr unter dem harmlos klingenden Namen „Feldraketenwerfer 762" eingeführt. Nun beweist aber die mili-

tärische Erfahrung, daß kleinere Kaliber immer stärkere Granaten oder Bomben nach sich gezogen haben, d. h. also, daß die Nato-Pläne der Atomraketenbewaffnung, denen sich die Bundeswehr zu unterwerfen hat, direkt auf den Krieg mit strategischen A- und H-Bomben hinzielen, wobei die Raketenabschußrampen in der Bundesrepublik Magneten gleichen, die in erster Linie die gegnerischen A- und H-Bomben zum Zwecke ihrer Ausschaltung anziehen.

Die Nato bietet keine Sicherheit

Es ist also nicht wahr, wenn der Bundeskanzler im Bundestag als Begründung für den Eintritt der Bundesrepublik in die Nato behauptete, hierdurch würde verhindert, daß Westdeutschland in einem etwaigen Kriege zum Schlachtfeld würde. Sämtliche bisher bekanntgewordenen Pläne, Manöver und Äußerungen maßgeblicher westlicher Generale und Politiker lassen im Gegenteil erkennen, daß Deutschland auf jeden Fall Kriegsschauplatz wird und nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in einem neuen Kriege zerstört werden würden. Das westdeutsche Kriegspotential ist von so großer Bedeutung, daß keine der beiden Großmächte es unbeschädigt der anderen Seite überlassen kann. Die Bundesrepublik liegt im Feuerbereich der sowjetischen Raketen, und auch die Amerikaner geben selber zu, daß sie im Konfliktsfalle Deutschland mit Atombomben belegen werden, um seine Industrie zu zerstören. Aber die Gefahr eines Krieges braucht sich nicht nur aus Kampfhandlungen in Europa zu ergeben. Die westlichen Nato-Großmächte sind durch ihre imperialistische Kolonialpolitik mit vielen Ländern der Erde durch weitere Militärpakte verbunden. Hätten z. B. die Aggressionen in Ägypten, Jordanien und Libanon oder die beabsichtigten Einmischungen im Irak und im innerchinesischen Streit bei Quemoy zu einem Zusammenstoß mit der Sowjetunion geführt, so wäre die Bundesrepublik auf Grund der Nato-Satzungen automatisch kriegführende Partei geworden, und die Sowjetunion hätte sich aus militärischen Gründen gezwungen gesehen, Kampfhandlungen gegen die Bundesrepublik führen zu müssen, weil sich ja hier starke Natostreitkräfte mit einem Netz von Flugplätzen und Raketenabschußrampen befinden. Die Mitgliedschaft in der Nato erhöht also in jedem Fall die Kriegsgefahr für die Bundesrepublik und bietet in keiner Weise Sicherheit.

Ein dänischer Journalist charakterisierte einmal sehr treffend den Wert der Natomitgliedschaft: „Eine sonderbare Versicherungsgesellschaft ist doch die Nato. Bricht in unserem Hause ein Brand aus, so übernimmt sie es nicht, ihn zu löschen, und leistet auch keinen Schadensersatz. Dafür verspricht sie, ein paar andere Häuser anzuzünden." Denken wir daran, daß diese anderen Häuser Dresden und Leipzig sein können und dann westdeutsche Nato-Soldaten gegen ihre Brüder im Osten Deutschlands antreten werden. Für uns Deutsche bedeutete das nicht nur Krieg, sondern den fürchterlichsten aller Kriege: der Bruderkrieg im eigenen Vaterlande wäre da!

Die Hände gebunden

Durch den Eintritt in die Nato ist aber auch die staatliche Souveränität, die jeder andere Staat für sich als selbstverständlich in Anspruch nimmt, für die Bundesrepublik verspielt. Am 24. Oktober 1954 stellte der Bundeskanzler nach Unterzeichnung der Pariser Verträge in einer Rundfunkansprache fest: „... Das Besatzungsregime ist zu Ende. Wir sind wieder frei." Halten wir dagegen Art. 2 des sogenannten Deutschlandvertrages, in dem es heißt: „... behalten die drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten Rechte und Verantwortlichkeiten auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung ..." So sieht es also in Wirklichkeit aus! Die Bundesregierung hat sich somit in allen Fragen nationaler

Souveränität die Hände selbst gebunden, sie hat für den Preis der Wiederaufrüstung das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf eigene Schritte zur friedlichen Wiedervereinigung, das Recht auf eine nur den Interessen des deutschen Volkes dienende Politik fremden Machtinteressen untergeordnet. So erklärt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Nato, daß in der Bundesrepublik fremde Truppen schalten und walten können, Militärstützpunkte errichtet und Raketenwaffen stationiert werden, auswärtige Mächte Geheimdienste unterhalten dürfen, die in Staatsorgane eingebaut sind, demokratische Grundrechte unter Verletzung des Grundgesetzes eingeschränkt sowie laufend Hindernisse für die Verständigung der Deutschen untereinander in den Weg gelegt werden und schließlich der Handel mit dem Osten durch Embargobestimmungen eingeengt ist.

Der Bundeskanzler hat also, um die Aufstellung einer westdeutschen Armee im Rahmen der Nato zu erreichen, freiwillig auf die Rechte eines souveränen Staates verzichtet, und so haben wir als Quittung: Keine Wiedervereinigung, keinen Abzug der Besatzungstruppen, keine Beseitigung fremder militärischer Stützpunkte, keinen freien Handel, keinen Friedensvertrag, keine Sicherheit.

Mit stolzgeschwellter Brust sagte Adenauer zu dem damaligen französischen Botschafter François Poncet im August 1954: „Ich bin der einzige deutsche Kanzler, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht."

Von einer solchen Regierung, die nur die Interessen der Nato vertritt, ist natürlich keine Unterstützung der Pläne für eine Entspannung, für ein Auseinanderrücken der Militärblöcke, für eine militärische „Verdünnung", für eine atomwaffenfreie Zone, für ein Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus ihren beiderseitigen militärischen Bindungen zu erwarten. Der Oberbefehlshaber der Nato, General Norstad, gab die Sprachregelung, indem er alle derartigen Vorschläge, ob sie nun von Rapacki, Kennan, Mansfield, Humphrey, Eden, Gaitskell oder Pfleiderer stammen, als „lächerlich", „verheerend" und „katastrophal" bezeichnete, obwohl alle diese Pläne noch nicht einmal eine Auflösung, sondern sogar den Weiterbestand der Nato vorsehen. Und der Generalsekretär der Nato, P. H. Spaak, erklärte im Hinblick auf die Bundesrepublik: „An dem Tage, an dem wir für Deutschland ein besonderes Militärsystem zulassen, haben wir den ersten Schritt getan, der zu einem besonderen politischen System für Deutschland führt, d. h. zum Ende der Nato, wie wir sie kennen. Solange die Nato besteht, kann ich freiwillig keine Pläne akzeptieren, die Deutschland zunächst in eine besondere militärische Lage, morgen in eine besondere politische Lage versetzen wollen und vor allem auf den Abzug der amerikanischen Truppen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Europa hinstreben. Folglich bin ich gegen alles, was man ‚Disengagement'-Pläne nennt. Denn das Wort besagt schon, daß hinter der militärischen Aktion ganz klar eine politische Aktion steht."

Präventivkrieg?

Die Zeiten sind längst vorbei, als die Nato militärisch, wirtschaftlich und politisch nur durch ihr Vorhandensein abschrecken sollte. Das Herumfuchteln mit den Atomwaffen seitens der Nato geht weit über ein Abschrecken oder ein Einschüchtern der Gegenseite hinaus und bringt eine gefährliche Zuspitzung der Lage in Europa mit sich. Ja, die westliche Seite predigt sogar teils verschleiert, teils ganz offen den Präventivkrieg. Drew Pearson schreibt am 18. Dezember 1957 im „Daily Mirror": „... daß die USA ihrer traditionellen Politik, nie als erste einen Krieg zu beginnen, eventuell entsagen müßten. In einem modernen Atomkrieg wird der erste Angriff so stark sein, daß das Land, das ihn unter-

nimmt, wahrscheinlich den Sieg erringen wird. Da die USA im Wettrüsten nicht gut abschneiden, wird gefolgert: Wir können uns ein Zuwarten nicht leisten. Es geht also, kurz gesagt, um einen Präventivkrieg."

General LeMay, stellvertretender Stabschef der US-Luftwaffe, erklärte laut „U. S. News and World Report" vom 10. Januar 1958: „Ich glaube, wenn wir heute einen Krieg begännen, würden wir ihn wahrscheinlich gewinnen. Ich glaube nicht, daß Rußland genug ballistische Geschosse hat oder in absehbarer Zeit haben wird, um unsere strategischen Luftstreitkräfte am Aufstieg zu verhindern ..."

Auch Luftmarschall Slessor sagte in einem Interview, „die USA könnten den ersten Schlag versetzen."

Die amerikanische Zeitschrift „Foreign Affairs" schrieb im Januar 1958: „Wir kleiden unser Ziel in Worte wie Verteidigung gegen den Kommunismus ... Wir wissen natürlich, daß dies ein Winkelzug ist." Getarnt hinter diesem Winkelzug, hatte sich denn auch der aggressive Charakter der Nato bei dem englischen Angriff auf Ägypten und bei der anglo-amerikanischen Intervention gegen den Nahen Osten im Sommer 1958 entlarvt. Und Bonn hatte bei diesem schmutzigen Unternehmen Schützenhilfe geleistet, indem es seine Flugplätze den Aggressoren zur Verfügung gestellt hatte. Die Bundesrepublik bedeutet ja für die Nato Aufmarschgebiet, Sprungbrett und Atom-Stoßkeil. In diesem Licht besehen, erhält der Jahresbericht der Nato-Streitkräfte 1955 besondere Bedeutung:

„Westdeutschland hat als geographisches Zentrum Europas große strategische Bedeutung. Die norddeutsche Ebene mit ihrem gut entwickelten Netz moderner Auto- und Eisenbahnen stellt ein überaus günstiges Aufmarschgebiet dar, um einen Schlag vorzubereiten."

Schläge vorbereiten, heißt aber, den Krieg vorbereiten. „Angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet, mit dieser Kampfmethode sollte der Westen dem Osten entgegentreten!" folgerte General Heusinger bereits am 15. Oktober 1955 in den „Bonner Heften", und Minister Strauß tönte: „Keine Gespräche mit der Sowjetunion, erst rüsten, stark werden, erst die Muskeln spannen und dann weiter sehen ..." „Abschaffung der Atomwaffen wäre für uns nackter Hohn auf unsere eigene Dummheit, nichts weiter ..." „Die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen reicht aus, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen." Der Bonner General Zimmermann erklärte der englischen Zeitung „Sunday Express": „Die Zukunft liegt bei dem, der einen Präventivkrieg wagt. Die Spannung zwischen Ost und West wird ewig andauern und nur durch einen Krieg gebrochen werden. Deshalb sollte der Westen, wenn er Rußland schlagen will, einen Präventivkrieg vom Stapel lassen, in dem er alle ihm zur Verfügung stehenden Atomwaffen einsetzt."

Wer nicht schießen will, muß verhandeln

Diese gefährliche Lage, die die Nato nach zehnjährigem Bestehen hervorgerufen hat, ist von der Sowjetunion — vom Bundeskanzler als „Todfeind" bezeichnet — durchaus erkannt. Mit ihrer Berlin-Note und dem Vorschlag eines Friedensvertragsentwurfs versucht sie, die erstarrten politischen Fronten, ehe es zur militärischen Explosion kommt, in Bewegung zu bringen, mit dem Ziel, auf dem Verhandlungswege die angehäuften Sprengladungen zu entschärfen. Es stimmt hoffnungsvoll, daß am 11. Mai eine Außenministerkonferenz stattfinden wird und sich eine Gipfelkonferenz anschließen soll.

Diese Entwicklung muß unbedingt vorwärts getrieben werden, damit eine allmähliche Annäherung der Standpunkte, von der öffentlichen Meinung in allen Völkern unterstützt, sich durchsetzen kann. Wenn alle Regierungen und Völker mit Wort und Tat nach Frieden streben, dann wird der Erfolg, den Frieden zu erhalten, nicht ausbleiben und der ganzen Menschheit zum Segen gereichen.

Rudolf Pikola

Deutsches Gespräch — eine Forderung des Tages

In der Woche vor Ostern tagten in Eisenach 600 Mitglieder und Freunde des Schwelmer Kreises — genau gesagt, es waren 292 westdeutsche und 287 ostdeutsche Teilnehmer.

Der Schwelmer Kreis ist eine Vereinigung von Erziehern, die nicht nur eine pädagogische Tradition fortsetzt, indem sie auf den 1919—1933 wirkenden „Bund Entschiedener Schulreformer" zurückweist, den der kürzlich verstorbene große Pädagoge Paul O e s t r e i c h gegründet hatte, sondern die neben dem fachlichen Anliegen die wohl größte Frage unserer deutschen Gegenwart zu lösen versucht: das Gespräch zwischen West und Ost am Leben zu erhalten, zu fördern, auszuweiten.

Eine Vereinigung, die das sowohl als ihr Programm bezeichnet als auch praktiziert, ist in Gefahr, im amtlichen westdeutschen Sprachgebrauch als „kommunistische Tarnorganisation" bezeichnet zu werden. Man hätte all unseren Sprachreglern und schrecklichen Vereinfachern nur wünschen können, sie wären dabei gewesen, sie hätten die Diskussionen mitgemacht, die in Schulen und Betrieben, bei abendlichen Tischgesellschaften und im Plenum der Hauptversammlung geführt wurden. Da wurde gefragt und gezweifelt, da wurde kritisiert und angegriffen — und all das aus einem geradezu leidenschaftlichen Willen heraus, das zu erkennen, was das Rechte sei.

Freilich, in einem Punkte war man sich einig: daß die vordringlichste Aufgabe unserer Zeit die sei, den Frieden zu erhalten. Denn alles noch so rühmliche Bemühen um methodische, pädagogische, schulpolitische Fragen ist völlig vergebens, wenn erneut die Bomben fallen, erst gar, wenn die wahnwitzig entfesselte Gewalt des Atoms unser Vaterland zur Wüste macht.

Nun gibt es schwerlich ein Wort in Westdeutschland, mit dem man sich so unbeliebt machen kann wie mit dem Wort „Friede". Merkwürdigerweise, sollte man meinen, da doch dieses Wort zum Grundvokabular der vorherrschenden christlichen Geisteshaltung gehört. Aber man wird auf der Stelle suspekt, wenn man es ausspricht und gleichzeitig erzählt, daß man sich mit einem Menschen von „drüben" darüber unterhalten habe, ohne mit ihm in Streit zu geraten.

Und hier begegnet uns schon eines der Grundübel unserer Zeit, ja geradezu die Schaltstelle, an der man in den circulus vitiosus des Unheils eingeschleust wird: man glaubt dem anderen nicht, daß er das, was er sagt, wirklich meint — und weil man ihm nicht glaubt, mißtraut man ihm — und weil man ihm mißtraut, glaubt man ihm nicht — und dies ad infinitum.

Wohl haben wir den Mut, in immer wilderen Kriegen aufeinander loszustürzen, blutige Großtaten der Aufopferung eigenen und fremden Lebens zu vollbringen — aber den Mut, dem anderen, dem Gegner (wenn wir ihn schon so definieren wollen, was ja von vornherein die Zugänge verschüttet) auch nur einen Schritt entgegenzugehen, ihm — und damit ja auch uns — eine Chance der Annäherung zu geben, diesen Mut wollen wir nicht aufbringen. Er wäre heroischer als das theatralische Heldenpathos ganzer Jahrtausende, heldischer und helfender.

Wer in Eisenach mit den ostdeutschen Lehrern im Einzelgespräch disputierte, wer ihre Diskussionsreden in der Versammlung hörte, mußte ergriffen sein von dem wahrhaften Willen und der leidenschaftlichen Sehnsucht nach Erhaltung des Friedens. Da sprachen Frauen aus ihrem mütterlichen Gefühl heraus, da sprachen weißhaarige Männer, die in zwei Kriegen und womöglich in der Friedlosigkeit der Konzentrationslager erfahren hatten, was Krieg und Haß bedeuten, da spra-

chen junge Lehrer, denen aus dem gläubigen Optimismus der Jugend heraus Friede, Völkerversöhnung, Humanität ein Bekenntnis sind, das ihnen das Herz füllt.

Ich wehre mich dagegen, alle diese Menschen Funktionäre, Dummköpfe oder Heuchler zu nennen, bloß weil sie einem Staate dienen oder sich einer Weltanschauung verbunden haben, die anders sind, als man es bei uns gewöhnt ist. Ja, ich möchte meinen, gerade wenn man von der Richtigkeit der westlichen Einstellung überzeugt ist, müßte man mit den Trägern der östlichen Haltung sprechen, denn wenn man schon Irrtümer (oder was man dafür hält) korrigieren will, geht es doch nur so, daß man sie dem Irrenden als solche aufzeigt, nicht daß man ihn darin verharren und versteinern läßt — es sei denn, man habe sich auf die barbarische Methode festgelegt, ihn zu erschlagen und so mit dem Irrenden auch den Irrtum aus der Welt zu schaffen.

Ist es denn — noch dazu nach immer grauenhafteren Kriegen und unter der Wolke einer unerhörten neuen Vernichtung — so schwer, einzusehen, daß es keinen anderen Ausweg aus der Verstrickung gibt, als miteinander zu reden, zu reden, zu reden, ehe es zu spät ist?

Die Lehrer in Eisenach haben ein Beispiel gegeben, daß man miteinander reden kann. Und zwar so, wie man sich ein Gespräch vorstellt: als These und Antithese. Es war gewiß nicht so, daß dieses Gespräch ein langweiliges und unwahres Unisono gewesen wäre. Evangelische Theologen und gläubige Katholiken meldeten ihre Bedenken an, Schulmänner stellten dem anwesenden Minister für Volksbildung Fragen und Zweifel entgegen, jemand warnte vor der Gefahr, die jedem durchorganisierten System innewohnt: auf alles sogleich fertige Antworten parat zu haben, gegen Einseitigkeit und Verallgemeinerungen wurde protestiert, der Freiheitsbegriff wurde untersucht und kritisch betrachtet, Gerechtigkeit für westliche Auffassungen wurde verlangt, Erscheinungen und Methoden im ostdeutschen Bereich wurden abgelehnt „aus einem Freiheitsbewußtsein heraus, das uns aus der Vergangenheit zugekommen ist", wie ein Diskussionsredner sagte, das Verhältnis zwischen Christentum und Sozialismus wurde betrachtet — man könnte den Katalog fortsetzen, nicht um der behandelten Inhalte willen, sondern um zu zeigen, wie in einem Gespräch mit den Menschen unseres zweiten Deutschlands und auf ihrem Boden Wort und Widerwort möglich war. Und gewiß ging niemand ohne Nachdenklichkeit weg. Wie aber soll auch nur der Ansatz eines gegenseitigen Verständnisses möglich sein, ja wie soll man sich nur überhaupt kennenlernen, wenn man mit geradezu versteinerter Geste jeden Versuch einer Aussprache zurückweist?

Wer menschliche Beziehungen kennt, weiß, daß das meiste an Entfremdung und Leid, an Unglück und Tragik daher kommt, daß zwei Menschen nicht miteinander reden. In den großen Beziehungen der Völker ist es nicht anders. Und dabei handelt es sich bei uns ja um e i n Volk, das die gleiche Sprache spricht, die gleiche Geschichte hat, in den gleichen Schwingungen zittert, die keiner Worte bedürfen.

Wie sich die ostdeutschen Erzieher all das anhörten und darauf eingingen, was an Kritik vom Westen her vorgebracht wurde, so hatten ihre westdeutschen Kollegen die Möglichkeit, Einblicke in das Schul- und Kulturleben ihres Gastlandes zu tun, die — gerade weil sie an die Praxis heranführten — instruktiver waren als alle theoretischen Abhandlungen. Von irrtümlichen oder absichtlich entstellten Berichten ganz zu schweigen.

Vom Grundsätzlichen her ist zu sagen, daß der drängende Wille zur pädagogischen Tat, die Freude am Neubau eines andersartigen Schulwesens und der Glaube, etwas Gutes zu vollbringen, ebenso auffielen wie ein pädagogischer Opti-

mismus — die Überzeugung also von der Wirksamkeit von Erziehung —, der ja dem Sozialismus ohnehin eigen ist und sogar so weit reicht, daß er selbst den Unterschied zwischen Begabten und Unbegabten zwar nicht aufheben, so doch verringern zu können glaubt (ein Glaube, der westlicherseits großer Skepsis begegnete — aber darüber läßt sich doch reden, man muß sich deshalb nicht tot schlagen!).

Diesen pädagogischen Aufbauwillen nur mit leicht durchschaubaren machtpolitischen Ambitionen und weltanschaulichen Raffinements abtun zu wollen, ist ebenso plump wie ungerecht und außerdem gefährlich, denn es trübt den Blick für die tatsächliche Leistung, die ihre Früchte bringen wird. Die westdeutsche Lehrerschaft jedenfalls würde sich beglückwünschen, wenn in ihrem Staatshaushalt so wie drüben 39 % für Volksbildung angesetzt wären.

Freilich ist mancher Versuch Überspitzung, falsche Gewichtsverlagerung — aber im ganzen ist der Mut zur pädagogischen Tat, der sich bei uns (trotz positiver Bemühungen im einzelnen) vielfach nur im pädagogischen Lamento manifestiert, mit dem festgestellt wird, so könne es nicht weitergehen, wenn wir nicht in hoffnungslosen Rückstand verfallen wollen — um dann doch nur mit homöopathischen Mittelchen oder gar mit reaktionären Methoden nichts vorwärtszubringen.

Was im einzelnen im Vordergrund der Betrachtung stand, war der — noch ganz im Stadium des Versuchs befindliche — polytechnische Unterricht, der den Besuchern aus Westdeutschland am augenfälligsten wohl in dem „Unterrichtstag in der Produktion" begegnete. Es ist hier nicht der Ort, auf diese vorwiegend pädagogische Frage näher einzugehen, doch soll jedenfalls gesagt werden, was dieser Unterrichtstag ist und was er nicht ist.

Um letzteres vorwegzunehmen: er ist nicht Kinderarbeit in der Fabrik. Dies zu sagen, ist Verleumdung.

Was er ist: eine konsequente Fortsetzung des alten Gedankens, daß Arbeit mit der Hand zur Menschenbildung gehört; eine der heutigen technischen Welt angepaßte Verwirklichung des Arbeitsschulgedankens, wie er der Pädagogik seit langem vertraut ist; darüberhinaus freilich auch eine gesellschaftsbildende Einrichtung, die im Zusammenwirken von Elternhaus, Schule und Betrieb zur Arbeit und zur Achtung vor der Arbeit erziehen will, wobei unverkennbar ist, daß die technische Entwicklung ohnehin die Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit immer mehr aufheben wird.

In mehrtägigen Hospitationen war den in viele Gruppen aufgeteilten Besuchern Gelegenheit gegeben, in Schulen und Betrieben — in denen die Oberklassen verschiedene Arbeitsvorgänge mitwirkend studierten — den neuen Versuch des polytechnischen Unterrichts ebenso wie jede andere Lehrstunde zu beobachten und nachmittags in Aussprachen mit dem gesamten Lehrerkollegium darüber zu diskutieren. Die dabei gezeigte Bereitschaft, aufeinander einzugehen, wäre für unsere Politiker Vorbild — mehr noch: sie ist die Vorbedingung, daß wir nicht in die Katastrophe stürzen.

Vorbildlich war ebenso die freundschaftliche Partnerschaft, mit der zu Beginn der Hauptversammlung vom west- und ostdeutschen Standpunkt aus durch Dr. Fritz Helling, Schwelm, und Dr. Wolfgang Reischock, (Ost-)Berlin, über „Gegenwartsprobleme und Perspektiven der deutschen Schule in Ost und West" referiert wurde.

Es bleibt noch übrig, von zwei Erlebnissen zu reden, die allen Teilnehmern der großen Begegnung wohl unvergeßlich bleiben werden. Sie haben symbolhafte Bedeutung.

An einem Tag war Gelegenheit, Führungen in Weimar mitzumachen. Das Nationaltheater, Schillers Wohnhaus, Goethes Haus auf dem Frauenplan, das Garten-

haus, die Gruft im alten Friedhof — überall wehte der Hauch großer deutscher Kulturgeschichte, überall fühlte man sich, auch wenn man zum erstenmal hier war, zugehörig, wie in einer Heimat. Dies alles kann und darf nicht Fremde werden, Ausland, das ferner ist als Sizilien mit seinen Tempeln oder Ägypten mit seinen Pyramiden. Hier ist — in einem ganz realen, völlig unpathetischen Sinne — der Pulsschlag eines Volkes zu spüren, dessen Adern man nicht abschnüren kann, ohne das Ganze zu töten.

Der Nachmittag führte dann nach Buchenwald. Grausig beschworene und gebannte Vergangenheit, mahnende Erinnerung an unseren tiefsten Fall in Barbarei. Grausig auch, daß Buchenwald nun für immer die Nachtseite Weimars sein wird, von dem wir früher immer glaubten, es bedeute nur Helligkeit, Schönheit, Größe. Doch auch dies gilt es gemeinsam zu tragen, gemeinsam zu bewältigen, gemeinsam in eine völlige Überwindung des Inhumanen zu läutern. Viel zu rasch ist die Öffentlichkeit im Westen darüber zur Tagesordnung übergegangen.

Ein zweites, das die Bezeichnung Erlebnis verdient, weil es unmittelbar und mit der Stärke einer Vision die Tragik unserer Situation und die Sehnsucht nach einem Ausweg erlebbar machte, war die große Abschlußkundgebung auf der Wartburg. Es ist nicht nötig, auf Einzelheiten einzugehen: auf die musikalische Leistung eines Schülerchors und -orchesters, auf die Verlesung eines beschwörenden Aufrufs, auf die kurzen, voll Ergriffenheit vorgetragenen Ansprachen. Was mit all dem zusammen und darüberhinaus zur tief gefühlten Erschütterung wurde, war das Bewußtsein, an einem Herzpunkt unserer deutschen Geistesheimat zu stehen, wo staufische Klassik, wo Luthers Freiheitskampf, wo Goethes Gedankenschau, wo das neue Streben der Wartburger Studenten von 1817 als ein Geflecht von Quellen, Bächen, Strömen ins deutsche Land hinaus sich verbreitete — und nun ist auf einmal der Graben aufgerissen, und die Wurzeln, die uns mit dem Mutterboden verbanden, hängen hilflos ins Leere.

Die Stunde ist gekommen, da die Steine reden, wenn es die Menschen nicht tun! Aber dann werden wohl auch die Steine die einzigen sein, die noch Zeugnis geben können in einem toten Land!

Mehr als wir wissen — und als man uns wissen läßt! — haben wir noch gemeinsam. Über alles andere aber läßt sich reden. Freilich müssen wir hüben und drüben aufhören, in starren Formeln und Klischees zu reden. Aufbrechen müssen wir Formeln und Klischees, zu den einfachen wahren Worten müssen wir finden, bereit sein müssen wir, einander zu hören, Kritik nicht als Feindseligkeit aufzufassen, sondern als Hilfeleistung, um bessere Wege zu finden, zu der Ehrlichkeit müssen wir uns durchringen, anzuerkennen, was anerkennenswert ist!

Bereitschaft zu dem allem ist vorhanden. Die 600 Lehrer, die sich in Eisenach trafen und sich als redliche Partner guten Willens begegneten, haben ein Beispiel davon gegeben. Sie haben aufgerufen, alles zu tun, um die Wege zueinander zu öffnen. Staunend wird man feststellen, daß es Menschen sind, denen man dabei begegnet.

Die Zeit drängt, denn sie hat die Katastrophe in sich. Wer schweigt, macht sich schuldig. Jeder kann mithelfen, die Verantwortlichen — von der kleinsten Organisationsführung angefangen bis zur Spitze der Regierung — zu bewegen, zu zwingen, den tödlichen Bann des Schweigens zu brechen, den Mut zum erlösenden Wort zu finden. In bestürzender Aktualität gilt heute auf einmal wieder das alte Fichte-Wort: „Und handeln sollst du so, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge und die Verantwortung wär' dein!"

Ob.-Ing. Erich Ritter

Atomwaffen und Bundesluftschutz

Es soll gleich zu Beginn festgestellt werden, daß es Atom„kriege" nicht gibt. Kriege sind waffenmäßige Auseinandersetzungen zwischen gerüsteten Heeren, und diese Auseinandersetzungen haben sich nach internationalen, genau festgelegten Konventionen abzuspielen. Atommächte, die sich bekämpfen, kämpfen aber nur zum geringsten Teil gegen die Wehrmacht des Gegners, sie vernichten die Zivilbevölkerung, vor allem Frauen und Kinder, und verseuchen den Lebensraum ganzer Völker. Das ist kein „Krieg", das ist Mord, gemeiner Massenmord, und muß als solcher gebrandmarkt werden. Es ist daher auch falsch, von Atom-„waffen" zu sprechen, weil es sich hier um Massenvernichtungsmittel handelt. Wir wollen nun untersuchen, ob und welche Möglichkeiten uns bleiben, auf deutschem Boden diesem Völkermord zu entgehen.

Luftschutz setzt eine Luftbedrohung voraus, und ehe man Luftschutzmaßnahmen plant, ausarbeitet und prüft, ob sie zweckmäßig sind, sollte man sich erst klar darüber sein, wie die Waffen wirken und welches Maß an Zerstörung man von ihnen zu erwarten hat.

Es gibt zwei Arten von Atombomben: die Uranbomben und die nuclearen Bomben. Die Uranbomben, auch Hiroshimabomben genannt, tragen einen Sprengkopf aus Uran-235. Diese Bomben beruhen auf dem Prinzip der Kernspaltung. Damit ein Atom zusammenhält, sind unvorstellbar starke Kräfte nötig, die den Atomkern (der aus einigen hundert Teilchen bestehen kann) und die diesen umrasenden Teilchen zusammenhalten. Wird nun der Atomkern gespalten, so werden diese Kräfte urplötzlich frei, und das Austoben der Millionen von Milliarden von Kräften, die die gespaltenen Atome bisher zusammengehalten haben, ergibt das, was wir unter einer Atomexplosion verstehen. Hierbei entstehen Temperaturen von mehreren Millionen Grad C und Druckstöße von 100 000 atü (Atmosphären Überdruck). Gewiß sinken Temperatur und Druck bereits nach wenigen Kilometern auf einige tausend Grad C und wenige atü ab, doch ist das nur ein geringer Trost, wenn wir wissen, daß Eisen bereits bei 1528 Grad schmilzt und daß 0,7 atü — falls sie plötzlich auftreten — tödlich sind und daß selbst 0,2 atü noch innere Zerreißungen hervorrufen. Ein einziges Gramm Uran-235 (mengenmäßig etwa soviel wie ein Reiskorn) entwickelt eine Hitze, die 50 Zentnern Steinkohle entspricht. Die Hiroshimabombe enthielt ca. 50 kg Uran-235, und so ist es leicht verständlich, daß die Menschenopfer bei Anwendung vom Atomwaffen so ungeheuer hoch sind.

Die nuclearen Bomben (Wasserstoff- und Kobaltbomben) beruhen nicht auf dem Prinzip der Kernspaltung, sondern auf dem der Kernverschmelzung. Hier werden — unter unvorstellbar hohen Temperaturen — 2 Wasserstoffatome zu einem Heliumatom verschmolzen. Die Zerstörungswirkung der nuklearen Bomben ist etwa 1000mal so groß wie die der Spaltungsbomben.

Die Hiroshimabombe hatte eine Wirkung, die der Sprengkraft von 20 000 t (Tonnen) Trinitrotoluol (TNT) entsprach. Sie forderte 260 000 Tote und Verwundete. Ihre Wirkung war dieselbe, wie sie 10 000 Weltkriegsbomber gehabt hätten beim Abwurf ihrer gesamten Bombenlast in der gleichen Sekunde auf die gleiche Stelle.

Mittlerweile sind in Ost und West Wasserstoff- und Kobaltbomben entwickelt worden, gegen welche die Wirkung der Hiroshimabombe nur recht klein erscheint. Eine der großen Standardtypen, die Groß-Super-Hydrogen-Bombe, kurz H-55-Bombe genannt, hat eine Sprengwirkung, die 45 Millionen t TNT entspricht,

ist demnach 2300mal stärker als die Hiroshimabombe. Es ist nützlich zu wissen, daß im II. Weltkrieg, von 1939 bis 1945, über allen deutschen Städten insgesamt 1,3 Millionen t TNT abgeworfen wurden. Eine einzige H-55-Bombe ist somit ca. 35mal so stark wie die gesamten Bombenabwürfe über allen deutschen Städten im II. Weltkrieg! Laut Veröffentlichungen aus den USA hat der Krater dieser Bombe einen Durchmesser von etwa 5 km, bei ca. 200 Kratertiefe, und die radioaktive Verseuchung geht über etwa 800 km.

Der Todeskreis der Hiroshimabombe betrug 4,5 qkm. (Todeskreis ist die Kreisfläche, innerhalb welcher das Überleben von Personen ausgeschlossen erscheint.) Der Verwundetenkreis ist natürlich größer und betrug 15 qkm. Die H-55-Bombe dagegen hat einen Todeskreis von ca. 810 qkm und einen Verwundetenkreis von 3200 qkm. New York, mit seinen 800 qkm Gesamtfläche, liegt somit völlig im Todeskreis einer einzigen H-55. Dasselbe gilt für Moskau mit 600 qkm, Paris mit 480 qkm und Groß-Berlin mit 800 qkm Gesamtfläche. Groß-London mit 1870 qkm Fläche liegt völlig im Verwundetenkreis einer H-55; zwei H-55 decken es mit Todeskreisen!

Schließlich ist noch erwähnenswert, daß beide Machtblöcke über Kurz-, Mittel- und Langstreckenraketen verfügen. Die Langstreckenraketen gehen über Entfernungen von 10 000 km und darüber. Während die Russen schon seit geraumer Zeit über die „Interkontinentale" Rakete verfügen, also über Raketen, die in größten Höhen 10 000 km mit 20—25facher Schallgeschwindigkeit zurücklegen können, ist den USA erst kürzlich ein Versuch geglückt, eine ihrer „Atlas"-Raketen im Interkontinentalflug zu starten. Diese Rakete ist aber noch nicht so weit, daß sie in Serie gebaut werden könnte. Die USA verfügen somit heute noch nicht über interkontinentale Raketen! Die einsatzfähigen US-Langstreckenraketen fliegen mit 1—3facher Schallgeschwindigkeit. Der US-General Thomas R. Phillips führte in einer wehrwissenschaftlichen Arbeit aus, daß ab Sommer 1959 die UdSSR ca. 100 einsatzfähige interkontinentale Raketen haben würden, während die USA dann noch über keine verfügen werden. Für 1960 schätzt er die USA auf etwa 30 und die UdSSR auf 500 interkontinentale Raketen. 1961 wächst das Verhältnis nach Phillips etwa auf 70 : 1000 und 1962 auf 200 interkontinentale Raketen der USA gegenüber 4000 der UdSSR. Es ist somit eine reine Beruhigungspille, wenn man uns in letzter Zeit einzureden versucht, die USA hätten die Sowjets eingeholt bzw. sogar überflügelt! Diese Dinge sollte jeder wissen, denn nichts ist gefährlicher, als in Unterschätzung des Gegners auf die eigene Stärke zu pochen! Wir sollten von Hitler lernen, denn da haben wir in dieser Hinsicht doch wirklich Lehrgeld genug bezahlt!

In diesem Zusammenhang muß auch hervorgehoben werden, daß die US-Raketen eine relativ recht große Streuung haben, während die russischen Raketen beträchtlich genauer ins Ziel kommen. Über diese Tatsache könnte man ganz wesentlich leichter hinwegsehen, wenn die Verwundbarkeit der beiden Machtblöcke im umgekehrten Verhältnis stünde. Ein Treffer bei uns richtet — ganz allgemein gesagt — wesentlich größere Verheerungen an als ein Treffer in den endlosen sibirischen Weiten! Den Sowjets kann es nur recht sein, wenn sich die USA ebenso stark dünken, und uns könnte es gleichgültig sein, wenn unsere Regierung unser Schicksal nicht auf Gedeih und Verderb mit dem der USA gekoppelt hätte. Der Herr Bundeskanzler geht einen sehr gefährlichen Weg, da er seine ganze politische Konzeption auf der Voraussetzung aufgebaut hat, daß die USA den UdSSR in den ferngelenkten Waffen haushoch überlegen seien. Heute steht absolut sicher fest, daß diese seine Grundvoraussetzung nicht zutrifft.

Diese Tatsache sollte in der westlichen Welt soviel Beachtung finden, daß man mit dem sinnlosen Wettrüsten aufhört und Wege sucht, die erlauben, die Lage zu entspannen. Das geht aber nie auf dem Weg der „Stärke", sondern nur auf dem Weg des gegenseitigen Vertrauens und des Verhandelns, mit dem Ziel des Verzichtes auf Atomwaffen und Atombasen in beiden Teilen Deutschlands und einer Loslösung aus den beiden Machtblöcken.

Aber noch etwas sollte uns zum Nachdenken anregen: Die Russen sind bestimmt nicht schüchtern oder haben etwa Hemmungen, wenn sie ihre eigenen Standpunkte zur Geltung bringen wollen. Es trifft zu, daß die USA um Sowjetrußland einen Ring von etwa 260 Stützpunkten gelegt haben. Ebenso sicher ist, daß ein solcher Ring unter normalen Verhältnissen einer tödlichen Umklammerung gleichkommt. Wenn nun die Russen — schon seit einigen Jahren — mit keinem Wort gegen diese Umklammerung protestieren, so kann das doch nur so zu erklären sein, daß sie in der Lage sind, diesen Ring von einem Augenblick zum anderen schachmatt zu setzen! Eine andere Erklärung gibt es doch wohl nicht. Diese 260 Stützpunkte bedeuten für die USA etwa dasselbe wie die Maginot-Linie 1940 für die Franzosen!

Wernher v. B r a u n hat klar ausgesprochen, daß die UdSSR den USA gegenüber einen Vorsprung von mindestens 5 Jahren hätten. Hierbei mag er wohl weniger die höhere Treffgenauigkeit der russischen Raketen im Auge gehabt haben als vielmehr die Tatsache, daß die Russen auch über einen Raketenbrennstoff verfügen, der den USA bislang noch unbekannt ist. Es wäre nämlich sonst nicht möglich, Weltraumraketen in den Äther zu schicken, die in der Lage sind, derart hohe Gewichte mitzuführen wie die Sputniks III und IV. Bestimmend für den Start einer Weltraumrakete ist ihre Anfangsgeschwindigkeit; je höher das Gewicht ist, desto hochwertiger muß der Betriebsstoff sein! Das ist der Grund, weshalb die USA ihre Satelliten mit nur recht geringem Gewicht hochschießen können.

Bisher haben wir nur eine Seite der Atomwaffen kennen gelernt: nämlich ihre Sprengwirkung. Über die weit gefährlichere Seite, die Verseuchung, ist noch nicht gesprochen worden. Hier sei bemerkt, daß es die sog. „saubere" Atombombe nicht gibt. Wahr ist, daß bei der Kernverschmelzung keine radioaktiven Partikel in den Luftraum gestoßen werden, aber um die nucleare Bombe zur Explosion bringen zu können, muß eine „schmutzige" Kernspaltungsbombe (sozusagen als Zündhütchen) die notwendige Temperatur liefern, in der dann die Kernverschmelzungsbombe explodiert. Außerdem sind diese Bomben, zwecks höherer Wirkung, mit einem Mantel aus Uran-235, Kobalt oder Plutonium usw. umkleidet, der ebenfalls Unmengen von Radioaktivität auslöst. Auf diesen Mantel könnte man zwar verzichten, aber dann würde die Bombe viel von ihrer Wirkungskraft einbüßen, und es kann wohl kaum angenommen werden, daß die Kriegführenden aus purer Menschlichkeit wirkungsschwache Bomben verfeuern werden. Mit der Versicherung gewisser Regierungen die Radioaktivität der Bomben sei gar nicht so schlimm, kann es nicht allzuweit her sein, denn sonst wäre es unverständlich, daß diese selben Regierungen die hohen Entwicklungskosten für eine „saubere" Bombe aufwenden, die es gar nicht geben kann. Es gibt nur schmutzige und ganz schmutzige Bomben!

Wir müssen uns darüber klar sein, daß es in einem Atomkrieg durchaus nicht nur Tote geben wird. Es ist somit nicht so, daß es genügt, die Explosion, d. h. die Hitze- und Druckwelle zu überleben. Weit beklagenswerter als die Toten sind die Atomkranken, denn hier ist eine Hilfe meist aussichtslos und wohl völlig aussichtslos in einem Atomkrieg, wo jedes normale Leben und jede Kommunikation aufgehört hat und im günstigsten Fall hie und da noch improvisiert werden

kann. Die Atomverbrennungen, die einen relativ raschen Tod zur Folge haben, und vor allem der langsame Atomtod durch Verseuchung, sind wohl der qualvollste Tod, den ein Mensch sterben kann. Die Ärztin Dr. Barbara v. Renthe zitierte auf einer Tagung ihren japanischen Kollegen Dr. Hachiya, der in sein Hiroshima-Tagebuch am 7. August 1945 eintrug: „Der Anblick der Soldaten war noch grauenhafter als der der schwimmenden Toten. Ich traf viele, die von den Hüften aufwärts verbrannt waren. Die Haut hatte sich abgeschält, ihr Fleisch war naß und schwammig und — sie hatten keine Gesichter! Ihre Augen, Nasen und Münder waren weggebrannt, die Ohren schienen förmlich abgeschmolzen zu sein usw. ..."

Selbst heute sterben immer noch Opfer der Hiroshima-Katastrophe. Am verheerendsten wirkt sich die radioaktive Verseuchung aber an der noch ungeborenen Generation aus. Die Strahlung verändert die Gene, die Erbmasse, und das führt zu Mißgeburten, wie sie nicht nur in Japan, sondern als Folge der Atomwaffenversuche auch hier in Europa und bei uns in der Bundesrepublik schon aufgetreten sind. Die Feststellungen des Bayreuther Kinderarztes Dr. Beck werden dadurch voll bestätigt. Der Hebammenkongreß 1956 in Hiroshima hat festgestellt, daß von über 30 000 untersuchten Kindern jedes siebente Kind anomal gewesen sei. In den USA leben — wie Nobelpreisträger Prof. Muller 1957 berichtete — bereits mehr als 80 000 mißgestaltete Kinder als Folge der Atomwaffenversuche. Wie sehr die Radioaktivität die noch Ungeborenen schädigen kann, zeigt ein Bericht der japanischen Epikerin Michi-Otò, der das bestätigt, was zahlreiche andere Berichte auch aussagen. Michi-Otò besuchte ein Krankenhaus mit 461 atomverseuchten Kindern und beschreibt hier ein Kind, dessen Eltern die Hiroshima-Katastrophe ohne jede Verletzung oder Verbrennung überstanden haben und das nach der Katastrophe geboren wurde: „Zwei metallne Röhren stoßen aus dem nasenlosen Gesicht — Nasenersatz — der Mund, ein lippenloses Loch, hat keine Zähne. Eine Augenhöhle ist leer. Die Finger der linken Hand gleichen den Krallen eines Raubvogels. Ein Gummischlauch ersetzt den Harnaustritt, ein Beutel aus Gummi nimmt die Exkremente auf, da dem Kind der Schließmuskel fehlt. Der Körper, oben eingefallen, ist unten unförmlich verdickt, ist wie eine ungeheure Schlammasse, und die Haut zeigt das Grau des Regenhimmels. Die Schreie, die dieser Junge ausstößt, klingen wie die Schreie der schwarzen Todesvögel ... usw."

Das sind die zwangsläufigen Folgen der Radioaktivität auf die Gene. Diese Vererbungsschäden, die nach dem Atomkrieg nicht vereinzelt, sondern allgemein auftreten werden, sind wohl das Furchtbarste, was die Menschheit treffen könnte! Sie sind aber die unweigerliche Folge eines Atomkrieges!

Nachdem nun in kurzen Zügen das Wesentliche über die Atomwaffen und ihre Auswirkung gesagt wurde, soll untersucht werden, ob es gangbare Möglichkeiten gibt, diese Gefahren einigermaßen zu neutralisieren, denn ein Atomluftschutz kann ja nur die Aufgabe haben, wenigstens das Schlimmste abzuwenden oder doch wenigstens zu mildern.

Selbstverständlich wird ohne weiteres zugegeben, daß Menschen, die sich in einem gut gebauten Luftschutzbunker befinden, den Explosionsschock, d. h. die Hitze- und Druckwelle u. U. überleben können, während ein ungeschützter Mensch keinerlei Aussicht hätte, zu überleben. Diese Feststellung ist aber nur von theoretischem Interesse. Ganz davon abgesehen, daß es schwer fallen dürfte, Luftschutzbunker zu bauen, die bei einer Kratertiefe von 200 m noch sicher sind, ist es völlig undiskutabel, auch nur soviel Behelfsbunker zu bauen, daß einige wenige Prozent der Gesamtbevölkerng darin Platz finden würden. Die Landbevölkerung müßte ohnehin abgeschrieben werden, da hier selbst notdürftige

Atombunker aus den verschiedensten Gründen nicht gebaut werden können. Die Bevölkerung muß man abschreiben, und was geschieht mit dem Vieh, das Voraussetzung für die Ernährung der städtischen Bunkerinsassen ist? Ist man sich darüber klar, daß es auf Jahre hinaus keine Ernte mehr geben wird, nicht nur, weil keine Landbevölkerung mehr da sein wird, um sie einzubringen, sondern vor allem wegen der Verseuchung des Bodens, aller Vorräte und der Feldfrüchte? In den Städten ist es genau so aussichtslos! Wo sind denn die Arbeitskräfte, die Baumaterialien, das Geld und vor allem die Zeit, um solche Bauten aufzuführen? Um auch nur primitive Atombunker für die Stadtbevölkerung unseres Bundesgebiets zu bauen, würde man beim Einsatz aller vorhandenen Arbeitskräfte mindestens 50 Jahre brauchen. Gerade diese Tatsache zeigt deutlich, wie unsinnig das ganze Luftschutzprojekt im Falle eines Atomkrieges ist. In 50 Jahren wird man keine Atomkriege mehr führen und daher auch keine Atombunker mehr benötigen, denn dann sind mit Sicherheit die verknöcherten Haßpolitiker ausgestorben; dann wird man längst erkannt haben, daß man mit dem Krieg politische oder wirtschaftliche oder gar ideologische Differenzen nicht aus der Welt schaffen kann. Wenn ein dritter Weltkrieg aber ausbricht, so wird er bestimmt keine 50 Jahre mehr auf sich warten lassen. Was nützen uns dann die schönsten Atombunker auf dem Reißbrett, wenn die Atombomben schon in den nächsten Jahren fallen werden?

Immerhin wurden bereits im vergangenen Jahr für einen Regierungsbunker in Bonn 4,4 Millionen DM ausgeworfen, wobei die technische Ausrüstung auf weitere 18 Millionen DM veranschlagt wurde. Es besteht somit eine gewisse Chance, daß uns u. U. unsere kostbare Regierung erhalten bleibt. Viele solcher Bunker wird man allerdings nicht bauen können, denn auf mehrfaches Befragen im Bundestag konnte festgestellt werden, daß je Kopf der Bevölkerung für Luftschutzbauten ganze 3,60 DM zur Verfügung stehen.

Aber nehmen wir einmal an, es seien gute Atombunker vorhanden, die einem nennenswerten Teil der Bevölkerung im Ernstfall Schutz gewähren könnten. Wer darf da hinein, und wer wird von vornherein zum Tod verurteilt? Sehen wir aber auch davon ab; wie will die Bevölkerung in diese Bunker gelangen, wenn sie mit einer Warnzeit von maximal 30 Sekunden rechnen kann und in den allermeisten Fällen die Raketen schon vor der Warnung da sein werden? Werden ferner im Gedränge, das beim Aufsuchen dieser Bunker einsetzt, diese Bunker nicht geradezu ideale Todesfallen sein?

Prof. Dr. Jordan, der Atomexperte der Regierungspartei, der Mann, der u. a. gesagt hat: „Die Menschen haben die Schrecken der Armbrust überwunden, sie werden auch die Schrecken der Atombombe überleben", dieser selbe Prof. Jordan hat erklärt: „Die Warnungen Albert Schweitzers und der 18 Göttinger Professoren sind aus sachlicher Unkenntnis und aus politischer Naivität heraus erfolgt". Prof. Jordan unterstützte bereits in der Hitlerzeit die Aufrüstung und schrieb in seinem Buch „Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens" u. a.: „Nicht jedes Volk hat das Glück, einen Führer von der Aktivität eines Vulkans zu haben". An den Folgen dieses vulkanischen Temperamentes leiden wir noch heute! Prof. Jordan hat anscheinend aus dem Jahre 1945 keine Folgerungen gezogen; er unterstützt mit Entschlossenheit die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und gibt dem Bundesluftschutz wissenschaftliche Hilfestellung. Allerdings erklärt er einschränkend, daß nach einem Atomangriff die Luft so verpestet sein würde, daß die Insassen der Bunker wohl 5 Jahre unter der Erde bleiben müßten, bis sich „dieser Atomgestank einigermaßen verzogen hat". Wie stellt sich Prof. Jordan das vor? Hat er sich auch nur die Mühe gemacht, einmal den Wasserverbrauch für diese 5 Jahre zu überschlagen? Wie will

er die Atomkranken isolieren, da schon die Berührung der Kranken, ihre Bettwäsche, ihre Ausscheidungen usw. genügen, um Gesunde anzustecken? Vor allem aber, wie will er während der 5 Jahre die Insassen beschäftigen, denn es müßte ihm doch klar sein, daß diese Menschen beschäftigt werden müssen, wenn sie nicht dem Wahnsinn verfallen sollen ... So könnte man noch Dutzende von Fragen stellen.

Noch weltfremder ist der Plan des US-Prof. D u l t , der 300 m unter dem Meer Luftschutzstädte anlegen will, die er mit Betonglocken abzudecken gedenkt. Es kann wohl darauf verzichtet werden, derartige Pläne, die einen Psychiater beschäftigen sollten, näher zu beleuchten. Es wäre allerdings ernsthaft die Frage zu stellen, ob Politiker, die das Schicksal von Millionen Menschen in der Hand halten und die einen Atomkrieg in Erwägung ziehen, nicht fortlaufend auf ihren Geisteszustand untersucht werden sollten, damit man sie ausschalten kann, ehe sie gemeingefährlich werden!

Regierungen, die atomar aufrüsten wollen, erklären, es seien für den Ernstfall große Depots von Medikamenten bereitgestellt, so daß auch die Atomverletzten betreut werden können. Auch das ist nur eine Beruhigungspille, bzw. eine bewußte Irreführung, denn es ist kaum anzunehmen, daß die diesbezüglichen Experten nicht wissen sollten, daß überall, wo Atombomben fallen, die Luft stark ionisiert wird. Das hat zur Folge, daß die Substanzen der Medikamente sich umsetzen, sich chemisch verändern, also ganz neue Substanzen bilden. Was nützen da alle Medikamentedepots, wenn sich die Arzneien zersetzt haben und nun praktisch wie Gift wirken? Zum Zeitpunkt, wo diese Depots gebraucht werden, sind sie nicht nur wertlos, sondern geradezu schädlich!

Genau so sinnlos sind die Evakuierungspläne, die noch vor einem halben Jahr in der Bundesrepublik diskutiert wurden. Kein Mensch wird es als eine tragbare Lösung ansehen, daß mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik im Falle eines Atomkrieges auf die Landstraße gejagt, bzw. nach dem Westen evakuiert wird, wobei rund 50 000 Verkehrspolizisten (!!!) vorgesehen sind, um den Flüchtlingsstrom zu steuern. Die Menschen, die das ausgeknobelt haben, haben 1945 sicherlich nicht die Flüchtlingsströme im Osten gesehen, mit dem unsagbaren Elend und den zahllosen Entkräfteten und Sterbenden, die — ohne Atomeinwirkung — am Wegrand blieben. Sie wissen nicht, bzw. wollen nicht wissen, daß die vorgehenden Panzer die Straßen von Flüchtlingen reinfegen und daß dieser Elendsmarsch nur ein Todesmarsch sein kann. Abgesehen davon, glauben diese Herrschaften wirklich, daß unsere westlichen Nachbarn diesen Massenstrom mit offenen Armen aufnehmen werden?

Wie ratlos die Führung dieser ganzen Situation gegenübersteht, geht u. a. aus einer Anweisung für norddeutsche Schulen hervor. Es existiert ein grünes Heftchen, das im Buchhandel nicht erhältlich ist, aber auf dem Dienstwege an Schulen gegeben wurde. Es handelt sich um die sog. „Louisiana-Vorschrift". Hier liest man voller Staunen auf Seite 12, daß bei einem Angriff ohne Vorwarnung die Schulkinder auf Kommando des Lehrers aus den Bänken gleiten und auf die Knie gehen sollen, um sich rutschend unter die Pultdeckel zu begeben. In dieser „Duck-Dich ... Deck-Dich-Stellung" sollen die Kinder verharren, bis die Entwarnung kommt. Noch zynischer geht's wohl nicht mehr!

Ihr eigenes Leben schätzen die Regierenden, bzw. die Wissenden allerdings weit höher ein! Der Haley-Sonderdienst meldet soeben: „Unter Moskau soll eilends ein 800 Meter tiefer Eisenbetonschutzstollen eingerichtet werden, während nahe Washington Atomschutzwaben bis zu 1100 Meter tief in die Erde getrieben werden". Nichts zeigt wohl deutlicher als gerade diese Notiz, wie sinnlos jedes Luftschutzgefasel ist. Wer will ernstlich noch über Atomschutz im Luft-

schutz sprechen, wenn die Wissenden sich erst ab 1000 Meter unter der Erde sicher fühlen? Was soll da das ganze Gerede von „Behelfsmaßnahmen", von „Schutzkleidungen" usw.! Glauben diese Menschen allen Ernstes, daß sie ein weißer Überwurf — nach Prof. Jordan — vor den radioaktiven Strahlen retten könnte? Bilden sich die Luftschutzhelfer etwa ein, daß ihnen, da sie ja nicht im Bunker sitzen werden, sondern im Kampfgebiet Verwundete betreuen sollen, die Hitze- und Druckwellen nichts anhaben können?

Was am Luftschutz am schärfsten verurteilt werden muß, ist dies, daß man die opferwillige Einsatzbereitschaft zahlloser Frauen und Männer, die im Luftschutzbund zusammengeschlossen sind, mißbraucht und sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen vor Aufgaben stellt, denen kein Mensch gewachsen sein kann!

Am eigentlichen Problem geht aber der Bundesluftschutz bewußt vorbei! Die Tatsache, daß selbst Luftschutzoptimisten mit dem Überleben von nur 50 % der Bunkerinsassen rechnen und dies als einen Erfolg hinstellen, ändert doch nichts daran, daß der erbmäßige Niedergang des ganzen Menschengeschlechtes, der durch die radioaktiven Isotope zwangsläufig hervorgerufen wird, durch nichts vermieden werden kann.

Der Bundesluftschutz ist eine segensreiche Einrichtung, soweit er sich mit der Ausbildung in erster Hilfe, technischer Nothilfe usw. befaßt, denn Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Hitze- und Kältewellen usf.), wie sie in letzter Zeit aufgetreten sind, bieten ein weites Feld für die Anwendung dieser Kenntnisse und den Einsatz des ausgebildeten Personals. Doch sollte der Bundesluftschutz seinen irreführenden Namen ändern und sich Katastrophenschutz nennen, denn ein Luftschutz kann er, wie aus allem Vorhergesagten erhellt, nie sein!

Das britische Weißbuch 1957 über Umrüstung erklärt wörtlich: „Es muß offen zugegeben werden, daß es einen wirklichen Schutz für die Bevölkerung Großbritanniens gegen einen Angriff mit atomaren Waffen nicht gibt ..." Das ist kurz, bündig und ehrlich und gilt auch für uns in der Bundesrepublik!

Die Ärzte und Biologen beurteilen den Atomluftschutz wie folgt: „Solange keine genauen Kenntnisse über verträgliche Dosen und wirkliche Schutzmöglichkeiten vorliegen, ist Luftschutzvorbereitung frevelhafte Spielerei und ein Vortäuschen einer nicht gegebenen Sicherheit."

Eine Schutzmaßnahme darf doch unter keinen Umständen den Erfolg haben, daß das, was geschützt werden soll, mit Sicherheit vernichtet wird! Daher ist die Behauptung, wir bräuchten die Atomaufrüstung zu unserer Sicherheit, ein verantwortungsloses Gerede. Wahr ist, daß die Atomaufrüstung unsere Sicherheit im höchsten Maße gefährdet und uns im Falle eines Krieges innerhalb weniger Stunden mit Sicherheit auslöschen wird.

Es gibt tatsächlich nur einen einzigen, wirksamen Atomluftschutz, und das ist der, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß nie Atombomben fallen! Alles andere ist bewußte Irreführung oder günstigstenfalls — Illusion!

Dr. Ernst Schwarz

Die Theologen und die Atombombe

Die politische Situation in der Bundesrepublik, ihre Wiederaufrüstung und zuletzt die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen appellieren nicht nur an die politische Ratio, sondern darüber hinaus auch an das Gewissen. Diese Probleme bringen die Staatsräson nicht in Verlegenheit, weil deren Kategorien auch für den Extremfall primitiv genug sind, aber das Gewissen ist gegen die Staatsräson aufgestanden, und es liegt nahe, daß es Unterstützung bei den Kirchen sucht. Die Kirchen scheuen jedoch, gerade weil sie eine so außerordentliche Macht besitzen, die Unruhe eines durch diese Fragen aufgestörten Gewissens. Sie müßten, wenn Interessen des Staates von solchem Gewicht in Frage stehen, weit mehr von dem übermenschlich-unbeugsamen Geist ihres Stifters haben, um Widerstand in seinem Sinne zu leisten. Wohl kennzeichnet die Offenbarung Johannis den Staat als das schreckliche Tier, aber da ist glücklicherweise auch das Wort: Man gebe dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gott ist; mit seiner Hilfe können die Theologen sich ganz auf ihre Theologie zurückziehen und den Staatsbürger seine Gewissensnöte in bezug auf Krieg und Atomrüstung — sofern er sie überhaupt hat — selbst ausfechten lassen.

Jenes Wort (oder das des Paulus: Wer sich der Staatsgewalt widersetzt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes) mag den Christen der ersten Jahrhunderte für ihr Verhalten in einer heidnischen Umwelt Richtschnur gewesen sein, aber es erschöpft die christliche Ethik in bezug auf die Stellung des einzelnen zum Staat in keiner Weise. Oder möchte das Christentum sich hier von einer schlichten Humanethik in den Schatten stellen lassen? Für diese jedenfalls kann es eine doppelte Moral nicht geben, wie sie vorläge, wenn man einen Unterschied zwischen dem Verhalten als Staatsbürger und dem Verhalten als religiöser Mensch zulassen würde. Wenn eine religiös fundierte Moral nicht den ganzen Menschen erfaßt und formt, also auch dessen politische Haltung, dann mag sie eine Moral für Klosterinsassen sein, denen Konflikte in ihrem Verhältnis zur „Obrigkeit" erspart bleiben, nicht aber für den Menschen in der Welt. Sie bliebe dann eine esoterische Angelegenheit ohne Wirkung auf die Gestaltung der menschlichen Verhältnisse, und gerade diese ist doch zweifellos auch ein wesentlicher Gegenstand religiöser Praxis (man denke nur an die civitas dei Augustins).

Die verschiedenen Auffassungen der Theologen über Krieg und Atomrüstung sind vor allem darauf zurückzuführen, daß es verschiedene Typen von Theologen gibt: Dogmatiker, Pragmatiker und Spirituelle, oder allgemeiner ausgedrückt: halbherzige und ganze Christen.

Die Dogmatiker sind meist formalistisch denkende Naturen, die das Christentum nicht unmittelbar und in seiner eigentlichen Substanz sehen, sondern mittelbar durch das „Wort". Sie klauben ihr Christentum aus den oft dunkeln Texten der Evangelien zusammen, befehden sich gegenseitig, da es meist mehrere Möglichkeiten der Exegese gibt, und sind dann intolerant in der Verteidigung ihrer einmal gewählten mehr oder weniger einseitigen Positionen.

Die Pragmatiker vermögen es, gleichzeitig mit einem Auge den Thron und mit dem anderen den Altar zu sehen. Zu ihnen gehören die Hofprediger, teilweise auch die Feldprediger. Auch die Deutschen Christen gehören hierher. Die Pragmatiker dienen ihrer Obrigkeit vielfach mit bestem Gewissen, nachdem sie es vorher gespalten haben. Sie sagen, nicht ganz zu Unrecht, daß wir in keiner Traumwelt leben, sondern in einer Welt des Kampfes und der Kompromisse, daß es heilige Güter zu wahren gilt und das nackte Leben der Güter höchstes nicht

sei. So schön das klingt, so wenig hat es indessen mit dem Christentum zu tun, denn überall in der Welt, auch in der nichtchristlichen, sollen irgendwelche Idole verteidigt werden und wird das Leben dafür willig in die Schanze geschlagen.

Die Spirituellen, die wahren Christen — man könnte sie auch Jansenisten in einem allgemeinen Sinne nennen — kleben nicht am Buchstaben, sondern suchen Antworten auf diese Fragen aus dem Geist ihrer Lehre. Auch für sie ist das Leben der Güter höchstes nicht, sondern die gute Tat. Sie nehmen die menschlichen Verhältnisse nicht nur realistisch, wie sie sind, sondern sie wollen sie verändern. Und wenn das Leben Kampf ist, dann ist es für sie auch Kampf in einem höheren Sinne, nämlich Kampf für eine bessere Welt. Für diesen Kampf aber gibt es nur eine Rüstung: die Furchtlosigkeit. Dann aber erfordert dieser Kampf ein Opfer: das Opfer der Sicherheit, ja, wenn es sein müßte, vielleicht sogar das Opfer, den eigenen Glauben in Freiheit bekennen zu dürfen; so wenigstens haben die Christen der ersten Jahrhunderte gelebt, und sie sind gerade deswegen zu Vorbildern für alle Späteren geworden.

Aber fast zweitausend Jahre Christentum haben die Welt kaum verändern können, einfach deswegen nicht, weil es nur in den wenigsten Fällen ein wirklich fragloses Christentum gewesen ist. Die Dogmatiker und die Pragmatiker jedenfalls sind nicht diejenigen, welche die Welt im christlichen Geiste umzugestalten fähig wären. Die Dogmatiker haben die Welt zuweilen geradezu in ein Irrenhaus verwandelt, und die Pragmatiker haben dann wenigstens wieder beruhigend gewirkt, wobei sie allerdings den Gehalt der christlichen Lehre vielfach bis zur Unkenntlichkeit verdünnten.

Mit den Atomwaffen ist die Menschheit nun in eine entscheidende Krise eingetreten, und wir müssen fragen, welchen Beitrag zu ihrer Überwindung die christlichen Theologen bisher geleistet haben und leisten könnten.

Martin Niemöller und mit ihm viele Männer der Bekennenden Kirche, insbesondere auch Karl Barth, haben sich der Aufrüstung in der Bundesrepublik und erst recht der Atombewaffnung der Bundeswehr mit bemerkenswertem Mut entgegengestellt. Man versucht Niemöller mit dem Hinweis auf seine Haltung als U-Bootkommandant unglaubwürdig zu machen, aber dann müßte man auch Paulus ablehnen, weil er vorher Saulus war. Vielleicht erklärt gerade dieses Stück seiner Lebensgeschichte, warum Niemöller sich mit solcher Schärfe gegen die Aufrüstung wendet, vielleicht geißelt er sich damit auch selbst. Dabei greift er allerdings oft eine Oktave zu hoch, so etwa, wenn er die Ausbildung an den Atomwaffen eine Ausbildung zum Verbrechen nennt. Er wurde damit, so wie auch mit anderen überspitzten Formulierungen, etwas zum Eiferer, ähnlich wie Prof. Vogel, der die Atomrüstung als Sünde bezeichnet hat. Ein Anathema dieser Art ist hier jedoch nicht am Platze. Die Atomrüstung und die Ausbildung an Atomwaffen sind weder Verbrechen noch Sünde, sondern an sich logische und natürliche Entwicklungen, die allerdings der Christ niemals hinnehmen kann, ohne mit dem ganzen Gewicht seiner gewaltlosen Moral entgegenzuwirken. Um die Notwendigkeit dazu zu sehen, darf man jedoch keinen bequemen Betstuhl benützen, wenn man sich von Gewissensnöten entlasten möchte, sondern man muß sich schon an das Kreuz tiefster Gewissensunruhe schlagen lassen. Das ist leider die Sache einer Minderheit, und die großen Staatsmänner sind jedenfalls nicht darunter; sie haben auf ihre Parteien und auf das Wohlergehen der ihnen anvertrauten Völker mit den bewährten Mitteln zu achten, doch haben diese bewährten Mittel es an sich, daß das Wohlergehen im Kriegschaos plötzlich zum Teufel gehen kann.

Ihnen zugesellt finden wir die zahlreichen Pragmatiker, die darum auch vielfach (im protestantischen Bereich) Bischöfe oder hochgeschätzte Prediger sind.

Man braucht ihre ehrliche christliche Gesinnung nicht in Zweifel zu ziehen, aber sie sind offenbar zu schwach, um in die Fußstapfen ihres Meisters zu treten. Sie glauben an die Erlösung, aber indem sie sich darauf verlassen, sehen sie zu wenig die Aufgabe des Christen, an dem ewigen Erlösungswerk mitzuarbeiten. Sie halten eine mit Klugheit gezogene mittlere Linie zwischen den radikalen Forderungen wahren Christentums und den Forderungen der materiellen Existenz. Sie glauben als Meister des metaphysischen Kompromisses, daß es Gottes Wille sei, sich in der von ihm geschaffenen Welt mit den gebotenen Mitteln zu behaupten und, nicht zuletzt, die christliche Lebensordnung gegen die Mächte der Finsternis zu verteidigen. Heute scheint zu diesen Mitteln auch die Atomrüstung zu gehören — nun gut, mit dem Kampfruf: Christus sei's Panier! bedient man sich, wenn schon denn schon, auch der Atomwaffe. Besser ein kurzer Atomkrieg als der Untergang der christlichen Kultur. Diese Überlegungen scheinen unausweichlich zu sein.

Das Tüpfelchen auf dem i fehlt aber darin noch. Es gesetzt zu haben, ist das Verdienst des Jesuitenpaters G u n d l a c h , der zu der Tagung der Katholischen Akademie in Würzburg im März 1959 aus Rom herbeigeeilt war, um den Lauen warm zu machen. Er vertrat einen ebenso grotesken wie zynischen Heroismus: man müsse einem völligen Ruin der Welt ins Auge sehen, weil es gelte, für die höchsten menschlichen und christlichen Werte mit dem Leben aller einzustehen. „Die von Gott in der Schöpfung angelegte Rechts- und Friedensordnung" dürfe nicht dem Zugriff eines gewaltsamen Bedrohers schutzlos ausgeliefert werden. Jedoch hätten nicht einzelne Menschen eine „Legitimation zur Auslösung eines Weltuntergangs", sondern nur das ganze Volk und seine Repräsentanz. (So die Formulierung der Gedanken Gundlachs durch Dr. K. F o r s t e r , Direktor d. Kath. Akademie.) Nun aber kommt das spezifisch Jesuitische: Gott würde uns — angesichts einer so ungeheuerlichen Verantwortung — von dieser entbinden, weil wir sie zuletzt nur in seinem Dienste, zur Verteidigung seiner Schöpfungsordnung übernehmen*) Das ist theologische Rabulistik in der höchsten Vollendung. Und was für ein seltsames Geschichtsbild ergibt sich damit! Gott läßt in einem grauenhaften Schlußakt den Menschen, sein Ebenbild, sich selbst zerstören, weil dieser die göttliche Ordnung gegen den Unglauben und die Sklaverei verteidigen muß. In einer Situation, welche die höchste Verantwortung fordert, wird sie auf den Schöpfer abgewälzt und damit das Gewissen abgestumpft. Die Situation wird damit völlig verfälscht, nur um einen ungeheuerlichen Entschluß zu sanktionieren, und die Grenzen zwischen Göttlichem und Menschlichem werden verschoben.

Zu der philosophischen Verschrobenheit dieser Konstruktion kommt aber noch ihre praktische Absurdität, denn die Situation ist derart, daß für freie Verantwortung im Sinne Gundlachs überhaupt kein Raum bleibt. Ethisch motiviertes Tun kann hier nur ein Unterlassen sein. Denn jeder hat den Finger am Abzug, und jeder hat Angst, der andere könnte zuerst abdrücken. Und wenn der Schuß wirklich losginge, wer könnte dann wissen, ob dies das Signal zur Unterjochung der ganzen Welt ist, wie dies die Verteidiger der höchsten Güter fürchten, oder nur eine Kurzschlußhandlung? Ungerechtfertigt soll im übrigen nur der Angriffskrieg sein. Wird man aber im Wirrwar und der Blitzartigkeit eines Druckknopfkrieges mit Sicherheit wissen, wer zuerst auf den Knopf gedrückt hat? Auch wenn man

*) Inzwischen ist das erweiterte Referat von Prof. Gundlach im Aprilheft der „Stimmen der Zeit" erschienen. In ihm lautet der entscheidende Satz: „Wir können dann sagen, daß Gott der Herr, der uns durch seine Vorsehung in eine solche Situation hineingeführt hat, wo wir dies Treuebekenntnis zu seiner Ordnung ablegen müssen, d a n n a u c h d i e V e r a n t w o r t u n g ü b e r n i m m t" (S. 13).

von vornherein annimmt, daß nur die Sowjetunion der Angreifer sein kann, bleibt immer noch die Möglichkeit eines Irrtums, eines technischen Fehlers, eines Versagens der Nerven. Die Situation wäre also völlig unübersehbar, so daß es das einzig Vernünftige ist, sich nicht dadurch der Verantwortung zu entziehen, daß man sie Gott zuschiebt (wobei aber immer wieder menschliche Beurteilung der Lage entscheidet), sondern sich der Situation selbst zu entziehen. Ich werde sogleich darlegen, was das heißt, bevor man den Vorwurf der Feigheit und des Sklavensinnes erhebt.

Zunächst möchte ich das Wesen dieser Situation noch näher kennzeichnen. Sie ist an sich nicht neu, denn sie wurzelt im Radikal-Bösen des Menschen, sie ist heute nur — mit einem Ausdruck der Atomphysik — „überkritisch".

G. Ferrero sagt über die Jahre 1796—1816 in Europa in seiner Trilogie (Abenteuer, S. 292): „Unter allen Lebewesen ist der Mensch zugleich das furchtsamste und schrecklichste... Nur er zittert vor sich selber und vor eingebildeten Gefahren, die sein Geist schafft... Je mehr er sich fürchtet, desto mehr neigt er zu dem Glauben, daß nichts der Physik der Gewalt widersteht, und mißbraucht sie." In unvergleichlicher Weise schildert er dann die Rolle der Furcht in jenen beiden Dezennien. Damals war der Westen der Schrecken Europas, und der russische Zar spielte den liberal denkenden „Befreier". Wie aber sehen wir das damalige Geschehen heute, nach rund 150 Jahren? Napoleon war ein Diktator, aber nicht ganz so schlimm, wie die Privilegierten des ancien regime in der Gehässigkeit ihrer Emigrantenmentalität ihn gemacht haben; er brachte auch die freiheitlichen Gedanken der Revolution auf seinen Feldzügen mit. Blicken wir über den Horizont unserer Zeit hinaus, so werden wir sehen, daß der Globus der Geschichte rund ist. Und wenn in der Geschichte, wie etwa Ranke glaubte, sich die Spur Gottes zeigt, so sollten wir doch nicht so hirnverbrannt sein, in einer zwar einzigartigen, aber dennoch ebenfalls ephemeren Situation an eine Entscheidung auch nur zu denken, welche — mit göttlicher Absolution! — alle Geschichte beendigen könnte. Wenn auch die Todfeindschaft von heute noch nicht die Freundschaft von übermorgen zu sein braucht, so kann sich die Szene doch ganz wesentlich verändern, und Todfeindschaft wie Furcht, die sich gegenseitig bedingen, können gegenstandslos werden. Christliche Gesinnung kann dazu ganz wesentlich beitragen, und ich glaube, wir handeln ganz unzweideutig im Auftrag Gottes — ich kehre damit die These von Prof. Gundlach um — wenn wir Furcht und Todfeindschaft von uns abtun und uns nicht darauf ausreden, daß nur der Gegner das Hindernis dafür ist.

Das Fazit aus alldem: es gibt keinen Totalitätsanspruch für irgendetwas, was wir für die göttliche Rechts- und Friedensordnung halten oder ausgeben. Auch der Osten ist zweifellos ehrlich überzeugt, für ethische Werte, nämlich für soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung menschlicher Not, einzutreten, aber gerade aus der Unbedingtheit dieser Überzeugung erwächst auch bei ihm ein Totalitätsanspruch, der beglücken will und doch auch unterjocht. Politische Ordnungsversuche sind zunächst immer mehr oder weniger einseitig, das liegt an der Größe einer solchen Zielsetzung. Auch gibt es keine allgemeine Überzeugung dieser Art, die von solcher Reinheit wäre — jedenfalls nicht in der Praxis —, daß man mit gutem Gewissen so radikale Konsequenzen daran knüpfen dürfte, wie Prof. Gundlach dies anrät. Angesichts einer Verantwortung, wie sie der Entschluß zu einer allgemeinen gegenseitigen Vernichtung zur Voraussetzung hätte, schrumpft jede Überzeugung, sie mag uns sonst noch so teuer sein, zu etwas Hypothetischem zusammen. Wie hypothetisch solche Wertmaßstäbe sein können, das dokumentieren überaus schlagend folgende Worte des amerikanischen Soziologen W. H. Whyte (Herr und Opfer der Organisation, S. 22): „— da sah eine

aufsteigende Mittelklasse das als die irdische Offenbarung des göttlichen Willens an, was jahrhundertelang als schäbigste Raffgier gegolten hatte."

Bleiben wir uns dessen nicht bewußt, daß so, wie wir eine menschliche Ordnung sehen, es sich immer nur um Interpretationen der göttlichen Ordnung handeln kann, verabsolutieren wir unsere jeweilige Perspektive, dann nähern wir uns dem Wahndenken und damit dem Fanatismus. Nur der Fanatismus einer totalitären Geisteshaltung kann den totalen Untergang erwägen und schließlich sogar noch eine göttliche Rechtfertigung dazu erfinden.

So standen beispielsweise auch die Japaner im letzten Krieg auf dem Standpunkt, daß das Leben der Güter höchstes nicht sei, und der Fanatismus, mit dem sie, getreu der Kriegerkastentradition, ihre Lebensordnung und ihren Lebensanspruch verteidigten, ging soweit, daß selbst dann noch, als der Tenno nach dem Abwurf der Atombomben die Kapitulationserklärung auf eine Schallplatte gesprochen hatte, Offiziere im kaiserlichen Palast nach dieser Schallplatte suchten, um sie zu zerstören. Und es wäre durchaus im Stile der japanischen Kamikaze-Flieger, die sich selbst opferten, wenn man die Selbstopferung, die hier allerdings gleichbedeutend wäre mit der Opferung der Menschheit, in Kauf nähme, um eine für göttlich gehaltene Ordnung triumphieren zu lassen. Wenn dergleichen die „heidnischen" Japaner taten, so müßten wir als Christen, für die das Gebot der Feindesliebe gilt, doch ganz anders handeln.

Die Frage, ob man den Ruin der Welt riskieren solle, um der Sklaverei zu entgehen — der Sklaverei der Nazis nämlich (mit denen die katholische Kirche ein Konkordat abgeschlossen hatte) — hat übrigens 1945 in den USA einen kleinen Kreis von höchster Verantwortung stark beschäftigt. Unter den Physikern, die an der Entwicklung der Atombombe beteiligt waren, tauchte das Problem auf, ob die Kettenreaktion einer explodierenden Atombombe sich in etwaigen labilen Anteilen des Meeres oder der Atmosphäre fortsetzen könnte, was eine unabsehbare Katastrophe bedeutet hätte. Diese Frage wurde zwar auf Grund von sorgfältigen Berechnungen verneint, aber es wurde auch entschieden: „Besser noch die Sklaverei der Nazis, als den endgültigen Vorhang über die Menschheit niedergehen zu lassen" (Compton, Die Atombombe und ich, S. 183).

Der Mann, der das schrieb — ein bedeutender Physiker — trat zwar ohne mit der Wimper zu zucken für den Abwurf der Atombombe auf Japan ein, aber er sagt doch auch an anderer Stelle (S. 464): „Im Atomzeitalter ist der Geist der Bruderschaft die Hauptvoraussetzung für das Gedeihen der Völker", und er schließt, wie aus seinen weiteren Ausführungen eindeutig hervorgeht, in diese Bruderschaft die totalitären Staaten mit ein. Ein anderer großer Physiker, N. Bohr, betrachtet Osten und Westen als „komplementär", d. h. als sich gegenseitig notwendig bedingende und ergänzende Staatsformen.

Um als Christen zu denken und zu handeln — und in diesem Sinne müßten die Kirchen einwirken — müssen wir die Furcht und die ideologische Borniertheit, müssen wir alles Trennende überwinden. Ferner mache man nicht so viel Wind mit unserer westlichen Gottgläubigkeit im Gegensatz zum östlichen Atheismus. Möglicherweise steckt sogar im russischen Volk — das ist in dieser Beziehung noch wesentlicher als sein Regime — mehr Gläubigkeit oder Glaubensbereitschaft als im Wirtschaftsmaterialismus des Westens, und wir können jedenfalls nicht wissen — um es einmal so auszudrücken — was Gott mit dem russischen Volk vorhat. Die westliche Religiosität ist vielfach zur Phrase degeneriert, während sie im Osten noch in der Entfaltung begriffen sein könnte. Religiosität gedeiht sogar — dafür gibt es geschichtliche Beispiele genug — ganz besonders in der Unfreiheit, ja darin bewährt sie sich erst. Um die Freiheit lohnt es sich gewiß mit letztem Einsatz zu kämpfen, aber sie ist auch im Westen nur ein Schatten,

und wer weiß, ob sie im Osten nicht im Verborgenen heranreift? Das sind allerdings nur Gedanken für Christen! Alles Denken in reinen Gegensätzen, alle Anti-Ideologien, die meist von einer sehr geschäftigen, aus zweifelhaften Quellen reich gespeisten Propaganda genährt werden und immer nur das Negative sichtbar machen, ist antichristlich.

Wofür kämpfte man im 1. und 2. Weltkrieg, und was steckte alles dahinter? Der Nye-Ausschuß, der nach dem 1. Weltkrieg den Eintritt der USA in den Krieg zu untersuchen hatte, deckte entscheidende Einflüsse der Rüstungsindustrie auf, und wenn man vom Osten etwas Positives sagen kann, dann dies, daß es wenigstens solche Einflüsse der Rüstungsindustrie — die in diesem Zusammenhang zum Verwerflichsten gehören — dort nicht gibt. Aber ist die Drohung mit der Weltrevolution nicht etwas viel Schlimmeres? Nun, man kann davon viel und wenig halten, aber soviel ist gewiß, daß man den Kommunismus so wenig wie den Kapitalismus mit Atombomben ausbreiten kann. Da der Westen einen nur mit konventionellen Kräften geführten Vorstoß der Sowjets mit Atomwaffen beantworten müßte, ist die Lage auch in diesem Falle die gleiche.

Führen solche Überlegungen aber nicht zu einer „Willenserweichung" der freien Welt? Sprechen wir damit nicht schon halbwegs die Sprache des Ostens? Müssen wir nicht fürchten, daß die Russen sich zu solchen moralischen Skrupeln des Westens beglückwünschen, worauf die Erzschlauen immer wieder mit dem Finger an der Stirn hinweisen? Nun, Moral hat in der Tat den Mangel, daß sie über derartige Reaktionen des Gegners bewußt hinwegsieht, aber sie hat den Vorteil, daß, was sie tut, in der Regel beiden Seiten zugute kommt, hier also nicht bloß den Russen, sondern auch uns. Und umgekehrt gilt, daß, wenn wir ohne moralische Skrupel nur „realistisch" handeln, der Gegner sich verhärten kann und die Spannung sich in gefährlicher Weise vertieft. Wo bleiben schon die so viel gerühmten westlichen Werte, wenn sie uns nicht zu überlegenem Handeln in einer Situation befähigen, aus deren Teufelskreis wir uns nur durch eine Moral befreien können, die der Atombombenproblematik gewachsen ist — durch das christliche Ethos. Hier könnte die „freie Welt" zeigen, daß sie wirklich auch innerlich frei ist, daß sie wirklich an die sittlichen Werte der christlichen Kultur glaubt und daß sie durch diesen Glauben, auch im Politischen, stärker ist als der Osten durch seinen „Glauben", der ja auch gerade im Politischen sich auswirkt.

Wir reden damit in keiner Weise einem „sentimentalen Pazifismus" das Wort. Christliche Haltung schließt eine notwendige militärische Verteidigungsbereitschaft keineswegs aus, aber sie steigert die Verantwortung mit wachsender Gefahr, die sie nicht nur für den gottwohlgefälligen westlichen Teil der Menschheit, sondern für die ganze Menschheit sieht, und sie tut zugleich ein Äußerstes aus echter Friedensbereitschaft bis an den Rand der Selbstaufgabe. Erst dann, und nicht schon auf dem Niveau des primitiven politischen Schachers und des Auge-um-Auge-Prinzips, ist sie ihrer Verantwortung vor Gott wirklich ledig. Sie muß schließlich jede Chance wahrnehmen, wo sich eine Bresche im Bollwerk menschlicher Feindseligkeit zeigt. Eine solche Bresche zeigte sich mit der deutschen Situation nach 1945.

Ein zusammengebrochenes Volk pflegt reif für den Frieden zu sein, ganz besonders, wenn es bedingungslos kapitulieren mußte. Aber wir fügten uns wieder ohne Besinnen ein in die unheilvolle Verkettung der Macht, diesmal um die verlorene Einheit wiederzugewinnen und um uns gegen den Osten zu verteidigen. Das geschah zwangsläufig und mehr passiv, aber man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß darin die gleiche Hybris verborgen ist wie in der Wahnsinnspolitik des dritten Reiches, heute nur mit umgekehrten Vorzeichen. Und es

führt zum gleichen Ende: wir sind im Begriff, ein zweites Mal mit dem Verlust der nationalen Einheit zu kapitulieren.

Ein bündnisfreies Gesamtdeutschland dagegen hätte die Bresche im Ring der Verfeindung sein, es hätte, aus seinen beiden schweren Niederlagen lernend, eine durchaus realistische Politik machen können, die aber zugleich — ein einzigartig seltener Fall — auf dem Boden des Christentums gestanden hätte; sie hätte nur eine aktive Friedenspolitik sein müssen und keine passive Angstpolitik. Sicherlich, christliche Grundsätze vertragen sich im allgemeinen schlecht oder gar nicht mit den Erfordernissen einer zielsicheren realistischen Politik, einfach deswegen, weil sie der Gegner in der Regel als Schwäche auslegen wird, aber gerade hier zeigte sich eine einmalige Chance, beides zu verknüpfen. Sie wurde nicht genützt. Die Rechnung war diesmal, in genau umgekehrter Lage, ebenso falsch wie die Adolf Hitlers, des „schrecklichen Vereinfachers", denn wieder sah man die Dinge allzusehr vereinfacht. Statt das östliche Deutschland in das „Vacuum" eines paktfreien Raumes hineinzubeziehen, stieß man es, weil man vor dem „Vacuum" schauderte, mit amerikanischer Hilfe den Sowjets geradezu in den Rachen. Die „Politik der Stärke" stärkte groteskerweise den Osten! Die Bundesrepublik wurde zur Bastion der USA und zum Vorfeld Frankreichs, und letzteres wird sie auch dann noch bleiben, wenn sie mit der Entwicklung der Fernraketen in USA nach etwa zwei Jahren aufhört, für diese unentbehrlich zu sein. Frankreich lehnt es ab, Hauptsammelplatz amerikanischer Streitkräfte und Mittelstreckenraketen und damit Zielobjekt eines russischen Atomschlages zu werden — diese Rolle überläßt es uns.

Schwäche kann Stärke sein, das lehrt nicht allein das Christentum, das lehrte schon Lao-tse. Um dies zu sehen, bedarf es allerdings in hohem Maße einer anderen Stärke, der Stärke des Charakters und des Glaubens. Die „christlichen" Politiker der Bundesrepublik haben dies jedenfalls nicht erkannt, und ihre Hoftheologen ebensowenig. Der Streit der Politiker um den rechten Weg in einer so schwierigen Lage ist durchaus verständlich, der Streit, die Ratlosigkeit und die Verrenkungen der Theologen kann man als Christ, ja schon vom rein menschlichen Standpunkt aus, nur mit tiefer Bitterkeit betrachten.

Die Kirchen wollen — mit einer gewissen Berechtigung — ihre Gläubigen nicht der unerträglichen Spannung zwischen ihren Pflichten als Staatsbürger und ihren Pflichten als Christen aussetzen, wenn sie selbst angesichts einer möglichen Selbstzerstörung der Menschheit Krieg und Wehrdienst nicht freiheraus ächten wollen. Zudem lastet auf ihnen das nur allzu populäre Argument, daß der Gegner Atomwaffen und wenig Skrupel habe. Das alles kann man verstehen, aber daß sie nicht wenigstens bei einer solchen Weltlage und in der besonderen deutschen Situation das Gewissen aufs Äußerste schärfen, sondern es auch noch mit gequälten und verstiegenen moraltheologischen Argumenten zu beschwichtigen versuchen — das ist der Bankerott des Kirchenchristentums in einem Augenblick, der seiner höchsten Bewährung bedürfte. In der katholischen Kirche insbesondere hat das Gewissen, diese beredteste Sprache der göttlichen Ordnung, allem Anschein nach eine recht schlechte Zensur, denn Prof. Gundlach schreibt (a.a.O. S. 11): „Das Gerede vom Gewissen wirkt oft wie eine Art seelischer Prostitution" — sollte er stattdessen die Notzüchtigung des Gewissens vorziehen?

Wenn die Kirchen an diesem kritischen Punkt der Menschheitsentwicklung, statt diese Problematik mit ausgelaugten theologischen Phrasen zu umgehen, ihre Gläubigen mitten in sie hineinstellen und die Grundsätze christlicher Ethik darauf anwenden würden, dann wäre es möglich, daß die Stimme der Völker in einem höheren Sinne zur Stimme Gottes würde. So von den Kanzeln her an-

gesprochen, könnte dann ein Volk erst auf die Entscheidung vorbereitet sein, von der Prof. Gundlach sprach, statt nur von den Lautsprechern bearbeitet und im Sog einer schon immer verhängnisvollen, heute aber völlig destruktiven, wenn nicht sogar antichristlichen Machtpolitik gehalten zu werden, der sich leider manchmal auch die Kanzeln zur Verfügung stellen*).

Tian Olff

Skandinavien vor dem Besuch Chrustschows

Der sowjetische Regierungschef Nikita Chrustschow hat die Einladung der skandinavischen Länder Schweden, Dänemark und Norwegen zu einem offiziellen Besuch in den Ländern des Nordens angenommen. Obwohl über den Termin der Reise gegenwärtig noch beraten wird, rechnet man im Norden damit, daß Chrustschow im Laufe des August in Skandinavien weilen wird. In den Außenministerien Stockholms, Kopenhagens und Oslos konnte man indessen hören, daß die Begegnung ‚wohl über den Rahmen eines reinen Repräsentationsbesuchs hinausreichen könnte'. Auch der verhältnismäßig lange Aufenthalt des sowjetischen Gastes — man spricht von etwa drei Wochen — läßt den Schluß zu, daß man gewillt ist, ernsthaft zu verhandeln. Nach zum Teil heftigen Reaktionen bei den — zumeist bürgerlichen — Oppositionsparteien, als die Einladung bekannt wurde, herrscht heute der Eindruck bei der Öffentlichkeit vor, daß die Ost-Westbegegnung im Norden zweckmäßig und bedeutsam ist. Der dänische Außenminister Jens Otto Krag erklärte vor dem Parlament in Kopenhagen: „Wir wollen während der Verhandlungen versuchen, die Mauern des Mißtrauens zwischen unseren Ländern abzutragen." Auch in Oslo reagierte die weitaus größte Mehrheit des Parlamentes positiv: „Über den Sinn und Nutzen des politischen Gesprächs zwischen Vertretern des Ostens und Westens gibt es eigentlich keinen Zweifel mehr; wir wollen und müssen uns bemühen, der Entspannung zu dienen." Dies erklärte der norwegische Ministerpräsident Gerhardsen in seiner letzten Pressekonferenz. Gehardsen regte ferner an, die Verhandlungspläne der nordischen Regierungen zu koordinieren — entsprechende gemeinsame Gespräche sind bereits im Gange. (In Norwegen wird der Chrustschow-Besuch lediglich insofern kritisiert, da die Regierung zu diesem Zwecke plant, ein Haus in der Innenstadt zu kaufen.) In Schweden entfachte die bürgerliche Opposition, an ihrer Spitze die Högerpartiet (Rechtspartei), gestützt auf den Volksanteil der emigrierten Balten, zunächst einen Proteststurm. Das konservative Svenska Dagbladet, bekannt dafür, mindestens einen Leitartikel in der Woche für eine atomare Bewaffnung oder für einen Beitritt Schwedens zur Nato zu veröffentlichen, machte sich zum Sprecher dieser ‚Volksbewegung', mußte aber bald einsehen, daß man diese Haltung als ‚absolut unverantwortlich und mit der neutralen Politik unseres Landes nicht vereinbar' (Aftonbladet) bezeichnete. Die sozialdemokratische Regierungspartei in Schweden, die mit der kleinen kommunistischen Fraktion seit Jahren erfolgreich zusammenarbeitet, wandte sich ebenfalls gegen die Verantwortungslosigkeit der Opposition. Außenminister Öster Undén, der in öst-

*) Es muß hier noch erwähnt werden, daß die Auffassung von Prof. Gundlach auch katholischerseits nicht unwidersprochen geblieben ist. Auf jener Tagung haben sich insbesondere die Professoren A. Wenzl, Seidlmeyer und Münster dagegen gewendet.

lichen Kreisen als Mann des Ausgleichs und der Vernunft geschätzt wird, hieß den sowjetischen Gast in Schweden willkommen: „Wir wollen der Welt beweisen, daß man durch vernünftige Gespräche mehr erreichen kann als durch Waffengerassel!"

In Stockholm und Kopenhagen hat man die sowjetische Offerte eines Nichtangriffspaktes an Macmillan in Moskau mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Dieser Fragenkomplex dürfte nach Meinung der politischen Beobachter in Skandinavien neben der östlichen Neutralitätskonzeption ‚Friedliche Ostsee' im Vordergrund der kommenden Gespräche stehen. Die beiden neutralen Staaten des Nordens, Schweden und Finnland, haben in den vergangenen Jahren nichts unversucht gelassen, im Rahmen des ‚Nordischen Rates' neben einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch zu einer gemeinsamen Linie in außenpolitischen und militärischen Fragen zu kommen. Dieser Plan des schwedischen Außenministeriums wurde auch in Moskau mit viel Lob bedacht, leider zogen es Dänemark und Norwegen damals vor, der Nato beizutreten. Die skandinavische Politik hat, nach Auffassung der Schweden, mit diesem Schritt einen schweren Rückschlag erlitten.

Indessen haben sich die Beziehungen der Nato-Mitgliedsstaaten Dänemark und Norwegen zur Nato hin ganz wesentlich abgekühlt. Die dänischen Vorleistungen in dieser Hinsicht, die mit zu einer guten Ausgangsstellung in den skandinavisch-sowjetischen Verhandlungen in Kürze beitragen werden, bestehen in folgenden Punkten: Einschränkung der Militärausgaben, Verkürzung der Militärdienstzeit, Ablehnung des amerikanischen Flottenangebotes, Abbruch der Bonn—Kopenhagener Militärverhandlungen über die Errichtung von Materialdepots auf dänischem Boden, Ablehnung einer atomaren Bewaffnung. Dazu kommt die wahrscheinliche Ablehnung des gerade nun vorliegenden neuen amerikanischen Angebotes, nach dem Kopenhagen ‚zu günstigen Bedingungen' zusätzliche Nikebatterien einkaufen könnte. Die sehr kühle Aufnahme der Offerte in der dänischen Hauptstadt dürfte den Schluß zulassen, daß auch hier ein negativer Bescheid an Washington gehen wird. Da auch Norwegen die atomare Bewaffnung der Streitkräfte ablehnt und überdies die Regierung Gerhardsen voll und ganz der modifizierten Form des Rapacki-Planes zustimmt, sind auch in Oslo günstige Ansätze zu fruchtbaren Gesprächen zwischen Skandinavien und der UdSSR gegeben. Verschiedentlich wurde im Norden auch auf die wirtschaftlichen Aspekte verwiesen. Dänemark, und im starken Maße Norwegen und Schweden, haben in den letzten Jahren ihren Osthandel systematisch ausgebaut. Schweden hat mit dem laufenden Jahr die Warenkontingente im Austausch mit der UdSSR nahezu verdreifacht. Allein 20 Prozent der Öleinfuhren dieses kohlearmen Landes kommen aus der Sowjetunion. So horchte man in Skandinavien auf, als bekannt wurde, daß Moskau Klaipeda und Ventpils (Memel und Windau) mit einem direkten Pipeline-Anschluß an Baku zu bedeutenden Ölhäfen ausbauen will. Die Pläne stehen kurz vor dem Abschluß. Die Skandinavier könnten also in Zukunft ihr Mineralöl zu wesentlich günstigeren Bedingungen bei niedrigen Frachtraten (die Tanker benötigen statt 30 Tage nur noch 3), im Nachbarland einkaufen. Die Skandinavier sind in hohem Maße an einer möglichst friedlichen und stetigen Entwicklung in dieser Richtung interessiert. Die kommenden Gespräche zwischen den Regierungen Schwedens, Norwegens und Dänemarks mit der Sowjetunion werden zeigen, wie weit man unter Berücksichtigung dieser Aspekte zu einer Einigung kommen wird. „Wir werden jede nur mögliche Chance des Ausgleichs nutzen und die traditionell gutnachbarschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion noch mehr verbessern," diese Erklärung des schwedischen Außenministers dürfte als günstige Ausgangsposition für das Ergebnis gelten.

Werner Hansen

Protestdemonstrationen gegen deutsche Offiziere in Oslo

In der norwegischen Hauptstadt ist es zu erneuten Demonstrationen gegen die westdeutsche Aufrüstung gekommen. Bereits kürzlich mußte ein geplanter Flottenbesuch der Marine der Bundesrepublik in Dänemark und Norwegen auf Grund der massiven Proteste weiter Kreise der Bevölkerung abgeblasen werden. Zuvor wurden die Offiziere der Bundeswehr, auf einem Informationsbesuch in Oslo, mit Steinwürfen und Sprechchören empfangen. Besonders die sozialistischen Studenten des Landes hatten zu Kampfmaßnahmen aufgerufen. An der jüngsten Protestdemonstration in Norwegen beteiligten sich 8000 Menschen, eine für die Verhältnisse des Landes ungewöhnlich hohe Zahl! Obwohl die Aktion kurzfristig von den örtlichen Verbänden der Gewerkschaft angesagt wurde, beteiligten sich weite Kreise der Bevölkerung. Die Regierung Gerhardsen ist über diese Entwicklung bestürzt, offenbar ist man in Regierungskreisen von den Ereignissen überrascht worden, in Oslo spricht man von einer schweren Vertrauenskrise. Neben der Gewerkschaft Oslos unterstützten folgende Vereinigungen die Demonstration: mehrere Studentenorganisationen, darunter die politisch sehr aktive ‚Studentersamfundet' (die der eigentliche Initiator des Rapacki-Besuches in Oslo war), einige norwegische Frauenverbände, die Vertreter der ‚Unabhängigen Norwegischen Gruppe', einer Friedensvereinigung, die dem Gedankengut Albert Schweitzers nahesteht, sowie die sogenannte Orientierungsgruppe. Letztere ist ein Zusammenschluß von Stortingsabgeordneten aller Parteien, die gemeinsam einen Austritt des Landes aus der Nato und die Linie einer strikten Politik der Neutralität nach dem Muster Schwedens fordern. Besonders auffallen mußte es, daß sich die Frauenorganisationen der sozialdemokratischen Regierungspartei und eine weitere Reihe von prominenten Sozialdemokraten Norwegens an der Aktion beteiligten. Gemeinsam forderte man die Regierungspartei auf, den jüngsten Parteibeschluß rückgängig zu machen, nach dem eine enge militärische Zusammenarbeit mit Bonn und die Aufnahme von zwei westdeutschen Offizieren in den Nato-Stab Kålsas/Oslo geplant war.

Die für skandinavische Verhältnisse ungewöhnliche Aktion hat im ganzen Norden ein lebhaftes Echo gefunden. Man weist darauf hin, daß man sich in Oslo offenbar auf die Entscheidung der dänischen Regierung stützt. (Kopenhagen mußte auf Druck der Bevölkerung die Militärverhandlungen mit Bonn abbrechen). Die Demonstranten zogen unter Absingen der Nationalhymne durch die Straßen der Innenstadt, blockierten zeitweilig den gesamten Verkehr und versammelten sich schließlich auf dem ‚Großen Platz' vor dem Parlamentsgebäude. In Sprechchören und auf Transparenten wurden die Hauptforderungen genannt: „Keine deutschen Offiziere nach Oslo", „Norwegen hat noch nicht vergessen", „Wir wollen keine deutsche Wehrmacht". In einer Protestresolution, die der Regierung zugeleitet wurde, forderten die Versammelten den sofortigen Abbruch der Oslo—Bonn-Militärverhandlungen, die dem Zweck dienen, Basen und Materialdepots für die Bundeswehr auf norwegischem Territorium anzulegen. Ferner drohte man mit Kampfmaßnahmen, wenn ein westdeutscher Offizier im Rahmen der Nato in Norwegen Dienst tun würde. Der Parteibeschluß der Sozialdemokraten, die mit 33 gegen 4 Stimmen für die Stationierung von westdeutschen Truppen im ‚Ernstfalle' und für die Anlage von Materialdepots gestimmt hatten, sei rückgängig zu machen. Als prominente Redner vertraten diese Forderungen der

bekannte Wiederstands-Geistliche Pastor Ragnar Forbeck, der Gewerkschaftsfunktionär Aasmund Schiötz, die Sozialdemokratische Frauenführerin Birgit Schiötz.

Es wurde ein Aktionsausschuß gebildet, der als äußerste Kampfmaßnahme Gewalttätigkeit gegen die deutschen Offiziere androhte. Weitere Sprecher forderten die schleunigste Anerkennung der Wiedergutmachungsansprüche der ungezählten Norweger, die in den Konzentrationslagern Hitlers gelitten haben. Norwegen hat bisher immer noch keine Wiedergutmachungsgelder bekommen, was zu einer deutlichen Mißstimmung in der Bevölkerung geführt hat. Es handelt sich in erster Linie um eine Reihe von Sozialisten (unter ihnen der jetzige Regierungschef und sein Außenminister), die in Sachsenhausen inhaftiert waren.

Ferner wurde der Regierung Gerhardsen das Vertrauen entzogen, weil sie es zugelassen hat, daß die staatliche Munitionsfabrik Raufoss einen Millionenauftrag für Waffen und Munition für den ehemaligen kubanischen Diktator Batista ausgeführt hatte. Obwohl entsprechende gesetzliche Bestimmungen in Norwegen bestehen, wurde das Waffengeschäft mit Billigung der Regierung getätigt, während Kuba sich bereits im Bürgerkrieg befand. Als unmittelbare Verantwortliche mußten indessen der Arbeitsminister und der Handelsminister aus der Regierung ausscheiden. Verschiedene Blätter in Oslo und Stockholm deuteten in diesen Tagen an, daß Ministerpräsident Gerhardsen auf Grund dieser Vorkommnisse im Herbst seinen Posten zur Verfügung stellen werde.

Dr. Hans Heinz Holz

Ideologischer Schein und politische Verführung

Eine Polemik gegen Theodor Litts Freiheitsphilosophie

I.

Es ist keineswegs unsere Meinung, daß sich die Philosophie kompromittiert, wenn sie sich mit der Tagespolitik einläßt. Denn es gibt keine Tagespolitik, in der sich nicht auch die wesentlichen Gestaltungskräfte der Geschichte manifestieren, mit denen es der Philosoph eh und je legitimerweise zu tun hat. Der Garten Epikurs ist der wahren Philosophie viel weniger würdig als die athenische Agora, auf der die Sophisten und der (keineswegs unpolitische) Sokrates lehrten. Und der epikuräischen (wie der stoischen) Enthaltsamkeit liegt ebenso eine politische Entscheidung zugrunde wie der sophistischen Aggressivität — nur eben eine solche zur Resignation und zum (mit jeder reservatio mentalis korrespondierend gesetzten) stillschweigenden äußeren Konformismus.

Wir bejahen also das bewußte politische Engagement der Philosophie, wenn sie in diesem Engagement als Philosophie, d. h. mit philosophischen Thesen und Argumenten spricht. Wohl aber kompromittiert sich der Philosoph als Philosoph und in seinem Denken, wenn er politische Schlagworte und hohles Wortgeklingel als Philosophie ausgibt.

Als das obskure Komitee „Rettet die Freiheit" zu seiner Gründungsversammlung zusammentrat, forderte man den Bonner Hofphilosophen, den für seine

Regierungstreue mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichneten ehemaligen Pädagogen Theodor Litt (Träger der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite) auf, einleitend das philosophisch zu begründen, was man dort als die zu rettende Freiheit ansieht. Die Aufgabe ist eines Philosophen wert; das Problem der Freiheit ist bekanntermaßen (wenn auch den Komiteegründern sicher nicht hinreichend bekanntermaßen) eines der schwierigsten und komplexesten der Philosophie[1]). Die Frage, ob es in dem von den Naturwissenschaften erforschten Gegenstandsbereich so etwas wie Freiheit gibt, ist durch bestimmte Schulrichtungen der neueren Physik und Biologie aufgeworfen worden. Das Problem der Willensfreiheit ist als psychologisches und rechtsphilosophisches immer noch anhängig. Der historische Determinismus bleibt seit Hegel, vollends seit der neueren Soziologie in höchstem Maße aktuell und unwiderlegt, ebenso wie die moralphilosophischen Verfechter der Freiheit eine unerschütterte Position in der Ethik haben. Hinter all dem steht eine universale ontologisch-kategoriale Problematik[2]). Bei Litt ist die Kenntnis der Problemlage wie der Problemgeschichte vorauszusetzen. Er hätte also wissen müssen, daß es nicht ausreichen würde, mit ein paar schulmeisterlichen Ermahnungen eine Begriffserklärung abzutun, an der sich Größere als er in mehr als zwei Jahrtausenden vergeblich versucht haben.

Litt hat die Schwierigkeit, der er bei seinem Thema gegenüberstand, auch nicht etwa übersehen. Gleich im ersten Absatz seines Referats[3]) gesteht er, „daß der Begriff der Freiheit einen ungemein komplizierten Inhalt hat und daß es eben der Philosophie obliegt, diesen Inhalt zu entfalten" (Seite 19). Das ist die Zielsetzung für die folgenden Ausführungen. Den Begriff der Freiheit zu entfalten, hat Theodor Litt unternommen. Sehen wir zu, was dabei herauskommt!

Selbstverständlich — und das ist ja schließlich die Aufgabe des regierungsinspirierten Vereins „Rettet die Freiheit" — wird die Idee der Freiheit im Gegensatz zur Geschichts- und Gesellschaftslehre (und nur politischen Praxis) des Kommunismus entwickelt. Es kann, wie Litt richtig bemerkt, „derjenige, der sich zum Antikommunismus bekennt, gar nicht darauf verzichten, sich auch mit der Theorie des Kommunismus auseinanderzusetzen. Das gilt besonders auch von der Freiheit" (Seite 20). Im dialektischen und historischen Materialismus, also der philosophischen und gesellschaftswissenschaftlichen Theorie des Kommunismus, die in einer ständigen wechselwirkenden Einheit mit der Praxis verbunden ist, gibt es eine sehr ernsthafte und vielfältige (und keineswegs doktrinär gleichförmige) Diskussion über das Wesen der Freiheit[4]). Zugrunde liegt eine bestimmte Fundamentalauffassung, derzufolge Freiheit (nach dem Vorbild von Leibniz und Hegel) als „Einsicht in die Notwendigkeit" bezeichnet wird (wenngleich dieser Aspekt nicht der einzige der marxistischen Freiheitsauffassung ist). Litt ist sich darüber im klaren: „In dieser kommunistischen Doktrin ist ja eine ganz bestimmte Lehre von dem enthalten, was Freiheit ist und bedeutet" (Seite 20).

Füglich müßte Litt seine Analyse nach den Regeln der Methodik mit einer Kritik des marxistischen Freiheitsbegriffs anheben, um sodann die seiner Meinung nach richtige „westliche Lehre" von der Freiheit zu konfrontieren; oder er könnte

---

[1]) Cf. z. B. Aloys Wenzl, Philosophie der Freiheit, München 1947. Wir teilen die Anschauungen Wenzls keineswegs, doch zeigen Teil I und II seines Buches die Vielschichtigkeit des Problems leicht faßlich auf. Daß es sich um gar keine einfache Frage handelt, wird hier bei einem extremen Vertreter der Freiheitsphilosophie jedenfalls sehr deutlich.

[2]) Cf. Hans Heinz Holz, Kategoriale Aspekte des Freiheitsbegriffs, in „Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus — Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Protokoll", Berlin 1956.

[3]) Abgedruckt in „Die politische Meinung", Märzheft 1959, p. 19 ff.

[4]) Cf. z. B. das in Anmerkung 2 zitierte Konferenzprotokoll.

zunächst eben diese „westliche" Lehre umreißen, um darauf zu zeigen, in welchen Punkten die marxistische von ihr abweicht und warum diese Abweichungen nicht stichhaltig sind. Keins von beiden tut aber Litt. Stattdessen tritt er in eine Polemik gegen diejenigen ein, die den beiden Gesellschaftssystemen „diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs" (wie es dem billigen Propagandajargon folgend bei Litt heißt) in gleicher Weise zugestehen, Freiheit zu verwirklichen, und gegen jene, die b e i d e n Gesellschaftssystemen absprechen, Freiheit zu gewähren. Dabei verschweigt Litt, bewußt simplifizierend, daß diese Behauptungen in ihrer apostrophierten Ausschließlichkeit überhaupt nicht aufgestellt werden, daß es vielmehr immer um bestimmte Freiheiten geht, die da und dort garantiert oder beschnitten werden.

Damit sind wir bei dem Kern des Litt'schen Verfahrens: indem er Freiheit als Gattungsbegriff und Freiheit als Artbegriff identifiziert, also die Abwägung von Freiheit e n als Diskussion über d i e Freiheit ausgibt, kann er mühelos e i n e A r t Freiheit als d i e Freiheit schlechthin deklarieren. Daß dies ein logisch unzulässiger sophistischer Kunstgriff ist, wie man ihn (wenn auch verwerflicherweise) vielleicht in der Agitation gebrauchen mag, nicht aber in der philosophischen Analyse anwenden darf, kann Herrn Litt nicht entgangen sein. Indem er ihn aber anwendet, um einem vorgefaßten Urteil nachträglich philosophisch maskierte Rechtfertigungsgründe beizustellen, prostituiert er die Philosophie und kompromittiert sich als Philosoph.

Der Sachgehalt, den Litt definitiv als Essentiale der „westlichen" Freiheitsidee deklariert, besagt, „daß bei uns die Freiheit nicht bloß ein Gegenstand möglicher Erörterung ist, sondern daß vor allen Dingen die Freiheit besteht, über die Freiheit dasjenige zu sagen, was man glaubt, im Namen seiner Überzeugung sagen zu sollen. Freiheit herrscht in bezug auf die Erörterung der Freiheit. Bei uns ist die Freiheit ein Problem, eine Frage, an deren Verhandlung teilzunehmen jedem freisteht, der zu diesem Thema etwas beizutragen sich berufen fühlt. In der östlichen oder der kommunistischen Welt ist die Freiheit nicht ein Problem, sondern Gegenstand einer Redeübung, deren Inhalt durch die herrschende Doktrin unzweideutig vorgeschrieben ist" (Seite 23). Der Nachsatz, um das vorwegzunehmen, wird entkräftet durch die widerspruchsreichen Diskussionen, die in der Tat in der „östlichen" Welt über das Freiheitsproblem stattgefunden haben[5]). Das aber, was hier als Kriterium „westlicher" Freiheit bezeichnet wird, nämlich „die Freiheit in bezug auf die Erörterung der Freiheit", erweist sich bei näherem Zusehen und unter Abstrich aller hochtönenden Phraseologie als ein sehr einfaches Faktum, die R e d e f r e i h e i t. Damit ist, allein schon durch die attributive nähere Bestimmung des Gattungsbegriffs Freiheit, ausgesagt, daß es sich um e i n e Art Freiheit handelt, neben der es a n d e r e A r t e n der Freiheit gibt, die sich mit dieser verbinden oder aber auch ohne sie verwirklichen lassen. Was Litt als d i e Freiheit, als die „Idee des Westens" anpreist, stellt sich als ein sehr teilhaftes Phänomen der umfassenderen Freiheitsidee heraus. „Zuerst collegium logicum!" — möchte man dem früheren Schullehrer Theodor Litt zurufen.

II.

Ehe wir nun den Litt'schen Paraphrasen über seinen Freiheitsbegriff folgen, sei in wenigen Worten angedeutet, worum es bei der Idee der Freiheit in Wirklichkeit geht. Da wir uns hier mit einem vorgefaßten Konzept auseinandersetzen, sei gestattet, daß wir uns auf dessen Umkreis beschränken und Freiheit nur im

---

[5]) Für den deutschsprachigen Bereich sei nochmals auf das in Anmerkung 2 zitierte Konferenzprotokoll verwiesen.

engeren Sinne als politische Freiheit behandeln. Daß es daneben ein psychologisch-moralisches Problem der Willensfreiheit, ein kosmologisches des Indeterminismus, ein theologisches von Prädestination, Sündenfall und Theodizee, ein ontologisches der Seinskategorie Möglichkeit, ein anthropologisches der Selbstverwirklichung des Menschen gibt, sei hier ausgespart[6]). Nur das anthropologische spielt unaufhebbar in das politische hinein und muß also wenigstens am Rande zur Sprache kommen.

Politische Freiheit ist die Kontradiktion zu einem von den Institutionen der Gesellschaft, der res publica, der Polis ausgeübten und als offenbar ungerecht erscheinenden Zwang. Ungerecht muß als differentia specifica des Zwangs angegeben werden, weil der als gerecht erscheinende Zwang (z. B. der Zwang, der vermöge eines anerkannten Rechtsanspruchs ausgeübt wird) die Freiheit nicht aufhebt, sondern gerade bestätigt[7]). Daß es sich dabei um das So-Erscheinen eines Zwangs handelt (und nicht etwa um das So-Sein), resultiert einmal daraus, daß alle Vorstellungen von Gerechtigkeit historisch relativ und Wandlungen unterworfen sind, zum anderen daraus, daß zum Wesen der Freiheit der Rückbezug auf das in Freiheit lebende Subjekt hinzugehört. Hier entspringen einige Aporien des Freiheitsbegriffs, auf die wir in unserem Zusammenhang nicht eingehen können.

Der institutionelle Zwang, der als politische Unfreiheit empfunden wird, kann von staatlichen Instanzen ausgeübt werden, muß es aber nicht. Der vielfältig differenzierte Aufbau der arbeitsteiligen Gesellschaften hat zu mannigfachen indirekten Herrschaftsformen und Abhängigkeiten geführt, die für den Beherrschten und Abhängigen Unfreiheit konstituieren. Gegen die am drückendsten empfundenen Unfreiheiten dieser Art richteten sich die historischen Freiheitsbewegungen — von den Tyrannenvertreibungen über die Sklavenaufstände bis zu den Revolutionen der Neuzeit. Der Redefreiheit, wie sie von Litt als Kern der Freiheit überhaupt herausgestellt wird, kam dabei allerdings der geringste Rang zu. Freiheit von materieller Not, Freiheit zu selbständiger Berufswahl, Freizügigkeit, Freiheit zur Ausbildung aller im Individuum liegenden Fähigkeiten sind Freiheitsforderungen, die in viel stärkerem Maße gestellt und erlebt wurden. Dabei kann es in der historischen Faktizität durchaus zu Wertkollisionen kommen hinsichtlich der Ranghöhe, die man einer Freiheitsart im Verhältnis zur anderen zuerkennt[8]). Gemäß den Fundierungsverhältnissen im menschlichen Sein werden die Freiheit von materieller Not und die Freiheit von Furcht (also die „negativen" Freiheiten) vorrangig sein, die Freizügigkeit und schließlich die Freiheit zu vollständiger Selbstentfaltung (also die „positiven" Freiheiten) als Folgeziele in Erscheinung treten. Die Redefreiheit erscheint in diesem Zusammenhang wiederum nur als ein partielles Moment der Freiheit zur Selbstentfaltung (Freiheit der Persönlichkeit); und sie muß um so ephemerer erscheinen, als der Umschlag von der Rede über Unfreiheiten in die befreiende Tat der Beseitigung von Unfreiheiten nicht erfolgen kann. Eine solche Tat wird aber von jeder Gesellschaft, in der Unfreiheiten durch die Rechtsordnung institutionalisiert und legali-

---

[6]) Für den ontologischen Problemkomplex cf. meinen in Anmerkung 2 zitierten Beitrag zur Freiheitsdiskussion.

[7]) Cf. die Beiträge zum Symposion „Macht und Recht" beim III. deutschen Kongreß für Philosophie, insbesondere die von Julius Ebbinghaus, Wilhelm R. Beyer und Hans Heinz Holz, in „Symphilosophein", München 1952, p. 63 ff.

[8]) Cf. Wilhelm R. Beyer zum Thema „Freiheit und Wert" beim XII. Internationalen Philosophiekongreß in Venedig 1958. Dieses Referat wird demnächst im Kongreßbericht gedruckt erscheinen.

siert sind — und das gilt de facto für alle historischen und bestehenden Gesellschaftssysteme —, mit Zwangsmaßnahmen beantwortet werden. Redefreiheit, die ohne diese revolutionierende Wirkung auf sich selbst beschränkt bleibt, ist wahrhaft nur die Freiheit zu einer Redeübung, um im Sprachgebrauch Litts zu bleiben. Sie verpufft ja wirkungslos, weil sie, wenn überhaupt einen Effekt, nur einen solchen in der reinen Innerlichkeit hervorbringt. Diese reine Innerlichkeit schätzt Litt allerdings über die Maßen (wie wir weiter unten sehen werden). Sie ist indessen sachlich so unverbindlich, daß sie sich mit der stoizistischen Anerkennung jeder Unfreiheit in der politischen Realwelt trefflich vereinigen läßt. Die gewährte Redefreiheit wird unter diesen Umständen ein Faktor in der Kalkulation der Herrschenden, ein Mittel, durch das bestehende Unfreiheiten verschleiert werden. Denn rein auf sich selbst beschränkte Redefreiheit ist abstrakt. Jede konkrete Freiheit drängt über diesen Raum der Innerlichkeit hinaus und will zur Tat werden, zu einer Tat, die auf den Grenzwert absoluter Freiheit hinleiten soll. Absolute Freiheit, deren konkrete Gestalt allerdings noch näher bestimmt werden müßte, weil sie sich von den partiellen Freiheiten unserer Zeit qualitativ unterscheidet und keinen Gegensatz zum Notwendigen einschließen kann, liegt heute noch im Bereich des Utopischen, wenn auch nicht des prinzipiell Unverwirklichbaren[9]).

Jener real-utopische Freiheitshorizont deckt sich genau mit dem, was wir oben den anthropologischen Aspekt der Freiheitsidee nannten, also mit der allseitigen Selbstverwirklichung des Menschen[10]). Der Abbau von Bildungsprivilegien, großzügige, rechtlich gesicherte Ausbildungsförderung, außerberufliche Betätigung in Sport, Spiel und Kunst gehören heute bereits ebenso zu den politisch realisierbaren, aber keineswegs überall realisierten partiellen Momenten dieser „Persönlichkeitsfreiheit" wie einst die Freiheit der Gattenwahl oder die Freizügigkeit, die heute längst selbstverständliche und allgemeine Inhalte des individuellen Freiheitsbereichs sind. Der Inhalt anthropologisch-politischer Freiheitsforderungen ist durch die jeweiligen Stadien eines fortschreitenden Befreiungsprozesses bedingt. Nicht zu leugnen ist, daß einige dieser Freiheiten heute in der Sowjetunion in größerem Umfang verwirklicht sind als in der „westlichen" Welt. Die Reduzierung des „westlichen" Freiheitsbegriffs auf die Redefreiheit bedeutet gegenüber dem historisch fälligen Freiheitsgehalt einen Rückschritt. Wenn diese Verkürzung eines schon längst umfänglicher gewordenen Freiheitsprogramms, in dem die Redefreiheit als ein Moment aufgehoben ist, unter dem Werbeslogan dargeboten wird „Der Westen hat eine Idee", so bestätigt sich nur die von uns oben konstatierte verschleiernde Funktion der Redefreiheit.

III.

Mit welch oberflächlichen Allgemeinplätzen Litt nun den Inhalt der von ihm als so fundamental erachteten Redefreiheit darstellt, kann hier nur an einigen wenigen Punkten belegt werden. Da heißt es: „Freiheit ist ebensogut Freiheit zum Normgemäßen wie Freiheit zum Abgleiten in das Normwidrige ... Niemand wird etwas vom Wesen der Freiheit begreifen, der sich einbildet, sie sei nur Freiheit zum Guten, Beifallswürdigen und Normgemäßen; sie ist stets auch die Versuchung zum Abgleiten" (Seite 24 f.). Wie kann ein solcher Satz überhaupt philosophisch

---

[9]) Cf. Ernst Bloch, Freiheit und Ordnung, New York 1956. Ders., Freiheit, ihre Schichtung und ihr Verhältnis zur Wahrheit, in „Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus", 1. c. p. 16 ff.

[10]) Cf. z. B. Hermann Wein, Realdialektik, München 1957, II. Teil. Eugen Fink, Oase des Glücks, Freiburg o. J.

sinnvoll sein, wenn nicht zuvor die Norm als solche bestimmt wird? Diese Frage hängt aber wieder ganz wesentlich mit der zusammen, w e r die Norm bestimmt — denn Normen sind ideologischer Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen. Handelt es sich hier um politische Normen, um solche des Rechts- und Verfassungslebens, um solche der Moral oder einfach um die normative Kraft des Faktischen? In all diesen Fällen kann die Freiheit zum Normwidrigen gerade das historisch Richtige beinhalten, braucht mithin kein „Abgleiten" zu sein, weil Normen wandelbar sind und vom Lauf der Zeiten überholt werden: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort". Wenn aber aus anderem Zusammenhang der Litt'schen Ausführungen geschlossen werden kann, daß mit der Norm die wissenschaftlich erhärtete Wahrheit gemeint ist, so kann es gar keine Freiheit zum Normwidrigen geben, denn die Wahrheit ist aus sich und durch sich zwingend: einem konkreten logischen Schluß, einem richtigen mathematischen Beweis kann sich niemand, außer dem Narren, entziehen; der Zwangscharakter des begriffenen Vernunftsschlusses gehört zur anthropologischen Grundverfassung, zur Konstitution des Menschen. Freiheit zum Unsinn gibt es nicht — hier tritt geradezu ein medizinisches Merkmal der geistigen Abnormität, der Geisteskrankheit ein. Freiheit zum Unsinn zu postulieren, heißt, den Menschen als Menschen aufgeben. Was hier vorliegt, ist eine bedenkliche corruptio mentis. Der von Litt als Beweismittel herangezogene wissenschaftliche Meinungsstreit kann sich folglich nur im Rahmen des Zwangscharakters der Vernunft, unter Anerkennung also der Unfreiheit gegenüber dem stringenten Beweis abspielen: das ist der gemeinsame Boden der Kontrahenten. Dieser Boden wird aber nirgendwo verlassen, wo es um wissenschaftliche Forschung mit wissenschaftlichen Beweismitteln geht: der „östlichen" Welt etwas anderes zu unterstellen, erweckt Zweifel an der Seriosität des Vortragenden; wie will er sonst überhaupt noch die unbestreitbaren wissenschaftlichen Erfolge plausibel machen, die doch in der also perhorreszierten „östlichen" Welt errungen wurden und werden?

Bleibt noch das aus dem Prinzip der Redefreiheit entwickelte Institut der parlamentarischen Opposition, das Litt, seinen Intentionen gemäß, geradezu als Kriterium der politischen Freiheit statuiert: „Warum bildet denn im Aufbau einer wahrhaft demokratischen Staatsverfassung die Opposition ein schlechterdings unentbehrliches Bauglied? Die Opposition wird nicht als notwendiges Übel hingenommen; sie wird nicht bloß als Faktum anerkannt. Sondern sie wird als wünschbar angesehen, weil sie das Korrektiv bildet für alle Ausartungsbereitschaft auf der Seite derjenigen, die im Besitze der politischen Macht sind. Wenn man erst einmal das Gesetz der Demokratie in dieser Einrichtung der Opposition erkannt hat, dann wird es erst richtig deutlich, warum wir allen Grund haben, die Welt des Kommunismus als die Welt der wirklichen Unfreiheit zu bezeichnen. Denn innerhalb des Kommunismus ist eine Opposition überhaupt undenkbar" (Seite 25). Auch hier wieder jongliert Litt mit den Begriffen. Er setzt Opposition mit der im Parlament öffentlich opponierend zu Worte kommenden Opposition gleich. Daß es selbstverständlich auch echte Auseinandersetzungen in parlamentarischen Ausschüssen (also dem Blick der Öffentlichkeit entzogen), in Parteiversammlungen, in Vorstandsgremien gesellschaftlicher Organisationen gibt, mithin in all den Institutionen, die das lebendige politische Leben viel stärker bestimmen als die präformierte Abstimmungsmaschinerie des parlamentarischen Plenums — das verschweigt Litt. Und solche Opposition, solche Auseinandersetzungen gibt es sowohl in Staaten mit kommunistischem wie in solchen mit liberalistischem Gesellschaftssystem. Etwas anderes ist der positiv rechtliche Schutz, der der Verfassung jeder dieser Staaten zuteil wird: man kann so wenig in den USA wie in der Sowjetunion ungestraft einen Verfassungsbruch begehen

oder vorbereiten. Wohl aber kann man auf eine Verfassungsänderung mit legalen Mitteln hindrängen — und in beiden Staaten, die doch extrem unterschiedene Gesellschaftssysteme im Sinne Litts repräsentieren, gibt es Beispiele für solche Gesetzes- und Verfassungsänderungen.

IV.

Wo hinaus will also Theodor Litt? Er weist zwar den Vorwurf ideologischer Verhetzung weit von sich (Seite 27), wohl wissend, daß sein Referat genügend Gründe für einen solchen Vorwurf liefert. Was er aber tatsächlich unternimmt, ist mehr als bloße Verhetzung; es ist an manchen Stellen geradezu Aufforderung zur Ketzerverfolgung. Dafür ein Beispiel: „Ja, es gibt sogar Vertreter wissenschaftlicher Forschung, die es sich angelegen sein lassen, die Freiheitlichkeit jenseits des Eisernen Vorhangs sozusagen mit wissenschaftlichen Mitteln zu erhärten. Ein Lehrstuhl für Soziologie hat an einer unserer westdeutschen Universitäten in bezug auf westliche und östliche Freiheit folgenden Gedanken entwickelt: Damit die beiden Schwesterrepubliken — er sagt Schwesterrepubliken — die wünschenswerte Amalgamierung beschleunigen könnten, müßte man sich vor allen Dingen davon überzeugen, daß sie sich nicht etwa durch Freiheit auf der einen und Unfreiheit auf der anderen Seite unterschieden; in Wahrheit handele es sich um zwei Spielarten der Freiheit, von denen keine der anderen etwas voraus habe, die sich infolgedessen gegenseitig verstehen und respektieren lernen müßten. Damit sei dann die Anbahnung der besagten Amalgamierung glücklichst eingeleitet. Man ist also bis zu den wissenschaftlichen Lehrstühlen zu solch kompromißlerischer Annäherung bereit" (Seite 21 f.). Wo bleibt da das von Litt so warmherzig verteidigte Recht zum Normwidrigen — wenn man die antikommunistische Norm der Bonner Kreuzzügler einmal für einen Augenblick als gegeben hinnehmen will? Wo bleibt die Freiheit wissenschaftlichen Meinungsstreits, wenn die entgegengesetzte Meinung sofort als „kompromißlerische Annäherung" an den „Staatsfeind Nr. 1" denunziert wird? Litt beschuldigt den Osten der Schwarz-Weiß-Malerei. Treibt er etwa keine Schwarz-Weiß-Malerei, wenn er es kategorisch ablehnt, daß man Ost und West auf eine vergleichbare Ebene der Betrachtung stellt (Seite 22)? Wenn er stattdessen fordert, dort das absolut Böse, hier das absolut Gute zu sehen? Wenn er scharfmacherisch erklärt: „Wir sehen unsere Aufgabe darin, die matten und trägen und ahnungslosen Seelen anzustacheln und aufzurütteln" (Seite 28). Und das alles, nachdem er einer ernsthaften philosophischen Prüfung aus dem Wege gegangen ist und sich auf die Reproduktion einiger Wahlkampfparolen und einiger Vorurteile beschränkt hat. Hier nutzt die politische Intransigenz des Vortragenden die philosophische Ignoranz des Publikums aus, um ihm ein Zerrbild der ideologischen Wirklichkeit vorzuspiegeln und um ein amputiertes Glied des Freiheitsbegriffs als den ganzen unbeschädigten Körper auszugeben. Das tut der gleiche Theodor Litt, der vor den Unternehmern der bayerischen Wirtschaft die durch die Kernwaffen möglich gewordene Katastrophe der gesamten organischen und anorganischen Ordnung unseres Planeten als eine „Antinomie" bezeichnet, „für die man niemanden verantwortlich machen kann"[11]). Derselbe Professor Litt also, der die Atombombenpolitik verteidigt, ruft hier zum i d e o l o g i s c h e n K r e u z z u g auf, aus dem — weil er nicht mit den sachlichen Argumenten einer ernsthaft bemühten Disputation betrieben wird — nur eine Atmosphäre verschärfter Spannung zwischen den Völkern und Staaten, verhärteter Fronten zwischen den Lagern erwachsen kann.

[11]) Zitiert nach dem Pressedienst der Informationsstelle der bayerischen Wirtschaft vom 28. 8. 1953.

Jene Freiheit, die Theodor Litt so militant gegen die „Bedrohung" durch die östliche Unfreiheit verteidigt, sucht er jedoch — trotz seiner pseudo-politischen Argumentation — gar nicht im politischen Bereich. Denn wie er sich die Begründung politischer Freiheiten vorstellt, hat er bereits vor mehr als einem Dutzend Jahren, unmittelbar nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft, in einem grundsätzlichen Vortrag dargelegt[12]). Dort stellt er programmatisch fest: „Bezeichnen wir als das Ziel, das uns vorschwebt, ein Volk, das imstande ist, in Freiheit sich selbst zu regieren" (1. c. Seite 6). Das scheint ein ganz und gar politisches Ziel, das demgemäß in der Verwirklichung bestimmter gesellschaftlicher Organisationsformen, die die Selbstregierung des Volkes (also die Demokratie) ermöglichen, liegen müßte. Nun sieht Litt aber den Sinn dieser Forderung nicht etwa darin, einen größtmöglichen Einfluß des einzelnen Staatsbürgers — auf welche Weise auch immer — auf den Staatsapparat zu sichern, sondern im Individuum eine „freiheitliche Gesinnung" zu wecken. Dabei läßt es der Pädagoge Litt angesichts dieses erzieherischen Programms unklar, ob eine solche Gesinnung überhaupt entstehen kann, ohne daß das Individuum zunächst einmal daran gewöhnt wird, selbstverantwortlich auf seinem Platz in den Organisationsstufen der Gesellschaft mitzuwirken, wobei diese Mitwirkung sich nur da verantwortlich und frei vollziehen läßt, wo das betreffende Individuum aus Wissen um die Sache und Einsicht in ihre Gesetze mitentscheidet und vernunftgemäß zu handeln vermag. Die größte politische Freiheit wäre also dort erlangt, wo jeder einzelne gemäß seinen theoretischen und praktischen Kenntnissen am Funktionnement des Ganzen mitbestimmend beteiligt ist, wobei das Maß seiner Mitbestimmung sich eben nach den von ihm erworbenen sachlichen Voraussetzungen richtet und derart seine funktionelle Position im politischen Ganzen bestimmt. Dieses Höchstmaß an freiheitlicher Organisation der Gesellschaft ist naturgemäß in einer Massengesellschaft nur schwer zu erreichen, wird aber (wie wohl niemand bestreiten kann) mit den Mitteln der formalen Demokratie nicht, beziehungsweise nur sehr unzulänglich verwirklicht. Dieses Optimum an gesellschaftlicher Freiheit impliziert jedoch, daß politisches Geschehen gemäß dem Wissen um die Gesetze der gesellschaftlichen Vorgänge, sei es in einem Detailbereich, sei es im Ganzen, von den handelnden Menschen gestaltet wird. Anderes als Wissen um die Gesetzmäßigkeiten von Prozessen ist ja die geforderte Kenntnis und Einsicht nicht.

Gerade gegen die Anerkenntnis solcher Gesetzmäßigkeiten, gegen die Lehre von „geschichtlichen Notwendigkeiten" wendet sich Litt jedoch, scheinbar im Namen einer verantwortlichen Tätigkeit des Menschen, in Wirklichkeit jedoch von einer irrationalistischen Position aus, die gerade jede Verantwortlichkeit letzten Endes aufheben muß. Da heißt es: „Was uns an diesem geschichtlichen Determinismus hier besonders angeht, das drückt sich aus in der Frage: wie muß der Glaube an die Macht der Geschichte auf das praktische Verhalten des von ihm Durchdrungenen einwirken, wenn eine Situation von geschichtlicher Bedeutung ihn zur Entscheidung aufruft und zum Handeln einlädt? Wenn er folgerichtig denkt, wird er sich sagen müssen: Auf mein Tun und Lassen kommt es herzlich wenig, ja im Grunde überhaupt nicht an. Das, was geschehen soll, liegt unabänderlich fest und wird Wirklichkeit werden, wie ich mich auch verhalten mag. Stimmt mein Wollen mit dem Zug der Entwicklung überein, so bestätigt es nur, was auch ohne mein Zutun geschehen wird. Stimmt es mit ihm nicht über-

[12]) Theodor Litt, Geschichte und Verantwortung, Vortrag, gehalten bei der Eröffnung der Leipziger Ortsgruppe des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Wiesbaden 1947.

ein, so ist es zum Scheitern verurteilt. Was bin ich also im Anblick der geschichtlichen Notwendigkeit!" (1. c. Seite 16). Litt, der sich immerhin in einem umfänglichen Buche über Hegel ausgelassen hat, müßte eigentlich bei diesem Philosophen etwas von der Dialektik gelernt haben, die zwischen dem eigenverantwortlichen Handeln der einzelnen Person und der übergreifenden Notwendigkeit historischer Gesetzmäßigkeiten besteht. Daß freies politisches Handeln gerade nur da möglich ist, wo die geschichtlichen Notwendigkeiten und notwendigen Möglichkeiten begriffen werden, kann hier nur als These aufgestellt werden, für die wir zur Begründung auf andere Arbeiten verweisen müssen[13]). Was Litt indessen als „Ineinander von Freiheit und Notwendigkeit" ausgibt, ist durch die einseitige Betonung der subjektiven Faktoren gerade seiner dialektischen Gestalt beraubt: „Alle Wucht der gegebenen Bedingungen ändert nichts an der Tatsache, daß für das, was als Geschichte jeweils Wirklichkeit wird, zuletzt doch nichts anderes einzustehen hat als das Wollen und Vollbringen derjenigen Menschen, die im Gange des Geschehens gerade am Zuge sind" (1. c. Seite 20).

Wie aber, wenn dieses menschliche Wollen und Vollbringen an den harten historischen Notwendigkeiten scheitert? Wenn der Mensch sich in diesem Scheitern seiner Ohnmacht bewußt wird? Sollte er dann nicht die Konsequenz ziehen, daß nur die Einsicht in die geschichtlichen Notwendigkeiten ihn dazu befähigt, handelnd in die Geschichte einzugreifen? Vom Standpunkt einer Theorie, die Freiheit als Unbestimmtheit auffaßt (worüber sich schon Leibniz weidlich lustig gemacht hat), ist das allerdings nicht möglich. Der auf seiner Freiheit — einer so mißverstandenen Freiheit — beharrende Mensch wird sich dann in sich selbst zurückziehen und eben seine Freiheit in der Innerlichkeit seines Selbst finden. „Wohl uns, daß es keine geschichtliche Notwendigkeit gibt, die uns den Besitz dieser inneren Freiheit verkümmern könnte! An sie müssen wir uns halten, wenn wir uns selbst bewahren wollen. Wir haben es nun einmal nicht so gut wie jene Völker, denen eine glücklichere, an Abstürzen weniger reiche Geschichte die Möglichkeit gelassen hat, ihre Freiheit vorzugsweise in dem Ausbau ihrer politischen Stellung zu suchen. Die Bürgschaft unserer Freiheit kann nur in jenem inneren Reich gefunden werden, das sich der Geist aus seinem unveräußerlichen Eigentum selbst baut" (1. c. Seite 30).

Das sind allerdings bekannte idealistische Luftschlösser, in die sich die Freiheitssehnsucht zurückzieht, weil sie sich scheut, historische Notwendigkeiten und Gesetze zu begreifen und lieber (um mit Hegel zu sprechen) als knechtisches Bewußtsein den Herrn anerkennt, um sich in dieser Knechtschaft seine „innerliche" Freiheit bestätigen zu lassen, als auf eine Veränderung der äußeren Verhältnisse der Unfreiheit auszugehen[14]). Das ist jedoch eine, zwar sehr subtile, indessen nicht minder gefährliche Form des Konformismus, durch die gerade die politische Unfreiheit am dauerhaftesten konserviert und durch den ideologischen Schein der Freiheit verschleiert wird.

Nun erkennen wir auch die inneren Zusammenhänge, die zwischen Theodor Litts philosophischer Ausgangsposition und seiner höchst unphilosophischen politischen Agitation bestehen: die „innere Freiheit", um die es ihm geht, braucht keine andere Äußerung als die Rede, durch die sie sich selbst bestätigt, nämlich den Schein der Freiheit bestätigt. Wenn Litt mithin die Redefreiheit als die Freiheit schlechthin bezeichnet, so ist das folgerichtig die politische Anwendung seiner Auffassung von der Freiheit als einem Phänomen des „inneren Reichs des Geistes". Damit verläßt er aber den effektiven Raum des Politischen,

[13]) Vor allem auf den in Anmerkung 2 genannten Beitrag.
[14]) Cf. Alexandre Kojève, Hegel, Stuttgart 1958.

den Raum des Handelns. Freiheit schlägt an dieser Stelle in Unfreiheit um, ohne daß sich der irregeführte Idealist dessen versieht. Er vertraut ja darauf, daß die Freiheit, über Freiheit zu reden, schon die Freiheit selbst sei, weil in der Rede sich ja sein „geistiges Sein" manifestiert. Daraus folgt die Gleichgültigkeit gegen die äußere politische Institution, gegen die äußeren Garantien der Freiheiten, die den Menschen in seiner leiblichen Existenz betreffen. Denn auch der Hungernde, ja sogar der Gefangene können ja innerlich frei sein.

„Mit einem bloßen Umbau der verfassungsmäßigen Form ist es nicht getan. Was uns nottut, das ist eine Wandlung der Gesinnung, aus der heraus politisch gelebt und gehandelt wird ... Bringen wir es nicht so weit, dann wird das Wort Demokratie nicht mehr sein als ein neuer Name für die alte Unfreiheit" (1. c. Seite 31). Das sagte Theodor Litt 1946, als die Neuordnung des Staates gerade in den Anfängen steckte und wahrlich die vordringliche Aufgabe für eine Erziehung zur Freiheit war. Die englischen und französischen Staatsphilosophen der Aufklärung, die wesentlich zur Erringung der bürgerlichen Demokratie in Westeuropa beitrugen, gerade weil sie sich nicht auf die Innerlichkeit beschränkten, hätten anders gesprochen! Aus Litts Worten spricht jedoch eine tiefe Mißachtung aller politischen Institutionen, die die Demokratie verbürgen. Denn Institutionen unterliegen einer rationalen Kontrolle. Die Gesinnung jedoch bleibt in einem merkwürdigen Halbdunkel, wenn sie sich nicht in Handlungen äußert. Denn die Rede, auch die im Namen der Freiheit geführte und das Wort Freiheit gebrauchende, kann verschleiern, weil Verhehlung so gut zum Wesen der Sprache gehört wie Aufhellung[15]). Wer unter Berufung auf die Freiheit zur Intoleranz aufruft — wie Litt das tut und getan hat —, dem kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß er den Begriff Freiheit mit dem Dolus der Täuschung im Munde führt.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Prof. Gollwitzer stellt dem polnischen Außenminister Fragen

Prof. Gollwitzer, Stuttgart O, Gänsheidestraße 70, Telefon 2 04 86
Stuttgart, den 2. Februar 1959

An
Seine Exzellenz
den Außenminister der Volksrepublik Polen
Herrn Adam Rapacki
W a r s c h a u

Ew. Exzellenz!

Viele Angehörige der geistigen Berufe in der Bundesrepublik Deutschland sind von tiefer Sorge erfüllt über die Fortdauer des allgemeinen Wettrüstens. Sie begrüßen jeden Schritt, der geeignet erscheint, die Verständigung zwischen den Völkern und die internationale Abrüstung zu erleichtern. Sie sind an einer politischen Entspannung umso mehr interessiert, als sie wissen, daß unser Volk getrennt bleibt, solange die Welt von militärischen Interessen beherrscht wird.

Daher hat der von Ew. Exzellenz am 2. Oktober 1957 vor der UNO entwickelte Plan zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone im Herzen Europas in weiten Kreisen der westdeutschen Intelligenz lebhaften Widerhall gefunden. Wir sind davon überzeugt, daß Ihr

[15]) Hans Heinz Holz, Sprache als Aufklärung und Verschleierung, in „Der Gesichtskreis, Festschrift für Dr. Josef Drexel", München 1956, p. 186 ff.

Plan in der modifizierten Form, in der Sie ihn in Oslo in einem vor Studenten gehaltenen Vortrag und am 4. November 1958 auf einer internationalen Pressekonferenz vertreten haben, erhöhte Beachtung und Aufmerksamkeit verdient.

Es dürfte Ew. Exzellenz bekannt sein, daß die derzeitige Bundesregierung befürchtet, daß der von Ihnen propagierte Plan Risiken in sich schließt, die sie im Interesse der Sicherheit unseres Landes nicht auf sich nehmen könnte. Unseres Erachtens wäre es für eine sachliche und kritische Erörterung Ihres eindrucksvollen Planes in der Bundesrepublik von großem Vorteil, wenn Sie die Güte hätten, durch Beantwortung nachstehender Fragen zur weiteren Klärung beizutragen:

1. Nach Ihren Vorschlägen, die in ihrer jüngsten Form in zwei Etappen verwirklicht werden sollen, müßten Polen, die CSR, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichten, auf eine atomare Ausrüstung der eigenen Streitkräfte zu verzichten, fremde Truppen, die mit Kernwaffen ausgerüstet sind, auf ihrem Territorium nicht zu dulden und ihre konventionellen Streitkräfte zu verringern. Was hätten Sie auf die in der Bundesrepublik und in den USA laut gewordenen Bedenken, daß durch ein solches Abkommen die Staaten der Nato gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes militärisch benachteiligt würden, zu entgegnen?

2. Wie denken Sie über den Einwand, daß eine regionale atomwaffenfreie Zone illusorisch sei, noch illusorischer als eine neutrale Zone, weil es in einem modernen Krieg für eine atomwaffenfreie oder neutrale Zone keinen Schutz gebe?

3. Wäre die Volksrepublik Polen damit einverstanden, daß — entsprechend dem Vorschlag der englischen Labour Party — auch die Volksrepublik Ungarn, sofern sie sich dazu bereit fände, ohne westliche Gegenleistung in die atomwaffenfreie Zone einbezogen würde?

4. Glauben Sie oder haben Sie konkrete Anhaltspunkte, daß weitere westliche oder östliche Länder früher oder später bereit wären, dem Beispiel der von Ihnen zunächst angesprochenen vier Länder zu folgen, so daß sich der atomwaffenfreie Raum in Europa schrittweise ausdehnen würde?

5. Sie haben für die Verwirklichung Ihres Planes in beiden Etappen geeignete Kontrollmaßnahmen vorgesehen. Sind Sie davon überzeugt, daß dieses Kontrollsystem so zuverlässig funktionieren würde, daß eine Vertragsverletzung in jedem der beteiligten Länder ausgeschlossen ist?

6. Halten Sie es für wünschenswert und möglich, daß sich bei der Verwirklichung der atomwaffenfreien Zone die UNO einschaltet und bestimmte Garantien übernimmt?

7. Ew. Exzellenz ist bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland die DDR nicht als selbständigen Staat anerkennt, sondern sich allein als rechtmäßige Nachfolgerin des Deutschen Reiches betrachtet. Glauben Sie, daß die in einer Note vom 15. Februar 1958 von der polnischen Regierung zur Umgehung der erwähnten Schwierigkeiten vorgeschlagene e i n s e i t i g e Beitrittserklärung eine völkerrechtlich unangreifbare Lösung darstellt, die alle Besorgnisse der Bundesrepublik bezüglich einer dadurch bedingten Anerkennung der Spaltung Deutschlands gegenstandslos macht?

8. Würde die von Ihnen vorgeschlagene atomwaffenfreie Zone nach Ihrer Ansicht einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Wiederherstellung der deutschen Einheit erleichtern und inwiefern?

9. Glauben Sie, daß die Bildung einer atomwaffenfreien Zone geeignet wäre, die politischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern und den gegenseitigen Güteraustausch sowie die kulturellen Kontakte zu intensivieren?

Die von Ihnen angeregte und propagierte Bildung einer atomwaffenfreien Zone im Herzen Europas entspricht unseren eigenen Vorstellungen und Forderungen. Wir sind entschlossen, für unseren Teil dazu beizutragen, daß die Gegensätze und Vorurteile, die heute noch das gute Einvernehmen der Völker erschweren, schrittweise beseitigt werden. Es scheint uns daher unerläßlich, daß wir uns vor allem auch über die Tragweite Ihres Planes volle Klarheit verschaffen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung!
Im Namen der beigefügten Unterzeichner
Ew. Exzellenz sehr ergebener
gez: Gerhard Gollwitzer

Dem Brief von Professor Gerhard Gollwitzer schließen sich unter anderen an:

Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel — Studienprof. H. Bauermeister, Diessen/Ammersee — Prof. Otto Baum, Stuttgart — Curt Bock, Pfarrer, Freudenberg — Hans A. de Boer, CVJM-Sekretär, Heilbronn — Prof. Dr. Max Born, Bad Pyrmont — Helmut Brauss, Pianist, Stuttgart — Dr. Kurt-Erich Borsutzky, Rheine/Westf. — Prof. Walter Brudi, Stuttgart — Rudolf Daudert, Bildhauer, Stuttgart — Rudolf Daur, Pfarrer, Stuttgart — Prof. Georg Dehn, München — Prof. D. Dr. Friedrich Delekat, Mainz — Dr. W. Dielhenn, Pfarrer, St. Goar — Bertold Eitel, Pfarrer, Offenbach a. M. — Erich Engel, Regisseur, Berlin — Cuno Fischer, Kunstmaler, Stuttgart — Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt a. M. — Prof. Dr. Gerhard Franz, Mainz — Albrecht Goes, Schriftsteller, Stuttgart — D. Helmut Gollwitzer, Berlin — Prof. Hans Grischkat, Stuttgart — Dr. Grosse-Brauckmann, Göttingen — Olaf Gulbransson, Architekt, München — Dr. Paul Haag, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. — Prof. Dr. Richard Hamann MacLean, Marburg/Lahn — Ludwig Hartmann, Architekt, Stuttgart — Prof. Dr. Wilhelm Hasenack, Göttingen — Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover — Willi Heintzeler, Pfarrer, Stuttgart — Dr. Hans Henrich, Schriftsteller, Frankfurt a. M. — Prof. D. Dr. Johannes Hessen, Köln — Heinz Hilpert, Intendant, Göttingen — Karl Hirtler, Oberregierungsrat, Stuttgart — Prof. Karl Hubbuch, Karlsruhe — Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen — Ulrich Kabitz, Jugendkammer EKD, Stuttgart — Prof. Dr. R. W. Kaplan, Frankfurt a. M. — Prof. Dr. Oskar Kaul, Unterwössen/Obb. — Dr. Marie Hed Kaulhausen, Göttingen — Prof. Dr. Hermann Keller, Stuttgart — Prof. Wilhelm Keller, Detmold — Prof. Wilhelm Krauss, Karlsruhe — Rosel Lohse-Link, Stuttgart — Prof. Dr. Alfred von Martin, München — Prof. Karl Marx, Stuttgart — Prof. Hermann Mattern, Kassel — Prof. Dr. Paul Mies, Köln — Herbert Mochalski, Pfarrer, Darmstadt — Dr. Charlotte Niederhommert, Leverkusen — Prof. Dr. Ulrich Noack, Würzburg — Prof. Dr. Gerhard Pfahler, Tübingen — Prof. Dr. Franz Rauhut, Würzburg — Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München — Prof. Dr. Renate Riemeck, Wuppertal-Elberfeld — Prof. Ernst Röttger, Kassel — Heinz Rolffs, Pfarrer, Essen — Kurt Roschmann, Schriftsteller, Stuttgart — Ernst Rowohlt, Verleger, Hamburg — Prof. Dr. Friedrich Siegmund-Schultze, Münster/Westf. — Dr. Helmut Simon, Landgerichtsrat, Düsseldorf — Ernst Summerer, Architekt, Stuttgart — Prof. Dr. Hans Schaefer, Heidelberg — Prof. Dr. George Schaltenbrand, Würzburg — Carlo Schellmann, Graphiker, Augsburg — Prof. Otto Michael Schmitt, Nürnberg — Prof. Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg — Hermann Schröder, Architekt, Stuttgart — Prof. Dr. Friedrich Schuh, Erlangen — Hans-Jürgen Schultz, Schriftsteller, Stuttgart — Hermann Schweitzer, Studienrat, Ahlen/Westf. — Prof. Dr. Curt Staff, Frankfurt a. M. — Dr. Ferdinand Stuttmann, Direktor, Hannover — Prof. Wilhelm Wagenfeld, Stuttgart — Rolf Weber, Studienrat, Bad Boll — Dekan Weber, Stuttgart — Prof. Leo Weismantel, Jugenheim/Bergstr. — Dr. Herbert Werner, Pfarrer, Stuttgart — Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen — Prof. Bernhard Wosien, Nürnberg — Prof. Ernst Zinsser, Hannover.

Die Antworten Rapackis

DER MINISTER
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Sehr geehrter Herr Professor!

Für Ihren Brief danke ich und bitte Sie, die Verzögerung in seiner Beantwortung entschuldigen zu wollen. Ich wollte sie persönlich übernehmen, doch die Ereignisse hinderten mich daran, dies früher zu tun.

Ich kann Sie meines völligen Verständnisses für die tiefe Besorgnis versichern, die, wie Sie schreiben, in den Intellektuellenkreisen der Deutschen Bundesrepublik durch das anhaltende Wettrüsten hervorgerufen wird. Ich bin erfreut über Ihre Versicherung, daß der polnische Plan für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa in diesen Kreisen lebhaften Widerhall gefunden hat.

Es wäre mir eine wahre Genugtuung, wenn meine Erläuterungen im Zusammenhang mit den von Ihnen angeschnittenen Dingen zum besseren Verstehen des polnischen Planes und seiner Konzeptionen beitrügen.

Dies sind sie in der Reihenfolge der gestellten Fragen:

1. Unserem Vorschlag hat nie die Absicht vorangeleuchtet, das bestehende Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Gruppenbildungen anzutasten.

Wir waren stets der Auffassung, daß unsere Vorschläge nur dann auf einen Erfolg rechnen können, wenn sie zur Verstärkung des Sicherheitsgefühls der betroffenen Völker beitragen. Darin besteht ihr Ziel.

Darum waren wir, auch ohne die im Westen vom Gesichtspunkt des Gleichgewichts der Kräfte gegen unseren Plan vorgebrachten Argumente zu teilen, bestrebt, diese nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Infolgedessen erklärten wir uns mit einer Verwirklichung des Planes in Etappen einverstanden, mit der Maßgabe, daß im ersten Stadium eine Art Einfrieren des Standes der Kernwaffen- und Raketenrüstungen erfolgen würde. Diese würden nicht in den Streitkräften jener Staaten eingeführt werden, die sie noch nicht besitzen. Im zweiten Stadium würde eine vereinbarte Reduzierung der konventionellen Rüstungen und eine gänzliche Abschaffung der Kern- und Raketenrüstungen vom Territorium der Staaten der genannten Zone folgen.

Damit werden alle Bedenken gegen unsere Vorschläge hinfällig, die der Konzeption entspringen, daß die Atomwaffen in dieser Zone angeblich ein Atout des Atlantikpaktes seien, das das Übergewicht des Warschauer Paktes an anderen Waffen ausgleiche. Wir sind bereit, über alle Waffenarten zu sprechen. Nur dürfte in der Zwischenzeit die Atomrüstung in Mitteleuropa nicht auf neue Armeen ausgedehnt werden, was die Herbeiführung eines Übereinkommens immer mehr erschweren würde.

Jetzt können gegen die neue Version nur jene auftreten, die das bestehende Gleichgewicht der Kräfte zu ihren Gunsten verändern möchten. Ich bin der Meinung, man sollte alle Überlegungen der Art, daß es möglich sei, die bestehende Sachlage in Europa mit Gewalt zu ändern, fallen lassen. Man muß sie vor allem von den gefährlichsten Konfliktkeimen befreien und alsdann günstige, friedliche Voraussetzungen für positive Prozesse schaffen, die für die Sache des Friedens, der Sicherheit und des Wohlergehens der in Frage kommenden Völker wirken. Dies aber setzt Verhandlungen und gegenseitige Konzessionen voraus.

Dies ist die Idee unter anderem auch unseres Vorschlages für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

2. Wir schlagen entsprechende internationale Verpflichtungen vor. Abgesehen von ihrer moralischen Bedeutung ist es eine Tatsache, daß das bloße Nichtvorhandensein von Kernwaffen in der gegebenen Zone das Hauptziel für den Einsatz der zerstörerischsten Waffenarten gegen dieses Territorium beseitigen würde.

Doch das Wichtigste: Der Hauptsinn unseres Vorschlages besteht weniger in der Bewahrung unseres Teils Europas vor den Auswirkungen dieser oder jener Waffen, vielmehr in einer Verringerung der Gefahr eines Krieges und des Einsatzes aller Arten von Waffen auf dem Territorium unserer Länder überhaupt.

3. Mir scheint, daß die Umgrenzung des Territoriums der vorgeschlagenen atomwaffenfreien Zone, wie sie von uns in Vorschlag gebracht wurde, am besten den Bedingungen entspricht, das bestehende Kräftegleichgewicht zwischen zwei Militärgruppierungen unangetastet zu lassen. Mir ist bekannt, daß gewisse Kreise den Gedanken aufwarfen, in die atomwaffenfreie Zone sowohl Ungarn als auch einige andere Länder mit einzubeziehen. Es gibt auch solche, die der Meinung sind, diese Zone sollte bis zum Ural ausgedehnt werden. Mir scheint, diese Tendenzen sind unrichtig, wenn nicht gar von dem Wunsch diktiert, die Diskussion über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu komplizieren oder ad absurdum zu führen.

4. Gewiß wäre ich erfreut, stellte die ganze Welt eine atomwaffenfreie Zone dar. Dies scheint jedoch momentan nicht real zu sein, und aus diesem Grunde unterbreiteten wir den Vorschlag für die Schaffung einer solchen Zone in einem begrenzten Gebiet. In einem Gebiet, dem besondere Bedeutung zukommt, sofern es darum geht, die Möglichkeit eines atomaren Konfliktes zu verhindern.

Natürlich wäre es begüßenswert, wenn nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in dem von uns vorgeschlagenen Gebiet andere Staaten ähnliche Verpflichtungen übernehmen wollten. Dazu ermuntern könnte sie ein Erfolg mit der Verwirklichung dieser Zone und die gute Erfüllung der von den Staaten des Zonenbereiches übernommenen Verpflichtungen.

Machen wir also zu Beginn nicht einen so großen, dafür aber einen realen Schritt vorwärts. Das ist die Idee, die unserem Vorschlag zugrunde liegt.

5. Ich vertrete die Meinung, daß ein Kontrollsystem geschaffen werden kann, welches mit großer Wahrscheinlichkeit die Möglichkeit ernstlicherer Verletzungen der Vertragsbestimmungen ausschließt. Selbstverständlich gibt es keine absoluten Garantien, sofern nicht der gute Wille vorhanden ist, die übernommenen Verpflichtungen auch einzuhalten. Die nicht allzu ferne Geschichte der Geschehnisse im selben Mitteleuropa ist ohne Zweifel ein Beweis dafür.

Ich gehe allerdings davon aus, daß der Wunsch nach Verhinderung eines Atomkrieges ein immer allgemeinerer und aufrichtigerer wird. Somit geht es also um die Herstellung gegenseitigen Vertrauens.

Ich meine, der Abschluß eines so wichtigen Abkommens würde dieses Mindestmaß an Vertrauen schaffen, welches daran glauben ließe, daß ein Kontrollsystem wirkungsvoll funktionieren würde. Dies aber wäre von besonderer Bedeutung, weil es der erste Schritt auf dem Gebiet der internationalen Rüstungskontrolle wäre.

6. Ich bin der Auffassung, daß sich darüber sprechen ließe, ob die UNO nicht mitwirken könnte, dafür zu sorgen, daß die Verpflichtungen der Staaten der Zone auch richtig erfüllt werden. Dies allerdings erfordert die Aufnahme sachlicher Gespräche über die Schaffung der Zone.

7. Es ist nicht Sache der polnischen Regierung, zu den Bedenken der Regierung der Deutschen Bundesrepublik Stellung zu nehmen, ob diese oder jene Maßnahme nicht eine Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik bedeute. Die Deutsche Demokratische Republik besteht und wird unabhängig von ihrer Anerkennung durch die Regierung der Deutschen Bundesrepublik bestehen. Das ist heute eine so offensichtliche Tatsache, daß verschiedene Kreise im Westen, die vor noch nicht allzu langer Zeit zu der Haltung der Regierung der Deutschen Bundesrepublik neigten, nunmehr aufhören, sie in Zweifel zu stellen.

Was die juristische Bedeutung einseitiger Erklärungen dieser Art wie die in unserem Plan suggerierten, miteinander verbundener Erklärungen anlangt, so ist es im Völkerrecht ein allgemein anerkanntes Prinzip, daß sie einen nicht geringeren Wert darstellen als internationale Abmachungen im strikten Sinne des Wortes und den Seiten — wie Verträge — verbindliche Verpflichtungen auferlegen.

8. Deutschland ist in zwei Staaten geteilt, die seit Jahren nicht einmal normale zwischenstaatliche Beziehungen unterhalten und die sich seit Jahren auseinanderleben, verschiedenen Richtungen zustrebend.

Die Wiedervereinigung Deutschlands scheint mir auch nur auf dem Wege eines allmählich fortschreitenden Prozesses möglich zu sein, eines Prozesses der Annäherung beider deutscher Staaten. Von den Formen einer solchen Annäherung scheint mir die der Konföderation die logischste zu sein. Doch unabhängig von den Formen, die der Wiedervereinigungsprozeß Deutschlands annehmen kann, hängen seine Fortschritte auch von der internationalen Lage ab. Dieser Prozeß muß auf ernsthafte Hindernisse stoßen, solange die gegenwärtigen Spannungen in den internationalen Beziehungen fortbestehen und solange in dieser Situation Deutschland eine so wesentliche militärische Rolle in Europa spielt. Die Verwirklichung einer atomwaffenfreien Zone in diesem Teil Europas würde gleichzeitig eine Verringerung der Spannungen und eine Verminderung der militärischen Bedeutung dieses ganzen Gebietes in Europa herbeiführen.

Was den Friedensvertrag anlangt, so glaube ich nicht, daß er in irgendwelchem Maße von der vorherigen Schaffung einer atomwaffenfreien Zone abhängig gemacht werden müßte.

9. Bestimmt ja. Dies wäre ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Polen und dem ganzen deutschen Volk nach den Prinzipien der Sicherheit und der gutnachbarlichen Zusammenarbeit. Eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen unseren Völkern wäre nach meiner Meinung die einzig richtige Schlußfolgerung aus den bitteren Erfahrungen der Geschichte.

Bislang haben solche Schlußfolgerungen Polen und die DDR gezogen.

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich bin mir dessen bewußt, daß nicht nur Sie und Ihre Freunde eine Reihe von Zweifeln hegen und das Bedürfnis nach Erläuterungen haben — im Zusammenhang mit dem polnischen Abrüstungsvorschlag und gewiß auch in Verbindung mit vielen anderen akuten internationalen Fragen.

Ich weiß sehr wohl, daß nicht alle Bedenken hinsichtlich der Projekte, die ich als richtig erachte, von dem Wunsch getragen sind, diese a limine abzulehnen. Ich weiß die aufrichtigen Bedenken und Bemerkungen, die neue politische Schritte betreffen, vollauf zu würdigen, auch dann, wenn ich sie nicht teile.

Indem ich deshalb meiner Genugtuung über die Gelegenheit Ausdruck gebe, Ihnen, Herr Professor, und Ihren Freunden einige Erläuterungen geben zu können, denke ich auch an die anderen, die ähnliche Zweifel hegen und die nicht an mich geschrieben haben.

Ich denke daran, wieviele Bedenken durchdiskutiert, wie viele Mißverständnisse beseitigt und Zweifel geklärt werden könnten, begönnen die Seiten mit ernsthaften Verhandlungen. Dazu sind guter Wille und Verhandlungsbereitschaft notwendig. Wir haben diese.

Zum Schluß — zwecks völliger Klarheit: Der Vorschlag für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ist aus unseren polnischen Interessen geboren worden. Doch gleichzeitig kann ich die Herren meiner tiefen Überzeugung versichern, daß diese Vorschläge auch den Interessen des deutschen Volkes entsprechen. Auch denen der anderen Völker. Über alle Gegensätze hinweg erhebt sich gegenwärtig das gemeinsame Anliegen einer Bewahrung vor der atomaren Vernichtung.

Ich bitte Sie, Herr Professor, den Ausdruck meiner aufrichtigen Hochachtung entgegennehmen zu wollen.

gez. Adam Rapacki

Warszawa, 28. 3. 1959

Ein Vorschlag zur Konföderation

In unserem Heft 3/1959 veröffentlichten wir auf den Seiten 244 ff. den Vertrags-Vorschlag von Senatspräsident Dr. K ü l z. Der Verfasser, der am Bundesverwaltungsgericht in Berlin und als Dozent an der Westberliner Hochschule für Politik tätig ist, schreibt uns hierzu wie folgt:

1. Es ist nicht richtig, daß der Herr Bundesminister des Inneren zwei Mal unter Androhung von Repressalien versucht hat, mich an der Veröffentlichung meiner Arbeiten zu hindern oder gar mich ersucht hat, mich weiterer Bemühungen oder weiteren Auftretens in dieser Frage zu enthalten.

Richtig ist, daß der Herr Bundesminister, nachdem ihm meine Arbeiten und die Absicht ihrer Veröffentlichung bekannt geworden waren, mich am 6. März d. Js. telegraphisch unter Hinweis auf § 53 des Bundesbeamtengesetzes gebeten hat, sorgfältig zu prüfen, ob die Veröffentlichung mit meiner dienstlichen Stellung vereinbar sei; später bin ich dann nochmals gebeten worden, zu diesen und anderen Veröffentlichungen über meine Vorschläge Stellung zu nehmen.

2. Es ist nicht richtig, daß ich daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen mich selbst beantragt habe. Ein solches Verfahren ist bisher auch gegen mich nicht eingeleitet worden.

Richtig ist, daß ich den Bundesminister des Inneren a. D. Dr. Dr. Heinemann, MdB, in seiner Eigenschaft als Anwalt um Rat gefragt habe, ob er einen Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen mich selbst für zweckmäßig halte. Dr. Heinemann hat diese Frage verneint, worauf ich die Angelegenheit von mir aus auf sich beruhen lassen werde.

Ich kann in Übereinstimmung mit Dr. Heinemann im Ernst nicht glauben, daß die Einleitung eines Verfahrens gegen mich etwa tatsächlich beabsichtig ist. Jeder unbefangene Leser wird zugeben müssen, daß meine Vorschläge nach Form und Inhalt überaus maßvoll und zurückhaltend sind (§ 53 BGB). Die Bundesregierung wird in ihnen weder angegriffen noch auch desavouiert, wie gelegentlich behauptet worden ist (Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 4. April d. Js.). Soweit mir ernstlich das Recht zu solchen Veröffentlichungen streitig gemacht werden sollte, vertraue ich vollauf dem Schutze der dafür vorgesehenen Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht. Ich fühle mich also durch die angeführten Bitten des Herrn Bundesministers des Inneren nicht irgendwelchen Repressalien oder sonst irgendwelchem unzulässigen Druck ausgesetzt.

3. Es ist nicht richtig, daß ich meinen Plan in Zusammenarbeit mit einem Kreise namhafter Persönlichkeiten aus SPD und FDP entwickelt habe.

Richtig ist, daß meine Vorschläge, sowohl in ihren Grundgedanken wie auch in ihrer Abfassung im einzelnen, allein von mir selbst ausgearbeitet worden sind. Niemandem

habe ich vorher irgendwelche Entwürfe dazu vorgelegt, und mit niemandem habe ich darüber vorher sonst in Meinungsaustausch gestanden. Meine Vorschläge geben also ausschließlich meine persönliche Meinung wieder.

Das „Märchen von dem Ultimatum"

In einem Leitartikel der „Sowjetskaja Rossiya", dem Organ des ZK der KPdSU, heißt es: „Es gibt kein sowjetisches Ultimatum in der Berlin-Frage. Das Gerede über ein solches Ultimatum ist das Ergebnis des hysterischen Chors der militaristischen amerikanischen Politiker und Generäle. Um ihr Säbelrasseln zu rechtfertigen, erheben diese Krieger auf der anderen Seite des Ozeans ein Geschrei über das sowjetische Ultimatum, das nur von ihnen erdacht worden ist. Im Gegensatz zu einem Ultimatum gibt es vielmehr konkrete Vorschläge der Sowjetunion zur Lösung der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Berlin-Frage durch Verhandlungen."

Geduld und Mäßigung

In einem Prawda-Interview vom 9. April d. Js. mahnt der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow zu „Geduld und Mäßigung": „Diejenigen westlichen Staatsmänner, die versuchen wollen, die bevorstehenden Verhandlungen zu sabotieren, übernehmen eine schwere Verantwortung für die möglichen Konsequenzen. Denn vor allem kommt es jetzt darauf an, die Situation nicht zu verschlimmern und die Differenzen zwischen den Staaten nicht zu vergrößern, sondern Wege zu einer Annäherung der Positionen zu suchen und gemeinsam die notwendigen Entscheidungen zu treffen . . . Die Sowjetunion hat dabei nicht die Absicht, Westberlin irgend jemandem aus den Händen zu reißen. Sie will lediglich einen gefährlichen Spannungsherd beseitigen. Wir müssen jetzt Geduld beweisen und dürfen nichts tun, was eine korrekte Lösung der Berliner Frage wie auch der Frage eines deutschen Friedensvertrages beeinträchtigen könnte."

Friedliche Zusammenarbeit

Am 9. April hat die Regierung der Sowjetunion in einer dem Europäischen Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen ECE übermittelten Erklärung eine Konferenz der Wirtschafts- und Handelsminister aller dieser Organisation zugehörigen Staaten vorgeschlagen. In der gleichen Erklärung werden Vorschläge „für die Erweiterung der friedlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa" gemacht. Innerhalb der ECE empfehle sich eine europäische Handelsorganisation, zu deren Aufgaben insbesondere gehören müßten: die Beseitigung jeglicher Diskriminierung im Handel, die Senkung oder Beseitigung der Zollschranken und die Gewährung von Darlehen. Unabhängig davon lege die Regierung der Sowjetunion Wert auf den Abschluß von langfristigen Handelsverträgen und anderen wirtschaftlichen Vereinbarungen, „um dadurch eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern zu erzielen."

Nato-Dämmerung

Bernard Law Montgomery, Viscount of El Alamain, der siegreiche britische Feldmarschall des letzten Weltkrieges, veröffentlichte am 4. April d. J. anläßlich des zehnjährigen Nato-Jubiläums eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Ich kann die Amerikaner nicht verstehen, die behaupten, wenn ihre Truppen Deutschland verließen, würden sie Europa verlassen. Wieso? Ich dachte, wir gehörten alle einem Bündnis an, das gelobt hat, jeden oder alle zu schützen, die angegriffen werden oder sich in Gefahr befinden. Wenn die Erfordernisse des Bündnisses verlangen, und sie werden es wohl verlangen, daß ein amerikanisches Corps von, sagen wir, zwei Divisionen in Frankreich stehen müsse, so wird es vermutlich auch dorthin gelegt werden. Das gilt ähnlich für ein britisches Corps von, sagen wir, einer Division und Corpstruppen — etwa 20 000 Mann. Und wenn Rußland andererseits verlangt, daß eine gleiche Anzahl russischer Truppen in Polen oder einem anderen Satellitenlande stehen, so ließe sich meiner Ansicht nach nichts dagegen einwenden. Diese Dinge könnten eintreten, sobald die europäische Sicherheitsfrage einmal geregelt ist. Die heute so riesigen Verteidigungsbudgets könnten dann, zum Nutzen aller

Beteiligten, scharf gekürzt werden . . . Und dann könnten wir daran gehen, friedlich in Europa nebeneinander zu leben, oder es doch wenigstens zu versuchen, was heute noch durchaus nicht der Fall ist."

Nato-Schwäche

„Die wahre Schwäche der Nato", schrieb Generalsekretär S p a a k in einem Artikel der Zeitschrift „Foreign Affairs" am 1. April, „besteht in der mangelnden Einheit unter den Mitgliedstaaten. Ein Beispiel dafür ist es, daß Frankreich viele Millionen Francs ausgibt, um Erkenntnisse der Atomforschung zu finden, während seine Alliierten die entsprechenden wissenschaftlichen Erkenntnisse bereits gefunden haben . . . Entgegen den Lehren der Geschichte sind die Regierungen der westlichen Welt nicht bereit, Sicherheit und Heil durch Integration zu suchen. Höchstens zeigen sie sich mit einer losen Zusammenarbeit oder auch nur der Koordination der unterschiedlichen Bemühungen einverstanden."

Friedlicher Norden

In einem Aufsatz des Informationsorgans „Sovinform" vom 22. März erklärt der sowjetrussische Publizist A r c h i p o w : „Wir können versichern, daß die Sowjetunion gegebenenfalls damit einverstanden sein wird, die militärischen Streitkräfte der beiden Lager in Europa zurückzuziehen und eine atomwaffenfreie und demilitarisierte Zone zwischen den Streitkräften der Nato und des Warschauer Pakts zu schaffen. Am leichtesten ist auf diesem Wege aber das Problem der Sicherheit Nordeuropas zu lösen, denn schon dank seiner geographischen Lage sollte der Norden außerhalb der Konflikte der Großmächte stehen . . . Finnland hat bereits die Neutralität als seine eigene außenpolitische Linie gewählt, und Schweden verfolgt traditionell die Neutralitätslinie . . . Indessen liegen auch objektive Möglichkeiten vor, daß sich Norwegen und Dänemark auf diese Linie begeben. Sie brauchen nicht auf die Dauer als Nato-Mitglieder an Händen und Füßen gebunden zu sein, zumal sie die Verlegung ausländischer Stützpunkte auf ihr Gebiet bisher nicht gestattet haben . . . Jedenfalls stärkt die stabile Lage Schwedens und Finnlands bereits den Frieden und die Sicherheit im Norden, die nur durch die Nato-Teilgebundenheit Norwegens und Dänemarks geschwächt wird . . . Eine Neutralisierung des Nordens in Form eines „Nordischen Bundes" vermag jedenfalls ein Friedensgebiet zu schaffen, das sich später nach Süden erweitern läßt."

Praktische Koexistenz

Michail S u s l o w , der zweite Mann der KPdSU, erklärte bei seinem Verlassen Englands am 24. März: „Wir hoffen, daß unser Besuch in Großbritannien dazu beitragen wird, daß die Gletscher des Kalten Krieges zum Schmelzen gebracht und die Kriegswolken für immer vom internationalen Horizont verschwinden werden. Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen möglich, ja unerläßlich ist."

Vorher hatte Suslow erklärt, daß in sieben Punkten „gemeinsame Ansichten" zwischen den britischen Labour-Politikern und den Angehörigen seiner Delegation erzielt worden seien. Er nannte dabei:

1. Die Anerkennung der Bedeutung des Grundsatzes der friedlichen Koexistenz,
2. die Ablehnung der Politik des Verhandelns vom Standpunkt der Stärke aus,
3. die Annahme des Grundsatzes der Gleichberechtigung bei der Beilegung internationaler Probleme,
4. die Notwendigkeit einer Gipfel-Konferenz im Interesse des Friedens,
5. die Anerkennung der Gefahr eines Wiederauflebens des deutschen Militarismus und der Ausrüstung der deutschen Streitkräfte mit Kernwaffen,
6. die Notwendigkeit einer allgemeinen Verbesserung der britisch-sowjetischen Beziehungen,
7. die Notwendigkeit der sofortigen Einstellung der Atomwaffenversuche zur Vorbereitung eines Verbots der Atomwaffen.

Auf Einladung von Michail S u s l o w werden G a i t s k e l l , B e v a n , Harold W i l s o n und Barbara C a s t l e im Sommer 1959, noch vor den allgemeinen Wahlen in Großbritannien, eine Reise in die Sowjetunion antreten.

Kultureller und technisch-wirtschaftlicher Austausch

Auf Grund einer Verständigung im April 1958 anläßlich der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handels- und Konsular-Abkommens ist am 27. März 1959 ein Kultur-Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen worden. Ein zweijähriges Austausch-Programm kulturellen und technisch-wirtschaftlichen Charakters wurde vereinbart. Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, Studenten und Fachleute der Wirtschaft, Technik und Landwirtschaft sollen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Gelegenheit erhalten, sich mit den Einrichtungen und Vorhaben beider Länder näher vertraut zu machen. Informationsreisen und Studienaufenthalte werden organisiert werden. Das Kulturabkommen bedarf noch der Billigung beider Regierungen.

Grenzen

Vor der „Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz" sagte Ministerpräsident Chrustschow in Leipzig am 7. März d. J. u. a. die Worte: „Ich verstehe, daß die Grenzen für Sie als Deutsche eine sehr heikle Frage sind. Sie können sagen: Chrustschow hat gut reden, hat doch die Sowjetunion infolge des zweiten Weltkrieges keinerlei Territorien verloren . . . Aber ich bitte Sie, in mir nicht nur den Vertreter meines Volkes zu sehen. Ich bin in erster Linie Kommunist, Mitglied der Kommunistischen Partei. Mit dem Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab aber werden die Staatsgrenzen, wie der Marxismus-Leninismus lehrt, absterben. Die Wirtschaftsbarrieren, die unsere Länder unter dem Kapitalismus trennten, werden eine nach der anderen beseitigt werden."

Konzessionen von beiden Seiten

Der demokratische Senator Mansfield vertrat in einem Vortrag an der Universität New York am 9. April die Auffassung, daß der Westen wie der Osten Konzessionen machen müsse, um in Deutschland und Mitteleuropa einen dauerhaften Frieden herbeizuführen. U. a. schlug Senator Mansfield vor:

1. Die Westmächte unterstellen ihre Kräfte in Westberlin einer Kontrolle der Vereinten Nationen.
2. Die West- und Ost-Deutschen tragen vermehrt zur Lösung der Wiedervereinigung Deutschlands bei.
3. In Ostdeutschland wird die politische Freiheit aller anerkannt.
4. Die friedlichen Bande, die Deutschland mit Westeuropa verbinden, dürfen nur vom deutschen Volk selbst aufgelöst werden.
5. Im Interesse der Sicherheit aller Nationen wird die deutsche Wiederaufrüstung abgeändert oder eingeschränkt.
6. Die Pläne Edens, Gaitskells und Rapackis werden nochmals eingehend geprüft, vor allem auf die Frage hin, wie die Bestände an fremden Truppen in Deutschland und Mitteleuropa vermindert werden können — allerdings unter der Voraussetzung, daß in Genf ein vernünftiges Abkommen über die Kontrolle der Kernwaffenversuche abgeschlossen wird.

Studentische Avantgardisten

Auf dem Jahreskongreß der „Liberal Students Internationals (LSI)", der liberalen Studenten-Internationale, während der ersten Märzwoche d. J. in Lüttich setzte sich die Auffassung der deutschen Studenten durch, Wege der praktischen Koexistenz zwischen Westen und Osten zu beschreiten. In diesem Sinne beschloß der LSI, eine offizielle Delegation zum Wiener Festival der Jugend zu entsenden und auch die studentischen Kontakte zu den Hochschulen der einzelnen Länder des Ostblocks weiter zu entwickeln. Man erklärte sich auch bereit, mit dem „Büro für internationales Jugend-Wandern", Sitz Wien, zusammenzuarbeiten.

Eine deutsche Kompetenz

Im Rahmen des „Internationalen Seminars über die deutsche Frage", das Mitte März durch den Internationalen Bund liberaler Studenten LSI in Berlin veranstaltet wurde und an dem Teilnehmer aus Holland, Belgien, Deutschland und der Schweiz anwesend waren,

erklärte Dr. Ungeheuer, der Pressechef der FDP, die Frage der deutschen Wiedervereinigung gehöre nicht zum Kompetenzbereich Washingtons oder Moskaus; vielmehr hätten die Deutschen diese Frage selbst zu lösen . . . Aus den Zusammenhängen der internationalen Politik werde es sich bald ergeben, daß die Deutschen in Bonn, Westberlin und Ostberlin gemeinsam an diese Aufgabe herangehen müßten. Sie würden sie dann auch in absehbarer Zeit, wahrscheinlich innerhalb der nächsten drei Jahre, lösen. Ein Teilnehmer der Deutschen Demokratischen Republik machte die Mitglieder des Seminars auf die Unterschätzung des ostdeutschen Lebensstandards durch den Westen aufmerksam.

Unsinn

Das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, „Neues Deutschland", erklärte am 24. März d. J.: „Die Frage der sozialistischen Revolution ist für Westdeutschland nicht aktuell. Vielmehr geht es in Westdeutschland um die Herstellung einer bürgerlich-demokratischen, parlamentarischen Ordnung, d. h. um die Befreiung des westdeutschen bürgerlichen Staatswesens von den beherrschenden antidemokratischen Einflüssen des Militarismus und aller Kräfte, die sich dem Revanchismus der Atomkriegspolitik verschrieben haben. Der Sozialismus und die Revolution lassen sich nicht exportieren, und die DDR denkt nicht an solchen Unsinn."

Kontrollen

Im „Christian Science Monitor" vom 11. April d. J. gibt Robert C. Cowen eine Übersicht über die bevorstehenden Genfer Atom-Gespräche. Dabei leitet er ab, „daß Versuchsexplosionen schwierig zu registrieren und zu kontrollieren sein würden, die einige Millionen von Kilometern hinter dem Mond stattfinden . . . Uneingeweihte Beobachter hätten es sogar schwer, solche Explosionen überhaupt zu entdecken . . . Sie müßten ständig auf alle verdächtigen Signale aus dem Weltraum achten . . . Die Explosion selbst könnten sie jedoch noch nicht einmal registrieren (wenngleich das eines Tages wahrscheinlich sein werde)." Aus dieser Situation ziehen die amerikanischen Experten den Schluß, sagt Cowen, daß einfacher als alle solche Beobachtungen eine Kontrolle von Raketenabschüssen auf der Erde sein würde. Das aber bedeute, daß die beiden Fragen: Versuchsexplosionen und Schutz gegenüber Überraschungsangriffen dann nicht mehr getrennt behandelt werden könnten. — Diese weit hergeholten Begründungen spiegeln sich auch in den Schritten der westlichen Vertreter auf der neuen Session der Genfer Atomkonferenz wider, die ein überaus kompliziertes und weitreichendes internationales Kontrollsystem vorschlagen. Demgegenüber erklärt beispielsweise TASS am 12. April: „Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß die Teilnehmer an der Genfer Konferenz nunmehr alle Anstrengungen unternehmen müßten, um zu einer raschen Vereinbarung zu gelangen . . . Der Verlauf der Genfer Besprechungen zeigt jedoch, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien es nicht nur nicht eilig haben, eine Vereinbarung über die Versuchseinstellung zu erzielen, sondern im Gegenteil Schritte unternehmen, um die Arbeit der Konferenz zu erschweren und die Unterzeichnung eines Abkommens zu verhindern."

Kinderkrebs

Jack Schubert, ein leitender Mitarbeiter am „Argonne National Laboratory" in Chicago, erklärte am 25. März d. J.: „Die neuen Feststellungen über den radioaktiven Niederschlag lassen befürchten, daß sich die Fälle von Krebs bei Kindern bis zu 10 Jahren schon in allernächster Zeit erheblich häufen, möglicherweise sogar verdoppeln werden."

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen, Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.